

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

17. Sitzung

Hannover, den 17. Dezember 1998

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 18:

Dringliche Anfragen 1229

a) Maßnahmen gegen die dramatische Überbelegung niedersächsischer Haftanstalten - Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/407 1229

Schröder (GRÜNE) 1229, 1232, 1234

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten 1230 bis 1236

Stratmann (CDU) 1232

Klein (GRÜNE) 1232, 1235

Frau Pothmer (GRÜNE) 1233, 1234

Hagenah (GRÜNE) 1233

Frau Harms (GRÜNE) 1233, 1236

McAllister (CDU) 1234, 1235

Wenzel (GRÜNE) 1234

Frau Steiner (GRÜNE) 1235, 1236

b) Ökosteuern: Wegelagerei zu Lasten von Mittelstand, Rentnern und öffentlichem Verkehr? -

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/409 1236

Dinkla (CDU) 1236

Aller, Finanzminister 1237 bis 1248

Haselbacher (CDU) 1240

Schirmbeck (CDU) 1240, 1243

Frau Zachow (CDU) 1240

Wojahn (CDU) 1240, 1248

Frau Pothmer (GRÜNE) 1241, 1245

McAllister (CDU) 1241

Rolfes (CDU) 1242, 1246

Frau Steiner (GRÜNE) 1242

Frau Philipps (CDU) 1243

Ehlen (CDU) 1243, 1244, 1247

Möhrmann (SPD) 1244

Wenzel (GRÜNE) 1245

Frau Körtner (CDU) 1246

c) Niedersachsen bleibt Flugzeugbauland - Antrag

der Fraktion der SPD - Drs. 14/411 1248

Wolfkühler (SPD) 1248

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 1249, 1250, 1251

Frau Meyn-Horeis (SPD) 1250

McAllister (CDU) 1250

Tagesordnungspunkt 19:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 1999 - und 2000 (Haushaltsgesetz 1999/2000 - HG 1999/2000 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung -

Drs. 14/351 1251

Aller, Finanzminister 1251

Möllring (CDU) 1263, 1278

Eveslage (CDU) 1279

Senff (SPD) 1279

Möhrmann (SPD) 1280, 1284, 1285

Golibrzuch (GRÜNE) 1287

Ausschußüberweisung 1292

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung:

Die Landesregierung verschleppt die Umsetzung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3931293
Ausschußüberweisung1293

Tagesordnungspunkt 20:

Erste Beratung:

Mißachtung des Landtagsbeschlusses "Erhalt selbständiger Fachhochschulen in Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven" - "Wort- und Vertragsbruch" gegenüber den beteiligten Hochschulen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/360

und

Tagesordnungspunkt 21:

Erste Beratung:

Kooperation der Fachhochschulen Oldenburg, Wilhelmshaven und Emden - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3911293
Stratmann (CDU) 1293, 1306, 1312
Golibrzuch (GRÜNE) 1296, 1307, 1313
Wulf (Oldenburg) (SPD).....1298, 1299
Dr. Biester (CDU)1301
Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur 1302 bis 1313
Ontijd (CDU).....1308
Adam (SPD)1309, 1310
Haase (SPD)1310
Frau Bockmann (SPD)1312
Ausschußüberweisung1314

Tagesordnungspunkt 22:

Erste Beratung:

Gefährdung der Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch die Rahmenplanung des Kultusministeriums - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/367.....1314
Klare (CDU)1314
Jürgens-Pieper, Kultusministerin1318, 1326
Frau Litfin (GRÜNE)1322
Frau Seeler (SPD)1323
Frau Körtner (CDU)1325, 1326
Fasold (SPD).....1326
Ausschußüberweisung1327

Tagesordnungspunkt 23:

Erste Beratung:

Schul-Sponsoring - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/386 1327
Ausschußüberweisung.....1327

Tagesordnungspunkt 28:

Erste Beratung:

Agrarvorschläge in der Agenda 2000 - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/395 1327
Ehlen (CDU)..... 1327, 1338
Bontjer (SPD)..... 1330, 1331
Klein (GRÜNE)..... 1333, 1335, 1338
Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1335, 1336
Ausschußüberweisung 1339

Tagesordnungspunkt 25:

Einzig (abschließende) Beratung:

Sicherung der Zukunft der niedersächsischen Staatsbäder - Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/392 1339
Peters (SPD) 1339
Frau Ortgies (CDU).....1341
Frau Janßen-Kucz (GRÜNE)1342
Aller, Finanzminister1343
Beschluß.....1344

Nächste Sitzung 1344

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Eckel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Glogowski (SPD)

Innenminister
Bartling (SPD)

Finanzminister
Aller (SPD)

Staatssekretär Ebisch,
Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales
Merk (SPD)

Staatssekretärin Witte,
Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und
Soziales

Kultusministerin
Jürgens - Pieper (SPD)

Staatssekretär Dr. Lemme,
Niedersächsisches Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Dr. Fischer (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten
Bartels (SPD)

Staatssekretär Dr. Greifelt,
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Dr. Weber (SPD)

Minister für Wissenschaft und Kultur
Oppermann (SPD)

Umweltminister
Jüttner (SPD)

Staatssekretär Schulz,
Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 9 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Guten Morgen! Ich eröffne die 17. Sitzung im 9. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode.

Die Beschlußfähigkeit werde ich zu gegebener Zeit feststellen.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 18, den Dringlichen Anfragen. Anschließend setzen wir die Beratung in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Nach Punkt 23 behandeln wir den Antrag der CDU-Fraktion „Agrarvorschläge in der Agenda 2000“. Die Besprechung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion, Punkt 24, folgt am Freitag nach den strittigen Eingaben.

Die heutige Sitzung soll gegen 18.35 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, daß Herr Professor Dr. Hans-Heinrich Nolte, Ordinarius für Osteuropäische Geschichte an der Universität Hannover, in der Mittagspause nach dem Ende der Vormittagsdebatte, also gegen 13.30 Uhr, im Repräsentationssaal einen Vortrag zur „Wehrmachtsausstellung“ hält. Es handelt sich hierbei um die notwendige wissenschaftlich-historische Fundierung der Debatte, die wir hier vor vier Wochen geführt haben. Ich empfehle diese Veranstaltung Ihrer Aufmerksamkeit. Vor der Mittagspause wird noch einmal daran erinnert.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin. Bitte schön!

Schriftführerin Hansen:

Für heute entschuldigt haben sich von der Landesregierung Herr Ministerpräsident Glogowski ab 15.30 Uhr, von der Fraktion der SPD Herr Collmann für den Nachmittag und Herr Inselmann. Von der Fraktion der CDU sind entschuldigt Herr Horrmann, Herr Meier und Frau Vogelsang.

Präsident Wernstedt:

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 18:

Dringliche Anfragen

Ihnen liegen Dringliche Anfragen in den Drucksachen 407, 409 und 411 vor.

Wir kommen zur ersten Dringlichen Anfrage:

a) Maßnahmen gegen die dramatische Überbelegung niedersächsischer Haftanstalten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/407

Das Wort hat der Herr Kollege Schröder.

Schröder (GRÜNE):

Guten Morgen! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Überbelegung niedersächsischer Haftanstalten nimmt mittlerweile dramatische Züge an. Selbst die Grenze der Notbelegung ist inzwischen in gut einem Dutzend Anstalten erreicht oder gar überschritten. Eine Entlastung durch Neubauten ist, wenn überhaupt, allenfalls in ein bis zwei Jahren zu erwarten.

Angesichts der kaum noch ertragbaren Belastung von Gefangenen und Bediensteten sind Sofortmaßnahmen zur Reduzierung der Gefangenenzahlen zwingend notwendig.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung zumindest in diesem Jahr dem Vorbild nahezu aller Bundesländer folgen und eine Weihnachtsamnestie für die Häftlinge erlassen, die sich im Vollzug gut geführt haben und deren Entlassung unmittelbar bevorsteht?

2. Welche zusätzlichen Maßnahmen - z. B. Aussetzung der Vollstreckung, vermehrtes Angebot gemeinnütziger Arbeit unter dem Motto „Schwitzen statt Sitzen“ - wird die Landesregierung ergreifen, um der inzwischen auf Rekordhöhe gestiegenen Zahl von Ersatzfreiheitsstrafen zu begegnen?

3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, durch vermehrte Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung nach Teilverbüßung der Haftstrafe die Gefangenenzahl zu reduzieren?

Präsident Wernstedt:

Für die Landesregierung antwortet der Justizminister Dr. Weber. Bitte schön!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Einen wunderschönen guten Morgen! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eine Bemerkung vor der eigentlichen Beantwortung der Dringlichen Anfrage machen. Die Fragen sind ja bereits im vergangenen Jahr in ähnlicher Form gestellt worden. Seitdem hat sich in der Tat das Dilemma im Justizvollzug zwischen den Anforderungen nach Haftplätzen auf der einen Seite und der Belegung der Anstalten auf der anderen Seite nicht wesentlich verändert.

Es ist richtig, die meisten Anstalten des geschlossenen Vollzuges sind in der Tat überbelegt. Es trifft auch zu, daß eine Entlastung letztlich erst durch Neubauten zu erwarten ist. Mitte 1999 wird eine erste spürbare Entlastung durch die Inbetriebnahme von je 100 zusätzlichen Haftplätzen in der Justizvollzugsanstalt Lingen I, Abteilung Groß-Hesepe, in der Justizvollzugsanstalt Meppen und in der Jugendanstalt Hameln zu erwarten sein. Etwa ein Jahr später, also Mitte 2000, wird die derzeit im Bau befindliche neue Justizvollzugsanstalt in Oldenburg mit ca. 300 Plätzen in Betrieb genommen werden können. In den folgenden Jahren werden weitere Neubauten im Großraum Hannover und Göttingen dazukommen. Ferner ist die Einrichtung einer Anstalt für Abschiebungsgefangene in Langenhagen im Jahr 2000 geplant.

Neben diesen Baumaßnahmen sind wiederholt Einzelmaßnahmen verschiedenster Art zur Entlastung der Anstalten getroffen worden.

Hinzuzufügen bleibt, daß das Problem der Überbelegung nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in den übrigen Bundesländern besteht und daß sich die Justizministerkonferenz wiederholt auf niedersächsische Initiative hin mit dieser Frage beschäftigt hat.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Dringliche Anfrage wie folgt:

Zu 1: Ein allgemeiner Straferlaß, also eine Amnestie, zu Weihnachten für die in der Anfrage bezeichnete Gruppe von Strafgefangenen bedürfte nach Artikel 36 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung eines Gesetzes. Daraus folgt, daß die Landesregierung eine Weihnachtsamnestie nicht erlassen kann.

Auch an einer generellen Regelung für Gnadenerweise aus Anlaß des Weihnachtsfestes sieht sich

die Landesregierung durch rechtliche Bedenken gehindert; denn eine solche Regelung käme einer verfassungsrechtlich der Landesregierung nicht gestatteten Amnestie zumindest bedenklich nahe, weil sie die verfassungsrechtliche Kompetenz des Gesetzgebers praktisch unterlaufen würde.

Gleichwohl gelangen auch niedersächsische Gefangene zur Weihnachtszeit in den - ich sage das in Anführungszeichen - Genuß vorgezogener Entlassungen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 16 Abs. 2 und 3 des Strafvollzugsgesetzes. Danach können Gefangene, deren Strafende in die Zeit vom 22. Dezember bis zum 2. Januar fällt, an dem Werktag vorher entlassen werden, wenn dies nach der Länge der Strafzeit vertretbar ist und fürsorgliche Gründe nicht entgegenstehen. Der Entlassungszeitpunkt kann bis zu zwei Tage vorverlegt werden, wenn dringende Gründe dafür vorliegen, daß der Gefangene zu seiner Eingliederung hierauf angewiesen ist. In diesem Jahr könnten damit - unter Berücksichtigung der gesetzlichen Wochenendregelung - Gefangene aus dem genannten Personenkreis bereits am 18. Dezember entlassen werden.

Weitergehende generelle Gnadenregelungen oder vielleicht auch allgemeine Straferlasse, die dann unter dem Begriff „Weihnachtsamnestie“ zusammengefaßt werden, gibt es in einigen Ländern. Es steht mir allerdings nicht an, Herr Kollege Schröder, die Verfassungsrechtslage oder die Gnadenpraxis dieser anderen Bundesländer von hier aus zu beurteilen.

In Niedersachsen wird - zu Weihnachten oder auch sonst - im Einzelfall Gnade gewährt, sofern tragfähige Gnaden Gründe vorliegen und eine günstige Prognose für das künftige Verhalten des Verurteilten gewagt werden kann.

Soweit Strafgefangene von einem niedersächsischen Gericht erkannte Strafen in einem Bundesland verbüßen, das eine Weihnachtsgnadenregelung für seinen Bereich getroffen hat, wird im Einzelfall auf gnadenrechtlicher Grundlage das rechtliche Instrument „Vollzugsurlaub zur Entlassungsvorbereitung“ genutzt, um insoweit Ungleichbehandlungen in den Justizvollzugsanstalten jener Länder zu vermeiden. Dabei wird wohlwollend geprüft, ob durch die Bewilligung zusätzlichen Vollzugsurlaubs analog § 15 Abs. 3 des Strafvollzugsgesetzes gnadenhalber geholfen und auf diesem Wege im Ergebnis eine vorzeitige Entlassung ermöglicht werden kann. Durch einen solchen

Gnadenerweis wird die Vollstreckung rechtlich nicht unterbrochen, und gleichzeitig entfallen folgerichtig die rechtlichen Bedenken gegen den generellen Gnadenerweis, die ich schon geschildert habe.

Zwecks Gleichbehandlung ist es seit Jahren von unserer Seite den Justizverwaltungen der übrigen Bundesländer anheimgestellt worden, den niedersächsischen Staatsanwaltschaften diejenigen in einer hiesigen Vollzugsanstalt einsitzenden Strafgefangenen namhaft zu machen, die durch ein Gericht ihres Landes verurteilt sind und zugleich nach der dortigen Gnadenregelung vorzeitig entlassen werden können. Zugleich sind die Leitungen der Staatsanwaltschaften meines Geschäftsbereichs zur Bewilligung des erwähnten Sonderurlaubs im Gnadenwege für auswärtig Strafen verbüßende Gefangene ermächtigt worden. Diese Praxis hat sich letztlich bewährt und soll deshalb auch fortgesetzt werden. Auf diese Weise entschärft sich die in der Anfrage aufgeworfene Entlassungsproblematik zur Weihnachtszeit in einem gewissen Umfang. Die niedersächsische Verfahrensweise bezweckt zugleich eine Prüfung der Gnadenwürdigkeit im Einzelfall, was eine abstrakt generelle Gnadenregelung nur sehr eingeschränkt leisten könnte.

Zu 2: An einem Tag im Juni dieses Jahres befanden sich 4.233 Personen im Erwachsenenstrafvollzug, von denen 8,5 %, also 360 Gefangene, Ersatzfreiheitsstrafe verbüßten. Eine Statistik, aus der sich die konstante Belastung des Justizvollzugs über das ganze Jahr hinweg durch Geldstrafenverbüßer entnehmen ließe, gibt es nicht. Wir rechnen bisher mit rund 220 Haftplätzen, die dafür benötigt werden. Durch die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe wird der Strafvollzug tatsächlich also nicht unerheblich belastet. Die Landesregierung bemüht sich deshalb seit vielen Jahren, die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige freie Arbeit abzuwenden. So konnten 1991 25.775 Hafttage durch Ableistung freier gemeinnütziger Arbeit „erspart“ werden; die Zahl stieg stetig an und entspricht 1997 – das ist das letzte Jahr, für das eine exakte Zahl vorliegt – 71.180 Tagen. Das ist fast die dreifache Anzahl. Dies entspricht, umgerechnet auf das Jahr 1997, einer Einsparung von ungefähr 195 Haftplätzen gegenüber 70 im Jahre 1991.

Die Landesregierung wird in ihrem Bemühen um die Förderung gemeinnütziger freier Arbeit zur Abwendung der Vollstreckung von Ersatzfreiheits-

strafe nicht nachlassen. So hat sich meine Amtsvorgängerin im vergangenen Jahr an die kommunalen Spitzenverbände mit der Bitte gewandt, für die Justiz in vermehrtem Umfang Einsatzstellen für freie gemeinnützige Arbeit einzurichten und vorzuhalten. Die kommunalen Spitzenverbände haben seinerzeit ihre Unterstützung angekündigt. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß der Erfolg aller Bemühungen der Landesregierung auf diesem Felde letztlich von der Bereitschaft öffentlicher und privater Einrichtungen abhängt, flächendeckend genügend geeignete Einsatzstellen für die Ableistung gemeinnütziger Arbeit verfügbar zu halten.

Die Landesregierung hofft, daß dadurch auch zukünftig die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe nach dem landläufigen Motto „Schwitzen statt Sitzen“ nachhaltig vermieden werden kann. Dagegen erscheint der Verzicht auf die Vollstreckung dieses Mittels zur Durchsetzung einer gerichtlich verhängten Geldstrafe rechtsstaatlich nicht vertretbar. Ehe die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe angeordnet wird, gehen vielfältige Vollstreckungsversuche, Ratenzahlungsangebote und das Angebot der Leistung gemeinnütziger Arbeit voraus. Wäre die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe eine unbillige Härte, dann unterbleibt sie durch Gerichtsentscheidung nach § 459 f der Strafprozeßordnung. Hiernach muß deutlich gesagt werden: Die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe trifft diejenigen zu einer Geldstrafe verurteilten Täter, für die die Vollstreckung keine unzumutbare Härte ist, die keine Kooperation mit unserer sozialen Rechtsstaatlichkeit im strafrechtlichen Bereich wollen, die man leider eben nicht anders belangen kann, wenn sie strafrechtlich relevante Verhaltensnormen mißachtet haben.

Zu 3: Die Entscheidung über die Aussetzung des Strafrestes ist nach Artikel 92 und 97 Abs. 1 des Grundgesetzes allein den in ihrer Rechtsprechung unabhängigen und nur dem Gesetz unterworfenen Gerichten, also den Richtern, anvertraut. Auf die Rechtsprechung der Gerichte kann und darf die Landesregierung nicht einmal einzuwirken versuchen. Darum sieht die Landesregierung auch keine Möglichkeit, die Gefangenenzahl durch vermehrte Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung nach Teilverbüßung der Haftstrafe zu verringern.

Präsident Wernstedt:

Vielen Dank, Herr Minister. – Jetzt wird eine Nachfrage vom Herrn Kollegen Schröder gestellt.

Schröder (GRÜNE):

Herr Minister, nachdem Sie soeben dargestellt haben, daß sich die niedersächsische Weihnachtsregelung – Gnadenerweise, Sonderurlaub – Ihrer Auffassung nach bewährt habe, frage ich Sie, weshalb in den vergangenen Wochen mehrere Anstaltsleiterinnen und –leiter eine derartige Weihnachtsamnestie gefordert haben.

(Möllring [CDU]: Das machen die schon seit 20 Jahren, Herr Schröder!)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Schröder, warum die Anstaltsleiter das gefordert haben, kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich kann aber Vermutungen darüber anstellen, weshalb sie das getan haben. Ich vermute, daß sie diese Forderung erhoben haben, weil sie die prekäre Situation in ihren Anstalten, die ich durchaus einräume, kennen und weil sie andere Möglichkeiten zur Behebung dieser Situation nicht sehen können. Allerdings ist der Vorschlag, der in diesem Zusammenhang unterbreitet wird, an dem zu messen, was verfassungsrechtlich und rechtlich erlaubt ist. Ich kann als Minister natürlich nicht einem Vorschlag folgen, den mir die Verfassung und das Gesetz nicht gestatten.

(Wegner [SPD]: Das macht diese Regierung nicht!)

Präsident Wernstedt:

Als nächster spricht der Kollege Stratmann. – Danach kommt der Kollege Klein, und dann kommt Frau Pothmer.

Stratmann (CDU):

Herr Minister, Stichwort „gemeinnützige Arbeit“: Können Sie uns sagen, wie weit die Arbeit der im BMJ eingesetzten Kommission gediehen ist, die sich mit der Frage befaßt, den Sanktionskatalog zu erweitern?

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stratmann, die Frage einer Erweiterung und Differenzierung des Sanktionenkatalogs ist bereits Gegenstand mehrerer Justizministerkonferenzen gewesen, zuletzt der Konferenz, die im vergangenen Monat stattgefunden hat. Ich kann nichts zum Stand von Beratungen innerhalb des Bundesjustizministeriums sagen. Das entzieht sich meiner Kenntnis. Allerdings kann ich Ihnen sagen, daß auch das Land Niedersachsen, die Landesregierung und der Justizminister, daran interessiert ist, daß diese Diskussion phantasievoll und zügig zu Ende geführt wird.

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Klein!

Klein (GRÜNE):

Herr Minister, mir ist bekannt, daß in vielen anderen Bundesländern eine Weihnachtsamnestie gewährt wird. Ich stelle, auch um Ihre Antwort abzukürzen, meine Frage wie folgt: Ist Ihnen bekannt, in welchen Bundesländern eine solche Amnestie nicht gewährt wird?

(Möllring [CDU]: In Niedersachsen beispielsweise! – Frau Harms [GRÜNE]: Außer Niedersachsen!)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind vier oder fünf Bundesländer. Ich habe die Liste, aus der sich das ergibt, nicht zur Hand. Ich will Ihnen diese Liste gerne geben. Eine Reihe von Ländern gewährt eine solche Weihnachtsamnestie. Ich hatte das auch schon in meiner Antwort angedeutet. Ich gebe Ihnen die Liste, aus der hervorgeht, in welchen Ländern so etwas stattfindet und in welchen nicht.

Präsident Wernstedt:

Frau Pothmer!

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wäre es, um eine generelle Weihnachtsamnestie in Niedersachsen zu gewähren, notwendig, ein Gesetz einzubringen. Wenn Sie diese Weihnachtsamnestie generell wollen, warum bringen Sie dann eigentlich nicht ein entsprechendes Gesetz ein?

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Es ist Weihnachten, Brigitte! Weißt du das nicht? In welchem Jahr soll das denn sein?)

Präsident Wernstedt:

Herr Dr. Weber!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorwegschicken: Die Liste liegt mir inzwischen vor. Ich kann sie Ihnen gleich übergeben.

Es gibt nicht nur Landesgesetze und nicht nur Kompetenzen des Landesgesetzgebers, sondern in diesem Falle stehen auch Kompetenzen des Bundesgesetzgebers in Rede. Deswegen kann ich so etwas für das Land und die Landesregierung allein gar nicht ankündigen.

Präsident Wernstedt:

Jetzt der Kollege Hagenah!

Hagenah (GRÜNE):

Herr Minister, trifft es zu, daß die Mittel für die Vermeidung von Strafvollzug durch entsprechende Ersatzmaßnahmen bei Jugendlichen um 25 % gekürzt werden sollen und daß Teile dieser Mittel für die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen eingesetzt werden sollen, so daß damit genau das Gegenteil von dem erreicht werden soll, was Kosten sparen würde?

(Voigtländer [SPD]: Was war denn noch einmal die Frage?)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister, wenn Sie daraus die Frage kristallisieren können, können Sie die Frage beantworten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich Sie richtig verstanden habe, fragen Sie, ob im Justizhaushalt Kürzungen dieser Art vorgenommen werden. Dazu kann ich nur sagen: Im Justizhaushalt sind solche Kürzungen nicht vorgesehen.

(Zuruf von Senff [SPD])

Präsident Wernstedt:

Frau Harms! – Danach Herr McAllister.

Frau Harms (GRÜNE):

Da ich annehme, daß mein Kollege Hagenah von den Kürzungen im Hinblick auf das Uelzer Modell gesprochen hat,

(Senff [SPD]: Hat er aber nicht!)

würde ich gerne wissen, wie Sie diese angedrohten Kürzungen in bezug auf das Uelzer Modell bewerten.

(Plaue [SPD]: Frau Harms, alle reden über Kürzungen und niemand über das Geld!)

Präsident Wernstedt:

Herr Justizminister, wir wissen zwar, daß das Uelzener Modell nicht in Ihrem Haushalt etatisiert ist, aber Sie können die Frage beantworten.

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Frau Kollegin Harms hatte mich danach gefragt, wie ich etwas bewerte.

Ich werde gern mit Ihnen zusammen abwarten, bis der Haushalt im Landtag beschlossen worden ist und die rechtlichen Grundlagen dafür feststehen, in welcher Höhe und für welche Zwecke – also auch einschließlich des Uelzener Modells – uns Gelder zur Verfügung stehen und für welche nicht. Dafür werde ich noch etwas Geduld aufbringen müssen. Folglich kann ich heute nicht zu einer Bewertung kommen.

Präsident Wernstedt:

Herr McAllister!

McAllister (CDU):

Herr Minister, ist der Landesregierung bekannt, in wie vielen Fällen des zur Bewährung ausgesetzten Strafrestes es zu erneuter Straffälligkeit der Insassen gekommen ist?

(Plaue [SPD]: Das war für einen Juristen eher unterdurchschnittlich!)

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Darüber gibt es keine Statistik.

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Wenzel! – Dann Herr Kollege Schröder.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister Weber, teilen Sie die Feststellung, daß Sie in bezug auf die rechtliche Bewertung der Weihnachtsamnestie im Kreise Ihrer Kollegen offensichtlich eine Minderheitsposition vertreten, die diese als nicht maßgeblich ansehen?

(Plaue [SPD]: Wenn es keine Feststellung war, dann war es eine Suggestivfrage!)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Ich meine, die Frage ist falsch gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt nicht darauf an, ob ich eine Minderheits- oder eine Mehrheitsposition vertrete, sondern darauf, ob ich die Gesetze und die Verfassung dieses Landes achte und einhalte.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Präsident Wernstedt:

Herr Schröder! – Danach Frau Pothmer.

Schröder (GRÜNE):

Herr Minister, Sie haben eben erklärt, daß Sie in diesem Haus deshalb ein Gesetz nicht vorlegen wollten, weil Sie sich durch bundesrechtliche Regelungen daran gehindert sehen. Es ist aber so, daß außer Niedersachsen nur Bayern und Thüringen eine solche Amnestie nicht kennen. Darf ich daraus entnehmen, daß sich nach Ihrer Auffassung alle anderen Bundesländer in dieser Frage bundesrechtswidrig verhalten?

(Fischer [CDU]: Das ist die logische Konsequenz aus Ihrer vorhergehenden Frage!)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Schröder, das war Ihre zweite Frage. - Bitte, Herr Minister!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Das können Sie daraus nicht schließen, Herr Kollege Schröder. Ich habe es auch nicht so gesagt, wie Sie es im Vorspann Ihrer Frage dargestellt haben, sondern ich habe gesagt, daß ich auch bundesrechtliche Regelungen und im übrigen die niedersächsische Lage zu beachten habe, so daß ich einen solchen Gesetzentwurf nicht ohne Berücksichtigung dieser Fragen vorlegen kann.

Was die Frage der Bewertung anderer Bundesländer angeht, habe ich darauf verwiesen, daß es mir nicht zusteht, das zu bewerten.

Präsident Wernstedt:

Frau Kollegin Pothmer hat das Wort für ihre zweite Frage.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Minister, ist es denn das politische Ziel des Landes Niedersachsen, zukünftig eine Weihnachtsamnestie zu ermöglichen?

(Senff [SPD]: Warum wollen Sie das wissen?)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister, das kann man mit Ja oder Nein beantworten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine nicht, daß es sinnvoll wäre, zum jetzigen Zeitpunkt die Frage einer Amnestie unter dem Gesichtspunkt des Haftplatzbedarfs zu erörtern. Wenn eine Amnestie oder die Frage der Strafaussetzung zur Bewährung erörtert wird, muß es darum gehen, ob man bei der Beurteilung der Täter und der Taten einen solchen Schritt verantworten kann. Es muß deswegen letztlich bei einer auf den Einzelfall bezogenen Entscheidung bleiben. Das ist das Ziel der Landesregierung. Wie wir das im einzelnen gewährleisten können und ob auch Möglichkeiten bestehen, eine größere Zahl von Gefangenen unter Einhaltung dieser Gesichtspunkte in Freiheit zu setzen, wird die Zukunft zeigen. Ich habe die Absicht, in der Tat an dieser Stelle vielleicht weiterzugehen, als es bisher in Niedersachsen der Fall war.

Präsident Wernstedt:

Frau Steiner!

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, in bezug auf die vorigen Erklärungen und Ausführungen, die Sie zum Verhältnis zwischen Ersatzfreiheitsstrafen und „Schwitzen statt Sitzen“ gemacht haben, würde ich gern wissen, wie hoch die Kosten des Landes für die Ersatzfreiheitsstrafen im geschlossenen Vollzug sind.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann ihnen keine exakte Zahl nennen, aber ich schätze, daß die Kosten bei etwa 180 DM pro Tag liegen.

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Klein hat das Wort für seine zweite Frage. – Anschließend Herr McAllister.

Klein (GRÜNE):

Herr Minister, herzlichen Dank für die Liste. Daraus geht hervor, daß es neben Niedersachsen in Bayern, Hamburg, Sachsen und Thüringen keine Amnestie gibt. Von Hamburg weiß ich, daß es zumindest strittig ist.

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege, Sie müssen Fragen stellen. Sie können alles in einen Nebensatz fassen, und dann den Hauptsatz als Frage formulieren.

Klein (GRÜNE):

Ich weiß, daß in Hamburg die Hälfte der Ersatzfreiheitsstrafen durch Begnadigung erlassen wird. Ist Ihnen dies bekannt, und wären Sie bereit, diese Handhabung in Niedersachsen zu übernehmen?

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage zielt erneut darauf, ob ich eine generelle Regelung für richtig halte. Ich hatte bereits ausgeführt, daß man das auf die Täter bzw. die Taten beziehen muß und daß wir auch bereit sind, weiterzugehen und letzten Endes dabei eine andere Statistik entstehen zu lassen. Es bleibt aber dabei, daß es Einzelfallentscheidungen sein müssen. Generelle Regelungen halte ich nicht für richtig.

(Fischer [CDU]: Wenn das so weitergeht, stelle ich auch noch eine Frage!)

Präsident Wernstedt:

Herr McAllister hat das Wort für eine zweite Frage. – Anschließend mit der zweiten Frage Frau Harms.

McAllister (CDU):

Herr Minister, da es keine näheren Angaben aus den Statistiken in puncto erneute Straffälligkeit bei der Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung gibt, frage ich Sie, welche Erfahrungen die Landesregierung im allgemeinen mit der Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung gemacht hat.

Präsident Wernstedt:

Noch einmal Herr Dr. Weber!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Herr Kollege, man kann die Fragen auch so allgemein stellen, daß am Ende nur noch zwei Möglichkeiten bestehen: Sie werfen mir entweder vor, ich hätte die Frage nicht beantwortet, oder es entstehen daraus irgendwelche Debatten darüber, ob es richtig war oder nicht. Ich kann die Frage in dieser Allgemeinheit so nicht beantworten. Natürlich haben wir Erfahrung mit der Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung. Natürlich entscheiden auch Gerichte darüber, ob es geschieht oder nicht. Natürlich gibt es in einem Fall einen Rückfall und im nächsten Fall nicht. - Das kommt alles vor. Wir haben also auf diesem Gebiet jede Erfahrung gemacht.

Präsident Wernstedt:

Frau Harms, bitte! – Anschließend erhält Frau Steiner für eine zweite Frage das Wort.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Minister, abgesehen davon, daß das Modell nicht „Uelzener Modell“, sondern „Uelzer Modell“ heißt – das ist ungefähr ein solcher Unterschied wie zwischen „Hannoveraner“ und „hannoversch“; das ist jedenfalls in Uelzen ein wichtiger Unterschied –, würde ich gern von Ihnen wissen, ob Sie meine Einschätzung teilen, daß sich die Projekte, die nach diesem Uelzer Modell laufen und bisher vom Land finanziert worden sind, unter dem Aspekt der Strafvermeidung und Resozialisierung von Jugendlichen bewährt haben.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister Weber zum Uelzer Modell!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Besten Dank für diesen Hinweis. Wir haben eindeutig gute Erfahrungen.

Präsident Wernstedt:

Frau Kollegin Steiner noch einmal!

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Minister, kürzlich – ich meine, Anfang Dezember – wurde die Vollzugseinrichtung Peine für Ersatzstrafen umgewidmet. Das sind wohl 30 Plätze. Ich frage Sie, welche Angebote von Ihrer Seite gemacht wurden, damit diese Häftlinge ihre Freiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit abdiene können.

(Plaue [SPD]: Meinen Sie nicht, daß Sie den Boden der Frage verlassen?)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Weber!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Frau Kollegin, Sie haben die Umwidmung der Plätze richtig geschildert. Das trifft zu. Ich kann Ihnen im Moment für die Einzelfälle, welche Angebote gemacht worden sind, keine Auskunft geben. Ich bin gern bereit, das nachzuholen und Ihnen das für die einzelnen Gefangenen darzulegen.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen für Zusatzfragen liegen nicht vor.

Wir kommen damit zu der Dringlichen Anfrage

b) Ökosteuern: Wegelagerung zu Lasten von Mittelstand, Rentnern und öffentlichem Verkehr? - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/409

Der Kollege Dinkla bringt ein.

(Wegner [SPD]: Herr Dinkla macht jetzt das Ausrufungszeichen, und dann sind wir fertig!)

Dinkla (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die von der SPD geführten Bundesregierung als „Ökosteuern“ bezeichneten Energiepreiserhöhungen haben erhebliche negative Auswirkungen für niedersächsische Betriebe - vor allem für den Mittelstand, für sozialschwache Personenkreise wie

Rentner, Sozialhilfeempfänger und Studenten sowie für den öffentlichen Verkehr.

Von allen namhaften Experten wird eine ressourcenschonende Lenkungswirkung der Steuererhöhung in Abrede gestellt.

Darüber hinaus wird der emissionsträchtige Energieträger Kohle von der Steuererhöhung ausgenommen, während umweltschonendere Energieträger, wie Gas, der derzeitigen Steuerbelastung unterworfen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die ökologische Lenkungswirkung der Energiesteuererhöhung auch unter Berücksichtigung der Freistellung von Kohle von dieser Steuererhöhung?
2. Welche negativen Auswirkungen auf mittelständische und landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen sind der Landesregierung auch durch Meinungsäußerungen der betroffenen Interessenverbände inzwischen bekannt?
3. Welche Auswirkungen hat die Energiepreiserhöhung auf die öffentlichen Verkehrsunternehmen in Niedersachsen und deren Fahrpreisgestaltung?

Präsident Wernstedt:

Wer antwortet für die Landesregierung? – Herr Finanzminister Aller!

Aller, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dinkla, die neue Bundesregierung unter Gerhard Schröder packt auch hier eine notwendige Reform an, über die seit langem diskutiert wird, eine Reform, zu der die Regierung Kohl ebenfalls nicht in der Lage war.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie erinnern sich an die parteiinternen Auseinandersetzungen bei der Aufstellung des Wahlprogramms der CDU, in denen der damalige CDU-Vorsitzende mit dem Fraktionsvorsitzenden, der für das Programm zuständig war, heftig aneinandergeraten war. Wenn ich das richtig deute, war Herr Schäuble mehr für eine Ökosteuerreform, wie sie von der Regierung angepackt wird. Das nur zur Auffrischung der Erinnerung.

Die abgewählte Bundesregierung war sich, weil sie sich nicht einigen konnte, nicht zu schade, das Thema der ökologischen Steuerreform auf die EU zu schieben und dann dort tatkräftig eine Einigung zu verhindern.

Die neue Bundesregierung handelt dagegen zügig. Sie hat am 20. November den Gesetzentwurf zum Einstieg in die ökologische Steuerreform im Bundestag eingebracht. Sie wird sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene dieses Thema weiter voranbringen.

Die Eile, mit der der Gesetzentwurf zuerst verabschiedet werden sollte, ist mittlerweile einer größeren Gelassenheit gewichen. Der Einstieg in die ökologische Steuerreform soll nach gründlicher Beratung am 1. April nächsten Jahres in Deutschland beginnen. Die für diese Legislaturperiode angekündigten weiteren zwei Stufen dieser Reform sollen nach Abstimmung auf EU-Ebene erfolgen. Sie wissen: Deutschland hat im nächsten halben Jahr den Vorsitz und wird ihn auch dafür nutzen. Ich halte dies für sehr sinnvoll, weil sich bestimmte Probleme, wie die Wettbewerbsproblematik, dadurch besser lösen lassen. Ich weise darauf hin, daß gestern auch die Frage eine Rolle gespielt hat, ob die Einwürfe aus Europa die Einführung der Ökosteuer in Deutschland behindern könnten. Die Presse hat heute deutlich gemacht, wie die Bundesregierung das sieht. Das hört sich alles schon ganz anders an, als dies gestern noch von den Kritikern vorgetragen worden ist.

Der jetzt in Deutschland angestrebte Einstieg in die ökologische Steuerreform wird aber umgekehrt eine Einigung in Brüssel erleichtern, da er im Kern dem Entwurf der EU-Kommission für ein Verbrauchssteuerkonzept folgt.

Was soll mit dieser Steuerreform erreicht werden? – Das ist das, was mich an Ihrer Fragestellung ein wenig irritiert. Sie konzentrieren sich sehr stark auf kritische Fragen, begreifen aber die Ökosteuer nicht als Teil eines Gesamtfinanzierungskonzeptes und eines Umsteuerns im Steuersystem hier bei uns und auf europäischer Ebene. Das macht es immer ein wenig schwierig, sich sachgerecht mit solchen Fragen auseinanderzusetzen.

(Widerspruch bei der CDU)

Was soll also mit dieser ökologischen Steuerreform erreicht werden? – Der Umweltverbrauch, insbesondere der Energieverbrauch, soll moderat und schrittweise stärker belastet werden – das ist

deutliches Ziel und wird auch nicht zurückgenommen -, damit marktwirtschaftliche Anreize für eine Entlastung der Umwelt erbracht werden können.

Die dadurch eingenommenen Steuergelder werden ausschließlich dazu verwandt, die Lohnnebenkosten zu senken. Damit wird der Produktionsfaktor Arbeit schrittweise entlastet und ein positives Signal für den Arbeitsmarkt gegeben.

(Zustimmung bei der SPD)

Diesen Ansatz haben Sie in Ihrer Fragestellung völlig verdrängt, damit das zum Tragen kommen konnte, was Sie in den Einzelfragen zum Ausdruck bringen wollten.

Ich sage das noch einmal: Die Entlastung des Faktors Arbeit im Zusammenhang mit der ökologischen Steuerreform ist auch ein Entlastungsfaktor für die Betriebe mit hohem Personalanteil und Ausbildungsanteil.

Bezeichnenderweise haben Sie von diesen Punkten nicht Kenntnis genommen. Insbesondere haben Sie nicht vom dem Ziel Kenntnis genommen, die Lohnnebenkosten von derzeit 42,3 % - auch ein Ergebnis der Regierung Kohl - auf unter 40 % zu senken. Das soll in drei Stufen geschehen. Das wissen auch Sie. Die Regierung Kohl hat in ihrer Amtszeit lange auf diesen für den Arbeitsmarkt fatalen Spitzenwert hingearbeitet. Sie hat ihn gehalten und nicht brechen können. Deshalb ist der Ansatz der ökologischen Steuerreform richtig.

Die Regierung Kohl hat im übrigen die Mineralölsteuer - auch das wissen Sie - allein auf Benzin in ihrer Regierungszeit um insgesamt 50 Pfennig pro Liter erhöht, ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept für diese Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuer zu verfolgen. Es ging einzig und allein darum, die Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen. Wenn denn schon „Wegelagerer“ ein Begriff in dieser Debatte sein soll, Herr Dinkla, dann fällt er wohl auf diejenigen zurück, die eine Verteuerung des Sprits um 50 Pfennig zu vertreten hatten, um Haushaltslöcher zu stopfen. Der Vorwurf geht also direkt an Sie zurück.

Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber werden durch die ökologische Steuerreform gleichermaßen entlastet. Dies kommt gerade auch der mittelständischen Wirtschaft und dem Handwerk zugute - auch in Niedersachsen -, da dort überwiegend personalintensiv gearbeitet wird. Die niedersächsische Wirtschaft wird insgesamt durch diese Reform

entlastet. Das gilt insbesondere auch für die Automobilindustrie. Die Reformschritte sind auch deshalb wettbewerbsverträglich, weil die energieintensiven Unternehmen von der Energiesteuer befreit und das verarbeitende Gewerbe z. B. von einem Stromverbrauch - das war auch gestern schon Gegenstand der Debatte - von 50 Kilowattstunden pro Jahr an nur ein Viertel des Normalsteuersatzes zahlen soll.

Ich halte diese Steuerbefreiung und -ermäßigung im Grundsatz deshalb für richtig, weil bei den energieintensiven Unternehmen der Kostendruck schon in der Vergangenheit dafür gesorgt hat, daß die Lenkungswirkung der Energiepreise eingetreten ist. Allerdings sollte man so wenig Ausnahmen wie möglich machen, damit die steuerlichen Regelungen nicht unnötig kompliziert werden. Ich habe zwar Verständnis dafür, daß jetzt jede Interessengruppe versucht, noch Erleichterungen zu erzielen; die ökologische und die arbeitsmarktpolitische Lenkungswirkung insgesamt würden jedoch geschwächt, wenn man immer mehr Ausnahmetatbestände zuließe.

Das Steuerrecht würde dann wieder einmal eher einen Tatbestand der Subvention schaffen, als Vereinfachungen voranzutreiben. Das kann nicht gewollt sein. Die EU-Kommission will es auch nicht.

In einem Punkt allerdings teile ich die Bedenken der CDU-Fraktion. Sie betreffen die Menschen mit geringen Einkommen. Diese werden zwar wie die Rentnerinnen und Rentner zum Teil über die Nettolohnanpassung zeitversetzt begünstigt. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber deutlich sagen, daß über diesen Personenkreis meiner Meinung nach in der in Bonn anstehenden Anhörung noch einmal diskutiert werden muß. Möglicherweise wird dann gleich oder aber bei den weiteren Schritten, die noch angedacht sind, darauf Rücksicht genommen werden können. Mit „Wegelagerer“ zu argumentieren halte ich für völlig übertrieben.

(Schirmbeck [CDU]: Abkassieren! -
Frau Zachow [CDU]: Abzocken!)

Ich komme dann zu Ihrer ersten Frage nach der ökologischen Lenkungswirkung der Erhöhung der Energiesteuern - ich sage: der ökologischen Steuerreform - auch unter Berücksichtigung der Freistellung von Kohle. Wenn diesem moderaten Schritt weitere folgen, wird die gewünschte ökologische Lenkungswirkung - da bin ich mir sicher -

erzielt werden, da es auf die mittel- und langfristigen Erwartungen der Akteure ankommt, um sich z. B. beim Kauf von Investitionsgütern oder bei Investitionsentscheidungen insgesamt auf energie-sparende Produkte und Prozesse zu orientieren.

Was die Freistellung der Kohle von der Steuererhöhung angeht, muß man wissen, daß mehr als 70 % der Steinkohle und mehr als 80 % der Braunkohle verstromt werden. Mit der Einführung der Stromsteuer wird die Kohle - im übrigen auch die Atomkraft - erstmals als Energieträger besteuert. Das ist gewollt und fällt natürlich auch auf die Primärenergie zurück. Daß hier nicht nach dem Schadstoffgehalt differenziert werden kann, liegt am EU-Recht, so daß nur eine Energiebesteuerung in Betracht kommt. Das ist angesichts der Rahmen, innerhalb deren wir zu handeln haben, folgerichtig. Daß Kohle ansonsten noch nicht wie Erdgas von der Energiebesteuerung erfaßt wird, liegt an ihrer weiteren Verwendung für die eisenschaffende Industrie. Klare Ansage: industriepolitische Begründung. Das ist ein Wettbewerbsproblem, das nur auf EU-Ebene gelöst werden kann.

Schließlich gibt es noch die von allen akzeptierte Subvention der deutschen Kohleförderung, die eine direkte Besteuerung ad absurdum führen würde. Es wäre nämlich Quatsch, auf der einen Seite Subventionen zu zahlen, zu garantieren oder zu erhalten und auf der anderen Seite die gleichen Unternehmen oder Produktionsbereiche mit Steuern zu belegen. Das liegt eigentlich auf der Hand.

Ihre zweite Frage bezieht sich auf angeblich negative Auswirkungen auf mittelständische und landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen. Für die mittelständische Wirtschaft sehe ich aus den bereits genannten Gründen insgesamt keine bedeutenden negativen Auswirkungen. Sie wird insgesamt zu den Gewinnern dieser Reform zählen. In den Fällen, in denen eine Nettobelastung erfolgt, wird diese gering und verkraftbar sein. Das hat auch etwas mit der Gegenrechnung der Personalkosten und der anderen Effekte der Gesamtsteuerreform zu tun.

(Widerspruch von der CDU)

Ansonsten sollten wir - auch was die bestehende Belastung der Landwirtschaft einschließlich spezieller Probleme etwa des Gartenbaus angeht - in den noch anstehenden Anhörungen unseren Einfluß ausüben und den Gesetzentwurf überprüfen.

Im übrigen weise ich noch einmal darauf hin: Es gibt für die Betriebe und die Arbeitnehmer Entlastungen, aber auch Belastungen. Das am Schluß erzielte Ergebnis muß gewichtet werden. Wir haben schon gestern in diesem Hause andeutungsweise über eine Bewertung gesprochen.

Ihre dritte Frage bezieht sich auf die Auswirkungen auf die öffentlichen Verkehrsunternehmen in Niedersachsen. Zunächst einmal haben Sie wieder vergessen, daß auch bei den öffentlichen Verkehrsunternehmen eine Entlastung eintreten wird. Der öffentliche Personennahverkehr ist personalintensiv, und die Personalkosten bilden einen erheblichen Anteil der Kosten im ÖPNV. Dieser Entlastungseffekt ist mindestens unterschlagen worden. Ich erinnere jetzt nur einmal daran, daß es ihn gibt.

(Frau Zachow [CDU]: Das wird kompliziert!)

Wichtig ist aber auch - wenn man das Verkehrsgeschehen insgesamt betrachtet -, daß dem die Belastung des Individualverkehrs entgegengesetzt werden muß, die gewährleistet, daß der ÖPNV entlastet werden kann.

(Frau Zachow [CDU]: Das erklären Sie mir noch einmal!)

- Dazu brauche ich bei Ihnen aber länger. Das ist klar. Das schaffe ich mit zwei Sätzen nicht. Ob ich aber auch am Schluß Erfolg haben werde, ist hier die Frage.

Der individuelle Straßenverkehr wird relativ höher belastet als der öffentliche Personennahverkehr. Darüber braucht man gar nicht zu diskutieren. Insofern kann ein Umstieg von der Straße auf den öffentlichen Personennahverkehr nach wie vor attraktiv sein. Eine Steuerbefreiung, wie Sie sie offensichtlich für den gesamten öffentlichen Verkehr fordern, kann ich deshalb nicht unterstützen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Sehr gut und erschöpfend beantwortet!)

Präsident Wernstedt:

Die erste Zusatzfrage stellt der Kollege Haselbacher. Ihm folgt dann der Kollege Schirmbeck.

Haselbacher (CDU):

Herr Minister, vor dem Hintergrund der Tatsache, daß das Land und die Kommunen von der Steuererhöhung direkt betroffen sein werden - beispielhaft erwähne ich einmal die Raumheizung und die Spritkosten für die vielen Fahrzeuge -, frage ich Sie: Wie hoch schätzen Sie die Mehrbelastung des Landes und der Kommunen durch die Ökosteuer konkret ein?

Präsident Wernstedt:

Herr Aller!

Aller, Finanzminister:

Ich kann diese Frage nicht einmal andeutungsweise beantworten. Gleiches gilt auch mit Blick auf die Entlastungseffekte der Ökosteuerreform. Es muß nämlich berücksichtigt werden, daß im Landesdienst und in den Kommunen viele Beschäftigte auf der Basis eines Tarifs tätig sind. Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tragen dann entsprechend zur Entlastung des Haushaltes bei, so daß ich davon ausgehe, daß Sie sowohl an den Belastungs- als auch an den Entlastungseffekten interessiert sind. Wir rechnen derzeit mit einem in etwa ausgeglichenen Ergebnis, so daß es nicht haushaltsrelevant sein wird.

Präsident Wernstedt:

Herr Schirmbeck!

Schirmbeck (CDU):

Herr Präsident! Herr Minister, ich frage Sie: Können Sie uns bestätigen, daß im Bundesfinanzministerium schlaue Leute errechnet haben, daß ein Vier-Personen-Haushalt mit einem Bruttojahreseinkommen von etwa 70.000 DM einerseits aufgrund der Einsparungen bei den Lohnnebenkosten um 280 DM entlastet, auf der anderen Seite aber aufgrund der Erhöhung der Energiesteuern um 301 DM belastet wird? Diese vierköpfige Familie wird also nicht zu den Gewinnern zählen, die Sie gerade aufgezählt haben.

Präsident Wernstedt:

Herr Aller!

Aller, Finanzminister:

Ich bestätige Ihnen zwei Dinge: Erstens. Im neuen Finanzministerium in Bonn sitzen schlaue Leute. Zweitens. Die Modellfamilie, die Sie eben herangezogen haben, kann durchaus zu solchen Werten kommen. Dies muß aber nicht notwendigerweise für alle Familien gleichermaßen gelten. Ich kenne vierköpfige Familien, die vier Autos haben. Es gibt aber auch Familien, die kein Auto haben. Die haben dann auch keine Probleme mit der Spritsteuer. So ist das nun einmal mit den statistischen Werten, Herr Schirmbeck.

Präsident Wernstedt:

Es folgt Frau Zachow; danach Herr Wojahn!

Frau Zachow (CDU):

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Einschätzung von Experten, daß im nationalen Alleingang eingeführte Ökosteuern die Harmonisierung der Energiesteuern auf EU-Ebene deutlich erschweren?

Aller, Finanzminister:

Ich teile die Meinung der anderen Experten, die da sagen, daß es durchaus vernünftig ist, national moderat vorzugehen und auf diese Weise einen Beschleunigungsprozeß zu erreichen, den wir europaweit wollen. Ihnen ist ja sicherlich bekannt, daß auf europäischer Ebene schon längst an eine ökologische Steuer gedacht wird und diesbezüglich schon umfangreiche Vorarbeiten geleistet worden sind. Die ehemalige, die abgewählte Bundesregierung hat diesen Prozeß behindert. Die neue Bundesregierung aber will ihn beschleunigen. Deshalb befinde ich mich auf der Seite der anderen Experten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Wojahn und dann Frau Pothmer!

Wojahn (CDU):

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung: Was gedenkt sie für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum vor dem Hintergrund der Tatsache zu tun, daß der Landvolkverband errechnet hat, daß allein die Landwirtschaft in Niedersachsen 358 Millionen DM an Ökosteuern wird bezahlen

müssen, während unser wichtigster Konkurrent Holland die Landwirtschaft gänzlich von der Ökosteuer freigestellt hat?

Präsident Wernstedt:

Herr Finanzminister!

Aller, Finanzminister:

Diese Berechnung ist bekannt. Die Zahlen werden derzeit überprüft. Die Entlastungseffekte für die Landwirtschaft, die sich z. B. aus der Senkung der Lohnnebenkosten ergeben, werden zur Zeit dagegen gerechnet.

(Frau Zachow [CDU]: So personalintensiv ist die Landwirtschaft nicht mehr!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie haben das Problem, daß Sie die Antworten schon immer kennen, bevor die Fragen überhaupt gestellt worden sind. Ich möchte jetzt aber auf die Frage eingehen.

In meiner einleitenden Bemerkung, Herr Kollege, habe ich gesagt, daß gerade - das habe ich auf Biten des niedersächsischen Landwirtschaftsministers so deutlich herausgestellt - dieser besondere Tatbestand auch angesichts der Konkurrenzsituation zum Nachbarland Holland in der Anhörung eine wichtige Rolle spielen wird. Die Vertreter der niedersächsischen Landwirtschaft wie der Landwirtschaft insgesamt werden die Fragen des Gartenbaus, der in besonderer Weise von künstlich erzeugter Wärme abhängig ist, in die Anhörung einbringen, und das wird dann bewertet werden. Das Ergebnis kann ich Ihnen heute naturgemäß noch nicht nennen.

Präsident Wernstedt:

Es folgt Frau Pothmer; danach Herr McAllister!

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Minister, können Sie uns sagen, mit welchen Belastungen die von Herrn Schirmbeck erwähnte vierköpfige Familie nach den Steuerplänen der alten Regierung hätte rechnen müssen?

Präsident Wernstedt:

Ist das eine Übung in Kopfrechnen, Herr Minister, oder geht es so?

Aller, Finanzminister:

Das ist eine Frage der Beurteilung, welche Familie von wem gemeint worden ist. Da ich die jeweilige Familie nicht genau kenne, würde ich mir jetzt sehr leicht eine Familie mit einer Krankenschwester mit vorwiegender Nachtdiensttätigkeit und einem Schichtarbeiter in einem Industrieunternehmen vorstellen können, der einen weiten Anreiseweg zum Unternehmen hat. Wenn ich dann zugrunde legen würde, wie sich der von der alten Bundesregierung geplante Wegfall der Steuerentlastung bei Schichtarbeit und die Kürzung der Kilometerpauschale vor allen Dingen auch für den Industriearbeiter ausgewirkt hätten, kann ich Ihnen zumindest überschlägig darstellen, daß diese Familie Glück gehabt hat, daß die Regierung Kohl abgewählt worden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Herr McAllister, dann Herr Rolfes!

McAllister (CDU):

Herr Minister, nach mir vorliegenden Informationen soll die Deutsche Bahn AG künftig 280 Millionen DM zusätzliche Ökosteuer zahlen. Ich frage Sie daher: Dürfen die Bürgerinnen und Bürger im Lande zukünftig mit höheren Bahnfahrpreisen rechnen, und wie verhält sich das alles mit Ihrem vermeintlichen Einsatz für den Ausbau und Erhalt der Bahnstrecken in Niedersachsen?

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Aller, Finanzminister:

Herr Kollege, auch das würde ich Ihnen schnell im Kopf ausrechnen können, wenn ich die entsprechenden Eckdaten hätte. Da ich aber weiß, daß der Anteil der Beamten in der Deutschen Bahn AG nach der Privatisierung der Deutschen Bundesbahn und der Umwandlung in die Bahn AG rapide sinkt, der große Personalkörper aber auch Tarifbeschäftigte beinhaltet, gibt es bei der Bundesbahn, wie in den anderen Bereichen auch, Entlastungseffekte. Ich habe das eben schon ein paarmal deutlich gemacht. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Entlastungszahlen gegen die Belastungszahlen zur

Verfügung stellten. Dann könnten wir eine Diskussion über die Differenz führen.

Zur zweiten Frage: Die Bahn wird nicht dadurch attraktiv, daß sie eine weitere Subvention im Zusammenhang mit der Ökosteuern von rund 280 Millionen DM bekommt, sondern dadurch, daß die Bahn AG dafür sorgt, daß die Züge pünktlich fahren, daß sie hohen Komfort bieten und daß sich die Bahn benutzerattraktiv präsentiert. Ihr Versuch, die Bahn sozusagen gegen die Ökosteuern auszuspielen, ist untauglich.

Präsident Wernstedt:

Herr Rolfes; dann kommt Frau Steiner!

Rolfes (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei allem Respekt vor Herrn Aller müßte meine Frage eigentlich der Umweltminister beantworten. Aus welchen ökologischen Gründen werden Betriebe mit einem hohen Energieverbrauch von der Ökosteuern entlastet?

(Möhrmann [SPD]: Ihr müßt euch einmal auf eine Linie einigen! Die paßt jetzt nicht dazu!)

Präsident Wernstedt:

Herr Aller!

Aller, Finanzminister:

Der Begriff "ökologische Betriebe" ist mir insofern etwas zu weit gegriffen, als ich auf eine so umfassende und wenig präzise Frage natürlich nur nach eigener Einschätzung antworten kann. Grundsätzlich sind ökologische Betriebe an der Spitze der Bewegung,

(Frau Vockert [CDU]: Das hat doch keiner gesagt!)

wenn es darum geht, energiesparend zu wirtschaften. Das ist vom Grundsatz her richtig. Wenn sie in Bereichen tätig sind, in denen die Entlastungstatbestände, die inzwischen festgelegt sind, greifen, kommen sie auch in den Genuß der Entlastung. Wenn sie allerdings weiterhin energieträchtig tätig sind, würden sie ungerechtfertigt subventioniert. Gute ökologische Betriebe stehen wie andere auch im Wettbewerb und müssen sich unter den Bedin-

gungen behaupten. Dabei gibt es keine Sondertatbestände.

(Frau Zachow [CDU]: Sie beantworten uns jetzt schon Fragen, die gar nicht gestellt werden!)

Präsident Wernstedt:

Frau Steiner, dann Herr Schirmbeck!

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Minister, Herr Rolfes, es gibt natürlich keine ökologischen oder unökologischen Betriebe. - Um zu der Frage zu kommen: Wir wissen ja - Sie haben vorhin noch einmal darauf hingewiesen -, daß energieintensive Betriebe in der ersten Stufe von der Ökosteuern ausgenommen werden sollen. Hält die Landesregierung es für sinnvoll, sich für ein Öko-Audit für diese Betriebe einzusetzen? Hält sie das für diese Betriebe für sinnvoll, und wird sie sich auch entsprechend dafür einsetzen, daß es eingeführt wird?

Präsident Wernstedt:

Herr Finanzminister!

Aller, Finanzminister:

Wer die Entwicklung um die Öko-Audits verfolgt, wird wissen, daß „Öko-Audit“ inzwischen ein Markenzeichen für Unternehmen ist, die sich im Konkurrenzkampf mit anderen - sehr wohl unter erwerblichen Gesichtspunkten - mit diesem Prädikat am Markt bewegen. Deshalb ist Öko-Audit per se schon unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ein Vorteil für das jeweilige Unternehmen.

Zweitens ist Öko-Audit für viele Betriebe die Chance, zuerst einmal eine vernünftige Energiebilanz im eigenen Unternehmen zu erarbeiten und dann die Energiestrategien umzustellen. Wenn ich weitergehend beantworten soll - ich weiß nicht, ob das gemeint ist -, ob das denn ein Befreiungstatbestand wäre, würde ich nach jetzigem Kenntnisstand nein sagen.

Präsident Wernstedt:

Herr Schirmbeck; ihm folgt Frau Philipps!

Schirmbeck (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Aller, durch die Ökosteuer sind Sie ja jetzt in der Lage, höhere Staatszuschüsse in die Rentenversicherung einzuzahlen. Wir wissen aber, daß wir aufgrund der demographischen Entwicklung eigentlich zu Strukturveränderungen in diesem Bereich kommen müssen. Wird dadurch, daß Sie diese höheren Staatszuschüsse jetzt planlos zur Verfügung stellen, nicht die Bemühung konterkariert, zu Reformen und Umstellungen zu kommen?

Aller, Finanzminister:

Herr Kollege Schirmbeck, ich bin gerne bereit, über die Ökosteuer auch etwas zum Thema Rentensystem zu sagen, wenn Sie das gemeint haben. Ich möchte versuchen, Ihnen in wenigen Sätzen klarzumachen, warum es geht.

Die Lohnnebenkosten in Deutschland sind unter der Vorgängerregierung Kohl einfach zu rapide, zu schnell angewachsen. Es war Aufgabe aller politischen Kräfte, diese Lohnnebenkosten drastisch zu senken, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und insbesondere der deutschen Dienstleistungsunternehmen wiederherzustellen. Dafür hat diese Regierung, die jetzt neu im Amt ist, hervorragende Vorarbeit geleistet.

Es war vor der Wahl und es ist nach der Wahl richtig, daß die Mittel aus der Energiebesteuerung als zweckgebundene Einnahme zur Absenkung der Lohnnebenkosten verwendet werden. Das ist eindeutig so gesagt worden. Der Entlastungseffekt des Faktors Arbeit ist völlig unbestritten. Das hat nichts damit zu tun, daß sich diese neue Bundesregierung auch der Frage der Altersvorsorge, der Altersversorgung und der Rentenfrage mit dem Ziel annehmen wird, diesen Belastungseffekt im Lohnnebenkostenbereich zu minimieren und im Sinne der Fragestellung auch die demographischen Effekte auf die Altersvorsorge zu berücksichtigen. Das ist zwar ein völlig anderes Thema, aber wenn Sie Wert darauf legen, werden wir das unter der Überschrift „Ökosteuer/Altersvorsorge“ weiter diskutieren können.

Präsident Wernstedt:

Frau Philipps; ihr folgt Herr Ehlen!

Frau Philipps (CDU):

Herr Minister, wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, daß ausgerechnet der Unterglasgartenbau, der ja in Niedersachsen eine große wirtschaftliche Bedeutung hat, mit einer Energiesteuer belegt werden soll, wo doch schon jetzt ein großer Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu anderen europäischen Ländern besteht und dadurch der Verlust von Arbeitsplätzen gegeben ist?

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Aller, Finanzminister:

Das ist zum dritten Mal die gleiche Frage zum gleichen Komplex. Ich sage etwas dazu, weil der Begriff „Unterglasgartenbau“ erwähnt worden ist. Es ist sehr wohl bekannt - die Zahlen, die berechnet worden sind, sind auch in die Debatte eingeflossen -, daß wir in einer Konkurrenzsituation insbesondere mit dem Nachbarland Holland stehen. Deshalb ist der Ansatz der neuen Bundesregierung auch richtig, die Ökosteuer in drei Schritten sukzessive einzuführen und in der ersten Stufe moderat zu beginnen.

Sie werden sehen, daß gerade dieses Sonderthema bei der Anhörung, die jetzt vor der Einführung zum 1. April in Bonn ansteht, sehr ausführlich im Sinne der Einwendung meines Kollegen Landwirtschaftsminister Herrn Bartels eingebracht werden wird. Sie werden auch sehen, daß es keine andere Alternative gibt, als gerade zu diesem Themenkomplex die Frage zu beantworten, ob wir nicht eine europäische Lösung brauchen, die gleiche Sachverhalte gleich beurteilt. Das ist der Weg, den wir gehen wollen. Benachteiligungen in direkter Konkurrenzsituation wird es vermutlich nicht geben können. Deshalb bin ich relativ guter Dinge, daß dieses Sonderthema in der Anhörung eine Rolle spielt und dann auch berücksichtigt wird.

Präsident Wernstedt:

Es folgt Herr Kollege Ehlen, dann Herr Möhrmann.

Ehlen (CDU):

Herr Präsident! Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß Berechnungen vorliegen, nach denen ein landwirtschaftlicher Betrieb in der Marktfruchtschiene rund 2.000 DM Ökosteuer und in der Ver-

edelungsschiene noch etwas mehr bezahlen muß, über die Lohnnebenkosten, wenn er eine Arbeitskraft beschäftigt, aber nur eine Entlastung von knapp 250 DM erhält? Das ist ein Verhältnis von 8 : 1. Ich meine - - -

Präsident Wernstedt:

Keine Meinung äußern, fragen, Herr Ehlen!

(Unruhe)

Ehlen (CDU):

Ich frage ja nach.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das muß gestattet sein!)

Ist dies noch verhandelbar?

Präsident Wernstedt:

Herr Finanzminister!

Aller, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte es für sehr beachtlich, wie stark hier doch die landwirtschaftlichen Interessen im Zusammenhang mit der Ökosteuer diskutiert werden. Ich trage jeder Einzelfrage - darauf können Sie sich verlassen - Rechnung.

Wenn so vehement über die Gesamtsteuerpolitik geredet werden soll, dann muß auch zur Kenntnis genommen werden, daß es mir so vorkommt, als wenn Sie Wert darauf legen, Herr Kollege, daß die Besteuerung der Landwirtschaft insgesamt noch einmal auf den Prüfstand gestellt wird. Das wäre ein hochinteressantes Thema,

(Zustimmung von Wenzel [GRÜNE] - Frau Harms [GRÜNE]: Ich sage nur „Funke“!)

weil insbesondere die Subventionierung der Landwirtschaft im europäischen Kontext, die Subventionierung im nationalen Kontext und die Subventionierung über die unterschiedlichsten Tatbestände in diesem Land natürlich auch danach schreien, endlich einmal transparent gemacht und offengelegt zu werden.

(Zuruf von der CDU: War das eine Drohung?)

Wenn ich die Diskussion und die Fragestellung so richtig verstanden habe, dann bin gern bereit - - -

(Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

- Es ist Ihnen übrigens freigestellt, eine weitere Dringliche Anfrage zu stellen, vielleicht für die nächste Sitzung. Dann unterhalten wir uns sehr ausführlich über dieses Sonderthema. Ich bin dazu bereit.

(Zustimmung von Plaue [SPD])

Präsident Wernstedt:

Herr Möhrmann, und dann Herr Wenzel!

Möhrmann (SPD):

Herr Minister, Sie haben im Vorspann Ihrer Antwort berichtet, daß die frühere Bundesregierung Kohl im Energiesteuerbereich 50 Pfennig draufgelegt hatte.

(Eveslage [CDU]: Worauf?)

Liege ich falsch mit meiner Erinnerung, daß man damals seitens der Opposition über die Probleme in den einzelnen Branchen, in den einzelnen Familien, die jetzt hier im einzelnen aufgetischt worden sind, nicht so intensiv gesprochen hat wie heute?

(Eveslage [CDU]: 50 Pfennig pro Person oder was? - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Aller, Finanzminister:

Herr Möhrmann, da halte ich es mit Karl Marx: Das Sein bestimmt das Bewußtsein. - Wenn man in der Opposition ist, dann gilt das aus der Vergangenheit nicht mehr.

Diese Erhöhung um 50 Pfennig beim Sprit habe ich erwähnt. Die Auswirkungen auf die durchschnittliche Familie sind bekannt. Entscheidend ist für mich aber vor allem, daß die vorherige Regierung die Erhöhung ohne Rücksicht - ohne Rücksicht! - auf die Sekundäreffekte durchgesetzt hat, um Haushaltslöcher zu stopfen

(Frau Harms [GRÜNE]: Zweimal hintereinander! - Oestmann [CDU]: Was wollen Sie denn damit machen? - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

und damit ein ganz anderes Ziel zu verfolgen, als das bei der Ökosteur jetzt angelegt ist. Dieser Paradigmenwechsel ist das einzige Problem, das die CDU jetzt umtreibt, und sie will das verschleiern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Herr Wenzel; ihm folgt Frau Pothmer!

Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister, teilen Sie die Auffassung, daß sich die Bahn über eine Modernisierung ihres Wagenparks Gedanken machen muß, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt des Energieverbrauchs, und daß die Ökosteur der Bahn, relativ gesehen, einen Kostenvorteil gegenüber dem Individualverkehr verschafft?

Präsident Wernstedt:

Herr Aller!

Aller, Finanzminister:

Ich habe den Zusammenhang zwischen Belastung des Individualverkehrs und Entlastung des öffentlichen Verkehrs vorhin schon dargestellt. Von daher ist die Fragestellung von der rechten Seite dieses Hauses auch sehr durchsichtig gewesen.

Ich wiederhole das aber gern: Entlastungseffekte gehören in die Gesamtbetrachtung mit hinein. Was betriebstechnisch von der Bahn geleistet werden kann, wird sie aus der Lenkungswirkung der Ökosteur heraus dann auch verstärkt tun müssen; denn Energiekosten sind natürlich auch ein Kostenfaktor in einem solch großen Unternehmen wie der Bahn. Ich teile in dem Sinne das, was Sie in Ihrer Frage unterstellt haben.

Präsident Wernstedt:

Frau Kollegin Pothmer, Ihre zweite Frage! Ihr folgt Herr Rolfes.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Minister, ich frage Sie: Teilt die Landesregierung eigentlich die Auffassung, daß die Ökosteur, insbesondere die Anhebung der Mineralölsteuer, ein Anreiz für technische Innovationen sein wird

(Rolfes [CDU]: Die sicherlich nicht!)

und damit Arbeitsplätze schaffen wird?

Präsident Wernstedt:

Das scheint eine rhetorische Frage zu sein.

Aller, Finanzminister:

Ich teile diese Auffassung inhaltlich voll und ganz. Der Schub, der auf die Aggregate, insbesondere auch in der Automobilindustrie, ausgehen wird, ist unübersehbar. Ich nenne nur das Dreiliterauto, das von VW auf den Markt gebracht wird. Der Trend hin zu sparsamen Motoren ist in diesem Segment der Wirtschaft ganz allgemein unverkennbar.

(Rolfes [CDU]: Das ist doch schlichter Unsinn!)

Der Vorteil einer solchen Entwicklung liegt natürlich auch darin, daß die Steuerlast für den Bürger individuell gestaltbar ist. Er kann entscheiden, ob er ein Auto kauft, das 15 l Sprit verbraucht - dann bezahlt er eben viel Mineralölsteuer -, oder ob er ein Auto mit einem sparsamen Motor kauft; dann bezahlt er eben weniger Mineralölsteuer. Das ist ein ganz wichtiger Effekt, der hier zum Tragen kommt, der letztlich auch zur Energieeinsparung führt.

Ein zweiter Punkt ist mittelbar auch angesprochen worden. Wir sind bei den Benzinpreisen im europäischen und internationalen Vergleich längst noch nicht an der Spitze. Die diesbezüglich sozusagen herbeigeredete Krise wird im europäischen Kontext auf Dauer nicht überzeugen. Das kann man mit Bürgern machen, die nicht informiert sind, aber nicht mit solchen, die auch mal ins Ausland fahren und an einer Auslandstankstelle nicht für 20 DM tanken, sondern richtig volltanken. Der direkte Vergleich bringt es dann an den Tag.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Möhrmann [SPD])

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Rolfes, die zweite Frage! Ihm folgt Frau Körtner.

Rolfes (CDU):

Die letzte Antwort war aus der Kategorie „naive Gläubigkeit“.

Herr Minister, vorhin hatte ich nicht von ökologischen Betrieben gesprochen,

(Zurufe von der SPD: Frage!)

sondern von ökologischen Gründen, die dazu führen. Das können wir nachher noch nachlesen. Da war die Antwort also völlig daneben.

(Möhrmann [SPD]: Na, na, na! So geht das aber nicht! - Zurufe von der SPD: Frage! - Unruhe)

Die Frage, die ich jetzt stelle, lautet: Wie will die Landesregierung eigentlich verhindern, daß ein Betrieb jetzt wirklich voll in die Energieverschwendung geht, um anschließend als energieintensiver Betrieb Steuern zu sparen? Wie will sie das eigentlich ganz praktisch verhindern?

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Darüber muß mal nachgedacht werden! - Eveslage [CDU]: Damit muß sich ein Arbeitskreis beschäftigen!)

Aller, Finanzminister:

Herr Rolfes, diesmal habe ich Sie richtig verstanden, weil Sie auch deutlicher gesprochen haben.

(Heiterkeit bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Eine intellektuelle Frage und keine politische!)

Ich habe mehr Vertrauen zu den Menschen im Land Niedersachsen als Sie. Intelligente Menschen werden sich nicht dumm verhalten, und das ist der entscheidende Punkt.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie geben Anreize für Dummheit!)

Sie heben offensichtlich auf den Einzelfall ab, den Herr Wulff gestern als Beispiel in der Gegenrede zur Regierungserklärung angeführt hat und bei dem man in eine Grenzwertsituation kommt. Wenn man einen Grenzwert festlegt, dann gibt es immer Leute, die sich diesem Grenzwert sozusagen von

unten her nähern, und es gibt solche Leute, die sozusagen knapp über dem Grenzwert liegen. Das ist bei der Sozialhilfe so. Das ist auch bei der Ökosteuer so.

(Möhrmann [SPD]: Beim BAföG auch!)

Wenn man diese Einzelfälle generalisiert, dann macht man einen methodischen Fehler. Deshalb erübrigt sich eigentlich eine längere Ausführung zu diesem Bereich.

(Zustimmung von der SPD und von den GRÜNEN - Möllring [CDU]: Es soll doch nachgebessert werden! - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Wernstedt:

Frau Körtner! Ihr folgt Herr Ehlen mit seiner zweiten Frage.

Frau Körtner (CDU):

Herr Minister, der Vorsitzende der ADU, des Arbeitgeberverbandes mittleres Weserbergland, in dem mehr als 300 kleine Handwerksbetriebe und mittelständische Betriebe zusammengefaßt sind, hat vor einigen Tagen die Auswirkungen der Ökosteuer in Niedersachsen mit zirka 15 Millionen DM Mehrbelastung im Hinblick auf Investitionen und Beschäftigung prognostiziert und heftig kritisiert. Ich frage Sie vor dem Hintergrund: Wie ernst nehmen Sie eigentlich solche Befürchtungen von Fachleuten, von mehr als 300 kleinen Unternehmungen? Meinen Sie, daß es realistisch ist, daß die Ökosteuer eine Belastung von 15 Millionen DM in Niedersachsen hervorruft, und meinen Sie nicht, Herr Minister, daß schon die Unsicherheit über die Belastung durch die Ökosteuer einen negativen Beschäftigungs- und auch Investitionseffekt in Handwerk und Mittelstand haben wird?

Präsident Wernstedt:

Das waren in einer Frage drei Fragen. - Herr Minister!

Aller, Finanzminister:

Frau Kollegin, insbesondere die Handwerker und Mittelständler im Hamelner Bereich sind die, um die wir uns kümmern - darauf können Sie sich

verlassen -, wie übrigens um die anderen in Niedersachsen auch.

Der entscheidende Punkt ist, daß es ein völlig legitimes Verhalten von Betroffenen ist, sich zu äußern, wenn es Veränderungen im Steuersystem gibt. Das wird um so glaubwürdiger, wenn sich die gleichen Kreise unter anderen Bedingungen genauso heftig und genauso präzise äußern. Ich habe nicht gehört, daß sich die 300 Hamelner Betriebe, die sich jetzt äußern, damals, als die Lohnnebenkosten nach oben geschneit sind, in vehementer Form über Sie hier im Landtag geäußert hätten und uns gemeinsam gebeten hätten, doch die Bundesregierung dazu zu bringen, die Lohnnebenkosten zu begrenzen bzw. nach unten zu fahren. Ich habe auch nicht gehört, daß die 300 Unternehmungen, von denen Sie gesprochen haben, die Gegenrechnung aufgemacht haben, die sich mittel- und langfristig aus den Effekten der Ökosteuer, der Senkung der Lohnnebenkosten und der Gesamtproduktionsumstellung durch die Lenkungswirkung der Ökosteuer ergibt.

Deshalb ist, glaube ich, richtig, was Sie sagen: In einer kurzfristigen Betrachtung mögen die von der lokalen Wirtschaft befürchteten Auswirkungen der Einführung der Ökosteuer eintreten; ich kann das nicht beurteilen. Aber der Trend, der mit der Ökosteuer eingeleitet worden ist, ist insbesondere im europäischen Verbund richtig und unvermeidlich. Wenn man das ein bißchen über die Landesgrenzen hinaus entwickelt, dann werden Sie am Beispiel des Unterglasgartenbaus im Verhältnis zu Holland oder an einer anderen grenzüberschreitenden Betrachtung zu Dänemark feststellen, daß sich die Besteuerung von Energie und insbesondere von Primärenergie auf den Arbeitsmarkt und auf die Beschäftigungssituation insbesondere für Mittelstand und Handwerk durchaus positiv ausgewirkt hat, weil daraus Arbeitskräfte generiert werden. Ich biete gerne an, diesen Gesamteffekt auch mit den 300 Betrieben in Hameln vor Ort zu diskutieren. Wenn Sie mir ein Gespräch organisieren würden: Ich komme gerne, und dann können wir uns Auge in Auge und Wort an Wort auseinandersetzen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Ehlen zur zweiten Frage! Ihm folgt Herr Wenzel, auch zur zweiten Frage.

Ehlen (CDU):

Herr Präsident! Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß in Niedersachsen im Ernährungsgewerbe rund 20 % aller Erwerbstätigen tätig sind und daß hier zu europäischen Nachbarländern, aber auch auf dem Drittlandsmarkt eine ganz harte Konkurrenzsituation besteht? Ich mache das einmal an dem Beispiel der Nordmilch Zeven fest, die durch die Ökosteuern rund 750.000 DM mehr aufwenden muß, wodurch die Verarbeitungskosten pro Liter Milch um 0,5 Pfennig - das ist unheimlich viel - steigen. Welche Möglichkeit sehen Sie, dieses auszugleichen, um unsere Arbeitsplätze in Niedersachsen zu sichern?

Präsident Wernstedt:

Ich möchte alle Fragesteller und den Minister darauf hinweisen, daß wir mittlerweile eine Stunde und elf Minuten verbraucht, aber die dritte Frage noch gar nicht angefangen haben. - Herr Minister!

Aller, Finanzminister:

Mit Verlaub, Herr Präsident! Ich darf darauf hinweisen, daß ich gehalten bin, auf Fragen, die gestellt werden, zu antworten, und ich werde das auch tun.

(Möllring [CDU]: Das ist auch Ihre verfassungsmäßige Pflicht! Daran kann Sie auch der Präsident nicht hindern!)

Zum ersten Teil der Frage. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß über 20 % der Produkte in Niedersachsen aus der Landwirtschaft oder dem landwirtschaftsnahen Bereich kommen. Das stand übrigens auch in unserem Wahlprogramm als Begründung dafür, daß wir uns der Landwirtschaft besonders intensiv zuwenden.

Zum zweiten Teil der Frage, zu dem Beispiel Milchwirtschaft. Natürlich spielen bei den Produktionskosten auch die Energiekosten eine Rolle. Aber das macht letztlich nur deutlich, Herr Kollege: Es wäre gut und klug gewesen, wenn die Vorgängerregierung in Bonn dafür gesorgt hätte, daß wir schon längst ein abgestimmtes Vorgehen im Ökosteuerbereich hätten. Dann gäbe es keine grenzüberschreitenden Probleme, weder bei der Produktion noch bei den Produkten, die grenzübergreifend vermarktet werden.

Präsident Wernstedt:

Herr Wenzel! Dann kommt Herr Wojahn noch einmal.

(Wenzel [GRÜNE]: Ich ziehe zurück!)

- Sie ziehen zurück. – Herr Wojahn!

Wojahn (CDU):

Herr Minister, haben wir Sie richtig verstanden, daß Sie angekündigt haben, die Landesregierung würde einer zweiten und dritten Stufe der Ökosteuere reform nur zustimmen, wenn sie europaweit harmonisiert ist? Dies hätte ich gern noch gewußt.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Aller, Finanzminister:

So wie Sie es in Ihrer Frage formuliert haben, habe ich es nicht formuliert. Tatsache ist aber, daß es mehrere Stufen der Ökosteuere reform geben wird. Wichtig ist, daß diese Bundesregierung, unterstützt durch diese Landesregierung, im nächsten Halbjahr vehement dafür eintreten wird, daß wir eine europäisch harmonisierte Vorgehensweise in Sachen Ökosteuern erreichen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was die Vorgängerregierung getan hat, und das macht den kleinen, aber feinen Unterschied aus.

(Beifall bei der SPD - Oestmann [CDU]: Die Signale, die Sie empfangen, sind aber nicht sehr hoffnungsvoll!)

Präsident Wernstedt:

Herr Wojahn, zur zweiten Frage!

(Wojahn [CDU]: Erledigt!)

- Erledigt.

Meine Damen und Herren, damit ist die zweite Dringliche Anfrage besprochen. Es liegen keine Wortmeldungen für Zusatzfragen mehr vor.

Wir kommen zur dritten Dringlichen Anfrage:

c) Niedersachsen bleibt Flugzeugbauland - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/411

Wer bringt sie ein? - Herr Wolfkühler!

Wolfkühler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Freie und Hansestadt Hamburg und die Daimler-Benz – jetzt DaimlerChrysler - Aerospace Airbus GmbH bewerben sich bei der Airbus Industrie als Standort für die Endmontage des geplanten Großraumflugzeugs A3XX. Es handelt sich dabei um das größte und modernste Zivilflugzeug der Welt. Die technologische Herausforderung des Projektes ist ohnegleichen und als Quantensprung im Flugzeugbau zu bezeichnen.

Niedersachsen hat an dem Projekt außerordentliches Interesse, weil es geeignet ist, den Standort Norddeutschland für die Luftfahrtindustrie nachhaltig zu verbessern und dadurch zu stärken. Es wird damit gerechnet, daß durch diese Investition - eine der größten Industrieinvestitionen der letzten Jahre in Europa - in Hamburg und Umgebung, also insbesondere auch in Niedersachsen, mehr als 4.000 neue hochwertige und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Darüber hinaus entstehen Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie und in der Forschung in erheblichem Maße. Schon heute beschäftigen die drei in Niedersachsen gelegenen Airbus-Werke und das Werk in Hamburg-Finkenwerder rund 7.500 Menschen aus Niedersachsen.

Der Hamburger Senat hat am 4. Juni 1998 entschieden, die Erweiterung des Airbus-Werkes in Hamburg-Finkenwerder planerisch durch die Inanspruchnahme eines Teils des „Mühlenberger Lochs“ zu ermöglichen. Da es sich dabei um den Eingriff in ein ökologisch wertvolles Gebiet handelt, bedarf es der Kompensation durch hierfür geeignete Ausgleichsflächen.

Niedersachsen hat Hamburg Unterstützung zugesagt und wird entsprechende Flächen für den notwendigen Ausgleich zur Verfügung stellen, da solche in Hamburg nicht vorhanden sind.

Die Landesregierung hat daher einen Staatsvertrag mit der Freien und Hansestadt Hamburg über das Planfeststellungsverfahren zum Zwecke der Erweiterung des Hamburger Airbus-Werkes am 11. Oktober 1998 unterzeichnet und dem Landtag

zur Zustimmung zugeleitet. Diese Zustimmung ist gestern erteilt worden.

Nunmehr ist ein Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 8. Dezember 1998 - BT-Drs. 14/61 - bekanntgeworden, in welchem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Bewerbung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für den Standort Rostock-Laage im Hinblick auf die Endmontage des A3XX voranzutreiben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung das Verhalten der CDU-Bundestagsfraktion, den Standort Rostock zu bevorzugen?
2. Welche Auswirkungen ergeben sich nach Auffassung der Landesregierung aus einer Standortentscheidung bezüglich des A3XX für die niedersächsischen Standorte?
3. Wie wird sich die Landesregierung weiterhin für den Standort Hamburg-Finkenwerder verwenden?

Präsident Wernstedt:

Die Antwort gibt der Wirtschaftsminister Dr. Fischer.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie wir eben gehört haben, hat die europäische Flugzeugindustrie ein neues Großraumflugzeug konzipiert. Dieses Flugzeug ist geeignet, große Anteile auf dem globalen Markt für Flugzeuge im 21. Jahrhundert zu erobern. Mit dem Bau des A3XX ist eine sehr hohe Wertschöpfung verbunden.

Es ist deshalb auch kein Wunder, meine Damen und Herren, daß es bei den Standortentscheidungen für die Durchführung dieses gigantischen Projektes einen scharfen Wettbewerb gibt. Fünf Standorte in Europa konkurrieren miteinander. Beworben haben sich Sevilla in Spanien, Toulouse und St. Nazaire in Frankreich sowie Hamburg-Finkenwerder und Rostock-Laage in Deutschland.

In Anbetracht der bedeutenden wirtschaftlichen Dimension hat Niedersachsen an diesem Projekt ein erhebliches Interesse; denn dieses Vorhaben ist geeignet, den Standort Norddeutschland für die Luftfahrtindustrie nachhaltig zu verbessern und zu

stärken. Es handelt sich nämlich um eine der größten Industrieinvestitionen in den nächsten Jahren in Europa. Bei der Wahl des Standortes Hamburg würden in der Stadt und im Umland - insbesondere also auch in Niedersachsen - mehr als 4.000 neue hochwertige und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Darüber hinaus entstehen Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie und im Dienstleistungsbereich einschließlich der Forschung.

In Anbetracht dieser großen industriepolitischen Bedeutung des Vorhabens liegt es im Landesinteresse, alle Kräfte bei uns zu bündeln, damit das Airbus-Werk in Hamburg-Finkenwerder den Zuschlag erhalten kann. Dazu gehört natürlich auch die Erweiterung des Geländes durch Inanspruchnahme eines Teils des „Mühlenberger Lochs“.

Das „Mühlenberger Loch“ ist ökologisch wertvoll. Niedersachsen stellt die notwendigen Ausgleichsflächen zur Verfügung. Der betreffende Staatsvertrag wurde bereits am 11. Oktober dieses Jahres unterzeichnet. Gestern hat der Landtag zugestimmt.

Ich stelle fest, daß von der Niedersächsischen Landesregierung und vom Hamburger Senat alle Anstrengungen unternommen werden, um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine Entscheidung zugunsten des Werkes in Hamburg-Finkenwerder zu schaffen. Das liegt - ich sage es noch einmal - im Interesse beider Länder, und das liegt im Interesse der Menschen, die in den drei in Niedersachsen gelegenen Airbus-Werken sowie in Hamburg-Finkenwerder beschäftigt sind.

Die Auswahl der Standorte wird nicht von der Politik getroffen. Sie obliegt ausschließlich Airbus-Industrie. Dieses Unternehmen muß langfristig seine globale Wettbewerbsfähigkeit sichern. In diesem globalen Wettbewerb verfügt unsere Region über günstige Ausgangsbedingungen. Dazu gehören vor allem das hervorragend qualifizierte Personal und die enormen Anpassungsleistungen, die bereits in den letzten Jahren im Zuge der Durchführung des sogenannten Dolores-Programmes erbracht wurden.

Meine Damen und Herren, im Bundestag hat sich nun etwas sehr Bemerkenswertes ereignet. Am 9. November dieses Jahres hat die Fraktion der PDS im Bundestag den Antrag zur Ansiedlung der Fertigung für den A3XX in Mecklenburg-Vorpommern gestellt. Bei der Beratung dieses

Antrages im Wirtschaftsausschuß des Bundestages am 18. November 1998 wurde mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion eine Ablehnung des Antrages der PDS empfohlen. So schön, so gut. Um so größer war nun meine Überraschung, als ich den Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom 8. Dezember 1998 zur Kenntnis nehmen mußte. Er steht unter der Überschrift: Ansiedlung einer Produktionsstätte für den Airbus A3XX in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist also gewissermaßen der alte Antrag der PDS, der jetzt nur dadurch veredelt wird, daß er von der CDU/CSU gestellt worden ist.

(Oestmann [CDU]: Sie wissen aber, daß sich der Kanzler vorher festgelegt hat?)

Meine Damen und Herren, ich muß gestehen: Ich war platt.

(Frau Wörmer-Zimmermann [SPD]: Da sieht man mal, was Wulff für einen Einfluß hat!)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion hier im Landtag, sind das wahrscheinlich auch. Denn man muß deutlich sagen: Dieser Antrag richtet sich eindeutig gegen die Interessen des Landes Niedersachsen. Ich habe schon dargestellt, daß das Land ein hohes Interesse an dieser Ansiedlung hat und daß diese Ansiedlung für Niedersachsen von großer Bedeutung sein kann.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die drei Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Das Verhalten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion liegt nicht im Landesinteresse.

Zu Frage 2: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Dimension der möglichen negativen Folgen ihres Vorstoßes für die niedersächsischen Standorte offensichtlich nicht erkannt.

Zu Frage 3: Die Ansiedlung des Airbus-Projektes in Hamburg ist für Niedersachsen von großem industriepolitischen Interesse. Die Landesregierung wird deshalb nicht in ihren Bemühungen nachlassen, die Rahmenbedingungen für den Standort Hamburg-Finkenwerder so günstig wie möglich zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Eine Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Meyn-Horeis.

Frau Meyn-Horeis (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung: Worin besteht die besondere Kompetenz Norddeutschlands im Flugzeugbau?

Präsident Wernstedt:

Das ist interessant. - Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe schon dargelegt, daß es in Niedersachsen, aber auch in Hamburg und in Bremen einige Standorte der Airbus-Industrie gibt, die Teile für das gesamte Airbus-Programm fertigen. Ferner wird in Hamburg die Endmontage der kleinen Airbus-Reihe durchführt. Außerdem wird an all diesen Standorten ein großer Anteil der Forschung und Entwicklung geleistet. Es gibt hier - wie ich schon dargestellt habe - hochqualifizierte Mitarbeiter. Von daher hat die Region Niedersachsen/Hamburg/Bremen eine hohe Flugzeugbaukompetenz.

Präsident Wernstedt:

Herr McAllister!

McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst festhalten, daß sich nicht nur der Hamburger Senat und die Niedersächsische Landesregierung

(Reckmann [SPD]: Nicht festhalten, Frage stellen!)

eingesetzt haben, sondern auch die Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion und unsere CDU-Landtagsfraktion.

Nun meine Frage: Wir haben ja gestern den Staatsvertrag debattiert und waren uns einig, daß das eine wichtige Sache ist. Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß die Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion einen Änderungsantrag vorgestellt hat, in dem sie fordert, daß man, wenn man schon

über Staatsverträge redet, auch gleichzeitig Fragen der A 26, der A 20 und der S-Bahnverlängerung von Hamburg-Neugraben nach Buxtehude mit einbinden sollte?

(Heiterkeit bei der SPD - Frau Meyn-Horeis [SPD]: Das mußte ja kommen!
- Lanclée [SPD]: Seit wann stellen die wichtige Anträge?)

Präsident Wernstedt:

Herr Wirtschaftsminister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Es hätte mich überrascht, wenn diese Frage von Herrn McAllister nicht gestellt worden wäre. Das ist mir bekannt, Herr McAllister. Aber ich muß Ihnen folgendes sagen: Es macht wenig Sinn, in einem Staatsvertrag zwischen Hamburg und Bremen etwas zu fordern, wofür der Bund zuständig ist, nämlich den Bau der A 26.

(McAllister [CDU]: Niedersachsen!)

Herr Behr hat es ja gestern hier schon angebracht. Ich muß sagen: Ich halte es für ziemlich heuchlerisch, wenn nun die CDU nach der A 26 schreit. Wer hat denn die A 26 auf den Weg gebracht? - Das war diese Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Wer hat denn vor der letzten Landtagswahl einen ersten Spatenstich getätigt, aber nicht genug Geld nachgeschossen? - Das war der Herr Wissmann. Es macht also wenig Sinn, in einem Staatsvertrag zwischen Hamburg und Niedersachsen zu fordern, daß der Bund die A 26 baut. Ich finde, das ist einsichtig. Im übrigen möchte ich feststellen, daß es gar keines Staatsvertrages bedarf, um deutlich zu machen, daß sowohl Hamburg als auch Niedersachsen an diesem Thema gemeinsam interessiert sind. Wir arbeiten daran gemeinsam, Herr McAllister. Insofern ist das völlig verfehlt.

Außerdem möchte ich noch folgendes sagen: Wenn Sie das fordern, dann wollen Sie offensichtlich dieses besondere Interesse Hamburgs an diesem Airbus-Werk sozusagen als Hebel benutzen, um für Niedersachsen Interessen durchzusetzen. Dies kann doch nicht funktionieren, wenn wir doch selber ein großes Interesse an diesem Thema haben. Das habe ich ja deutlich gemacht. Es wissen

auch die Hamburger, daß wir ein großes Interesse daran haben. Insofern kann man hier keine Hebelwirkung ansetzen. Deshalb halte ich Ihren Wunsch und auch den Antrag, den die Hamburger CDU dort eingebracht hat - möglicherweise auf Ihren Wunsch hin - für völlig neben der Sache liegend.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, damit sind die Dringlichen Anfragen beantwortet. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen für Zusatzfragen vor.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 19:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 1999 und 2000 (Haushaltsgesetz 1999/2000 - HG 1999/2000 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/351

Die Einbringung erfolgt durch den Herrn Finanzminister. Bitte schön!

Aller, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt auch bei Haushaltsberatungen bisweilen nette Episoden. Gestern hat mir der Kollege Möllring im Zusammenhang mit der Diskussion um das neue Insolvenzrecht eine kleine Broschüre überreicht. Möglicherweise tat er das, um mich darauf hinzuweisen, daß die Schulden des Landes Niedersachsen erheblich hoch sind. Ich empfand das als eine nette Geste. Aber wenn damit die Idee verbunden sein sollte, daß uns das neue Insolvenzrecht Tips geben könnte, wie wir unsere Schulden verringern könnten, dann wird das so nicht gehen. Das möchte ich hier deutlich sagen. Aber eines ist auch klar: Wenn es darum geht, den Haushalt ordentlich zu organisieren und Schulden abzubauen, dann werden wir nicht zur Schuldnerberatungsstelle CDU gehen. Das möchte ich hier deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD - Senff [SPD]:
Die sollen erst einmal ihre Haushaltskasse in Ordnung bringen!)

Das andere ist auch eine interessante Episode. Die hat ebenfalls nichts mit meiner aktuellen Haus-

haltsrede zu tun. Zu Beginn des letzten Sitzungsabschnittes sind viele CDU-Abgeordnete um den leeren Stuhl des Ministerpräsidenten herum aufgetreten und haben Unterschriftenlisten in Sachen Kindertagesstätten überreicht. Der Ministerpräsident war gar nicht da, aber die Unterschriftenlisten wurden übergeben.

(Möllring [CDU]: Der ist weggelaufen!)

Entscheidend war, daß das alles fotodokumentarisch durch den Generalsekretär der CDU festgehalten worden ist. Ich habe das als den ersten Änderungsantrag für den Haushalt angesehen, denn das kostet 1999 und 2000 25 Millionen DM bzw. 60 Millionen DM.

(Möllring [CDU]: 28 Millionen DM nach dem Haushaltsplan!)

Wir warten dann auf die Deckungsvorschläge, meine Damen und Herren von der CDU.

Niemals in der Zeit der Existenz des Landes Niedersachsen ist ein Haushalt unter so schwierigen Rahmenbedingungen aufgestellt worden wie der Doppelhaushalt 1999/2000 und die mittelfristige Finanzplanung 1998 bis 2001.

Klar war, daß mit dem Doppelhaushalt das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. November 1997 zum kommunalen Finanzausgleich haushaltsrechtlich umgesetzt werden mußte. Bereits im April 1998 habe ich den Haushaltsausschuß darüber informiert, daß die Neuordnung des KFA mit seinen besonderen Herausforderungen hinsichtlich der Definition dessen, was Verteilungssymmetrie ausmacht, und insbesondere auch hinsichtlich der materiellen Ausfüllung dieses Begriffs eine Aufgabe war, die bisher noch nicht gestellt worden war. Dazu kam, daß der übertragene Wirkungskreis berechnet und dargestellt werden mußte. Dies war politisches Neuland und brauchte seine Zeit.

Klar war deshalb allen Experten, daß die Novelle zum KFA im wesentlichen parallel zum Haushaltsvorbereitungsprozeß laufen mußte und daß das Volumen für den KFA erst als abhängige Größe zum Gesamthaushalt des Landes festgelegt werden konnte.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Klar war auch, daß die beiden Wahltermine 1. März und 27. September 1998 in diesem Zeit-

raum unmittelbare Auswirkungen auf die Haushaltsplanung haben würden. Tatsächlich hat die Niedersachsen-Wahl dann auch drei wichtige Signale für die Landespolitik gesetzt.

Erstens. Die SPD soll in Niedersachsen weiterregieren. Der Regierungsauftrag: Fortsetzung der Konsolidierungspolitik bei klarer Prioritätensetzung.

Zweitens. Gerhard Schröder soll Kanzler werden, trotz der massiven Attacken der Bonner Koalitionsregierung.

Drittens. Die CDU - auch das war eine sehr eindeutige Botschaft - soll in Niedersachsen nicht regieren. Sie erhält damit die Quittung für ihre destruktive, alternativlose Oppositionspolitik zu den Haushaltsfragen des Landes.

(Beifall bei der SPD)

Die Wahl von Gerhard Schröder zum Kanzler und eine Koalitionsmehrheit von SPD und Grünen in Bonn waren ein klares Votum für einen Politikwechsel in Deutschland.

Die SPD ist zur Bundestagswahl mit einer Alternative gegen das Regierungsbündnis von CDU/CSU und FDP angetreten. Helmut Kohl und Christian Wulff in Niedersachsen wollten die Wahl am 27. September auch als Entscheidung über die Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik sehen. Die Entscheidung ist gefallen. Fest steht: Kohl, die CDU, Herr Wulff, die CSU, die FDP sind auch und gerade wegen der Haushalts- und Steuerpolitik dieser Parteien abgewählt worden.

(Beifall bei der SPD)

Fest steht: Die Wählerinnen und Wähler haben sich für das SPD-Konzept und gegen die Kohl-Politik entschieden. Die Wählerinnen und Wähler haben sich gegen eine Steuerreform entschieden, die den Bundeshaushalt, die Landeshaushalte und die Haushalte der Kommunen endgültig in den Ruin getrieben hätte. 30 Milliarden DM bis 50 Milliarden DM - die Differenz ist eigentlich unerheblich - wären zusätzlich als Ausfälle auf die Haushalte zugekommen. Allein Niedersachsen hätte 1,5 Milliarden DM bis 2 Milliarden DM zusätzlich verloren. Das hätte dieser Landeshaushalt nicht verkraftet.

(Oestmann [CDU]: Wieviel verliert er jetzt?)

Die Bürgerinnen und Bürger, vor allem die in Niedersachsen, sind klüger als die CDU glaubt. Mit ihrem Aufruf zur Blockade-Politik, den Herr Wulff gestern noch einmal ausdrücklich unterfüttert hat, bringt sich die CDU in Erklärungsnotstand. Eigentlich macht sie sich damit lächerlich.

Die Bürgerinnen und Bürger haben gefordert eine solide gegenfinanzierte Steuerreform, und zwar für alle drei Ebenen gleichermaßen, eine aufkommensneutrale Steuerpolitik, die die öffentlichen Haushalte handlungsfähig erhält.

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich auch für eine maßvolle Ökosteuer mit verbindlicher Koppelung an das Ziel der Senkung der Lohnnebenkosten und der Verbilligung des Faktors Arbeit ausgesprochen; wir haben eben darüber sehr lange diskutiert. Das ist ein völlig neuer Ansatz, anders als der unter CDU, CSU und FDP, die den Preis für Sprit um 50 Pfennig erhöht haben, ausschließlich um die Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen.

(Oestmann [CDU]: Etwas stärkere Argumente könnten Sie schon bringen!)

Die Bürgerinnen und Bürger, Herr Kollege, haben sich für eine machbare Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Unternehmenssteuern ausgesprochen und haben sich für die Erhöhung des Kindergeldes um 30 DM bzw. um weitere 10 DM entschieden.

Diese Situation, Akzeptanz für die Steuerpolitik in diesem Lande zu schaffen, hat auch etwas damit zu tun, daß die Steuergerechtigkeit in diesem Lande wiederhergestellt wird. Durch den gestrigen Beitrag meines Fraktionsvorsitzenden Sigmar Gabriel ist mit Zahlen noch einmal sehr deutlich unterlegt worden, wer in den letzten Jahren die Gewinner und wer die Verlierer der Steuerpolitik gewesen sind. Hier eine gewisse Gegenentwicklung einzuleiten, macht Sinn.

Steuergerechtigkeit heißt aus meiner Sicht aber auch, dafür zu sorgen, daß das geltende Steuerrecht gegen die Steuerschuldner durchgesetzt wird. Deshalb halten wir an unserem Programm fest, 2.000 Außenprüfer und Steuerfahnder im Jahre 2000 im Einsatz zu haben. Wir holen die Steuern, die z. B. beim Zinsabschlag zu zahlen sind, herein. 160 Millionen DM haben wir hereingeholt.

(Beifall bei der SPD)

Auch die 17 Millionen DM, die mein Kollege Weber und mein Kollege Bartling mit Unterstützung der Finanzverwaltung in den letzten Wochen im Rahmen der Verbrechensbekämpfung hereingeholt haben, sind ein deutliches Zeichen dafür,

(Möllring [CDU]: Bei RTL haben wir noch 20 Millionen DM!)

daß wir bereit sind, auch da zuzupacken, wo Steuerhinterziehung und Steuerumgehung gegen den Staat systematisch betrieben werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch auf europäischer Ebene werden wir über Steuerpolitik reden. In diesem Zusammenhang sind, was die Zinsabschlagsteuer angeht, Meldungen falsch ins Rohr gegeben worden. Ich sage das noch einmal vor diesem Hause, damit auch wirklich jeder Bescheid weiß: Freibeträge waren immer Bestandteil dieses Konzepts. - Das mußte vielleicht auch an dieser Stelle noch einmal gesagt werden.

Der Begriff „Gegenfinanzierung“ - d. h. auf der einen Seite Steuerentlastung, auf der anderen Seite Gegenfinanzierung - ist in diesem Zusammenhang kein Unwort. Das ist die Bedingung dafür, daß der Haushalt und die Steuerpolitik zusammenpassen. Das unterscheidet die neue Politik auch deutlich von der der Vorgängerregierung.

(Zuruf von der CDU: Mir kommen die Tränen!)

- Machen Sie ruhig! Das entlastet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ministerpräsident Gerhard Glogowski hat in seiner gestrigen Regierungserklärung unmißverständlich gesagt, daß Niedersachsen dem Fahrplan und dem Stufenmodell in dem Vorläufergesetz zustimmen wird, und er hat auch die aktive Mitwirkung Niedersachsens in den Arbeitsgruppen zur Unternehmenssteuerreform mit dem Ziel, hier in der dritten Stufe eine Entlastung um 15 Milliarden DM umzusetzen, angekündigt. Das ist gut so. Niedersachsen will mitmischen, will sich in diesen Umorientierungsprozeß in der Steuer- und Finanzpolitik in dieser Republik einmischen. Ich sage ganz ausdrücklich: Wir werden die Kommunen, die aus verfassungsrechtlichen Gründen bei diesen Verhandlungen nicht selbständig mit am Tisch sitzen können, hier einbeziehen. Wir werden an der Seite

der Kommunen für eine gerechte Verteilung des Steueraufkommens in diesem Lande kämpfen.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt ist auf der Basis des geltenden Rechts aufgestellt worden. Der Versuch, Dinge in den Landeshaushalt hineinzuzinterpretieren, die in Koalitionsvereinbarungen stehen, welche noch nicht Recht und Gesetz sind, verursacht nur Panik und Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir sind uns sehr sicher, daß der Entlastungsprozeß, der morgen durch den Bundesrat gehen wird, im nächsten Frühjahr gegenfinanziert wird. Das, was mein Ministerpräsident Gerhard Glogowski in Saarbrücken ausgehandelt hat, und das, was ich mit den Finanzministern in Düsseldorf vereinbart habe, wird Inhalt dieses Gesamtkonzepts sein.

Die CDU wird sich entscheiden müssen, ob sie dabei mitmacht oder draußen vor bleibt. Im Prinzip ist es egal. Die Leitlinien sind zwischen dem Bund und den Ländern inzwischen verabredet worden. Das ist neu: Zwischen dem Bund und den Ländern ist verabredet worden, was getan werden soll und wie es finanziert werden soll. Es liegt im ausdrücklichen Interesse des Landes Niedersachsen, diese Konsultationen erfolgsorientiert zu führen.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist ein neuer Stil, meine Damen und Herren. Die Politik wird niedersächsischer, und zwar in Niedersachsen, aber auch in Bonn.

(Oestmann [CDU]: Das ist aber kein Qualitätsnachweis!)

Das hat etwas damit zu tun, daß qualifizierte Leute aus Niedersachsen in dieser Bundesregierung sind.

(Beifall bei der SPD)

Das ist etwas völlig Neues. 16 Jahre Kohl ohne deutliche Repräsentanz der CDU aus Niedersachsen haben natürlich dazu geführt, daß der direkte Draht zwischen Bonn und Hannover unterbrochen war, wobei Einflußnahmen aus Niedersachsen auch wegen und gegen Gerhard Schröder nicht funktioniert haben.

Diese Politik wird geändert werden. Ich bin sicher, daß nach 16 Jahren Kanzler Kohl jetzt Kanzler

Schröder dafür sorgen wird, daß es ein faires Politikumsetzungskonzept für die gesamte Republik

(Oestmann [CDU]: Die ersten Anzeichen sprechen nicht dafür!)

und nicht eine einseitige Ausrichtung nach den Interessen der Kabinettsmitglieder gibt.

Die Kontinuität in der Politik wird dadurch gewährleistet, daß Gerhard Glogowski aus dem Innenministerium in die Staatskanzlei gewechselt ist. Ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang, beide Regierungserklärungen, d. h. die von Gerhard Schröder vom 30. März und die von Gerhard Glogowski vom 28. Oktober, sorgfältig zu lesen. Beide bestimmen nämlich die Richtlinien der Politik für diese Legislaturperiode und weit über das Jahr 2000 hinaus, beide sind auf Kontinuität angelegt, und beide - wen wundert das? - passen in das gesamtpolitische Konzept der Bundesregierung, die unter Kanzler Schröder jetzt die Geschäfte aufgenommen hat.

Sie können also davon ausgehen, meine Damen und Herren, daß niedersächsische Interessen auf Bundesebene und künftig auch auf europäischer Ebene wesentlich besser vertreten sein werden. Der Ministerpräsident hat das gestern sehr deutlich gesagt. Wir werden dafür sorgen, daß sich Niedersachsen in den angedachten Arbeitsgruppen, die sich mit dem föderalen Finanzsystem, der Unternehmenssteuerreform, aber auch den europäischen Fonds auseinandersetzen, sehr massiv einbringen wird. An die Kollegen, die eben massiv für die Landwirtschaft eingetreten sind, Herr Kollege Bartels, sage ich: Insbesondere die europäischen Fonds richtig zu gestalten, liegt insbesondere auch im Interesse des Landes Niedersachsen. Davon hängt viel für die Landwirtschaft in diesem Lande ab.

Ich bin sehr dafür, daß wir eine Politik aus einem Guß organisieren, die Verlässlichkeit garantiert: über die Bundespolitik, die Landespolitik bis hinein in die Kommunen. Deshalb bin ich denen dankbar, die diesem Ansatz im Prinzip auch gefolgt sind. Es geht darum, den Haushalt so zu organisieren, daß er die unterschiedlichen Aufgabebereiche der Landespolitik fair abdeckt. Deshalb bin ich insbesondere meinen Kabinettskolleginnen und -kollegen dafür dankbar, daß sie sich bei allem legitimen Interesse für das Fachressort mit in das Ziel eingebracht haben, den Doppelhaushalt 1999/2000 ausgeglichen zu gestalten. Das gilt auch

für die SPD-Fraktion, die sich in einem hervorragenden parallelen Verfahren in die Diskussion eingebracht hat, konstruktiv Vorschläge entwickelt hat, sie mit den Kabinettsvorgaben abgeglichen hat und letztlich auch dem zugestimmt hat, was als Zielprojektion für die Politik der nächsten Jahre festgelegt worden ist.

(Eveslage [CDU]: Die Fraktionen sind doch erst nach der Einbringung damit befaßt!)

Meine Damen und Herren, diese Übereinstimmung macht deutlich, daß die Richtung stimmt, daß das Klima stimmt und daß die Opposition noch soviel dazwischenreden kann: Sie wird keinen Keil zwischen die SPD-Fraktion und die Landesregierung treiben können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe darauf hingewiesen, daß das Aufstellungsverfahren in diesem Jahr ausgesprochen schwierig war und unter erheblichem Zeitdruck hat stattfinden müssen. Ich bin deshalb insbesondere den Kolleginnen und Kollegen des Finanzministeriums, des Innenministeriums und der Staatskanzlei dankbar, die zusammen mit den Haushältern der anderen Ressorts dafür gesorgt haben, daß wir nach dem Urteilspruch von Bückeburg noch rechtzeitig ein nachprüfbar hervorragend gelungenes Gesamtwerk Haushalt 1999/2000 haben vorlegen können.

(Lachen bei der CDU)

Der Dank ist insbesondere an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Häusern gerichtet, die unter Hochdruck haben arbeiten müssen, um die politischen Vorgaben in Wort und Zahl auszubringen.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Landesregierung hat im Gegensatz zur Opposition in diesem Lande den offenen Dialog um die Eckdaten dieses Haushalts gesucht. Wir haben vergeblich darauf gewartet, daß konstruktive und nachprüfbar vernünftige Vorschläge aus der Opposition in diesen Prozeß einfließen. Ganz im Gegenteil: Insbesondere die CDU hat die Wählerinnen und Wähler nach der Wahl für die falsche Wahl beschimpft und hat angefangen, niedersächsische Unternehmen in der Öffentlichkeit herunterzureden. Ich sage insbesondere im Hinblick auf Salzgitter Stahl und NORD/LB: So geht man mit niedersächsischen Unternehmen und Managern

nicht um, wenn man den Wirtschaftsstandort Niedersachsen stärken will.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat den offenen Dialog um die Finanzprobleme dieses Landes in einer Zeit geführt, als die Bundestagswahl vor der Tür stand. Wir haben die Handlungsbedarfe offengelegt, die aus der Mipla bekannt waren: 777 Millionen DM für 1999 und 944 Millionen DM für 2000. Das ist Politik mit offenem Visier und nicht das Verstecken von schwierigen Zahlen. Wir haben nach der Steuer-schätzung im Mai deutlich gemacht, daß die Haushaltsprobleme durch wegbrechende Steuereinnahmen in Höhe von jeweils 1 Milliarde DM noch erhöht worden sind. Damit war für uns, für die Öffentlichkeit, aber auch für die Opposition vor dem 27. September klar, welche schwierige Aufgabe es sein würde, den Haushalt auszugleichen. Im Gegensatz zur Opposition haben wir die möglichen 850 Millionen DM Einnahmen aus dem Zusammengehen von NORD/LB und Berliner Bankgesellschaft nicht in die Finanzierung des Haushalts einbezogen. Wir sind zuversichtlich, aber vorsichtig in die Verhandlungen gegangen. Wir haben die 850 Millionen DM nicht verwirklichen können. Der Herr Kollege Busemann hat stellvertretend für die CDU die ersten Millionen schon für die Finanzierung von 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen ausgegeben. Nun muß er eine andere Deckung suchen, wenn diese Lehrerstellen finanziert werden müssen. Wir haben demgegenüber keinen ungedeckten Scheck auf die Zukunft gezogen. Deshalb ist es um so schwieriger gewesen, den Haushaltsausgleich herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, wir diskutierten in den letzten Wochen und Monaten insbesondere über das, was mit dem Doppelhaushalt 1999/2000 nicht mehr geleistet werden kann. Gemessen an der Gesamtsumme des Doppelhaushalts von 81 Milliarden DM - 40 Milliarden DM plus 41 Milliarden DM -, sind diese Summen zwar klein, aber sensibel. Das bestreitet überhaupt niemand. Darüber wird aber vernachlässigt, daß 40 Milliarden DM und 41 Milliarden DM in den Jahren 1999 und 2000 in den Wirtschaftskreislauf, in die Leistungen dieses Landes investiert werden. Das muß ja nicht unter dem Gesichtspunkt diskutiert werden, daß wir uns dafür schämen müßten. Das sind Leistungen, die von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Landes für die Menschen in diesem Land erbracht werden. Das sind Investitionen in

die Wirtschaft und in die Infrastruktur. Das sind eben 40 Milliarden DM und 41 Milliarden DM.

(Beifall bei der SPD)

Die Zuwachsraten für den Haushalt sind zugegebenermaßen gering. Das ist aber auch gewollt. Wir liegen durchaus in den Vorgaben des Finanzplanungsrates mit plus 1,5 % und 2,6 %.

Der Haushalt 1999/2000 ist so angelegt, daß die übergeordneten Ziele, die in der Regierungserklärung festgelegt worden sind - Arbeit und Ausbildung schaffen, Bildung forcieren, Innovation und Staatsmodernisierung vorantreiben, Wirtschafts- und Finanzkraft in Niedersachsen ausbauen -, trotz Haushaltskonsolidierung erreicht werden.

Der Haushalt geht mit den Einsparzielen an die Grenze des Notwendigen und Zumutbaren. Daß dies stimmt, belegen die Demonstrationen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben. Wir respektieren diese Demonstrationen als Ausdruck und Kritik gegenüber dem, was getan werden muß. Aber wir treten diesen Kritikern mit einem Gesamtkonzept gegenüber, das unter dem Strich offensichtlich Zustimmung findet. Anders ist nicht zu erklären, wie in den letzten Wochen und Monaten das Feedback, das wir aus der Bevölkerung haben, deutliche Zustimmung zu diesem Kurs signalisiert.

(Lachen bei der CDU)

- Herr Klare, lachen Sie ruhig.

(Eveslage [CDU]: Nicht mal in Ihrer eigenen Fraktion haben Sie überall Zustimmung bekommen!)

Ich lade Sie ganz herzlich ein, in den nächsten drei Monaten Alternativen in der Haushaltspolitik aufzuzeigen.

(Gabriel [SPD]: Erstmalig!)

Herr Wulff hat ja angedeutet, daß er unangenehme Entscheidungen mittragen möchte. Wir nehmen dieses Angebot durchaus ernst. Es muß dann aber auch irgendwo konkret sein.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt sichert jedenfalls Investitionen in der Größenordnung von 4,36 Milliarden DM im Jahre 1999 und 4,3 Milliarden DM im Jahr 2000 ab. Ich möchte nur zwei Zahlen nennen: Über die Landes-

hochbauverwaltung werden 400 große Bauprojekte mit einem Volumen von 5 Milliarden DM in diesem Land bewegt. Das ist Nachfrage nach Auftrag, das ist Nachfrage nach Arbeit, und das ist Nachfrage nach Kaufkraft in den Regionen dieses Landes. Die eigenfinanzierten Investitionen steigen um 200 Millionen DM. Wir treten sozusagen mit unseren Landes-Millionen an die Stelle wegbrechender Gemeinschaftsmittel.

Die absoluten Zahlen sind wichtig. Die Investitionsquote von 11 % bzw. 10,6 % in den beiden Jahren, die gerne herangezogen wird, ist weniger aussagekräftig.

Die Personalkosten sind gesenkt worden. Das ist ein erklärtes Ziel dieser Landesregierung. Nachdem wir bereits 7.060 Stellen eingespart haben, halten wir an dem Ziel fest, in den nächsten fünf Jahren weitere 5.000 Stellen abzubauen. Es ist ein schwieriges Ziel, gerade für Sozialdemokraten, Arbeitsplätze abzubauen. Das ist aber unvermeidlich. Wir haben deutlich gemacht, daß es sozial verträglich sein wird. Es ist bereits in den ersten Monaten präzise nachgewiesen, wo und an welchen Stellen 3.800 Stellen eingespart werden können. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir die weiteren 1.200, die noch ausstehen, präzisieren. Sie werden im wesentlichen auch über die Verwaltungsreform hereingeholt werden. Um 580 Millionen DM sind auf diese Weise die Personalkosten im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung gesenkt worden.

Wir haben das aufgegriffen, was auch andere Fraktionen angemahnt haben, z. B. der Kollege Golibruch. Wir haben die Möglichkeiten der Preisgestaltung am Markt für Energie, Heizung, Wasser und Kommunikationsmittel wirklich ausgereizt. Wir haben mit den Anbietern Preise an der unteren Kante gemacht und werden den Markt weiter beobachten. Das Land Niedersachsen kann sich in dieser kritischen Finanzsituation keine subventionierten Preise für diese Leistungen leisten, und deshalb wird an diesem Prinzip festgehalten.

Es muß aber genauso deutlich gesagt werden, daß wir mit dem Geld der Steuerzahler vorsichtig umgehen. Wir sind am Kreditmarkt tätig, wir fragen Kredite nach, und wir sind bemüht, die optimalen Bedingungen am Kreditmarkt zu erzielen. Das ist kein Problem. Wir sind aber keine Spekulanten, die mit dem Geld der Steuerzahler umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb halten wir an dem Prinzip fest: zinsgünstig ja, aber risikoneutral. Wer diesen Grundsatz verläßt, in spekulatives Geld geht, um die schnelle Mark zur Entlastung des Haushaltes zu machen, der geht mit dem Geld der Steuerzahler fahrlässig um. Das machen wir nicht.

Trotzdem haben wir gegenüber den Ansätzen in der mittelfristigen Finanzplanung dreistellige Millionensummen einsparen können, weil der Zinsmarkt im Moment so günstig ist.

(Oestmann [CDU]: Das ist doch nicht Ihr Verdienst!)

Wir haben mit dem Haushalt die Staatsmodernisierung vorangetrieben. Ich nenne stichwortartig die beiden Begriffe „Staatsbäder“ und „Bädergesellschaft“. Wir werden die Bädergesellschaft auflösen und drei Staatsbäder stärker machen, als sie zuvor waren, wir haben den Hochbauplafond für den Hochschulbereich eingeführt, wir treiben die Personalbudgetierung voran und werden sie ab 2000 einführen, wir sind mit dem Programm P53 bei der Kosten- und Leistungsrechnung im Ländervergleich Spitze, und wir haben eine Reihe von Landesbetrieben auf den Weg gebracht, die zunehmend selbständiger wirtschaften, als es vorher möglich war.

Wir bringen bis zum Jahre 2005 Investitionen in einer Höhe von 300 Millionen DM in die Staatsmodernisierung ein, indem wir Hochleistungs-EDV in der Landesverwaltung installieren. Das sind rentierliche Investitionen. So ist diese Investitionsplanung auch angelegt. Sie wird unter dem Strich Einsparungen bringen. Das ist so auch im Haushaltsausschuß dargestellt worden.

Hinzu kommt - das ist auch wichtig für die Mitarbeit der Opposition -, daß der Doppelhaushalt methodisch neue Wege in der Kosten- und Aufgabentransparenz geht. Wir haben mit der Einrichtung des Reformarbeitsmarktes ein Instrumentarium geschaffen, das den Personalabbau unterstützen soll. Wir wollen mit dem Reformarbeitsmarkt aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Landesverwaltung schneller umsetzen können, um die Einsparungsziele zu erreichen, gleichzeitig aber die Sozialverträglichkeit sicherzustellen.

Wir haben die Mipla neu organisiert. Sie ist transparent, sie zeigt deutlicher die Schwerpunkte. Ich weise insbesondere auf den Subventionsbericht hin, den wir abgetrennt haben, damit noch deutlicher wird, wo das Land mit welchen Summen für

welchen Zweck tätig ist. Diese Transparenz, die wir dadurch schaffen, erzwingt gewissermaßen die Auseinandersetzung mit den dahinterstehenden Ausgaben des Landeshaushalts. Ich rufe Sie dazu auf, diesen Subventionsbericht sehr sorgfältig zu studieren und daraus entsprechende Vorschläge abzuleiten.

Wir haben strukturelle Eingriffe angefaßt, die uns viel Kritik eingebracht haben. Gefordert werden strukturelle Eingriffe immer abstrakt. Wenn sie konkret werden, rufen sie Kritik hervor. Das gilt für die Kita-Förderung und die Verlagerung der Kita-Förderung auf die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich. Das gilt gleichermaßen für die Kosten der Heimerziehung bzw. die Neuanbindung des Landesjugendamtes an eine Bezirksregierung.

(Klare [CDU]: Ist das alles, was Sie dazu zu sagen haben? Ist das alles?)

- Ich kann dazu auch mehr sagen, habe aber nicht soviel Zeit.

Der Doppelhaushalt enthält als zentralen Baustein einen neuen kommunalen Finanzausgleich. Nun kann man sich trefflich über das Modell streiten, das noch nicht bekannt ist und das offensichtlich die CDU verfolgt. Es ist noch nicht bekannt, aber es ist anders als das, das der Innenminister auf den Weg gebracht hat. Wir haben gesagt, daß wir den kommunalen Finanzausgleich finanziell gesetzesicher, rechtssicher gestalten wollen, und haben zusätzlich die Mittel für die Kita-Förderung und die Mittel für die Heimunterbringung in dieses Gesetz einbezogen.

(Zuruf von Heineking [CDU])

Wir haben insbesondere einen Wunsch der Spitzenverbände umgesetzt, Herr Kollege aus der Kommunalpolitik. Wir übertragen nämlich die Zuständigkeit auf die Kommunen und halten an einer für uns finanzierbaren Förderung fest.

(Lachen bei der CDU - Frau Vockert [CDU]: Das zeigt, wie abgehoben Sie reden!)

Wir tun das, was Sie im Kern gefordert haben. Nun kritisieren Sie das. Wir können relativ gut damit leben. Sie werden sehen, daß sich dieses Verfahren unter dem Strich bewähren wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Entscheidungen getroffen, die denen weh tun, die seit Jahren einen Schonraum für sich in Anspruch nehmen konnten. Wir beenden den Modellversuch Job-Ticket und trennen uns von Instituten, die lange von uns gefördert werden konnten. Angesichts der knappen Mittel müssen wir neue Wege gehen. Ich meine, daß deutlich wird, daß Mut angezeigt ist, Aufgaben auch einmal abzubauen und nicht nur mit unzureichender Förderung in Nischen aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der SPD)

Um diesen Prozeß zu fördern, hat der Ministerpräsident Stabsstellen für Staatsmodernisierung und Europapolitik in die Staatskanzlei eingeplant. Ich gehe davon aus, daß auch die Mittelstandspolitik in der Staatskanzlei einen festen Platz haben wird. Diese Stabsstellen werden in enger Abstimmung mit den Ressorts dafür sorgen, daß diese Aufgabenschwerpunkte noch schneller, noch intensiver und noch effizienter umgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, die Opposition muß sich entscheiden, wie sie sich zu dem Zahlenwerk der Landesregierung verhält. Es hat Signale zur Zusammenarbeit gegeben, die ich ausdrücklich begrüße. Aber Zusammenarbeit allein reicht nicht. Es geht auch darum, echte und solide finanzierte Alternativen auf den Tisch zu legen.

Ich will im Vergleich zu dem Zahlenwerk, das wir vorgelegt haben, drei bis fünf Punkte ansprechen, damit klar wird, welche Meßlatte sich CDU und Grüne selbst gelegt haben, die sie überspringen müssen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Hier springt niemand!)

Erstens. CDU und Grüne sind gegen eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme von 2,3 auf 2,65 Milliarden DM.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das haben Sie vor der Bundestagswahl zugesagt!)

Das haben sie überall öffentlich gesagt. Der Umkehrschluß, Herr Wulff, ist, daß Sie 350 Millionen DM anders finanzieren müssen als diese Landesregierung, wenn Sie das nicht wollen.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie sind doch jetzt in der Verantwortung! - Gegenruf von Gabriel [SPD]: Herr Wulff, Sie müs-

sen nicht nur dicke Backen machen, sondern auch mal pusten!)

Zweitens. CDU und Grüne kritisieren die globale Minderausgabe in Höhe von 400 Millionen DM. Herr Wulff, das haben Sie auch gestern getan. Wenn Sie die nicht akzeptieren wollen, dann sind Sie aufgefordert, konkrete Kürzungsvorschläge in der Größenordnung von 400 Millionen DM auf den Tisch des Hauses zu legen. Ansonsten ist diese Kritik nicht berechtigt.

(Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Das ist eine falsche Rechnung!)

Drittens. Die Opposition fordert ein Mehr im kommunalen Finanzausgleich. Ich erinnere Sie an Ihre Forderungen, die Sie vor der Landtagswahl und der Bundestagswahl erhoben haben. Sie haben einen Mindestausgleich in Höhe von 500 Millionen DM gefordert. Wir stellen 300 Millionen DM bereit. Sie müssen 200 Millionen DM mehr bringen, wenn Sie Ihr eigenes Versprechen einlösen wollen.

Viertens. Die Opposition ist, wie sie gestern mit einer machtvollen Demonstration unterstrichen hat, gegen die Kita-Kürzungen. Das sind locker 85 Millionen DM, die Sie in diesen Prozeß einbringen müssen. Dann nehme ich Sie ernst.

Fünftens. Sie haben gesagt: 1.000 zusätzliche Lehrkräfte sofort! Das bedeutet für diesen Haushalt zusätzlich 70 Millionen DM.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie mitaddiert haben, dann werden Sie feststellen, daß Sie locker auf über eine Milliarde DM kommen, die Sie bis zum März in den Haushaltsberatungen anders gestalten und solide durchfinanzieren müssen. Nur damit Sie ein Gefühl für die Größenordnung bekommen, weise ich Sie auf folgendes hin: 350 Millionen DM, die Sie allein bei der Kreditaufnahme anders finanzieren wollen, entsprechen in etwa der Höhe der freiwilligen Zuweisungen und Zuwendungen in der Hauptgruppe 6, entsprechen ungefähr 5.000 Lehrkräften oder den Finanzhilfen für Kitas und Heimerziehung.

Das ist die Aufgabe, die Sie sich selbst gestellt haben. Ich bin nicht ganz sicher, ob Sie den 12.000 Titeln, die im rund 13,5 kg Papier schweren Haushalt untergebracht sind - ich habe ihn extra wiegen lassen, als ich ihn dem Präsidenten überreicht habe -, einen Rumpfantrag entgegenstellen können.

Meine Damen und Herren, bei aller Ironie, die möglicherweise in meinen Äußerungen durchscheint - - -

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Warten Sie nur ab!)

- Das mag ja sein. Ich bin sehr zuversichtlich, daß Sie es nicht schaffen werden. - Trotzdem sage ich: Wir müssen uns über wenige Fakten einig sein, Herr Wulff. Globale Minderausgaben haben nichts Anrüchiges. Globale Minderausgaben in Höhe von einem Prozent sind völlig unstrittig, gängige Praxis und werden von den Landesrechnungshöfen auch nicht, wie Sie es bezeichnen, als Luftbuchungen tituliert. Wenn das denn so wäre, wie Sie es gerne hätten, dann hätte ich erwartet, daß Sie in den letzten Jahren einmal im Bundeshaushalt nachgeschaut hätten. Dann hätten Sie erkannt, daß auch die 7,3 Milliarden DM, die Theo Waigel veranschlagt hat, Luftbuchungen gewesen sind.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Was meinen Sie denn, was Frau Matthäus-Maier dazu gesagt hat!)

Ich will aber gar nicht mit dem Bundeshaushalt vergleichen, sondern verweise auf Bayern und Baden-Württemberg. Sie wissen sehr genau - zumindest können Sie das wissen -, daß Bayern z. B. im Jahre 1998 eine globale Minderausgabe in der Größenordnung von 1,1 Milliarden DM veranschlagt hat. Das entspricht nicht einem Prozent, sondern 1,8 % des Haushaltes. Noch viel wichtiger ist: Bayern hat auch gleich festgelegt, wo diese globale Minderausgabe eingespart werden muß. Und zwar müssen 45 % dieser globalen Minderausgabe - das sind rund 500 Millionen DM - bei den Investitionen eingespart werden. - Das ist der Umgang Ihres Musterlandes Bayern mit der globalen Minderausgabe.

Meine Damen und Herren, in dem Musterlände Baden-Württemberg hat es in den letzten Jahren globale Minderausgaben in der Größenordnung von 555 Millionen DM im Jahr 1996 und 636 Millionen DM im Jahr 1997 gegeben. Die globale Minderausgabe für 1998 ist mit 328 Millionen DM veranschlagt.

Ich sage das nur deshalb, weil sich ein Teil Ihrer massiven Kritik auf diesen Punkt bezieht.

Ein zweiter Gesichtspunkt: Sie versuchen, die Absichtserklärung der Bonner Regierung, den Haushalt notwendigerweise zu decken, in die Diskussi-

on einzubringen. Sie wissen genau, daß dieser Ansatz falsch ist. Wir werden dann veranschlagen, wenn das, was in Bonn verhandelt wird, gesetzlich abgesichert ist und es eine Veranschlagungspflicht gibt. Die Debatte heute morgen hat noch einmal deutlich gemacht, daß wir davon ausgehen, daß alle Entlastungsmomente im Kern gegenfinanziert sind. Bei genauer Betrachtung im Frühjahr nächsten Jahres steht uns jede Möglichkeit offen, die entsprechenden Anpassungen durchzuführen.

Was Sie völlig falsch interpretiert haben und in der Debatte gestern als neues Recht in Niedersachsen einzuführen versucht haben, sind die Schätzkorrekturen, die im Verhältnis zur Mipla in diesem Haushaltsplan umgesetzt worden sind. Wir „sparen“ in der Tat gegenüber der Mipla 320 Millionen DM im Jahr 1999 und 230 Millionen DM im Jahr 2000, indem wir die niedersächsischen Haushaltsansätze an das bundespolitische Haushaltsrecht anpassen. Es werden nicht neue Gesetze gemacht, die wir nachvollziehen, sondern es werden Anpassungen an die Finanzplanung des Bundes vorgenommen. So ist es richtig. Deshalb sind das auch keine „Luftbuchungen“.

Wir müssen deutlich machen - das ist ganz entscheidend für die Diskussion mit der Opposition -, wie der Haushalt in Zukunft gefahren werden soll. Ausgangspunkt für uns ist, daß wir in enger Abstimmung mit der bundespolitischen Entwicklung und den Steuereinnahmen sorgfältig darauf achten, unserem Finanzrahmen eine Aufkommensneutralität zugrunde zu legen. Deshalb ist an den Bundesfinanzminister auch die deutliche Ansage zu richten: Steuerentlastungen, 620-DM-Jobs und Kindergelderhöhung sind gegenzufinanzieren.

Diese Verhandlungen sind im Kern abgeschlossen, und deshalb ist das für Niedersachsen im Grundsatz neutral.

Wir haben uns mit Forderungen und in Beschlüssen im Finanzplanungsrat und in der Finanzministerkonferenz durchgesetzt. Es ist interessant, wie sich die CDU/CSU-regierten Länder in dieser Kernfrage der Aufkommensneutralität und der Gegenfinanzierung verhalten haben. Auf meinen Antrag ist folgendes eingebracht worden:

„Das Steuerreformkonzept trägt der Tatsache Rechnung, daß für eine steuerliche Nettoentlastung über das bisher geplante Volumen hinaus derzeit

keinerlei Spielräume in den öffentlichen Haushalten bestehen. Deshalb muß an dem Grundsatz der Aufkommensneutralität vorerst festgehalten werden.“

Diesem Beschlußvorschlag haben der Bundesfinanzminister und die Mehrheit der Finanzminister im Finanzplanungsrat und der Ministerpräsidenten zugestimmt. Die CDU/CSU-regierten Länder haben dagegen gestimmt. Die CDU/CSU-regierten Länder haben gegen diesen Grundsatz der Aufkommensneutralität gestimmt.

(Möllring [CDU]: Sie können doch nicht erst die Belastung beschließen und sagen, die Entlastung kommt nächstes Jahr! – Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

- Herr Wulff, vielleicht unterhalten Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU sich einmal mit Ihren Leuten, damit den Ländern und den Kommunen kein Schaden entsteht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der kommunale Finanzausgleich ist hinreichend diskutiert worden. Es geht aber im Kern noch um eine präzise Darstellung einiger Zahlen, um deutlich zu machen, daß jedes Hin- und Herrechnen nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß am 1. Januar 1999 ein völlig neues Recht geschaffen wird. Auch alle Behauptungen, die Kommunen würden im nächsten Jahr weniger bekommen als 1998, sind falsch.

(Möllring [CDU]: Nein!)

Tatsache ist: Der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes steigt im Jahr 1999 gegenüber 1998 um 468 Millionen DM, nämlich von 4,407 Milliarden DM auf 4,875 Milliarden DM. Diese Zahlen enthalten die Beteiligung der Kommunen am Steuerverbund, den Anteil am Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer sowie die Verrechnung der Einheitsumlage.

Das ist die einzig seriöse Zahlenbasis, wenn man überhaupt die KFA-Zahlungen nach dem alten System mit dem neuen KFA vergleichen will. In eine solche Rechnung gehören die Aufstockungsbeträge aus der Überführung von Zuweisungen für Kitas und Heimerziehung sowie die quartalsverschobenen Verbundabrechnungen aus den jeweiligen Vorjahren nicht hinein.

In dem Plus von 468 Millionen DM ist die vom Kabinett auf Basis der Mai-Steuerschätzung beschlossene Aufstockung um 300 Millionen DM ebenso enthalten wie der „normale“ Anteil der Kommunen an den Steuerzuwächsen des Landes. Alle anderen Rechnungen versuchen nur mehr oder weniger trickreich, diese einfachen Zusammenhänge zu verwischen.

Der Anteil der Kommunen im Steuerverbund, also die Steuerverbundquote, ist nur ein mathematischer Ausdruck der Verteilungssymmetrie. Um diese Verteilungssymmetrie herzustellen und zu garantieren, muß der Anteil der Kommunen immer wieder neu festgelegt werden. Das ergibt sich aus der Logik des Urteilsspruchs. Genau das hat die Landesregierung getan: Der Anteil der Kommunen beträgt im nächsten Jahr 16,83 % und 17,38 % im Jahr 2000.

Für die Landesregierung gab es – wie gesagt – bei der Aufstellung des Doppelhaushalts zwei Ziele, nämlich den Konsolidierungskurs fortzusetzen und die Verteilungssymmetrie herzustellen. Die Aufgaben, die wir uns dabei gestellt haben, sind mit wenigen Zahlen zu dokumentieren. Aus der Mipla und aus den Mehranforderungen der Ressort abgeleitet haben sich für die Jahre 1999 bis 2001 folgende Eckdaten ergeben: 1,76 Milliarden DM im Jahr 1999, 1,92 Milliarden DM im Jahr 2000 und 817 Millionen DM im Jahr 2001 mußten in ein Deckungsverhältnis gebracht werden.

Bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt für 1998 hatten wir die Entwicklung der Steuereinnahmen deutlich nach unten korrigiert. Diese Entwicklung hält im Kern noch an. Die Steuereinnahmen sind nicht so hoch, wie in den letzten Jahren geschätzt worden war. Die Situation hat sich aber insgesamt ein wenig entspannt. Ich habe den Ausschuß für Haushalt und Finanzen ausführlich darüber informiert. Sie wissen, daß wir auch die Vorplanung für die Jahre 1999, 2000 und 2001 entsprechend korrigiert und um 643, 882 und 810 Millionen DM niedriger angesetzt haben.

Ich will noch einmal kurz an die Ausgangslage erinnern. Zu Beginn bestand ein Handlungsbedarf von rund 4,6 Milliarden DM für beide Jahre zusammen – nämlich rund 2,2 Milliarden DM wegen geringerer Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, rund 1,7 Milliarden DM Handlungsbedarf aus der alten Mipla und rund 700 Millionen DM wegen höherer Anmeldungen der Ressorts. Dieser Hand-

lungsbedarf von insgesamt rund 4,6 Milliarden DM gegenüber der alten Mipla ist in mehreren Arbeitsschritten auf Null reduziert worden.

Ich gehe auf den nächsten Aspekt etwas ausführlicher ein, weil er deutlich macht, daß wir bemüht sind, die Haushaltsstrukturen in einem offenen Prozeß neu zu organisieren und zu ermöglichen, sich an diesem Prozeß zu beteiligen. Deshalb haben wir den sensiblen Bereich der Hauptgruppe 6 mit Arbeitsmarktzahlen und freiwilligen Leistungen nach vier Kategorien aufbereitet: die Verpflichtungen durch Bundesgesetze, Verpflichtungen durch Landesgesetze, Verpflichtungen durch Verträge oder Verpflichtungsermächtigungen und die sonstigen freiwilligen Leistungen des Landes insgesamt.

Dieser vier Schritte umfassende Vorgang ist in der Entstehungsgeschichte kritisch begleitet worden. Er war aber letztlich die Basis für das Haushaltsbegleitgesetz. Wir haben damit erreicht, daß wir in einem sehr transparenten Verfahren sicherstellen konnten, daß eine ehrliche Bestandsaufnahme über die freiwilligen Leistungen des Landes überhaupt möglich geworden ist. Das war für einige nicht ganz einfach nachzuvollziehen, weil sie sich plötzlich in Konkurrenz zu anderen gesehen haben, von denen sie vorher gar nichts wußten. Das war um so schwieriger einzusehen, als wir gesagt haben: Wir werden auch in den Bereich der freiwilligen Leistungen eingreifen müssen, um die notwendigen Ersparnisse umzusetzen.

Dieser sehr transparente, eng mit den Ressorts abgestimmte Prozeß hat 34 Millionen DM für 1999 und 18 Millionen DM für das Jahr 2000 gebracht. Das ist in Relation zum Gesamthaushalt wenig. Es trifft einige Bereiche schmerzlich. Das wissen wir auch. Das Kabinett hat sich mit diesen Eingriffen sehr schwer getan. Wenn man aber strukturell eingreifen will, dann muß man in allen wichtigen Teilaspekten des Haushaltes ernst machen. Wir haben diesen Prozeß eingeleitet und werden ihn weiter fortführen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf daran erinnern, daß das etwas anderes ist als eine Rasenmähermethode, die manchem vorgeworfen wird. Ich kann mich daran erinnern, daß Herr Wulff vor der Bundestagswahl einmal gesagt hat, um den Haushalt auf die Reihe zu bringen, müsse man 10 % über alles wegrasieren. Wir sind anders vorgegangen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie kürzen um 30 %!)

Das ist komplizierter, und es ist härter. Aber wir haben es getan. Ich bin sicher, das paßt jetzt in die Kategorie „Sie tragen auch schwierige Entscheidungen mit“. – Ich lade Sie ganz herzlich ein, im Einzelfall zuzustimmen.

(Gabriel [SPD]: Sie sind aber optimistisch, Herr Finanzminister!)

Ganz entscheidend sind – so glaube ich – die Hinweise, die ich schon zu den Stelleneinsparungen gemacht habe. Ich habe deutlich gemacht, daß wir die Zahl von 5.000 Stellen mit Sicherheit erreichen werden. Das ist auch notwendig – ich sage das in dieser Klarheit -, weil wegen der mittelfristigen Finanzplanung Handlungsbedarf für die Jahre 2001 und 2002 besteht. Die Handlungsbedarfe belaufen sich auf 874 Millionen DM für das Jahr 2001 und auf 448 Millionen DM für 2002. Das heißt, wer meint, der Konsolidierungskurs könne verlassen werden, der irrt. Wir werden ihn ganz konsequent weiter verfolgen müssen, egal wie man diese Zahlen auch bewertet.

Wir haben bei der Umsetzung des Personalkonzeptes insbesondere darauf geachtet, daß wir auch die Zustimmung der Mitarbeitervertretungen erreichen konnten. Wir haben deshalb im Zusammenhang mit dem Reformarbeitsmarkt erst einmal sichergestellt, daß alle Stellen in einem besonderen Kapitel im Einzelplan 03 zusammengeführt werden.

(Senff [SPD]: Sehr wichtig!)

Es muß transparent werden, welche Stellen auf mittlere Sicht nicht mehr im Landeshaushalt sein werden.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite ist, daß wir uns als öffentlicher Arbeitgeber im Verbund mit anderen öffentlichen Arbeitgebern verstehen, um im Sinne eines sozialverträglichen Stellenabbaus auch Grenzgänger – so nenne ich das einmal -, d. h. Personalvermittlung über den Landesdienst hinaus, zu organisieren. Wir wollen deshalb anbieten, Personalkosten auf Zeit für den neuen Arbeitgeber zu übernehmen, um damit letztlich die Stellenentlastung durchzusetzen.

Drittens haben wir Mobilitätshilfen eingeführt, um diesen Entschluß schneller umsetzen zu können.

Wir haben über die Personalkostenbudgetierung 80 Millionen DM einsparen können.

Meine Damen und Herren! Die Konsolidierungspolitik ist beschrieben. Wir haben gleichzeitig mit dem Haushalt einen deutlichen Konsolidierungsschritt nach vorn getan, ohne wichtige Haushaltspositionen vernachlässigen zu müssen. Wir werden die 15.000 neuen Lehrkräfte bis zum Jahre 2003 einstellen und haben in der Mipla Vorsorge für ein Unterrichtsvolumen von weiteren 1.000 Lehrkräften geschaffen.

Wir haben die Wirtschaftsförderung auf 80 Millionen DM erhöht und stellen damit sicher, daß insbesondere unser ganzheitliches Mittelstandskonzept weitergeführt werden kann.

Wir haben die EXPO gemeinsam mit dem Bund finanziert und damit das Weltereignis für das Jahr 2000 in sicheres Fahrwasser gebracht.

Wir haben die Innovationsoffensive an den Hochschulen abgesichert. Sie wird trotz der Haushaltskonsolidierung nicht angegriffen. Sie wird – das darf man vielleicht auch einmal in diesem Zusammenhang sagen – indirekt durch die Verwaltungsgebühren mitfinanziert.

Wir werden den Hochschulbauplafond konsequent und auf gleichem Stand durchziehen und damit insbesondere den Weg für neue privatfinanzierte Baukomplexe, wie z. B. den Fachbereich Physik in Göttingen oder das Transplantationszentrum in Hannover, öffnen.

Wir investieren in innere Sicherheit. Schwerpunkt war immer das Innenressort. Wir werden das MJ jetzt mit den Finanzmitteln für zwei Justizvollzugsanstalten und für das dafür notwendige Personal ausstatten.

Wir werden die Mittel für den Straßenbau und die Häfen nicht in dem Maße kürzen, wie dies von anderen gefordert wird. Vielmehr werden wir konsequent an unseren Investitionen im Hoch- und Tiefbau festhalten, um damit die Infrastruktur sicherzustellen.

Wir haben mit der Solaroffensive und dem Energieeinsparungsprogramm einige neue Formen der Investitionen auf den Weg gebracht, indem wir insbesondere sich selbst finanzierende Investitionen bei Energieeinsparungen und Sanierungsmaßnahmen auf den Weg bringen wollen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit behält Vorrang. Ich bin sehr dankbar dafür, daß die Bundesregierung sehr schnell das 100.000 Jobs umfassende Programm für junge Menschen auf den Weg gebracht hat. Das paßt in unsere Programme. Wir werden dafür sorgen, daß die Programme aufeinander abgestimmt werden. Das ist ein echter Schub für den Arbeitsmarkt und für den Ausbildungsmarkt für junge Menschen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben die Kreditaufnahme, die möglich ist, nicht voll ausgereizt. Wir hätten das tun können, haben es aber nicht gemacht. Wir sind bis an die Grenze dessen gegangen, was wir einsparen konnten. Wir sind aber nicht an die Grenze dessen gegangen, was wir an Krediten hätten aufnehmen können. Wir wollen das auch nicht. Ziel bleibt die Absenkung der Nettokreditaufnahme. Ich sage aber genauso deutlich: Angesichts der Gesamtsituation war eine andere Zahl als „2,65“ derzeit nicht erreichbar.

Wir haben – das ist ganz wichtig – mit den Haushaltseckdaten, die wir aufgestellt haben, insbesondere auch die innere Modernisierung der Landesverwaltung konsequent vorangetrieben. Die Investitionen in das Modernisierungsprogramm über EDV-Systeme sind – auch gestern – hinreichend diskutiert worden. Letztlich wird es darauf ankommen, nicht nur über Modernisierung zu reden, sondern der Wirtschaft einen Partner gegenüberzustellen, der sich moderne, effiziente Leistungsverwaltung nennt. In dem Sinne sind wir auf einem guten Wege, 600 Dienststellen für viele Millionen DM mit Computern auszustatten und damit den Weg aus der öffentlichen Verwaltung in den privaten Sektor wesentlich schneller zu organisieren.

Meine Damen und Herren! Der Haushalt ist, wie er Ihnen vorgelegt worden ist, situationsgerecht. Er ist in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Er entspricht den Rahmenbedingungen, die wir durch die neue Politik in Bonn gesetzt bekommen, und er dokumentiert den Willen, solide Finanzen zum zentralen Thema der Politik in Niedersachsen zu machen und trotzdem Zukunftssicherung für die Menschen und die Unternehmen in diesem Lande zu gewährleisten. Daß wir dazu notwendigerweise auch ein Augenmerk auf die Gerechtigkeit im sozialen Sinne legen werden, können Sie sicher sein.

Der Haushalt ist, so wie er vorgelegt worden ist, schneller auf den Weg gebracht worden, als dies

ursprünglich geplant war. Wir haben das geschafft. Ich sage deshalb ganz herzlichen Dank all denen, die mitgewirkt haben, die durch das Parlament und den Staatsgerichtshof vorgegebenen Termine einzuhalten. Wir stehen für die Beratungen in den ersten drei Monaten des kommenden Jahres zur Verfügung. Ich wünsche mir, daß eine zügige, eine kollegiale und erfolgreiche Beratung stattfindet. Die 40 Milliarden bzw. 41 Milliarden DM, um die es dann in der Schlußabstimmung gehen wird, sind ein sicheres Zeichen dafür, daß in Niedersachsen weiterhin konstruktive und erfolgreiche Politik gemacht wird. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in den nächsten Wochen. – Ganz herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren! Das Wort hat nun der Kollege Möllring.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr Haushaltsplan, Herr Allers, die 13,5 kg, sind nun wirklich das Eingeständnis, vor den Wahlen die Wählerinnen und Wähler getäuscht zu haben.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Wenn man auch noch zugibt, die Wählerinnen und Wähler bewußt getäuscht zu haben, nur um die Wahl zu gewinnen, und hinterher „Ätsch“ sagt, dann spricht das für eine ganz schlimme demokratische Einstellung.

(Beifall bei der CDU – Pläue [SPD]:
Was reden Sie da für einen Unsinn?
Fangen Sie wieder mit diesem Blödsinn an?)

Noch vor der Wahl haben Sie Ihr hausgemachtes gigantisches Finanzierungsloch von mehr als 4,6 Milliarden DM öffentlich bestritten. Jetzt nach den Wahlen müssen Sie aber Ihr Finanzdesaster eingestehen. Viele Zeitungen – ich zitiere hier nur die „Nordwest-Zeitung“ – bringen es auf den Punkt. 9. November 1998:

„Jetzt wird deutlich, warum die niedersächsische SPD-Landesregierung mit der Vorlage ihres Doppelhaus-

haltes bis nach der Bundestagswahl gewartet hat. Viele Wahlversprechen sind nur noch Makulatur. Bildung und Erziehung stehen ganz oben auf der Streichliste.“

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ ergänzt:

„Statt den Bürgern reinen Wein einzuschenken, hielten sie geplante Einschnitte verborgen und zogen lieber mit unhaltbaren Verheißungen über das Land.“

Dem ist doch nur noch wenig hinzuzufügen. Geben Sie es doch zu. Jetzt fehlen Ihnen die Glaubwürdigkeit, die Kraft und auch der Mut, wie wir gestern gesehen haben – inzwischen läuft man ja sogar schon vor Papier weg -, die Menschen für die Konsolidierung der Landesfinanzen zu gewinnen. Entschuldigen Sie sich lieber bei Ihren Wählerinnen und Wählern in Niedersachsen für Ihre gebrochenen Wahlversprechen und Ihre unhaltbaren Verheißungen.

(Beifall bei der CDU)

Stellen Sie sich jetzt nicht wieder wie schon so oft hier hin und reden von „eisern sparen“. Es handelt sich doch wieder nur um ein gigantisches Betrugsmanöver. „Eisern sparen“ – Sie haben es in Ihren Presseerklärungen verkündet – heißt für Sie, zunächst einmal die Steuereinnahmen um 1,5 Milliarden DM hochzuschätzen. Eine Einsparung ist das aber nicht; das ist eine Mehreinnahme. Vielmehr ist das Ausweis dafür, in welcher guten Finanzverfassung Sie in Bonn unser Land übernommen haben. 1,5 Milliarden DM fließen im nächsten Jahr zusätzlich in die niedersächsischen Kassen. Das können Sie nicht wegdiskutieren.

„Eisern sparen“ heißt für Sie auch, Ihr selbstgemachtes Haushaltsloch mit Buchungstricks zu kaschieren. Ich will Ihnen etwas sagen: Einsparungen von jährlich 250 Millionen DM sollen entsprechende Bundesgesetze bringen. Sie haben es hier eben gesagt. Das ist eine Perspektive des Bundeshaushalts 1999. Dafür müssen aber noch Gesetze geändert werden.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

- Nein, das ist kein Quatsch. – Sie nehmen diese Beträge aber schon in Ihren Haushaltsplan auf. Das ist nur ein reiner Buchungstrick. Trotzdem: Bisher sind nur Änderungen von Bundesgesetzen be-

geschlossen bzw. geplant, die für Niedersachsen zu einer höheren Belastung führen. Sie haben es selbst gesagt. Das ist zunächst das Kindergeld. Dagegen ist ja zunächst nichts einzuwenden. Es führt aber zu einer Belastung. Ferner die Regelung der 620-DM-Jobs. Außerdem der Eingangssteuersatz, und demnächst kommen auch noch die Wohngeld- und die BAföG-Grenzen hinzu. Mehrbelastungen verwandeln Sie in Einsparungen. Das kennen wir inzwischen als Wolfsburger Rechenmodell unseres Ministerpräsidenten, der Plus und Minus durchaus einmal vertauscht. Sie machen die Rechnung mal wieder ohne den Wirt.

(Möhrmann [SPD]: Wie war das mit Ihrem Antrag zum FAG? Wissen Sie das noch?)

- Ach, wissen Sie, er hat doch gesagt: Geben Sie mir doch die Kontonummer, Herr Oberstadtdirektor, dann überweise ich Ihnen das morgen. – Am nächsten Tag mußte er sagen, daß er Plus und Minus verwechselt hat. Dagegen ist doch eine Verwechslung von Brutto und Netto harmlos.

(Beifall bei der CDU)

Sie machen die Rechnung wieder einmal ohne den Wirt. Eigentlich müßten Sie Ihren Gerhard Schröder doch kennen. Wahlgeschenke hat er noch nie selbst bezahlt. Dafür mußten immer andere herhalten. In Niedersachsen waren und bleiben es leider auch weiterhin die Kommunen. Als Bundeskanzler greift er jetzt tief in die Ländertaschen. Von einer Einsparung von 250 Millionen DM durch Bundesgesetze ist bisher nichts zu sehen. Im Gegenteil: Durch die Gesetzesänderungen der SPD-geführten Bundesregierung sind zusätzliche Lasten für den Landeshaushalt in Höhe von mindestens 500 Millionen DM zu erwarten. Dann sagen Sie hier doch bitte nicht immer wieder: Die Opposition soll jetzt die Wahlgeschenke des Kanzlers finanzieren. Sie soll jetzt diese Deckungslücken schließen. - Das ist doch eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der CDU – Wegner [SPD]: Das sagen wir auch nie wieder, Herr Möllring, weil Sie es sowieso nicht können!)

„Eisern sparen“ heißt für Sie 400 Millionen DM an globalen Minderausgaben. Da können Sie sich gar nicht auf Waigel berufen. Sehen Sie doch einmal, was Ihre Frau Matthäus-Maier dazu immer gesagt hat. Das ist doch die Finanzexpertin Ihrer Partei. Nehmen Sie doch einmal die. Das sind doch Prin-

zip „Hoffnung“ und Prinzip „Betrug“ zugleich. Wenn Sie 400 Millionen DM im Haushalt einsparen müssen, sollten Sie dies durch Kürzungen von Haushaltsansätzen realisieren. Es ist doch unredlich, zunächst einmal Mittel in den Haushalt einzusetzen und den Leuten Hoffnung zu machen, daß da Geld kommt, um sich bei der Haushaltsaufstellung Ärger zu ersparen, dann aber im weiteren Haushaltsverlauf diese Mittel nicht auszugeben bzw. diese Mittel zu streichen. Dieses Verhalten legen Sie seit 1990 an den Tag. Das ist doch Ihre unredliche Tradition.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen jetzt auch einmal sagen, wie schwierig das haushaltstechnisch ist. Sie haben schon Schwierigkeiten, bei den Personalausgaben und in der Hauptgruppe 5 Einsparungen vorzunehmen. Diese Hauptgruppe fällt für die globale Minderausgabe also aus. Bei der Hauptgruppe 6 haben Sie gekürzt. Sie sagen: Wir haben um 20 % gekürzt. Die CDU wollte um 10 % kürzen. 20 % sind den Leuten aber leichter zu vermitteln. – Ich habe zwar nicht begriffen, wie man das macht; aber ist ja gut. Wenn Sie das nun aber so auspressen, werden Sie in der Hauptgruppe 5 bei den sächlichen Verwaltungsausgaben überhaupt keinen Spielraum mehr haben, weil Sie die betreffenden Ansätze schon seit Jahren nicht mehr erhöht haben und jetzt noch die Belastungen durch die Ökosteuer und anderes hinzukommen, die zunächst einmal weggedrückt werden müssen. Insofern werden Sie hier keine Einsparmöglichkeiten mehr haben. Hier haben Sie ein Loch im Haushalt, das Sie nicht werden decken können. Das nennen wir „Buchungstrick“.

(Beifall bei der CDU)

Obwohl Sie die Schulden des Landes massiv erhöhen wollen, wollen Sie bei den Zinsen für diese Schulden 250 Millionen DM einsparen. Nun weiß aber auch ich, daß es möglich ist, durch Umschuldung die eine oder andere Mark zu gewinnen. Es geht aber nicht in dieser Größenordnung; denn das, was Sie ab 1999 machen wollen, wird in diesem Land Niedersachsen schon seit 1948 gemacht: Es werden vorsichtig Kredite aufgenommen. Außerdem wird versucht, die billigsten und die kostengünstigsten Kredite zu bekommen, um möglichst wenig Zinsen bezahlen zu müssen. Da hat man mal Glück, da hat man mal Pech. Das ist nun aber nicht Ihre Erfindung, sondern wird im Finanzministerium schon seit 1948 so gemacht, und zwar unabhängig von der jeweils amtierenden Regierung.

Das müssen Sie den Beamten einfach einmal lassen.

(Möhrmann [SPD]: Also machen die das ganz gut und können das auch berechnen!)

Das alles sind keine Einsparungen, Herr Möhrmann, sondern lediglich Buchungstricks, bei Kaufleuten auch „Bilanzfälschung“ genannt.

(Widerspruch von der SPD)

„Eisern sparen“ heißt für Sie ferner, zum Stopfen Ihrer Haushaltslöcher ungeniert in die Taschen anderer zu greifen. Das sind doch keine Einsparungen, sondern das ist politisches Raubrittertum. Sie wollen die Beamtinnen und Beamten des Landes mit einer Gehaltskürzung von 70 Millionen DM zur Kasse bitten. Etwas anderes ist das doch nicht.

(Gabriel [SPD]: Mit Bilanzfälschung kennen Sie sich aber aus!)

Sie wollen den Beamten eine Gehaltskürzung auferlegen.

(Möhrmann [SPD]: Was?)

Wenn Sie die Leute bei der Beihilfe mit einem Selbstbehalt von 200 bis 1.000 DM heranziehen wollen – im Durchschnitt sind das 500 DM –, in Bonn aber gleichzeitig sagen, daß die Medikamente in Zukunft nicht mehr 11 DM, sondern nur noch 9 DM kosten sollen, und diese Senkung als riesige sozialpolitische Tat verkaufen, dann bedeutet dies trotzdem eine Gehaltskürzung.

Gabriel [SPD]: Sie wollen doch die Eingangsbesoldung absenken! Sie wollen doch um eine ganze Gehaltsgruppe kürzen!)

Diese Maßnahme trifft insbesondere die Kranken.

(Beifall bei der CDU – Gabriel [SPD]: Sie wollen doch pro Monat kürzen!)

- Ich weiß ja, Herr Gabriel, daß einer Ihrer Kollegen in der Anhörung gesagt hat: Wenn man schwerkrank ist, hat man diese Schwelle schneller überschritten und kommt wieder in die volle Förderung hinein. – So gehen Ihre Leute mit den Menschen um. Außerdem ist es frauenpolitisch falsch; denn Frauen verursachen nun mal höhere Arztkosten. Das kann man beklagen oder nicht. Es ist

aber so. Die Frauen werden von Ihnen ganz schlecht behandelt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Gabriel [SPD])

- Herr Gabriel, ich komme jetzt auf die Polizistinnen und Polizisten sowie auf die Feuerwehrleute zu sprechen.

(Gabriel [SPD]: Warum wollen Sie denn eine ganze Gehaltsgruppe klaufen? Warum wollen Sie das machen? Eine ganze Gehaltsgruppe! Sie wollen den Leuten eine ganze Gehaltsgruppe kürzen!)

Die Polizistinnen und Polizisten sollen die freie Heilfürsorge verlieren. Statt dessen sollen sie pro Jahr insgesamt 11 Millionen DM bezahlen. Das, was sich die Staatskanzlei und die Landesregierung gegen die Proteste der Polizei einfallen lassen, ist doch zynisch. Die Landesregierung stellt sich hin und sagt: Wir haben doch keinen gezwungen, zur Polizei zu gehen. – So gehen Sie mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um. Und hier schreien Sie rum.

(Beifall bei der CDU)

Es wird aber noch schlimmer. Der Innenminister schreibt in dieser Sache an die Polizeibeamtinnen und –beamten: Wir haben euch die zweigeteilte Laufbahn versprochen. Wenn ihr – die Polizei – wollt, daß wir – die SPD – dieses Versprechen halten, dann müßt ihr für die freie Heilfürsorge auf Gehalt verzichten. – Das heißt: Die Polizei bezahlt der SPD die Wahlgeschenke. So steht es in diesem Schreiben.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen auch einmal mit Feuerwehrleuten reden. Herr Wegner hat jetzt ja gelernt, daß die meisten Feuerwehrleute nicht im höheren, sondern im mittleren Dienst sind, weil auch noch Leute benötigt werden, die die Spritze halten und nicht nur Befehle geben. Diese haben von der zweigeteilten Laufbahn gar nichts, weil sie sich im mittleren Dienst befinden. Trotzdem werden sie bei der freien Heilfürsorge bestraft.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Phantasie für niedersächsische Sonderlasten – wie z. B. bei der Abfallabgabe bewiesen – ist nach wie vor ungebrochen. Nun werden Betriebe und

Privathaushalte für Ihr Haushaltsloch durch die Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts zusätzlich zur Kasse gebeten. Inzwischen nehmen Sie in den Gesprächen mit den Wasserverbänden Ihre Kürzungsabsichten aber schon wieder etwas zurück, weil Sie offensichtlich gemerkt haben, daß diese Maßnahme die Schwächsten der Schwachen trifft.

Auch mit der Kürzung des Landesblindengeldes wollten Sie sozial Schwache für Ihre Finanzsünden büßen lassen. Aber auch hier sind Sie im letzten Moment Gott sei Dank zurückgewichen.

Mit mehr als 40 Millionen DM im nächsten und mehr als 50 Millionen DM im übernächsten Jahr bitten Sie nun aber die Pflegebedürftigen in den Heimen zur Kasse. Das sind Einnahmen, die nur mit immensem Verwaltungsaufwand und Bürokratismus zu erzielen sind. Es soll jetzt nicht nur bei pflegebedürftigen Menschen nach Einkommen und Vermögen gefragt werden, wenn sie in eine Pflegeeinrichtung gehen, sondern es soll auch noch bei denen, die sich bereits in einer solchen Einrichtung befinden, zehn Jahre zurück geschnüffelt werden. Was glauben Sie, welche Angst diese Menschen haben, wenn Sie plötzlich zu ihnen kommen, um sich von Ihnen ihr Vermögen auflisten zu lassen.

(Gabriel [SPD]: Deshalb geht es auch um Vermögen, weil es um die Ärmsten der Armen geht! Das ist eine kluge Argumentation!)

- Wissen Sie was? – Sie hätten sich die Anhörung einmal anhören sollen.

(Gabriel [SPD]: Sie reden wie der Blinde von der Farbe! Das ist hier aber nichts Neues!)

- Dann müßte ich ja von Ihnen Blindengeld kriegen. Das war ganz geschmacklos von Ihnen. In diesem Zusammenhang war das ganz geschmacklos!

(Beifall bei der CDU)

An der Anhörung haben die unterschiedlichsten Betreiber von Heimen – private, kirchliche und andere – teilgenommen. Alle haben gesagt: Diese Maßnahme macht unseren alten Menschen Angst. Und das vor Weihnachten. Das ist eine Sauerei!

(Beifall bei der CDU)

Es geht doch nicht darum, dann, wenn jemand vermögend ist, in ein Heim kommt und sagt "Ich

habe Vermögen, das will ich auch wohl einsetzen", zu sagen: Das wollen wir wohl.

(Gabriel [SPD]: Darum geht es doch!)

Sie wollen doch wissen, was er seinen Kindern vor zehn Jahren geschenkt hat. So steht es in Ihrem Gesetz.

(Beifall bei der CDU - Gabriel [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Dann ziehen Sie es zurück.

30 Millionen DM - Herr Aller hat dankenswerterweise eben darauf hingewiesen - sollen die Studenten

(Gabriel [SPD]: Mit der Wahrheit haben Sie es nicht!)

für die zu hohen Verwaltungskosten an den Universitäten zahlen und so den Ausbau der Universitäten ohne Hilfe des Landes aus eigenen Mitteln tragen. Noch am 23. Mai 1998, immerhin Verfassungstag, hat der Wissenschaftsminister Oppermann der "Nordsee-Zeitung" gegenüber geäußert:

"Wir in Niedersachsen lehnen Studiengebühren ab. Insofern gibt es keinen Regelungsbedarf. Studiengebühren gefährden die Chancengleichheit beim Hochschulzugang."

Jetzt machen Sie gerade zur Bedingung, daß jeder Student zunächst 100 DM Verwaltungskostenanteil zu hinterlegen hat, um das Semester überhaupt beginnen zu können. Aber egal, wie Sie es nennen, Herr Gabriel: Es sind und bleiben Studiengebühren.

(Zustimmung von Eveslage [CDU])

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Gabriel hat ja auch ergänzt: Die Summe, die wir durch Einschreib- und Verwaltungsgebühren an den Hochschulen erzielen könnten, beträgt zwischen 40 und 50 Millionen DM. - Das ist exakt das, was Herr Oppermann für seine Innovationsoffensive an den Hochschulen braucht. Auch hier ist es wie bei der Polizei. Das bedeutet, die SPD läßt sich ihre Wahlversprechen und Wahlgeschenke hinterher von den Studenten bezahlen. Wenn das keine Sauerei ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie kürzen auch massiv bei den Kindern. Es geht ja nicht allein darum, daß sie in einem Jahr 60 Mil-

lionen DM - in diesem Jahr 25 Millionen DM - einsparen wollen. Durch das Einbringen des Kita-Zuschusses in den kommunalen Finanzausgleich beseitigen Sie faktisch ab 2000 jegliche Kindergartenförderung.

(Groth [SPD]: Unsinn!)

- Das ist kein Unsinn. Das kann ich Ihnen nachweisen. Hören Sie einfach weiter zu, Herr Groth, dann merken Sie es. - Sie können sich auch nicht damit herausreden, Sie hätten 80.000 Kindertagesstättenplätze geschaffen. Dies haben im wesentlichen die Kommunen und freien Träger getan.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie einen Zuschuß von 5.000 DM für einen Kindertagesstättenplatz zahlen, der zwischen 20.000 und 30.000 DM kostet, dann hat die Kommune die Hauptlast getragen, nämlich 80 %, und das Land 20 %.

(Möhrmann [SPD]: Das bestreitet doch niemand!)

Sie tun so, als ob Sie die geschaffen hätten.

(Gabriel [SPD]: Wir sagen nur: Sie waren immer dagegen!)

Das einzige, das Sie geschaffen haben, war eine erhebliche Behinderung beim Bau dieser Kindertagesstätten durch das Landesjugendamt.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

- Herr Plaue, hören Sie jetzt einmal zu.

Ich will Ihnen nicht verheimlichen, was Ihr damaliger Landtagsabgeordneter Kirschner in diesem Hohen Hause am 8. März 1990 - das war in der letzten Landtagssitzung vor der Wahl von 1990 - zu dem von Ihnen eingebrachten Kindertagesstättengesetz sagte,

(Frau Lau [SPD]: Das ist doch ein alter Hut!)

das eine 100prozentige Personalkostenfinanzierung vorsah - 100 %, und nicht 0 % wie im Jahr 2000.

(Möhrmann [SPD]: Wie sah Ihr Gesetzentwurf aus? - Gabriel [SPD]: Zitieren Sie doch einmal aus Ihrem!)

- Ich will unseren ja auch gerne zitieren, aber es ist doch zu beklagen, daß Sie seit acht Jahren an der Regierung sind. Sie müssen sich an dem messen, was Sie geleistet haben, und nicht an dem, was wir gefordert haben.

(Gabriel [SPD]: Erklären Sie, daß Sie noch nicht einmal 80.000 Kindertagesstättenplätze wollten!)

- 1990 waren Sie doch noch gar nicht dabei, aber ich war es.

(Gabriel [SPD]: Da irren Sie! Nicht einmal dabei sagen Sie die Wahrheit!)

Er hat gesagt: Dieser Gesetzentwurf ist eine politische Selbstverpflichtung der SPD in Niedersachsen für die Regierungstätigkeit nach der Wahl. Das ist nicht Wahlkampf, sondern wir sagen - so hat Kirschner gesagt -, was die Eltern von uns in diesem Bereich Kindergarten erwarten können.

(Rolfes [CDU]: Stürmischer Beifall bei der SPD!)

Jetzt, wenige Jahre später, wissen die demonstrierenden Eltern, Erzieher und Erzieherinnen, was sie von dieser SPD zu erwarten haben: entweder eine Gebührenerhöhung von 20 bis 50 DM pro Monat, womit das Kindergeld dann gleich wieder gut in den öffentlichen Kassen angelegt ist, oder aber eine vom Kultusministerium errechnete Niveauabsenkung in den Kindergärten, denen 5.000 Erzieherinnenstellen zum Opfer fallen.

(Plaue [SPD]: Quatsch!)

Vor 50 Tagen war die Welt bei Ihnen nämlich noch in Ordnung, Herr Gabriel. Da haben Sie

(Gabriel [SPD]: Ich habe gar nichts gesagt!)

am 29. Oktober zur Regierungserklärung Ihres Herrn Glogowski ausgeführt:

"Allerdings wird das Land Niedersachsen keinen Beitrag leisten, daß Elternbeiträge in den Kindergärten steigen. Deshalb wird es bei der Finanzhilfe des Landes für Kindertagesstätten bleiben."

(Gabriel [SPD]: Bleibt es ja auch!)

Das ist 50 Tage her. Sie fordern immer, daß sie 100 Tage Schonfrist haben wollen, obwohl sie

schon nach 50 Tagen sämtliche Versprechen brechen.

(Gabriel [SPD]: Sie belügen hier die Öffentlichkeit! Es bleibt doch dabei! Wohin verschwindet denn die Finanzhilfe?)

- Herr Gabriel, ich wollte es hier eigentlich nicht bringen, aber ich will Ihnen auch noch den Brief aus dem August zitieren, den Ihr damaliger Ministerpräsident Schröder an den DGB geschrieben hat.

(Gabriel [SPD]: Das hätten Sie sonst nicht gesagt, nicht wahr?)

- Das hätte ich nicht gesagt, wenn Sie nicht so dazwischengeschrien hätten. - Er hat geschrieben: Wir haben entschieden, daß es bei der 20prozentigen Kindertagesstättenförderung im Personalkostenbereich bleibt.

(Frau Pawelski [CDU]: Es sollten 25 % sein!)

Jetzt, wenige Monate später, muß sich der Mann doch wie ein Idiot vorkommen, wie Sie seine Versprechen brechen.

(Beifall bei der CDU - Frau Zachow [CDU]: Ist er auch!)

Sie kürzen die Zuschüsse an die Kommunen für die Kosten der Heimerziehung und bringen Sie in das FAG ein. Sie wollen das Erwachsenenbildungsgesetz zum 31. Dezember nächsten Jahres endgültig beseitigen, ohne daß jegliche Ansätze dafür ersichtlich sind, wie Sie sich Erwachsenenbildung im Jahre 2000 und in den folgenden Jahren vorstellen. Damit haben Sie den Konsens über die Erwachsenenbildung aufgekündigt. Die Bildung ist doch bei Ihnen zu einer Floskel verkommen. Sie fordern Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung, und gleichzeitig zerschlagen Sie die Erwachsenenbildung. Ihr Verhalten auch gegenüber den Volkshochschulen ist infam. Das muß man Ihnen einfach einmal sagen. Das waren einmal Ihre Wähler.

(Beifall bei der CDU)

Auch in den nächsten Jahren greifen Sie massiv in die kommunalen Kassen, um Ihre eignenverschuldeten Haushaltslöcher zu verdecken. Hierzu schreibt die "Nordwest-Zeitung":

„Das Wort von der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung hat keinen Wert mehr. Die Landesregierung hat ihre Finanzprobleme einfach auf die Kommunen abgewälzt.“

Das beweise ich Ihnen jetzt auch. Der beste Beweis ist nämlich die noch nicht ganz fertiggestellte Mipla, von der wir freundlicherweise als Vorabdruck ein Exemplar bzw. zwei Exemplare bekommen haben.

(Gabriel [SPD]: Dieses Mal brauchten Sie wenigstens keine Diskette!)

Da vertuschen Sie zunächst noch, daß Sie die Zahlungen an die Kommunen gegenüber 1998 in Wirklichkeit kürzen. Es ist einmalig in der Geschichte der mittelfristigen Finanzplanung, daß Sie die Vergleichszahlen für den kommunalen Finanzausgleich innerhalb und außerhalb des Steuerverbundes für das laufende Jahr 1998 verschweigen. Wenn Sie dort hineingucken, sehen Sie: Da stehen keine Zahlen, da stehen drei kleine Sternchen. Damit sind diese Zahlen völlig anonymisiert, obwohl sie doch dem Haushaltsplan hätten entnommen werden können. Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind oder es nicht machen, zeigen Sie nur, daß Sie die Leute für dumm verkaufen wollen.

Wir haben einen Vergleich zwischen der letzten und der neuen mittelfristigen Finanzplanung gezogen. Die offenbart Ihre Schweinereien gegenüber den Kommunen vollends, Herr Aller.

(Gabriel [SPD]: Na, na, na! - Möhrmann [SPD]: Das ist nicht parlamentarisch, Herr Möllring!)

- Hören Sie doch erst einmal zu, dann werden Sie mir zustimmen. Sie sind doch auch Kommunalpolitiker. - Gegenüber Ihrer alten mittelfristigen Finanzplanung haben Sie für das Haushaltsjahr 1999 bei Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen ein Minus von ca. 600 Millionen DM. Da hat sich die Schätzung verändert. Es steigt weiter. Sie haben Ihre Schätzung um 600 Millionen DM korrigiert. Das war eine Fehlschätzung. Das ist überhaupt nicht vorwerfbar.

Der gleiche Fall zeigt bei den Kommunen folgendes Bild: Dahin haben Sie die gesamten 600 Millionen DM geschoben. Für 1999 haben Sie Zahlungen an den kommunalen Bereich außerhalb und innerhalb des Steuerverbundes von 9,6 Mil-

liarden DM ausgewiesen. In der alten Mipla waren es noch 10,2 Milliarden DM. Das heißt, exakt hier stecken die 600 Millionen DM, die dem Land weniger zufließen. Die werden jetzt den Kommunen gekürzt. Das Land steht also praktisch bei Null, und das nennen Sie kommunale Solidarität.

(Beifall bei der CDU)

Damit haben Sie sämtliche aus Ihrer eigenen Fehlschätzung resultierenden Einnahmeverluste auf die Kommunen abgewälzt. Sie kürzen die Zahlungen an die Kommunen und kürzen nicht bei sich im Landeshaushalt.

(Möhrmann [SPD]: Können Sie das noch einmal erklären? Das habe ich nicht verstanden!)

- Das können Sie doch selber nachlesen. Lassen Sie sich doch von Ihren Leuten erklären, auf welcher Seite es steht, und dann sehen Sie es. - Gleichzeitig haben Sie dafür gesorgt, daß das Ungleichgewicht zwischen den ländlichen Räumen unseres Landes und den Ballungsgebieten noch mehr vergrößert wird.

Mit dem Entwurf zum kommunalen Finanzausgleich sollen dem ländlichen Raum jetzt noch einmal weitere 120 Millionen DM zugunsten der Ballungsgebiete entzogen werden. Ihr Wahlversprechen, es bleibe Ziel Ihrer Agrarpolitik, die vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten der bäuerlichen Betriebe zu fördern, erscheint daher als blanker Hohn.

(Plaue [SPD]: Soll ich das einmal aus meiner Sicht darlegen?)

- Sie kommen ja aus der Stadt. Ihnen kann es recht sein.

Sie haben die Agrarstrukturfonds geplündert, um selbstverschuldete Haushaltslöcher zu stopfen. Die Einstellung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und die Halbierung des Erschwernisausgleichs in Naturschutzgebieten sind weitere Belege für Ihre Art, die niedersächsische Landwirtschaft zu fördern.

(Zustimmung von Ehlen [CDU])

Die längst überfällige Agrarverwaltungsreform ist nicht einmal im Ansatz konzeptionell aufgegriffen worden, obwohl hier erhebliche Einsparpotentiale vorhanden sind und Sie einem Landwirt schon lange nicht mehr klarmachen können, warum er es

mit vier verschiedenen Behörden zu tun hat, wenn es um die Genehmigung eines einzigen Förderantrags geht. Das ist doch Bürokratismus pur. Da sollten Sie Ihre Verwaltungsreform einmal ansetzen, dann helfen Sie den Landwirten.

(Beifall bei der CDU - Ehlen [CDU]:
Sehr gut!)

Parallel dazu haben Sie die schwerfälligste Umweltverwaltung Deutschlands mit unnötigen Mehrfachzuständigkeiten und Hierarchieebenen aufgebaut. Allein in diesem Verwaltungsbereich haben Sie die Planstellen verdreifacht. Sie haben 800 neue geschaffen, was 80 Millionen DM an Mehrkosten bringt. Wenn Sie da gespart hätten, hätten Sie jedes Jahr die 1.000 Lehrer finanzieren können, um sie für mehr Bildung einzusetzen, anstatt die Mittel für die Bürokratie zu verwenden, Herr Aller. Das sind unsere Verwaltungsvorschläge.

(Beifall bei der CDU - Aller [SPD]:
Wo wollten Sie sparen?)

Weil Sie das von Ihnen angerichtete Haushaltsdesaster nicht in den Griff bekommen, flüchten Sie sich in Luftbuchungen - darum kommen Sie nicht herum; auch Ihre langatmige Rede hat das nicht aus dem Raum geschafft -, Haushaltstricks und eine Verschuldung, die das Land zunehmend handlungsunfähig macht. Sie sparen nicht; sondern andere zahlen für Ihre Haushaltssünden. Ein paar Beispiele habe ich aufgezeigt.

Dort, wo Sie einmal in den Landeshaushalt eingreifen, sind es unsoziale Kürzungen am falschen Ende. Sie verbreiten inzwischen soziale Kälte. Sie müssen einmal mit den Leuten reden.

(Zustimmung von Klare [CDU] und
von Frau Pawelski [CDU])

Ihre unsolide Finanzpolitik zerstört die Sozialpolitik in Niedersachsen. Nach acht Jahren SPD-Politik offenbart dieser Haushalt für alle sichtbar, daß Ihre Politik gescheitert ist. Innerhalb von acht Jahren haben Sie dieses Land systematisch an die Wand gefahren.

(Kopischke [SPD]: Und jetzt kommen
Ihre Vorschläge, Herr Möllring!)

Ihre Finanzminister sind nur deshalb nicht Schuldenkönige in Deutschland, weil sie ständig ausgewechselt werden. Sie haben nicht nur Schindluder mit den knappen finanziellen Ressourcen getrieben; Sie haben in Zeiten stark steigender Steuer-

einnahmen - auch das hat es gegeben, nämlich in den Jahren 1992 und 1993 - auch eine ausgabenorientierte Politik betrieben,

(Zurufe von Frau Lau [SPD])

die sich heute, in etwas normaleren Zeiten, nicht mehr so finanzieren läßt wie damals, als die Steuern wegen der deutschen Einheit enorm nach oben geschossen sind. Das müssen Sie einfach einmal akzeptieren.

(Aller [SPD]: Das einzige, was Sie wirklich ärgert, ist, daß wir sparen! Geben Sie es mal zu!)

Herr Gabriel, weil Sie Kindergeschichten so lieben, weil Sie die wahrscheinlich intellektuell auf die Reihe bekommen, will ich Ihnen folgendes sagen: Sie haben hier acht Jahre wie der kleine Häwelmann geschrien. „Mehr, mehr!“, schrie der kleine Häwelmann, bis er ins große Meer fiel und um Hilfe rief.

Ich wollte Ihnen das nur am Beispiel des kleinen Häwelmann zeigen. Die Geschichte sollten Sie einmal nachlesen. Es ist eine wunderbare Geschichte, sehr lehrreich. Wenn man ständig nur schreit „Mehr, mehr!“,

(Unruhe bei der SPD)

dann liegt man irgendwann im großen Meer, und dann steht einem das Wasser sprichwörtlich bis zum Hals.

Ihr Schreien nach unabhängigen Gutachtern, Herr Gabriel - ach, jetzt ist er gegangen -, zeigt nur, daß Sie acht Jahre lang an der Finanzpolitik dieses Landes überhaupt nicht teilgenommen haben.

(Frau Lau [SPD]: Sie auch nicht!)

Bereits 1992 haben Ihre eigenen damaligen Staatssekretäre Neuber und Scheibe in einer Kabinettsvorlage vor dieser Politik des Mehr gewarnt. Sie haben nicht „Mehr, mehr!“ geschrien wie der kleine Häwelmann, sondern sie wollten sachgebundene, sachorientierte, einnahmeorientierte Politik machen. Beide haben eindringlich darauf hingewiesen, daß sich die ausgabenorientierte Politik des Landes in eine einnahmeorientierte Politik des Landes wandeln muß, weil sonst die Verschuldung nicht in den Griff zu bekommen ist. Da hatten Sie internen Sachverstand, den Sie durch vorzeitige Pensionierung bzw. Versetzung zu Toto/Lotto vom Tisch gewischt haben.

Der Landesrechnungshof hat in seinen Jahresberichten Jahr für Jahr nicht nur vorgehalten, daß die Nettoneuverschuldung unverantwortlich hohe Beträge angenommen hat, sondern auch Vorschläge gemacht, wie man dem begegnen kann. Sie haben ihn dafür mit Hohn und Spott überschüttet.

Wir haben in der 12. Legislaturperiode durch ein Gutachten des RWI nachgewiesen, daß Sie eine unsolide Finanzpolitik betreiben. Dieses Gutachten hat der damalige Finanzminister Swieter beschimpft. Er hat die Gutachter beschimpft! Wir haben es Ihnen zur Verfügung gestellt. Sie sollten es heute noch einmal nachlesen. Darin sind Ansätze und Vorschläge dazu, wie man die Haushaltspolitik konsolidiert. Sie haben dieses Gutachten nicht angeguckt. Nachdem wir Ihnen die Gutachter geliefert haben, schreien Sie jetzt nach externen Gutachtern. Heute ist die Wahrheit da. Das RWI hatte recht. Die Wahrheit hat Sie eingeholt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Aller [SPD])

- Sie haben doch auch immer gesagt „Fakt ist“. Nun hören Sie wenigstens meinen Fakten zu!

Fakt ist: Seit 1990 hat die CDU ebenso wie viele andere Fachleute aus kommunalen Spitzenverbänden,

(Aller [SPD]: Er stellt sich an die Seite der Fachleute! Das ist ja ganz neu!)

aus dem Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages und dem Sachverständigenrat „Verwaltungsreform“ Jahr für Jahr vor den ruinösen und daher unsozialen Folgen Ihrer Ausgabenverschwendung gewarnt. Wir haben vor der steigenden Verschuldung ebenso gewarnt wie vor dem ungebremsten Anstieg der Konsumausgaben und dem Kürzen arbeitsplatzschaffender Investitionen. Sie haben uns der Panikmache und des Schlechtrebens des Standorts Niedersachsen bezichtigt

(Aller [SPD]: Mit Recht!)

und damit die CDU in den Wahlkämpfen diffamiert. Noch vor der Landtagswahl in diesem Jahr haben Sie getönt: Wir haben den Haushalt konsolidiert. - Heute wissen wir: Das war glatter Wahlbetrug, der von Ihnen auch noch beklatscht wird.

Was wollen Sie denn von neuen externen Gutachtern, wenn Sie die erfolgversprechend arbeitende Rieger-Kommission bei der ersten Ihnen nicht

passenden Bemerkung gnadenlos vor die Tür setzen?

(Beifall bei der CDU)

Andererseits will der MP die Verwaltungsreform jetzt zur Chefsache machen, wie er gestern erklärt hat. Er will auf externen Sachverstand also verzichten. Wer aber von Staatsvereinfachung redet und nicht auf den obersten Ebenen anfängt, will die Wahrheit nicht. - Dieses Zitat von Professor Hesse und Professor Ellwein beschreibt zutreffend das Verhalten der Niedersächsischen Landesregierung.

Es ist doch typisch für Sie: Mit großem Trara werden Sonntagsreden gehalten, werden Papiere geschrieben, werden Diskurse veranstaltet, wenn es aber ans Umsetzen geht, ans tatsächliche Handeln, dann fehlt Ihnen der Mut, sich auch einmal über die Widerstände in den eigenen Reihen hinwegzusetzen oder bei sich selbst anzufangen. Zwei Kabinettsbildungen hat es in diesem Jahr gegeben. Sie haben sie ungenutzt verstreichen lassen, haben nicht die Chance genutzt, endlich mal einige Ministerien zusammenzulegen, wenn man mal vom Frauenministerium absieht, was eine besondere Pointe bei der SPD ist. Bei sich selber anzufangen, das haben Sie vermissen lassen. Jetzt, da nach der für uns mißglückten, für Sie gelungenen Bundestagswahl eine ganze Reihe von niedersächsischen Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern, Beamtinnen und Beamten nach Bonn gegangen ist, haben Sie wieder die Chance vertan, in den Ministerien einzelne Stellen zu sparen. Sie haben alle Stellen sofort wiederbesetzt. Das heißt: Sie kürzen überall, bei Mitarbeitern im öffentlichen Dienst, bei Schulen, bei Kindergärten, bei der Polizei, bei der Erwachsenenbildung und bei den Kommunen, nur bei sich selber nicht, und das, finde ich, ist nicht überzeugend. Damit können Sie den Leuten keinen Mut machen.

(Beifall bei der CDU)

Wie wollen Sie uns oder gar einem externen Sachverständigen klarmachen, daß Sie auf ihn hören wollen, wenn Sie selbst fünf Entscheidungen des Staatsgerichtshofs zu Ihrer Haushaltspolitik - sei es zum Landeshaushalt, sei es zum kommunalen Finanzausgleich, sei es zum Personalvertretungsgesetz -, in denen dieser Ihre Politik für verfassungswidrig erklärt hat, ungerührt beiseite schieben und mit Ihrer verfassungsfeindlichen Finanzpolitik unbeirrt voranschreiten?

(Kopischke [SPD]: Jetzt kommen aber Vorschläge, Herr Möllring!)

Offenkundiger Beweis dafür ist doch die Vorlage des neuen FAG-Entwurfs, des Entwurfs zum Finanzausgleichsgesetz. Es ist hanebüchener Zynismus, wenn sich der Ministerpräsident hier hinstellt und sagt, wie er es gestern getan hat, er erbitte von der Opposition Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung.

(Eveslage [CDU]: Wo ist er eigentlich bei der Haushaltsberatung?)

Wenn er das wirklich will, dann muß er Gespräche suchen und darf die Opposition nicht nur in Pressegesprächen auffordern; nein, dann muß er auch den ersten Schritt tun.

(Zuruf von der CDU: So ist es! - Frau Pawelski [CDU]: Wo ist der Ministerpräsident überhaupt?)

Alle Zahlen müssen auf den Tisch gelegt werden, eine schonungslose neue Eröffnungsbilanz muß her, und dann kann man gemeinsam über Konsolidierung des Haushalts reden.

In dem Wort „Konsolidierung“ steckt auch das Wort „solide“. Zu einem soliden Umgang miteinander gehört es auch, daß man die Vorschläge gegenseitig ernsthaft diskutiert.

(Mühe [SPD]: Dann müßt ihr mal welche machen! Alles nur heiße Luft!)

Den Beweis dafür, daß Sie bereit sind, mit uns darüber zu reden, sind Sie bisher schuldig geblieben.

Danke übrigens für den Zwischenruf, weil der nämlich jetzt paßt. Kennen Sie meine Rede?

(Aller [SPD]: Die haben wir schon 20 mal gehört!)

Wir haben Ihnen zweimal in Sanierungsanträgen Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gemacht. Sie haben sie alle vom Tisch gewischt. Daß dies ein Fehler war, beweisen Sie nun selber, weil Sie jetzt in dem einen oder anderen Punkt sachte unseren Spuren folgen. Der beste Beweis ist die Abschaffung des Landesjugendamts. Wir haben von Anfang an gesagt: Baut es erst gar nicht auf; es ist sowieso nur ein Versorgungswerk.

(Mühe [SPD]: Du hast keine Ahnung von der Rechtslage, aber redest daher!)

Jetzt wird es abgeschafft, und das finde ich auch richtig. Es hat nur die Kommunen behindert und außerdem dazu gedient, den einen oder anderen grünen Politiker, bei dem es für ein Mandat nicht gereicht hat, zu versorgen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ihr finanzpolitischer Bankrott zwingt Sie jetzt zu tiefen finanziellen Einschnitten. Dafür tragen Sie ganz allein - niemand sonst! - die Verantwortung; denn es ist Ihre Politik, die Sie jetzt nach acht Jahren zu radikalen Einschnitten zwingen müßte. Acht Jahre lang haben Sie so getan, als seien Sie nur für die Sonnenseite des Lebens verantwortlich. Jetzt, da die Schattenseiten Ihrer Politik die Menschen treffen, wollen Sie davon nichts mehr wissen. Jetzt tun Sie fast so, als hätten Sie in den letzten acht Jahren in Niedersachsen überhaupt nicht regiert. Aber anstatt Ihre verfehlte Politik und die schlimmen Folgen Ihrer Fehler für die Menschen einzugestehen, versuchen Sie jetzt nach Ihrem Finanzdesaster die Opposition in die Verantwortung zu ziehen.

Wider besseres Wissen behauptet Ihr Fraktionsvorsitzender landauf, landab, die CDU habe in den letzten acht Jahren keinerlei Einspar- oder Sanierungsvorschläge gemacht. Ich sage: Wer das behauptet, lügt, sagt bewußt die Unwahrheit.

(Frau Vockert [CDU]: Richtig!)

Seit 1990 hat die CDU Einsparvorschläge in einem riesigen Umfang gemacht. Speziell mit den Anträgen zu den Doppelhaushalten 1995/96 und 1997/98 haben wir umfassende Sanierungsvorschläge vorgelegt. Allein für den Doppelhaushalt 1997/98 hat Ihr Finanzministerium in seiner eigenen Ausarbeitung vom Dezember 1997 zu diesen Anträgen 198 Einzelvorschläge für Einsparungen im Landeshaushalt gezählt.

(Aller [SPD]: Und was ist rausgekommen?)

- Einige setzen Sie jetzt langsam um, nachdem Sie erst gesagt haben, sie seien nicht gut. In den Mittelpunkt Ihrer Rede haben Sie gestellt, daß Sie das Job-Ticket wieder abschaffen, um zu sparen. Wir haben von Anfang an gesagt: Laßt den Mist!

- Wenn Sie das getan hätten, dann hätten Sie schon fünf Jahre Geld gespart.

(Beifall bei der CDU)

Das Innenministerium kommt allein für seinen Aufgabenbereich auf 70 gute Vorschläge der Landtagsfraktion der CDU. Uns liegen die Bewertungen Ihrer Fachleute vor. Selbst von Ihren Leuten, die ja nun politisch eingefärbt sind, sind unsere Vorschläge positiv bewertet worden. Anders als die Regierung haben wir es uns damals mit der Vielzahl auch schmerzlicher Vorschläge nicht leichtgemacht. Wir haben versucht, uns konstruktiv in die Verantwortung für die dringend notwendige Sanierung des Landeshaushalts zu stellen - das müßte unser aller Anliegen sein -, aber Sie haben sich daraus verabschiedet.

(Zustimmung bei der CDU - Unruhe)

Wir haben bereits - Herr Aller hat darauf hingewiesen - 1995 gefordert, die freiwilligen Leistungen des Landes um insgesamt 10 % zu kürzen. Nicht nach der Rasenmähermethode, aber insgesamt um 10 %. Das ist damals von Ihnen abgelehnt worden. Sie haben das zum Anlaß genommen, uns im Wahlkampf soziale Kälte vorzuwerfen. Im Haushaltsvollzug hinterher haben Sie dann diese Kürzung umgesetzt. Das heißt, Sie selbst haben bewußt und gewollt soziale Kälte verbreitet; das muß man Ihnen auch einmal sagen.

Jetzt haben Sie im Kabinett beschlossen, die freiwilligen Leistungen um 20 % zu kürzen. Es bleibt Ihr Geheimnis, Herr Aller, wie Sie den Leuten erklären wollen, daß 20 % mehr sind als 10 %. Wenn gekürzt wird, ist das weniger. Aber das ist das Wolfsburger Rechenmodell, das Sie hier versuchen. Die Leute kennen aber ihren Adam Riese, wenigstens die Grundrechenarten.

(Wegner [SPD]: Herr Möllring, machen Sie doch einmal einen Vorschlag!)

- Wissen Sie, Herr Wegner: Erklären Sie Ihrem Ministerpräsidenten den Unterschied zwischen Plus und Minus, dann braucht er auch nicht solch einen Unsinn zu reden. Und sagen Sie Herrn Aller, daß 20 % weniger ein größerer Einschnitt ist als 10 % weniger. Dann braucht er sich hier nicht hinzustellen und zu sagen, 20 % sind besser für die Leute als 10 %.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, einem Teil der Forschungsinstitute die Förderung zu streichen. Wir haben aber gesagt: Streicht nicht blind, sondern gliedert sie in die Universitäten ein, damit sie sich im Konkurrenzkampf mit den anderen Förderprogrammen bewähren müssen. Das Finanzministerium hat vor der Landtagswahl erklärt, das Land will auf die Arbeit dieser Institute nicht verzichten. Jetzt, nach Bundestags- und Landtagswahl, streicht das Kabinett die Förderung dieser Institute. Die Einsicht kommt spät. Sie ist richtig. Aber man könnte es auch anders machen: Stellen Sie sie in die Konkurrenz der Universitäten. Dann werden sie sich beweisen müssen. Dann werden die guten überleben, und die, die nicht förderungswürdig sind, werden kein Geld bekommen. Das ist richtige Wissenschaftspolitik, nicht aber, vor der Landtagswahl zu sagen, „Wir fördern sie“, und nach der Landtagswahl die Förderung zu streichen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Sie aufgefordert, Behörden zu privatisieren und zu verselbständigen. Nur zögerlich und völlig unzureichend sind Sie beim Landesverwaltungsamt dieser Aufforderung gefolgt.

Wir haben gefordert, die Bädergesellschaft aufzulösen. Das haben Sie noch vor kurzem kategorisch abgelehnt. Der Kollege Pörtner kann ein Lied davon singen, wie er vor Ort wegen dieser Forderung beschimpft worden ist. Und jetzt lösen Sie die Bädergesellschaft auf und sagen: „Was sind wir doch für tolle Kerle.“ Entschuldigen Sie sich beim Kollegen Pörtner, der von Ihnen vor Ort beschimpft worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben konkret gefordert, Landesämter aufzulösen, Ministerien zusammenzulegen, die Kosten die Bezirksregierungen zu senken und die Zuschüsse für das Hanse-Wissenschaftskolleg zu streichen.

(Zurufe von der SPD)

- Das mit dem Hanse-Wissenschaftskolleg will ich Ihnen erklären. Wir haben im Haushaltsausschuß gesessen, und es sollte ein Fünfjahresvertrag zwischen Oldenburg und Bremen gemacht werden. Das heißt, zwei Arme sollten zu einem Reichen zusammenschmolzen werden, was naturgemäß nicht geht. Sie haben betreten dagesessen und gesagt: Menschskinder, Schröder hat es vor Ort versprochen, wir müssen dem so zustimmen. - Sie

hätten mal den Mut von Frau Zypries haben müssen, die dem Oberkreisdirektor von Osnabrück gesagt hat: Den Unsinn, den der Mensch vor Ort redet, werden wir in der Staatskanzlei nicht umsetzen. - Die Frau hatte Mut! Den hätten Sie auch beweisen müssen.

(Starker Beifall bei der CDU)

Sie haben unsere Kollegin in Delmenhorst beschimpft, weil wir im Finanzausschuß die richtige Entscheidung haben wollten. Und heute wollten Sie es streichen und haben plötzlich festgestellt, Sie können es nicht streichen, weil Sie einen Vertrag mit Bremen geschlossen haben. Beide Armen haben kein Geld, beide Armen haben einen Vertrag, etwas zu bauen, und müssen das nun tun. An anderer Stelle müssen Sie es wegschneiden, und dafür müssen dann die Studenten - wie nennt sich das? - den Verwaltungskostenbeitrag bezahlen, damit Sie überhaupt noch hinten hochkommen. Diese Fehler in Delmenhorst, das sind die Probleme, die die Studenten ausbaden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollten die Lernmittelhilfe nach den Einkommensverhältnissen der Eltern staffeln. Das haben Sie abgelehnt. Was haben wir denn heute? - Wir haben eine Antiquariatsausleihe. Wenn Sie Kinder hätten, wüßten Sie, daß die zum Teil die fünften oder sechsten sind, die die Bücher haben. Sie haben gar kein Geld mehr in diesem Bereich. Anstatt es von Anfang an richtig zu machen, sind Sie Ihrem Schröder hinterhergelaufen, der gesagt hat: Meine arme Mutter hatte keine Schulbücher. - Der wären unter jeder Regierung die Schulbücher bezahlt worden, wenn er auf die Schule gegangen wäre. Das ist nicht das Problem, das hat es immer gegeben.

(Lachen bei der SPD)

Aber Sie haben gesagt: Wir wollen es über das ganze Land verteilen. 70 Millionen DM haben Sie 1990 eingesetzt, und heute haben Sie von diesen 70 Millionen DM wieder 60 Millionen DM eingesammelt. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gesagt, kürzen Sie Freistellungen beim Personalvertretungsgesetz, das ist allemal besser, als den Leuten an die Beihilfe zu gehen. Wir haben gesagt, überprüfen Sie Förderprogramme und Kleinfördermittel. Wir haben gesagt, privatisieren

Sie Aufgaben der Staatshochbauverwaltung, oder gucken Sie, ob Sie bestimmte Aufgaben nicht gemeinsam mit Behörden anderer Bundesländer wahrnehmen können.

Aber nicht nur mit Hunderten einzelner Einsparvorschläge haben wir unsere Verantwortung für die Sanierung der Landesfinanzen bewiesen, sondern auch mit unserem Angebot, in einer Enquete-Kommission zur Sicherung der Landesfinanzen mitzuarbeiten.

(Wegner [SPD]: Herr Möllring, arbeiten Sie doch im Ausschuß mit!)

Heute schreien Sie nach externen Gutachtern, aber eine Enquete-Kommission wollten Sie nicht haben. Die SPD hat diesen Willen der CDU zum Mittragen der Verantwortung immer wieder arrogant abgelehnt, und auch Herr Gabriel hat in den letzten Tagen wieder gesagt, daß er das nicht will. Sie müssen sich mal einigen! Der Ministerpräsident kündigt es öffentlich an. Aber er hat es in den letzten 14 Tagen trotz prächtigster Bürokommunikation nicht geschafft, Christian Wulff oder irgendeinen von uns anzusprechen und zu sagen: „Wir wollen über die schwierige Situation des Landeshaushalts reden.“ Nein, er stellt sich vor die Presse und sagt „Wir wollen, daß die Opposition mitmacht“, aber kennt die Telefonnummer nicht. Das ist der Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU)

Für eine Zusammenarbeit mit uns ist es erforderlich, daß ungeschönte Zahlen auf den Tisch kommen. Ich habe es Ihnen vorhin schon einmal gesagt. Dazu gehört, daß die Einnahmeseite richtig geschätzt und nicht künstlich hochgerechnet wird und daß die Ausgaben richtig angesetzt und nicht künstlich heruntergerechnet werden. Konsolidierung des Haushalts hat - ich habe es gesagt - etwas mit „solide“ zu tun. Unsolides werden wir nicht mittragen.

Sie haben alle unsere Warnungen und auch unsere Vorschläge speziell vor den Wahlen immer kalt-schnäuzig abgebügelt. Bevor unser Antrag zum Doppelhaushalt 1997/98 inhaltlich überhaupt in den Ausschüssen beraten wurde, haben Sie, Herr Aller, mir am 4. Februar 1997 schriftlich mitgeteilt: Diese Antrag werden wir ablehnen. - Sie haben sich geweigert, sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen. Sie haben gesagt: Der kommt von der Opposition, der ist 34 Seiten lang, es ist mir zu umständlich, den zu lesen, wir werden ihn ableh-

nen. - Sie haben sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, wenigstens Einzelvorschläge zu prüfen.

Statt dessen haben Sie bei den Wählerinnen und Wählern immer neue unerfüllbare Hoffnungen genährt. Sie haben den Menschen suggeriert, die Finanzen des Landes seien in Ordnung und alles werde besser. Ihre ausgabenorientierte Politik steigerte zwangsläufig die Neuverschuldung. Ihrer ausgabenorientierten Politik fiel immer mehr Landesvermögen zum Opfer.

Und die Kommunen mußten Ihre Haushaltssünden ausbaden. Nicht einmal die Urteile des Staatsgerichtshofs zu Ihrem verfassungswidrigen Finanzgebaren haben Sie zur Umkehr veranlaßt. Dadurch hat sich von Jahr zu Jahr der Konsolidierungsbedarf immer mehr verschärft. Konsolidierung - ich sagte es - hat etwas mit „solide“ zu tun. Das sind Sie in den letzten acht Jahren nicht gewesen, und das rächt sich jetzt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gestern über die Insolvenzordnung gesprochen. Die ist für die Leute, die in die Verschuldung geraten sind. Ich will es an einem Beispiel sagen: Wenn Sie 80.000 DM im Jahr verdienen und jedes Jahr 100.000 DM ausgeben, dann haben Sie im ersten Jahr danach 20.000 DM Schulden. Wenn Sie fünf Jahre so leben, dann haben Sie 100.000 DM Schulden, und dann kommen Sie aus diesem Kreislauf nicht mehr heraus, weil Sie zu spät angefangen haben, Ihr Ausgabeverhalten an das Einnahmeverhalten anzupassen. Das ist der Fehler ihrer gesamten Haushaltspolitik der letzten acht Jahre.

(Beifall bei der CDU)

Die Wahrheit ist doch auf unserer Seite. Landesvermögen zum Stopfen der Haushaltslöcher steht Ihnen nicht mehr zur Verfügung. Die Neuverschuldung hat die Obergrenze erreicht. Einen weiteren Griff in die kommunalen Kassen - obwohl Sie es wieder versuchen - hat der Staatsgerichtshof verboten. Ich kann nur jede Kommune und jeden Landkreis auffordern, gegen dieses FAG erneut zu klagen, weil es schon wieder verfassungswidrig ist.

(Beifall bei der CDU)

Katastrophal für dieses Land ist es doch, daß eine Konsolidierung über mehrere Jahre durch ein langsames und abgestimmtes Abschmelzen von Leistungen und Zuwendungen mit einer weichen Lan-

dung nicht mehr möglich ist. Es ist nämlich viel zu spät; ich habe es eben dargestellt. Wer nicht rechtzeitig seine Geschwindigkeit den Gegebenheiten anpaßt - jetzt nehme ich einmal ein Beispiel aus dem Autoverkehr, das aber auch für den finanziellen Bereich gilt -, der muß um so stärker auf die Bremse treten, mit der Folge, daß er ins Schleudern kommt. Jetzt nach dem TÜV zu schreien, weil man bei zu hoher Geschwindigkeit aus der Kurve geflogen ist, ist doch albern.

(Wegner [SPD]: Wir haben ABS!)

Die Bremsen waren da, und Sie haben sie nicht genutzt. Dafür tragen Sie allein gegenüber der Bevölkerung die Verantwortung. Jetzt versuchen Sie es mit einer Vollbremsung, so daß das ganze Personal im Bus durcheinanderfliegt. Das ist Ihre Politik.

Dafür tragen wir aber nicht die Mitverantwortung. Ganz im Gegenteil! Wir haben viele, viele Sparvorschläge gemacht. Hätten Sie von der SPD unsere kurz- und mittelfristigen Einsparvorschläge rechtzeitig umgesetzt, dann gäbe es nicht den horrenden Konsolidierungsbedarf, und Sie müßten jetzt nicht so abrupt und sozialfeindlich kürzen.

(Wegner [SPD]: Herr Möllring, Sie wissen doch, daß Sie die Unwahrheit sagen!)

Übrigens: Staatssekretär Ebisch hat schon 1996 in einem Vortrag die ganze Situation, in der wir uns heute befinden, vorhergesagt.

(Senff [SPD]: Warum regt ihr euch dann auf?)

Auch diesen Kenner der Materie, einen internen Experten - Sie schreien ja immer nach auswärtigen Gutachtern -, haben Sie mit Nichtachtung bestraft. Heute aber schreien Sie wieder nach externen Gutachtern.

(Vizepräsidentin Litfin übernimmt den Vorsitz)

Sie können sich nicht vor der Wahrheit drücken. Stellen Sie sich endlich ehrlich vor die Menschen und sagen Sie: Wir, die SPD, haben dieses Land finanziell handlungsunfähig gemacht. Wir können so lange lediglich Pflichtaufgaben bedienen, bis Verschwendung und Verschuldung abgebaut sind. Gestehen Sie: Das funktioniert nicht in einem Jahr, das wird viele Jahre dauern. Sie von der SPD ha-

ben doch alle Brücken der Gemeinsamkeit der Demokraten in diesem Landtag zerstört.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn Sie wieder Gemeinsamkeit wollen, dann tun Sie den ersten Schritt. Solange Sie nicht öffentlich die Verantwortung für Ihr Finanzdesaster, für den Bruch von Wahlversprechen und für die Täuschung der Öffentlichkeit über die wahre Finanzsituation des Landes übernehmen, gibt es für die CDU keine Veranlassung, der SPD zur Sanierung der Landesfinanzen in irgendeinem Punkt entgegenzukommen.

(Beifall von Eveslage [CDU])

Wir erwarten eine ehrliche Eröffnungsbilanz. Die muß jetzt her, denn der Haushalt ist in sich nicht mehr stimmig. Wir brauchen durchgerechnete, stimmige und präzise Haushaltsansätze, strukturelle kurz- und mittelfristige Sanierungsvorschläge und Gespräche und Verhandlungen auf allen Ebenen zwischen Regierung und Fraktion. Wir bieten Ihnen an, einen Sonderausschuß „Haushaltskonsolidierung“ einzurichten.

(Lachen bei der SPD)

- Es ist wunderschön, daß Sie eben gelacht haben. Der MP hat der Presse gesagt: Wir bitten die CDU, uns zu helfen.

(Zurufe von der SPD)

14 Tage lang hat uns die Presse gefragt, ob wir das tun. Wir mußten aber immer sagen, daß wir kein konkretes Angebot haben. Sie haben noch nicht einmal den Telefonhörer in die Hand genommen. Gestern hat er wieder das Angebot gemacht und gesagt: Tragt doch alles mit. - Das können wir aber doch nur dann, wenn wir vorher mitberaten haben. Dazu brauchen wir aber Fachausschüsse, in denen das beraten wird.

(Zuruf von der SPD: Die haben wir doch!)

- Die haben wir schon? - Die Fachausschüsse sind doch völlig ausgehebelt worden. Sie haben doch die Anhörung verweigert.

(Beifall bei der CDU - Decker [CDU]: So ist es!)

Das finde ich jetzt aber lustig: 56 Verbände in eineinhalb Tagen durch den Haushaltsausschuß zu

pressen, die Anhörung in keinem einzigen Fachausschuß durchzuführen und hinterher zu sagen: Wir haben doch Fachausschüsse, da kann das alles beraten werden. Manche Fachausschüsse hatten schon endgültig beschlossen, bevor die Verbände angehört wurden. Lesen Sie einmal, was die Damen und Herren und was insbesondere der DGB gesagt haben. Sie haben gesagt: Das ist doch eine Farce, was Sie mit uns machen. Manche sind überhaupt nicht gekommen. Am besten war die Frau von der Landesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen. Die hat Ihnen zehn Minuten aus der Begründung des Kindertagesstättengesetzes vorgelesen. Zum Schluß saß nur noch Herr Wegner da, weil er es körperlich aushielt. Alle anderen von Ihnen sind wegelaufen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Senff [SPD]: Das ist einer unserer besten Leute!)

Die SPD ist es doch, die dem Gespräch mit den Betroffenen aus dem Weg geht und über ihre Köpfe hinweg entscheidet. Was ist denn das für eine mutige Landesregierung? Was ist denn das für ein mutiger Ministerpräsident, der schon vor ein paar Postkarten und Briefen panisch die Flucht ergreift?

(Beifall bei der CDU)

Eine mutige Landesregierung hätte das Gespräch mit den Menschen gesucht und hätte sich nicht mit Geschäftsordnungstricks über die Anträge der CDU und der Grünen hinweggesetzt. Wir haben beantragt, die Anhörung in den Fachausschüssen durchführen zu lassen. Mit einem Geschäftsordnungstrick im Innenausschuß haben Sie die Abstimmung wiederholt, weil Sie beim erstenmal verloren haben. Hier hätten Sie beinahe Pech gehabt, denn dann hätten Sie sich wenigstens im Innenausschuß die Polizisten und Feuerwehrleute anhören müssen. Sie aber haben die Abstimmung wiederholt und erzwungen, daß die Anhörung nur im Haushaltsausschuß stattfindet. Das ist doch ein Zeichen für eine Regierung - Herr Senff, da werden Sie mir zustimmen -, die den Kontakt zur Gesellschaft verliert, die sich verbarrikadiert,

(Senff [SPD]: Da kann ich Ihnen leider nicht zustimmen!)

die nicht mehr mit den Bürgern reden will. Deshalb sind doch auch die öffentlichen Proteste der Eltern, der Studenten, der Lehrer, der Schüler, der Beamten, der Polizisten, der Landwirte berechtigt und notwendig. Wenn Ihnen die Landesregierung

und die SPD das Gehör verweigern, dann müssen sie doch so ihre Kritik über die Öffentlichkeit transportieren.

(Zuruf von Minister Aller)

- Ja, Sie kommen auch wieder zur CDU, weil Sie dort angehört werden. Ich möchte Ihnen folgendes sagen, Herr Aller: Der Chef der Hildesheimer Volkshochschule - er ist seit 30 oder 40 Jahren Genosse - hat, nachdem Sie Ihr Haushaltsbegleitgesetz vorgelegt haben - früher dachte ja die SPD, das käme von der Regierung, bis man Ihnen vor Ort erklären mußte, daß Sie das selber beantragt haben; das hatten Sie gar nicht gemerkt, weil Sie gar nicht gefragt worden waren -, gefragt:

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Senff [SPD]: Der hat gesagt, daß er Sie wählen will!)

Was macht diese Landesregierung mit uns? - Daraufhin habe ich gesagt: Sie zahlen doch bei dem Verein Ihren Beitrag. Sie haben den Verein doch gewählt. Daraufhin hat er gesagt: Ja, das ist wohl wahr, aber wenn die CDU so etwas gemacht hat, dann hat sie doch vorher wenigstens mit uns geredet.

(Heiterkeit bei der CDU - Senff [SPD]: Will er Sie wählen?)

Gestaltende Politik, Herr Senff, funktioniert nur mit den Menschen und nicht gegen die Menschen. Das ist der gravierende Unterschied zwischen uns in unseren Politikansätzen. Wir wollen gemeinsam die Ziele der Politik bestimmen,

(Möhrmann [SPD]: Was sagt denn Herr Biedenkopf dazu?)

Prioritäten setzen und - wenn nötig - auch mit den Betroffenen Einsparziele formulieren und umsetzen. Eine solche Politik braucht Offenheit und Verlässlichkeit. Daran fehlt es bei Ihnen völlig. Wir wollen in Niedersachsen wieder eine Politik, die Ziele hat, und keine Politik, die nur den Mangel verwaltet. Visionen, Zukunftsziele für ein modernes Niedersachsen im 21. Jahrhundert finden sich bei Ihnen von der SPD nicht. Sie reden über Verwaltungskostenbeiträge an den Hochschulen. Wir brauchen keine Verwaltungskostenbeiträge an den Hochschulen, wir brauchen endlich wieder einen Nobelpreisträger an unseren Hochschulen.

(Beifall bei der CDU - Senff [SPD]:
Das hätte überzeugender kommen
müssen! Das war abgelesen!)

Das scheitert nicht nur am Geld. Das scheitert unter anderem auch daran, wie unsere Hochschulen organisiert sind. Der letzte deutsche Nobelpreisträger hatte in Amerika bereits drei Professuren nacheinander, bevor in Deutschland an einer Hochschule überhaupt entschieden worden wäre, ob man ihn berufen will oder nicht. Wir brauchen uns nicht zu wundern, daß an unseren Hochschulen nichts geschieht. Das werden Sie nicht durch Verwaltungskostenbeiträge erreichen, sondern Sie müssen sich überlegen, wie Sie die Hochschulen reformieren können, um den Wissenschaftlern und den Studenten wieder Möglichkeiten auf Bildung zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen ein Niedersachsen mit einer modernen Arbeitswelt, mit Betrieben aus möglichst vielen Branchen, Wachstumsunternehmen und Existenzgründer, die zusammen die viel zu hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen. Also müssen wir den Strukturwandel offensiv unterstützen, neue Technologien und deren Einsatz fördern, die Flexibilisierung der Arbeitswelt aktiv begleiten. Wer morgen wettbewerbsfähig bleiben will, der muß vor allem die Menschen zukunftsorientiert qualifizieren.

(Senff [SPD]: Das haben Sie doch bei mir abgeschrieben!)

- Deshalb habe ich es Ihnen noch einmal vorgelesen, damit Sie sich bei der Haushaltsplanberatung daran erinnern und sagen: Mensch, Senff, ich habe doch recht gehabt. Das werde ich jetzt berücksichtigen. - Wenn Sie das tun, dann sind Sie mutig.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie werden wieder die Hacken zusammennehmen und sagen: Augen zu und durch. Statt dessen werden Sie, Herr Senff, und die gesamte SPD gegen den Spruch handeln, den Herr Professor Wernstedt neulich von Salomon zitiert hat: „Wer die Bildung vermehrt, vermehrt die Sorgen.“

(Senff [SPD]: Was?)

Das hat er gesagt. Es ist ja auch klar: Wenn die Menschen mehr wissen, dann können sie auch mehr Sorge haben. Und weil Sie den Menschen diese Sorge nehmen, kürzen Sie im Bildungsbe-

reich. Damit erhöhen Sie in Wirklichkeit aber doch die Sorgen!

(Beifall bei der CDU)

Das ist ganz einfach. Wenn Sie bei der Bildung kürzen, dann werden die Leute nicht so schlau, und dann haben sie - nach Salomon - nicht so viele Sorgen.

(Senff [SPD]: Wir erklären Ihnen erst einmal, daß das nicht unsere Meinung ist!)

Aber es ist ja bei Ihnen ähnlich: Ans Landesblindengeld gehen Sie heran, und im Kindergartenbereich belügen Sie die Leute. Sie wollen bei den Ärmsten und Schwächsten - ich habe es vorhin auch am Beispiel des Pflegebereichs dargestellt - kürzen.

Niedersachsen ist aufgrund seiner kleinen und mittleren Betriebe stark. Handwerk und Mittelstand sind besonders innovativ und zukunftsorientiert und reagieren flexibel auf die Änderung der Märkte. Handwerk und Mittelstand haben die höchsten Beschäftigungszuwächse und die größte Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes. Wenn wir uns darüber einig sind - das sind wir uns ja wohl -, dann müssen die Wirtschaftsförderungsmöglichkeiten des Landes auf Handwerk und Mittelstand ausgerichtet werden.

(Senff [SPD]: Sind sie ja!)

Dann müssen endlich die vielen kleinen unübersichtlichen Förderprogramme des Landes auf wenige übersichtliche große Programme konzentriert und für unsere Wachstumsbranchen eingesetzt werden.

(Senff [SPD]: Haben wir alles gemacht!)

Dann müssen endlich moderne Förderinstrumente für Handwerk und Mittelstand auch benutzt werden. Seit vielen Jahren fordert die CDU eine aktive mittelständische Risikokapitalbeteiligung des Landes. Das haben Sie abgelehnt; das hat Schröder abgelehnt.

(Senff [SPD]: Wir schaffen am meisten Arbeitsplätze in der Republik! - Wir sind Spitze! - Ihr Problem ist, daß Sie das nicht wissen!)

Gerade diese Instrumente haben aber in anderen Bundesländern bei Handwerk und Mittelstand Hochkonjunktur. Wir brauchen endlich wieder eine moderne Bürgschaftspolitik, die nicht nur repariert, sondern vor allem kleinen und mittleren Unternehmen Wachstumsimpulse gibt. Die SPD nutzt dieses Instrument der Bürgschaftspolitik insbesondere, um eigene Landesschulden abzusichern.

(Senff [SPD]: Wir sichern Arbeitsplätze dort, wo sie kaputtgemacht werden!)

- Bei der HanBG? Die höchsten Bürgschaften hat die HanBG, und die hat einen halben Geschäftsführer. Das ist ein toller Arbeitsplatz, den Sie da absichern.

(Weitere Zurufe von Senff [SPD])

Dieses Instrument dient nur dazu, um Ihre eigenen Landesschulden abzusichern. Nach Ihrer Sprachregelung ist das eine Gegenfinanzierung. Von den im ersten Halbjahr 1998 ausgegebenen Bürgschaften in Höhe von rund 1,2 Milliarden DM - Herr Fischer hat das als Wirtschaftsförderung bezeichnet -, hat sich die SPD-Regierung alleine rund 1 Milliarde DM zur Aufnahme neuer Kredite zubilligt. 1,2 Milliarden DM Bürgschaften sind herausgegangen. Davon ist 1 Milliarde DM gebraucht worden, um Landeskredite abzusichern. Das ist die Politik, die Sie betreiben!

(Senff [SPD]: 50.000 Arbeitsplätze haben wir damit gesichert!)

Lediglich 200 Millionen DM sind noch an die gewerbliche Wirtschaft geflossen. Das wollen wir ändern. Bürgschaften sind für die Wirtschaftsförderung unerlässlich, aber nicht für verdeckte Staatsschulden.

Für Handwerk, Mittelstand und Existenzgründer brauchen wir Rahmenbedingungen, die deren Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbereitschaft stärken. Solche Rahmenbedingungen müssen endlich wieder geschaffen werden. Die Finanzexperten der Wirtschaftsforschungsinstitute haben errechnet, daß Ihre Steuerpläne in Bonn den Mittelstand mit 7 Milliarden DM zusätzlich belasten. Das ist mittelstandsfeindlich, das ist arbeitsplatzfeindlich. Das wollen wir ändern. Deshalb hoffen wir darauf, daß Sie sich in Bonn dagegenstellen.

(Beifall bei der CDU)

Sie erhöhen jetzt die Steuern für Benzin, Gas, Strom, Heizöl. Damit belasten Sie den Mittelstand zusätzlich. Sie sagen, damit wollten Sie die Renten absichern. Die Rentenerhöhung haben Sie aber erst einmal zur Hälfte nach hinten verschoben. Da es Ihnen peinlich ist, daß die Rentner durch das Riestersche Rentensystem tatsächlich eine Rentenabsenkung von 0,6 % oder 0,7 % bekommen - wenn ich mehr Zeit hätte, dann könnte ich Ihnen das vorrechnen -, kommt jetzt der Müntefering daher und sagt: Dann will ich die Rentnerhaushalte wenigstens bei den Steuern entlasten, nehme ihnen den Führerschein weg, damit sie die erhöhte Mineralölsteuer nicht zu zahlen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Senff [SPD]: Das war wenigstens lustig!)

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Möllring, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Möllring (CDU):

Herr Allert, ich will Ihnen eines sagen: Am Montag habe ich den Wirkungstest bei zwei Sozialdemokraten gemacht, indem ich diesen das erzählt habe. Ich wollte hören, wie die aufschreien. Der eine hat geschmunzelt, und der andere hat gesagt: Hat der Müntefering das wirklich so begründet?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das trauen gestandene Sozialdemokraten ihrer Regierung in Bonn also inzwischen zu. Was Sie in Bonn machen, ist keine Politikgestaltung, sondern Sie schreiben Satire. Das muß man Ihnen wirklich einmal sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Glogowski jetzt hier wäre, dann würde ich ihn gern ansprechen. Er hat ja vor 14 Tagen richtig Mut bewiesen. Er hat gesagt: Diese mittelstandsfeindlichen Gesetze dürfen nicht umgesetzt werden. Er hat gesagt: Erst das Land und dann die Partei.

(Senff [SPD]: Genau!)

Er hat gesagt: Schröder muß als Ehrenmann seine Geschenke selber bezahlen. - Wenn er sich an diesen Worten messen läßt, dann wird er den Unsinn am Freitag in Bonn ablehnen. Unsere Unterstüt-

zung wird er haben, wenn er gegen Bonn und den Unsinn, der von dort über das Land kommt, streitet. - Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Der Kollege Eveslage hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Eveslage (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag befaßt sich heute mit dem Haushalt für die Jahre 1999 und 2000, d. h. mit den grundlegenden Weichenstellungen der Politik des Landes Niedersachsen für die nächsten zwei Jahre. Die CDU-Fraktion empfindet es als unerträglich, daß bei dieser grundlegenden Debatte das Kabinett nicht einmal zur Hälfte vertreten ist.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Wir erwarten, daß zumindest der Ministerpräsident als Chef der Regierung an der Haushaltsdebatte teilnimmt. Wir beantragen deshalb, den Ministerpräsidenten zu zitieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Senff, bitte!

(Unruhe)

Senff (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal gar nichts gegen die Forderung der CDU sagen; darauf komme ich noch.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie müssen etwas zur Geschäftsordnung sagen!)

- Zunächst einmal möchte ich mich geschäftsmäßig gegen das Rechenexempel von Herrn Eveslage wenden.

Sechs sind immer noch mehr als die Hälfte, Herr Eveslage.

(Gabriel [SPD]: So machen die auch ihren Haushalt!)

Mit dem Zählen sollten wir es also ernst nehmen.

(Oestmann [CDU]: Empfinden Sie das nicht als Ablenkung? - Gegenruf von Wolf [SPD]: Das ist eine sachliche Feststellung!)

- Was empfinde ich als Ablenkung?

(Zurufe von der CDU)

- Ich wollte ja nur feststellen, daß nach dem kleinen Einmaleins und den Grundrechenarten drei plus drei nach meinem Selbstverständnis, Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, sechs sind.

(Unruhe bei der CDU)

- Wenn Sie daran zweifeln, dann sollten Sie sich melden. Dann können Sie den Gegenbeweis antreten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich wird der Ministerpräsident kommen. Er war ja auch schon die ganze Zeit dicht an diesem Hause.

(Lachen bei der CDU - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Auf dem Weihnachtsmarkt! - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

- Er ist dicht bei Ihnen. Sie müssen sich nur einmal umdrehen. Wenn Herr Eveslage genau hingeschaut hätte, dann hätte er ihn auch gesehen.

Ich wollte Ihnen aber eigentlich nur folgendes sagen: Wer kann es einem Minister, einem Ministerpräsidenten, uns, den Mitgliedern der SPD-Fraktion, verdenken, wenn wir bei solchen Reden wie denen von Herrn Möllring hin und wieder einmal den Raum verlassen, um uns ein wenig zu erholen?!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das ist unglaublich! - Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Da inzwischen fast das gesamte Kabinett anwesend ist, gehe ich davon aus, Herr Eveslage, daß - - -

(Gabriel [SPD]: Nein, nein, Frau Präsidentin, er war die ganze Zeit hier! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Ich habe gesagt: Da inzwischen fast das gesamte Kabinett anwesend ist - auch der Herr Ministerpräsident ist im Saal -

(Unruhe bei der SPD)

gehe ich davon aus, daß wir über den Antrag nicht abzustimmen brauchen.

(Zurufe von der SPD)

- Der Ministerpräsident ist im Saal. Das ist richtig, Herr Schack, und das habe ich ja auch gesagt.

(Eveslage [CDU]: Er ist mittlerweile eingetroffen! - Weitere Zurufe)

Wir können also jetzt in Ruhe unsere Beratungen fortsetzen. Ich erteile dem Kollegen Möhrmann für die SPD-Fraktion das Wort.

(Eveslage [CDU]: Wozu hat der Senff eigentlich geredet? - Gegenrufe von der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich dem üblichen Ritual der Haushaltsreden in diesem Hause jetzt folgte, dann würde ich mich hier hinstellen und zunächst einmal die Geschichte des Bundes seit 1982 nachzeichnen, würde Ihnen sagen, daß es durch die Finanzpolitik des Bundes alarmierende Zustände gibt, würde Ihnen sagen, wie sich die Verschuldung des Bundes von 1982 bis 1998 gesteigert hat und welche Belastungen daraus erwachsen sind, und ich würde das wahrscheinlich, wenn das denn sinnvoll sein sollte, damit Sie sich alle darüber auch kräftig ärgern könnten, genauso polemisch machen, wie Herr Möllring das mit unserer Politik gemacht hat. Das werde ich aber nicht tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Jedoch möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Die Rede von Herrn Möllring hat, wenn man die Polemik einmal abzieht, klargemacht, daß es zur Finanzpolitik des Landes keinen alternativen Entwurf gibt, weil er all unsere Kürzungsvorschläge, die uns nicht leichtgefallen sind, abgelehnt hat,

weil er, abgesehen von der Geschichte in Delmenhorst, keinen einzigen Vorschlag dafür gemacht hat, wo man denn sonst konkret etwas tun könnte.

(Zuruf von Möllring [CDU])

Also bleibt es leider dabei, daß, wie schon in den letzten Jahren, die CDU keine soliden Vorschläge zum Haushalt des Landes Niedersachsen macht, über die man sprechen könnte.

Meine Damen und Herren, ich möchte deshalb meine eigentliche Rede anders beginnen, als das vielleicht üblich ist. Ich möchte nämlich zu Beginn meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen danken,

(Unruhe bei der CDU)

und zwar dafür, daß wir es hinbekommen haben - da geht der Dank dann auch an den Ministerpräsidenten und insbesondere an den Finanzminister -, diese schwierige Operation so zu gestalten, daß ich, der ich ja nun schon ein paar Jahre im Parlament bin, hier sagen kann: Eine solch intensive Zusammenarbeit zur Vorbereitung des Haushaltsbegleitgesetzes und auch zur Vorbereitung der notwendigen Kürzungen im Doppelhaushalt hat es bisher nicht gegeben. Ich bin sehr dankbar dafür, daß wir das gemeinsam hinbekommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, daß es schwierig ist, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, in welcher Situation sich das Land Niedersachsen befindet. Ich weiß auch, daß schwierige Zeiten noch vor uns liegen. Aber ich bin ganz sicher, daß wir es hinbekommen werden, diesen Haushalt und die finanzielle Lage des Landes so zu gestalten, daß das Schiff nicht ins Schlingern kommt, sondern weiter ruhige Fahrt aufnehmen kann.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch dem Landesrechnungshof ganz herzlich danken. Wir haben mit dem Landesrechnungshof über viele Stunden hinweg sehr konstruktive Gespräche geführt. Dabei haben wir auch Ihre Vorschläge, Herr Möllring, der Sie jetzt nicht mehr hier sind, und Herr Eveslage, soweit diese konkret gewesen sind, daraufhin geprüft, ob wir sie umsetzen können. Aber, meine Damen und Herren, eines geht natürlich nicht, nämlich daß sich Herr Möllring hier hinstellt, Kürzungen beschimpft, bestreitet, daß diese Vorschläge richtig sind, und dabei

völlig vergißt, daß andere Bundesländer, auch CDU-regierte, in den betreffenden Bereichen ähnliche Dinge bereits umgesetzt haben und uns gleichzeitig im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich damit drohen, daß es Folgerungen haben würde, wenn wir deren Forderungen nicht nachkämen, die gleichen Kürzungen auch hier durchzusetzen; denn allen öffentlichen Haushalten geht es schlecht, nicht nur dem des Landes Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, ich hätte an dieser Stelle auch gerne die rechte Seite des Hauses in den Dank einbezogen, weil ich die Meldungen, die man lesen konnte, zunächst wirklich so verstanden hatte, daß es nun konkrete Vorschläge von dieser Seite gibt. Leider liegen uns bisher nur konkrete Einnahmeverbesserungsvorschläge von der Fraktion der Grünen und Kürzungsvorschläge von der Fraktion der Grünen vor. Wir werden diese intensiv prüfen. Zu den von Ihnen geplanten Mehreinnahmen in Höhe von 342 Millionen DM, zu denen auch die Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts um 10 Pfennig gehört, was Mehreinnahmen in Höhe von 100 Millionen DM bewirken würde, muß ich allerdings an dieser Stelle schon sagen: Wir halten es für falsch und auch für eine falsche Strukturentscheidung für diesen Haushalt, Einnahmeverbesserungen dafür zu nutzen, Ausgaben weiterhin finanzieren zu können. Diesen Weg sind wir über viele Jahre unabhängig von den Regierungen hier in diesem Lande gegangen. Wir dürfen ihn aber nicht weiter beschreiten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat schon darauf hingewiesen, daß es bei Ihrem Hauptvorschlag, auf der Ausgabenseite zu kürzen, nämlich die Zinsausgaben noch einmal um 200 Millionen DM zu reduzieren, eine große Gefahr gibt, die uns sehr schnell einholen kann, wenn die Märkte nicht so reagieren, wie es sich Herr Golibruch vorstellt. Das ergibt schon 300 Millionen DM bei Ihren Vorschlägen, die nicht mehr zu realisieren sind. Also müssen Sie sich noch einmal hinsetzen, Ihre Schularbeiten machen und möglicherweise andere Vorschläge entwickeln.

Ich möchte noch etwas zu einem anderen Vorschlag von Ihnen sagen. Sie haben vorgeschlagen, aus dem Fondsvermögen der LTS 150 Millionen DM zusätzlich zu entnehmen. Herr Golibruch, auch das ist rechtlich nicht mehr zulässig, weil dort schon sehr viel entnommen worden ist.

Damit konnten wir schon immer unsere Haushalte überhaupt ausgleichen. Von daher fehlen zusätzlich noch einmal 150 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, nun zur CDU. Die große Oppositionsfraktion beschränkt sich wie in den Vorjahren seit 1994 auf verbale Attacken. Das haben wir gerade erlebt.

(Eveslage [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Ich sage Ihnen: Ihre Doppelstrategie war bisher erfolglos und wird auch zukünftig nicht aufgehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann im Interesse des Landes und auch der CDU nur hoffen, daß Sie möglichst bald zu einer konstruktiven Oppositionsarbeit zurückfinden. Wer soll Sie noch ernst nehmen, wenn Sie auf der einen Seite die zu hohen Ausgaben und die zu hohe Verschuldung des Landes beklagen, auf der anderen Seite aber nur allgemeine Kürzungsideen entwickeln und dabei nie konkret werden? Im Gegenteil: Wir haben in den vergangenen Wochen erlebt, daß alle Ihre vollmundigen Ankündigungen zur Aufgabenreduzierung des Landes das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn wenn es konkret wird, knicken Sie ein und sagen Sie den Betroffenen nicht „Dies wird das Land nicht mehr finanzieren“ oder „Diese Aufgabe muß zukünftig von den Kommunen wahrgenommen werden“, sondern Sie sagen das nur immer allgemein, aber nie, wenn es konkret wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in einem Punkt muß ich allerdings sagen: Da gebe ich der Opposition recht. Ich weiß nur immer nicht so recht, ob sie es wirklich so ernst nimmt. Ich stimme auch ausdrücklich unserem Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski zu, der sich mit der Frage beschäftigt, ob sich das Land diese exorbitante Verschuldung noch leisten kann. Denn wir alle leisten uns heute Ausgaben für Aufgaben, die wir mit Krediten bezahlen, für die unsere Kinder und Enkel nachher die Zinsen aufbringen müssen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das fällt Ihnen jetzt ein!)

- Das fällt mir nicht jetzt ein.

(Gabriel [SPD] - zur CDU -: Sie haben doch den Schulden-Generalfeldmarschall in der CDU! Was haben Sie denn in den 16 Jahren gemacht? – Eveslage [CDU]: Wir sagen es Ihnen seit acht Jahren! Schön, daß Sie es jetzt merken!)

Herr Wulff, ich möchte gerne mit Ihnen sachlich darüber diskutieren. Aber dann müssen Sie mir Ihre Vorschläge auf den Tisch legen und konkret sagen: Dazu stehen wir dann auch.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es doch erlebt: Sie sagen es allgemein. Wenn es aber konkret wird, sagen Sie dazu nein.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Bäderbewirtschaftung, Job-Ticket – was waren das für Vorschläge? Die haben Sie immer abgelehnt, und jetzt beschließen Sie das endlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, wenn wir Ihren Rezepten, auf die ich nachher noch zurückkommen werde, in der Vergangenheit gefolgt wären, dann stünde das Land wegen der sich aus Ihren Forderungen ergebenden Mehrbelastungen vor einem noch größeren finanziellen Problem, als wir es heute schon haben.

Ich bin mir mit unserem Fraktionsvorsitzenden darin einig, daß die jetzt eingeplante Nettoneuverschuldung von 2,65 Milliarden DM eigentlich zu hoch ist.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie haben aber vor der Wahl das Gegenteil versprochen!)

Ich wünschte mir, wir wären in die Nähe der Zahl gekommen, die die NORD/LB einmal ausgerechnet hat, die sich nämlich darauf bezogen hat, wie sich die Kaufkraft und die Preissteigerung entwickeln und wieviel Nettoneuverschuldung sich das Land leisten kann, um die Belastungen durch Zinsen und Tilgung nicht immer ansteigen zu lassen. Da ist man davon ausgegangen, daß es in etwa 2 Milliarden DM sind. Ich hätte das gerne umgesetzt. Ich stelle nur fest, daß der Haushaltsentwurf, wie er uns heute vorliegt, dies nicht hergibt. Wir sind nicht in der Lage, so weit zurückzukürzen und die 650 Millionen DM an irgendeiner Stelle noch einzusparen.

Lassen Sie mich noch etwas zum Sparen sagen. Das ist ja ein beliebter Begriff geworden. In meiner Familie habe ich das Sparen immer anders kennengelernt. Bei uns war es immer so: Wenn wir gespart haben, dann haben wir von dem Einkommen, das wir hatten, etwas auf die hohe Kante gelegt, wobei das, wie ich weiß, meist sehr schwierig war. Dieses Land spart aber nicht. Dieses Land macht jede Sekunde 84 DM neue Schulden! Also kann man im Lande auch nicht sagen, daß wir eine Einsparungsorgie machen,

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sehr gut!)

sondern wir versuchen, mit kleinen Schnitten in unserer Finanzpolitik handlungsfähig zu bleiben. Diese Handlungsfähigkeit setzt aber auch voraus, daß wir dabei vermeiden, daß es in Aufgabenfeldern der Landespolitik zu Verwerfungen kommt, die wir nicht für vertretbar halten. Deshalb kann sich das Ziel, das wir jetzt erreicht haben, die Nettoneuverschuldung zumindest auf dem Stand des Vorjahres zu halten, auch in der Öffentlichkeit sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Denn 1995 betrug die Neuverschuldung immerhin noch 3,8 Milliarden DM.

Ich möchte auch etwas zur globalen Minderausgabe sagen. Sie sagen dazu immer – das habe ich schon seit 1994 jedes Jahr wieder gehört -: Das werden Sie nie erreichen. Das werden Sie nie schaffen. – Wir haben Ihnen in den letzten drei Jahren mit dem Haushalt vorgelegt und auch in der Abrechnung bewiesen, daß das erreichbar ist. Das wird auch in den beiden Haushaltsjahren 1999/2000 wieder zu erreichen sein.

Meine Damen und Herren, die für mich entscheidende Frage zur Gestaltung der mittelfristigen Finanzplanung mit dieser hohen Nettoneuverschuldung lautet: Wird es der neuen Bundesregierung unter dem Bundeskanzler Gerhard Schröder gelingen, eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen? Jetzt kommt etwas ganz Entscheidendes - für mich zumindest - hinzu: Ist die Politik bei anspringender Konjunktur und einer Verbesserung der Einnahmesituation in der Lage, die möglichen Mehrmittel nicht für neue Aufgaben auszugeben, sondern dafür zu verwenden, die Nettoneuverschuldung zu verringern, oder fallen wir alle

(Busemann [CDU]: Das wäre mal etwas!)

– Herr Busemann, auch Sie sind davon von 1982 bis 1998 nicht frei gewesen, sogar in erheblichem Umfang – in die alten Sünden der Vergangenheit zurück, nämlich zu sagen „Jetzt sprudeln die Einnahmen wieder; jetzt können wir sie auch verwenden und den Leuten wieder Wohltaten bescheren“? Ich wünsche mir als Finanzpolitiker, daß wir uns da durchsetzen. Ich fürchte nur, daß das genauso schwierig sein wird wie in den Jahren vorher.

Warum bin ich trotzdem optimistisch? – Wenn man in den letzten Tagen in die Medien sieht, gibt es für mich zwei Anzeichen dafür, zumindest verhalten optimistisch zu sein, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht. Da geht es zum einen um die ersten erfolgreichen Gespräche über ein Bündnis für Arbeit auf Bundesebene. Ich habe dazu in der „Süddeutschen Zeitung“ einen Kommentar unter der Überschrift „Ein Land schöpft Hoffnung“ gelesen. Dort heißt es:

„Nach langer Zeit gibt es wieder ermutigende Zeichen. ... Es gibt Hoffnung, daß die Zeit der gegenseitigen Blockade, der selbstgerechten Schuldzuweisungen und des Austausches von Totschlagargumenten vorbei ist. Der Ton und Umgang machten den Menschen Mut, die den paralysierenden Stellungskrieg um Ideologien satt haben und sich nach Aktivitäten sehnen, die auch Opfer abverlangen, die aber die Aussicht auf Besserung eröffnen.“

Es wäre gut, wenn wir diese Arbeitsatmosphäre auch hier im Landtag erreichen könnten und sich die Besonnenen in der CDU-Landtagsfraktion durchsetzen würden; denn ohne Opfer wird es nicht gehen.

Zum zweiten: Das „Politbarometer“ des ZDF, zitiert in der „Süddeutschen Zeitung“, kommt unter der Überschrift „Optimistisch wie schon lange nicht mehr“ in seiner Einschätzung der politischen Stimmung in Deutschland zu der zusammenfassenden Bewertung: Zwei Drittel der Deutschen erwarten, daß das kommende Jahr für sie noch besser verlaufen wird als das zurückliegende. – Meine Damen und Herren, diesen Optimismus gibt es trotz der Kürzungen, die ja überall zu verzeichnen sind. In den Diskussionen auch mit Eltern von

Kindergartenkindern erlebe ich immer wieder, daß sie durchaus einsehen, daß es Veränderungen geben muß, und daß sie das auch akzeptieren. Es wäre schön, wenn das hier in diesem Hause auch so wäre.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir müssen dieses Vertrauen nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir und vor allem die Menschen wissen, daß es ohne persönliche Einschränkungen keine Wende geben wird.

Die SPD-Landtagsfraktion weiß, daß sie bei den angekündigten Kürzungen bis an die Grenze des Zumutbaren gegangen ist. Wir räumen auch ein, daß uns die Haushaltslage dazu zwingt, so manche Zusage, die wir allerdings immer unter dem Vorbehalt der finanziellen Machbarkeit abgegeben haben, zurückzunehmen. Wir registrieren natürlich auch die Proteste, auch wenn sie zum Teil sehr polemisch und überzogen vorgetragen werden. Aber, meine Damen und Herren, ich erkenne keinen alternativen Weg.

Es wird immer gesagt, daß das alles Wahlbetrug sei. Wer aufmerksam unser Wahlprogramm 1998 liest, der wird dort einen Absatz über die Finanzen finden.

(Busemann [CDU]: Da haben die Leute das Kleingedruckte wieder nicht gelesen!)

– Herr Busemann, da ich an der Erarbeitung dieses Absatzes nicht ganz unbeteiligt war – ich will gerne zugeben, daß ich ihn mir lieber am Anfang gewünscht hätte –, will ich Ihnen den entscheidenden Satz vorlesen.

(Busemann [CDU]: Den kennen wir!
– Gegenruf von Beckmann [SPD]:
Das glaube ich nicht! Ihr lest ja nicht einmal euer eigenes Programm, geschweige denn unser Programm!)

Er lautet: „Wir können nicht garantieren, daß das Land Niedersachsen sich auch zukünftig alle übernommenen Aufgaben leisten kann.“ Das war zumindest für mich ein ganz entscheidender Satz, weil niemand vorhersagen konnte, wie sich die finanzielle Situation darstellen würde. Ich bin auf die Antwort der CDU gespannt, wie sie konkret die von ihr abgelehnten Kürzungen finanzieren will

und welche Aufgaben des Landes sie zukünftig streichen möchte. Ich fürchte, daß wir erneut auf jede Alternative verzichten müssen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist unseriös, was Sie machen!)

Meine Damen und Herren, trotzdem - darauf hat der Finanzminister schon hingewiesen - sollte man nicht vergessen, daß wir immer noch 40 Milliarden und 41 Milliarden DM ausgeben können und damit viele Dinge in diesem Land, die wichtig sind, verwirklichen können. Wir geben 640 Millionen DM mehr aus, als im Nachtragshaushalt 1998 veranschlagt worden ist.

Der Finanzminister hat schon etwas zu den Schwerpunkten dieses Haushalts gesagt. Deswegen kann ich mich an dieser Stelle allgemein äußern. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Schwerpunkte bei den Investitionen für Arbeit und Bildung, für Innovationen und für Modernisierung der Verwaltung liegen. Ich finde das Signal gut, daß Ministerpräsident Glogowski diese Aufgabe in der Staatskanzlei konzentriert hat.

Nun komme ich zur CDU. Am 17. November 1998 titelt die „Hessisch-Niedersächsische Allgemeine Zeitung“: „Gespräch mit Wulff: CDU unterstützt rigiden Sparkurs.“ Wenn man den Artikel liest, dann stellt man fest, daß es wieder um allgemeine Aussagen geht. Er redet davon, in das eigene Fleisch zu schneiden. Welches Fleisch er meint, an welchem Körperteil sich dieses Fleisch befindet, davon redet er nicht. Dann steht am 30. November in der „Neuen Presse“ eine Schlagzeile.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Schlagzeilen machen wir noch nicht selbst!)

- Herr Wulff, wissen Sie, was dort getitelt wurde? - Da haben Sie gesagt - und jetzt werden Sie gleich Beifall klatschen -: „Was die SPD mit den Kitas macht, ist eine Sauerei“.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist auch wahr! - Oestmann [CDU]: Das Verfahren ist auch so unanständig! - Plau [SPD]: Oestmann ist auch wieder aufgewacht!)

Herr Wulff, erinnern Sie sich noch? - Mir liegt hier ein Protokoll aus dem Landtag vor, das noch gar nicht so alt ist. Das Protokoll ist vom 29. Oktober 1998.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Daß Sie Kommunalisierung mit Kürzungen verbinden, das ist die Sauerei! - Möllring [CDU]: Da, wo die CDU regiert, sind alle Standards besser!)

Da befassen Sie sich damit, wie das, was uns der frühere Innenminister Glogowski gesagt hat, umgesetzt werden könnte. Er wird dort mit den Worten wiedergegeben, daß er sich vorstellen könne, daß es ein Kindertagesstättengesetz gebe, wonach für die Kindergärten die Kommunen zuständig seien. Wissen Sie, was Sie dazu gesagt haben? - Ich sage es Ihnen, wörtlich zitiert: „Herr Glogowski, wenn Sie aus Ihrem Kreis 20 herausbrechen, dann haben Sie zusammen mit unseren 62 die Mehrheit im Landtag.“ Und wie ist die Lage? - Sie stellen sich heute hier hin und sagen genau das Gegenteil.

(Starker Beifall bei der SPD - Gabriel [SPD]: Sie sind der größte Pharisäer, der hier rumsitzt! Das ist wahrscheinlich der Grund, warum Ihre Leute Ihnen nicht mehr zuhören! - Gegenruf von Wulff (Osnabrück) [CDU]: Herr Gabriel, Sie sind in Ihrer Fraktion doch sowieso schon gescheitert!)

Meine Damen und Herren, das zeigt, mit welcher Methode Sie an diese Sache herangehen.

Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Möhrmann, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Möllring?

(Gabriel [SPD]: Sie sind ein Riesen-Pharisäer!)

Möhrmann (SPD):

Es geht ja noch weiter. Ich möchte, weil es mir soviel Spaß macht, auf Ihren Antrag zum Doppelhaushalt 1997/98 zurückkommen, Herr Möllring. Sie haben dazu eine schriftliche Pressemitteilung verfaßt. Ich lese sie einmal vor, damit sich alle Kolleginnen und Kollegen daran erinnern. Sie führen aus:

„Wesentlicher Bestandteil unseres Reformkonzeptes ist eine nachhaltige Entlastung der Kommunen. Wir wollen die Eigenverantwortung der Kommunen stärken und Verwaltungs- und Prüfungsaufgaben sowohl bei den

Kommunen als auch bei den Behörden des Landes reduzieren. Durch die Aufhebung aller Verwaltungsvorschriften des Landes über personelle und sachliche Ausstattungsstandards für kommunale Einrichtungen.“

Jetzt machen wir das, und was machen Sie? - Sie wollen genau das Gegenteil.

(Starker Beifall und Heiterkeit bei der SPD - Plaue [SPD]: So sind die von der CDU: sturmfest und erdverwachsen! - Gabriel [SPD]: Alles Feiglinge!)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihre Äußerungen deshalb wirklich nicht mehr ernst nehmen. Sie agieren weiter nach dem Motto: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern!“, und zwar immer dann, wenn die Entscheidung konkret wird. Das, meine Damen und Herren, ist die eigentliche Sauerrei, die in diesem Lande stattfindet, wenn dies denn ein parlamentarisch zulässiger Ausdruck ist.

Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Möhrmann, Kollege Eveslage möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Möhrmann (SPD):

Ich habe schon soviel Zeit verbraucht.

(Möllring [CDU]: Verplempert! - Rolles [CDU]: Zuviel!)

Der Kollege Golibruch wartet schon darauf, daß er reden darf. Deswegen möchte ich gern weiterreden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wären wir Ihren Vorschlägen gefolgt - Herr Möllring, damit bin ich bei Ihrem Antrag -, dann hätte sich dadurch eine Belastung des Haushalts 1997 von 4 Milliarden DM und 1998 von 3,2 Milliarden DM ergeben. Das hat damals das Finanzministerium ausgerechnet. Ich weiß noch, welche Aufregung das vor zwei Jahren ausgelöst hat.

(Möllring [CDU]: Es wird doch nicht besser, daß Sie den Unsinn zweimal vortragen!)

In der Berechnung war die sich durch Ihre Kürzungen ergebende Haushaltsbelastung schon berücksichtigt worden. Daran erinnern Sie sich nicht

so gerne. Ich kann Ihnen die Vorschläge vorlesen. Aber soviel Zeit habe ich jetzt nicht.

(Senff [SPD]: Soviel Zeit muß sein!)

Meine Damen und Herren, es wird ja immer noch besser. Ersparen kann ich Ihnen auch nicht das Ergebnis der Überprüfung Ihres damaligen Haushaltsantrages durch den neutralen Gesetzgebungs- und Beratungsdienst dieses Hauses. In der Zusammenfassung heißt es: Der Gesetzentwurf selbst enthält keinen Deckungsvorschlag, der es dem Landtag ermöglichen würde, ihn ohne Verstoß gegen Artikel 68 und 65 zu beschließen. - Das ist Ihre „solide Haushaltspolitik“.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das war gar kein Gesetzentwurf! Das war ein Entschließungsantrag! - Gabriel [SPD]: Unsolide!)

Mit dieser „soliden Haushaltspolitik“ haben Sie jetzt schon zweimal eine Landtagswahl verloren: 1994 und 1998. Herr Wulff, wenn Sie von Menschen des Jahres reden, dann würde auf Sie in diesem Jahr ganz gut der Titel „Verlierer des Jahres 1998“ zutreffen. Das sind Sie nämlich.

(Beifall bei der SPD - Senff [SPD]: Ich kann Ihnen schon eine Vorhersage machen: 2003 auch!)

Meine Damen und Herren, wenn man sich diese Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes ansieht, dann erkennt man, daß dessen Mitarbeiter auch gerechnet haben. In dem Schreiben des Gesetzgebungs- und Beratungsdienst heißt es: „Die in bezug genommenen Einsparvorschläge in der Drs 13/2363“ - Herr Wulff, das war Ihr Antrag - „sind nur zu etwa 114 Millionen DM beziffert, überwiegend ist das Einsparpotential der Vorschläge nicht beziffert.“ Das ist Ihre Methode. Wenn Sie die nicht ändern, dann werden Sie 2003 genauso scheitern, weil die Menschen das inzwischen durchschaut haben, Herr Wulff. Da hat der Kollege Senff recht.

(Beifall bei der SPD)

Sagen Sie uns konkret, welche freiwilligen Leistungen Sie kürzen wollen. Reden Sie nicht über 10 %, sondern sagen Sie: Dieses Institut schließen wir, jenes Institut überführen wir in die Uni. Sagen Sie uns konkret, welche Behördenstandorte Sie

aufgeben wollen. Sagen Sie uns konkret, welche Straßenbauämter - - -

(Möllring [CDU]: Haben wir! Das steht da drin! Sie müssen es nur lesen!)

- Das haben Sie nicht gesagt.

(Möllring [CDU]: Bädergesellschaft haben wir gesagt! NLÖ haben wir gesagt! Herr Buß ist doch dahingelaufen und hat sich dagegen gewehrt! – Gegenruf von Gabriel [SPD]: Mensch, wir kriegen doch die ganzen Schreiben! Sie sind nicht in der Lage, einen eigenen Vorschlag vorzulegen! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es ist das Problem dieses Hauses, daß wir es mit einer Opposition zu tun haben, die zum Landshaushalt sehr wenig konkrete Vorschläge unterbreitet, Herr Eveslage. Ich finde es einigermaßen unfair, daß sich Herr Möllring darüber aufregt, daß wir die Beihilfe unserer Beamten kürzen, und kein Wort dazu sagt, daß er, diese Fraktion, vorgeschlagen hat, die Eingangsbesoldung um eine ganze Stufe abzusenken.

(Beifall bei der SPD)

Das wird einfach verschwiegen. Sie vertrauen darauf, daß sich die Öffentlichkeit daran nicht erinnert.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Es gibt keinen Vorschlag! - Möllring [CDU]: Das haben wir gesagt, Herr Möhrmann, als es um Vollzeitkräfte ging! Sie stellen auf Zwei-Drittel-Kräfte ab! Sie nehmen denen ein Drittel der Besoldung! – Gegenruf von Gabriel [SPD]: Sie wollen den A 6ern und A 7ern das Gehalt kürzen! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich kann mir schon vorstellen, daß es schwer zu ertragen ist, wenn man an diese Vorschläge erinnert wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß gerne zwei versöhnliche Dinge sagen.

(Rolfes [CDU]: So reagiert man nur, wenn man ein schlechtes Gewissen hat! – Gegenruf von Gabriel [SPD]:

Sie haben doch gar kein Gewissen!
Woher wollen Sie das denn wissen?)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Dann kann das Mittagessen vernünftig eingenommen werden. Erstens möchte ich Ihnen sagen, daß wir uns auf das verlassen, was unser neuer Bundeskanzler zu Zeiten, als er noch Ministerpräsident gewesen ist, gesagt hat: Erst kommt das Land und dann die Partei. Jedenfalls kann sich der neue Ministerpräsident darauf verlassen, daß wir in dieser Frage hinter ihm stehen, auch wenn es für ihn unangenehm werden sollte.

(Rolfes [CDU]: Primitiver geht es nicht! – Senff [SPD] – zur CDU -: Macht euch keine Sorgen! Er ist immer bei euch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Zweitens. Ich habe ein schönes Zitat:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Hören Sie mir noch zwei Minuten zu, dann bin ich am Ende. – Ich zitiere:

„Der Geist des Menschen, seine Seele ist unüberwindlich, weil sie von Gott selbst stammt. Darum wollen wir nicht verzagen. Wir wollen nicht mutlos werden, wenn wir des Weges gedenken, den wir durchschritten haben.“ - Das könnte das passende Weihnachtsmotto '98 für die von bitteren Niederlagen betroffene CDU sein.“

Das schlägt Ihnen Herr Görgens, Chefredakteur der „Kommunalpolitischen Blätter“, vor. Ich habe den Eindruck, er beschreibt damit eine Lage, die für Sie wirklich alarmierend ist. Die Papiere von Herrn Biedenkopf und Hinweise von Herrn von Weizsäcker gibt es ja nicht umsonst.

(Möllring [CDU]: Von Weizsäcker zahlt doch gar keine Beiträge! Der ist doch gar nicht in der CDU!)

Ich kann wirklich nur sagen: Wir können gern über den Landshaushalt streiten.

(Zurufe von der CDU)

Wir können darüber streiten, ob das, was auf dem Tisch liegt, eine solide Aussage darüber ist, wie die

Situation wirklich aussieht. Wir können aber erst dann mit Ihnen streiten, wenn Sie uns konkret sagen, an welcher Stelle Sie etwas verändern wollen. Diese Aussage sind Sie nach wie vor schuldig geblieben. Deshalb kann man die Opposition an dieser Stelle nicht ernst nehmen. Wir jedenfalls werden diesen Weg weitergehen

(Zuruf von der CDU: Ihr wollt keine gemeinsamen Gespräche!)

und in den nächsten drei Monaten sicherlich einen Haushalt beschließen, der tragfähig ist und die finanzielle Grundlage für die niedersächsische Haushaltspolitik in den nächsten zwei Jahren gestalten wird. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Meine Damen und Herren, bevor der Kollege Golibrzuch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort ergreift, stelle ich kurz die Beschlußfähigkeit des Hauses fest. - Bitte, Herr Golibrzuch!

Golibrzuch (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So leicht wie die CDU-Fraktion werde ich es mir nicht machen. Es gibt in diesem Haushaltsentwurf der SPD verschiedene Punkte, für die Sie von uns weder Zustimmung noch Verständnis erwarten können. Dazu gehören die Kürzung und Kommunalisierung der Kita-Förderung,

(Möllring [CDU]: Das habe ich auch gesagt!)

die Studiengebühren und die nach den Ansätzen deutlich höhere Nettokreditaufnahme.

(Möllring [CDU]: Da sind wir uns ja einig!)

Dennoch lehnen wir diesen Haushaltsentwurf nicht in Bausch und Bogen ab. Denn zu einer ehrlichen Politik gehört auch, zu sagen, daß wir in der Regierungsverantwortung in vielen Punkten nicht anders handeln könnten.

(Zuruf von Rolfes [CDU])

Ich sage das so deutlich auch nach dem Vorwurf, den der Ministerpräsident gestern gemacht hat. Ich weiß nicht, was man ihm in den Tee getan hat, als

er uns beschimpft hat, von uns habe es noch nie einen konkreten Einsparvorschlag gegeben.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das ist ein ungerechter Landesvater!)

Ich habe gestern im „Nord-Report“ gelesen, daß Herr Gabriel das Gegenteil sagt, nämlich daß Frau Harms die einzige Oppositionsführerin im Landtag sei, weil sie als einzige quantifizierbare Einsparvorschläge vorgelegt habe.

(Rolfes [CDU]: Schmusekurs!)

Ich frage mich nur: Reden Sie eigentlich noch mit Herrn Glogowski, oder wie kommt er zu solchen Ausfällen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Gabriel, es gibt Gemeinsamkeiten bei unseren Einsparvorschlägen. Es gibt allerdings auch einen Punkt, bei dem uns Welten trennen, und zwar wie Sie mit den Protesten im Land gegen Ihre Kürzungsabsichten umgehen. Man mag darüber streiten, ob die Klagen der Polizeibeamten über den geplanten Eingriff in die freie Heilfürsorge berechtigt sind. Aber mit dem Hinweis Ihres stellvertretenden Regierungssprechers, man habe niemanden gezwungen, zur Polizei zu gehen, bringen Sie die Leute im Land zu Recht gegen sich auf.

(Plaue [SPD]: Sehr moralinsauer! – Weitere Zurufe von der SPD)

Auch Ihr Umgang mit den Kita-Protesten zeigt, wie weit Sie sich von den Realitäten im Land entfernt haben. Sie, Herr Gabriel, geben sich gegenüber der Presse davon überzeugt, die Kommunen würden die Standards nicht auf Kosten der Kinder senken.

(Zuruf von Eveslage [CDU])

Sie sehen Bewegungspotential bei den Freistellungs- und Verfügungszeiten. Das sagt sich so leichtfertig undforsch dahin. Aber wissen Sie, wie das draußen im Lande ankommt?

(Eveslage [CDU]: Ihr nehmt das Geld weg und drückt euch vor der Verantwortung!)

Es geht ausdrücklich nicht um Mißtrauen gegenüber den Kommunen. Im Gegenteil: Der Druck, die Standards zu halten, wird dort mindestens ebenso groß sein wie auf Landesebene. Aber Sie

müssen die Kommunen auch finanziell in die Lage versetzen. Mit der Verteilung dieser bisher zweckgebundenen Mittel über das FAG erreichen Sie das nicht.

(Eveslage [CDU]: So ist es!)

Sie erreichen das nicht, weil Ihr Finanzausgleichsgesetz in der Feinsteuernung versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Das ist doch nicht so schwer zu begreifen. Sie belasten über das neue FAG eben nicht nur steuerstarke Kommunen wie Hannover – das ist ja in Ordnung -, sondern Sie belasten eben ausdrücklich auch steuerschwache Landkreise, die deshalb belastet werden, weil sie einwohnerschwach sind – wie der Landkreis Wittmund, wie der Landkreis Lüchow-Dannenberg.

(Beifall bei der CDU)

Obwohl die Ausgleichsmasse erheblich aufgestockt wird, haben diese Landkreise noch weniger Geld in der Kasse als bisher. Das heißt für die Kreispolitiker dort – das müssen Sie doch verstehen -: Selbst wenn dort sämtliche Kita-Standards ausgesetzt würden, hätten sie im Vergleich mit dem heutigen Zustand immer noch ein Millionen-Minus in der Kasse. - Das ist einfach unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU – Rolfes [CDU]: Genauso ist es!
– Plaue [SPD]: Ich empfehle Ihnen, das einmal Herrn Schinkel zu sagen!)

- Herr Plaue, Sie können doch nicht immer nur den Saldo Braunschweigs als Maßstab für die Qualität Ihrer Landespolitik betrachten. Sie müssen doch auch einmal sehen, was im Lande los ist.

(Zurufe von der SPD)

Ich bin mir sicher, Sie könnten mit vielen Demonstranten darüber reden, ob man nicht über einzelne Fragen in bezug auf die Standards in den Kitas diskutieren muß. Was Ihnen die Menschen vor Ort aber wirklich übel nehmen, ist, daß die SPD vor der Wahl in bezug auf die Kitas, aber auch auf die Studiengebühren etwas völlig anderes versprochen hat. Es ist dieser Vertrauensbruch, der so sauer aufstößt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU – Zuruf von Gabriel [SPD])

- Herr Gabriel, Sie mögen ja in den nächsten beiden Haushaltsjahren 85 Millionen DM an Kita-Kosten einsparen. Aber für diesen Glaubwürdigkeitsverlust wird die SPD in Niedersachsen noch lange bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU – Möllring [CDU]: 2000 wird es ganz kritisch!)

Sie sind dabei, den Vertrauensvorschuß, den Ihnen die Menschen in Niedersachsen am 1. März dieses Jahres gegeben haben, in wenigen Monaten restlos aufzubrechen.

Mich macht in Sachen Kita noch ein weiterer Punkt sehr nachdenklich. Sie schreiben in der Begründung zum Entwurf Ihres Haushaltsbegleitgesetzes, frauenpolitische Belange seien nicht berührt.

(Frau Pawelski [CDU]: Das ist Hohn!)

Man kann vielleicht darüber streiten, ob es eines eigenständigen Frauenministeriums bedarf. Aber eines kann ich wohl behaupten: Hätten wir in Niedersachsen noch ein Frauenministerium, wäre das in der Form nicht in einen Gesetzentwurf hineingeschrieben worden.

(Frau Pawelski [CDU]: Dann hätten wir Frau Schoppe noch! - Weitere Zurufe von der CDU)

Es ist kaum ein anderes Gesetz denkbar, bei dem frauenpolitische Belange so massiv berührt werden wie beim Kita-Gesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die vom Land verfügbaren Einsparungen auch nur teilweise auf die Erzieherinnen abgewälzt werden, dann ist dieser ohnehin zu schlecht bezahlte Beruf alleine nicht mehr existenzsichernd. Eine Vollzeitkraft verdient rund 2.000 DM netto. Eine halbtags tätige Erzieherin muß von etwa 1.310 DM leben. Jede Stunde Freistellungs- und Verfügungszeit, die sie durch den Vorwegabzug bei der Kita-Förderung in den KFA streichen, wirkt sich in entsprechend niedrigeren Einkünften aus. Das heißt, Sie zwingen die Frauen dazu, sich einen zweiten Job zu suchen. - Da sagen Sie allen Ernstes, frauenpolitische Belange seien nicht berührt. Ich frage mich wirklich: Wo war eigentlich Frau Merk, als dieser Gesetzentwurf im Kabinett verabschiedet wurde?

(Beifall bei den GRÜNEN – Eveslage
[CDU]: Wo ist sie denn jetzt?)

Ich will Ihnen auch sagen, was mich daran besonders empört. Der Ministerpräsident hat gestern in seiner Regierungserklärung einiges zur Bedürftigkeit gesagt. Er hat sinngemäß gesagt, wenn jemand gut verdiene, müsse man ihm nicht auch noch Geld hinterherschmeißen. Ich frage Sie: Haben Sie dabei auch an die Erzieherinnen in den Kindergärten mit ihren kaum existenzsichernden Einkommen gedacht? Haben Sie an die Studenten gedacht, denen Sie mit Ihren Gebühren die zweiprozentige BAföG-Erhöhung wieder aus der Tasche ziehen, die Frau Bulmahn in Bonn beschließen will? - Ich möchte das wissen; denn wenn Sie zu solchen Maßnahmen greifen, dann müssen Sie sich um so eindringlicher fragen lassen, wofür Sie das Geld wieder ausgeben.

Ich stelle fest: Was die SPD-Landesvorsitzende in Bonn als soziale Verbesserung für die Bedürftigen - nämlich für die BAföG-Berechtigten - plant, wird von der niedersächsischen SPD wieder kassiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
CDU)

Es wird kassiert, um im Gegenzug eine Privatuniversität im Medical Parc anzusiedeln – das sind 5 Millionen DM. Es wird kassiert, um auch Großverdiener in Niedersachsen mit den Segnungen der Lernmittelfreiheit zu erfreuen – das sind 8 Millionen DM. Sie wollen ja keine Sozialstaffel einführen. Es wird kassiert für die Stammkapitaleinlage des Landes bei einem neurowissenschaftlichen Institut, das ausschließlich Privatpatienten offenstehen wird – das sind 15 Millionen DM.

Das ist die Wirklichkeit in Niedersachsen. Ich frage Sie allen Ernstes: Wie paßt das zu den Parolen über die Bedürftigkeit, die gestern Ihr Ministerpräsident hier zum Besten gegeben hat?

(Beifall bei den GRÜNEN und Zu-
stimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Seit Jahren ist der niedersächsische Landeshaushalt durch ein strukturelles Defizit in Milliardenhöhe belastet. Nur dank zahlreicher Vermögensveräußerungen, der Rückforderung eines Gesellschafterdarlehens der landeseigenen HanBG, der pauschalen Kürzung der KFA-Verbundmasse und einer sehr hohen Nettoverschuldung konnte der Haushalt in den letzten Jahren annähernd ausgeglichen werden. Daß

dieser Haushaltsausgleich nur auf dem Papier stattfand, zeigt ein Blick in das rechnungsmäßige Gesamtergebnis, auf den Jahresabschluß. Dort werden Sie nämlich feststellen, daß das Land seit Jahren einen Verlustvortrag - so würde man bilanziell sagen - von fast 700 Millionen DM vor sich herschiebt, und zwar deshalb, weil das Land einfach mehr Geld ausgegeben hat, als es tatsächlich zur Verfügung hatte. Das heißt, das Land leiht sich hier im Vorgriff auf künftige Haushalte Geld. Dieses Geld haben Sie an keiner Stelle im Haushalt ausgewiesen.

Die Landesverfassung schreibt vor, daß die Nettoverschuldung nicht höher sein darf als die im Haushalt vorgesehenen eigenfinanzierten Investitionen. Seit 1992 hat diese Landesregierung die Obergrenze nicht im Haushaltsplan, wohl aber im Haushaltsvollzug regelmäßig überschritten.

(Möllring [CDU]: Richtig!)

Wann immer über Nachtragsetats oder Haushaltssperren versucht wurde, die Ausgabenbremse zu ziehen, konnten zwar Investitionen oder sächliche Verwaltungsausgaben zurückgehalten werden, aber nicht in dem Maße, daß dies eine Reduzierung der vorgesehenen Kreditaufnahme ermöglicht hätte.

Wenn wir über Zukunftsinvestitionen reden, dann können wir die Diskussion doch nicht auf einen Leertitel im Haushaltsplan der Staatskanzlei reduzieren. Vielmehr müssen wir dann darüber reden, wie durch eine immer größer werdende Schuldenlast der Handlungsspielraum künftiger Landtage und natürlich auch künftiger Generationen immer weiter eingeschränkt wird. Eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme kommt für uns deshalb nicht in Betracht. Das hat zwei Gründe: Zum einen machen wir Ihnen Kürzungsvorschläge im investiven Bereich. Diese sind so selbstverständlich, daß ich das gar nicht aufgeschrieben habe. Wenn wir beim Emssperrwerk und bei einer Justizvollzugsanstalt mehrere hundert Millionen DM sparen und wir uns bereits an der Oberkante der zulässigen Kreditaufnahme befinden, dann ist es schon rechtlich zwingend, daß wir die Nettokreditaufnahme in unserem Vorschlag absenken.

Zum anderen schlagen wir Ihnen aber auch vor - das hat Herr Allers angesprochen -, den kompletten Betrag der Bruttoneverschuldung von 10 Milliarden DM in den beiden kommenden Haushaltsjahren mit kurzfristigen Laufzeiten aufzunehmen und damit Zinsvorteile von bis zu

200 Millionen DM zu erwirtschaften. Hätten Sie das schon vor drei Jahren getan, hätten Sie heute 700 Millionen DM mehr in der Kasse.

(Möhrmann [SPD]: Und wenn die Zinsen gestiegen wären, hätten Sie riesige Probleme!)

Wenn Herr Aller sagt, das sei unrealistisch, dann ist das falsch. Der von uns genannte Betrag beziffert exakt den Vorteil aus einer nicht mehr durchschnittlichen Laufzeit der Kredite von 15,9 Jahren, wie dies zur Zeit der Fall ist, sondern von nur noch einem Jahr. Sie können ja sagen, daß Sie das aus verschiedenen Gründen nicht wollen. Sie können aber ehrlicherweise nicht sagen, daß das nicht möglich wäre. Das Risiko plötzlich steigender Zinsen ist angesichts der weltwirtschaftlichen Entwicklung mehr als gering. Im Gegenteil: Zu erwarten ist eher, daß die Zinsen weiter sinken.

Herr Aller, ich finde es ein bißchen billig, wie Sie unseren Vorschlag einfach so abtun. Immerhin machen wir uns Gedanken darüber, wie man auf der Ausgabenseite zu Kürzungen kommen kann. Wir machen nicht mit schlanker Hand Vorschläge auf der Einnahmeseite, wie man möglichst noch bei den Kleinsparern etwas abkassieren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Fraktion will ein Entschuldungsprogramm für die öffentlichen Haushalte. Wir machen uns deshalb einen Vorschlag der Arbeitsgruppe „Aufgabenkritik“ aus dem September zu eigen. Wir wollen einen neuen, einen zweiten Erblastentilgungsfonds, in den die Schulden aller öffentlichen Haushalte in Deutschland überführt werden. Der Schuldenstand liegt insgesamt bei deutlich mehr als 2 Billionen DM. Davon entfallen rund 800 Milliarden DM auf die Länder. Wenn man das zusammenfaßt, wäre allein aufgrund der günstigeren Refinanzierungsbedingungen im Jahr ein Vorteil von 4 Milliarden DM möglich. Wir fordern von der Landesregierung, daß sie diesen Vorschlag aufgreift, daß sie das prüft. Neben dem ökologischen Umbau des Steuersystems und der Neudefinition der Alterssicherungssysteme ist die Frage, wie man den ungebremsten Weg in die Neuverschuldung aufhält, die dritte zentrale Säule für einen neuen Generationenvertrag.

(Beifall bei den GRÜNEN - Möhrmann [SPD]: Wie wollen Sie das mit den Kommunen machen?)

Meine Damen und Herren, was seit Jahren jeder im Lande wissen konnte, schlägt sich erstmals in dieser Legislaturperiode deutlich im Haushalt nieder. Eine ständig größer werdende Zahl von Landesbediensteten erreicht die Altersgrenze und läßt die Versorgungslasten explodieren. Die Pensionslasten im Haushalt steigen allein bis zum Jahre 2003 um 20 % und in den Folgejahren noch sehr viel stärker. Es rächt sich jetzt, daß diese Landesregierung in den letzten Jahren sämtliche strukturellen Einsparungen verschleppt hat und insbesondere alle Vorschläge der Arbeitsgruppe „Personalkostenreduzierung“ zum sogenannten Substanzsparen bis heute nicht umgesetzt sind. Alle darauf abzielenden Kabinettsbeschlüsse von 1996 scheiterten am fehlenden politischen Willen der dauerwahlkämpfenden SPD.

Wie sehr die Personalkosten das Land bedrücken, ist aus dem Haushalt längst nicht mehr ohne weiteres ersichtlich. Der stufenweise Abschied von der Kameralistik und die Ausgliederung immer weiterer Landesbetriebe führen ebenso zu einer Bilanzverkürzung des Etats wie die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs. Ihre Behauptung, Herr Aller, die Quote der Investitionen an den Gesamtausgaben steige von 10,5 % im Jahre 1998 auf 11 % im kommenden Jahr, ist wirklich eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit. Das ist ein ganz billiger Taschenspielertrick.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Die Umstellung immer größerer Teile des Etats auf eine kaufmännische Buchführung macht einen solchen Vergleich sinnlos. Legt man die alte Veranschlagung zugrunde, so steigen die Personalausgaben stärker als die Gesamtausgaben, während die Investitionsquote leicht zurückgeht. Im übrigen wäre das alles noch sehr viel schlimmer, wenn Sie nicht fortwährend durchschnittlich 5.000 Landesbedienstete hätten, die sich in Urlaub ohne Bezüge befinden. Die müßten Sie nämlich sonst auch noch bezahlen.

Ich meine, alle Fraktionen sind verpflichtet, die Finanzierbarkeit von Personalausgaben und nicht Wunschenken über die jeweils ideale Personalausstattung in den Vordergrund ihrer Überlegungen zu stellen. Deshalb sagen wir: Natürlich hätte die Landesregierung vorher mit den Gewerkschaften reden müssen. Dennoch ist es richtig, für Landesbedienstete eine Eigenbeteiligung bei den Krankheitskosten einzuführen und die freie Heil-

fürsorge für Polizeibeamte einzuschränken, solange auch gesetzlich Krankenversicherte über ihren Kassenbeitrag hinaus zu solchen Zuzahlungen gezwungen sind.

Das reicht aber nicht aus. Sinnvoller und aus der Sicht des Landes sogar lukrativer wäre es gewesen, Sie hätten die Beihilfewahlleistungen, die Privilegien im stationären Krankenhausbereich, gestrichen - Anspruch auf Chefarztbehandlung und Unterbringung in einem Zwei-Bett-Zimmer. Das hätte Ihnen 50 Millionen DM mehr in die Kasse gebracht.

(Gabriel [SPD]: Das geht nicht! Das wissen Sie!)

- Ich habe das gestern noch einmal mit dem GBD diskutiert. Trotz der anhängigen Normenkontrollverfahren geht das im Lande.

(Gabriel [SPD]: Wenn es geht, ist das etwas anderes!)

- Ich weiß aus Gesprächen mit den betroffenen Gewerkschaften, daß das von den Beschäftigten eher akzeptiert worden wäre; sicherlich nicht ohne Murren, weil man sich an die bisherige Praxis gewöhnt hatte, aber es wäre hier nicht zu Einkommensverlusten für die Landesbediensteten gekommen. Ich weiß, daß gerade diese Kürzungen bei den Beamten quer durch alle Fraktionen sehr umstritten sind.

Gelingt das sogenannte Substanzsparen nicht, gelingt es also nicht, die Kosten der einzelnen Stelle im Landesdienst in den nächsten Jahren deutlich zu reduzieren, dann wird das Land gezwungen sein, immer schneller immer mehr Stellen abzubauen. Dieser Zusammenhang ist ganz wichtig und sollte bei einer solchen Debatte und bei allen Protesten nicht in Vergessenheit geraten, wenn denn die Massenarbeitslosigkeit das zentrale Problem ist, über das wir uns hier immer streiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man das allerdings so macht, finde ich es richtig, daß die Politiker mit gutem Beispiel vorangehen. Sie muten den Beamten in Niedersachsen eine Menge zu. Deshalb finden wir es richtig, daß auch Abgeordnetendiäten und auch Ministerbezüge nicht für sakrosankt erklärt werden. Ich weiß: Eine Absenkung hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Wenn Sie aber eine Kultur des Sparens schaf-

fen wollen, bedarf es hier vielleicht erst einmal einer kleinen Kulturrevolution.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Finanzminister hat mehrfach Alternativen angemahnt. Ein paar habe ich Ihnen schon genannt: im investiven Bereich, beim Schuldenmanagement, die soziale Staffelung der Lernmittelfreiheit, die Diäten und die Ministerbezüge und die Beihilfewahlleistungen. Darüber hinaus könnten Sie schon heute einer möglichen Absenkung der Gebührenordnung für Ärzte vorgreifen, indem Sie etwa mit den Krankenhäusern eine zentrale Abrechnung vereinbaren, z. B. indem Sie an den Hauptbehördenstandorten einheitliche Beträge für die häufigsten OP-Fälle aushandeln würden, statt überhöhte GOÄ-Sätze hinzunehmen. Das wäre eine Möglichkeit; das ginge ohne weiteres. Auch das ist vom GBD geprüft worden und würde kurzfristig Einsparsummen im zweistelligen Millionenbereich mobilisieren.

Wir wollen, daß Sie rechtskräftige Bußgeldtitel, wie bei RTL in Höhe von 20 Millionen DM, und rechtswidrig gewährte Beihilfen, wie im Falle Georgsmarienhütte - heute lese ich sogar: 45 Millionen DM - endlich einziehen.

(Zustimmung von Frau Harms [GRÜNE])

Wir wollen, daß Sie das Wasserentnahmeentgelt nicht nur für Kühlwasser erhöhen, sondern auch für private Haushalte. Eine Mehrbelastung von rund 1 DM im Monat für einen vierköpfigen Haushalt halten wir allemal für gerechter als die von Ihnen vorgesehene Kürzung der Zuschüsse für die Gewässerunterhaltungsverbände, die ausschließlich und einseitig die Menschen im Norden des Landes belastet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen einen zentralen Energieeinkauf, weil es nicht sein kann, daß die Landesbehörden von insgesamt 31 Energieversorgungsunternehmen beliefert werden, aber nicht in einem einzigen Fall Sondervertragskunde sind, geschweige denn die Möglichkeit eines landesweiten Rabattes durch zentralen Einkauf nutzen. Wir wollen das mit einer festen Quote für Ökostrom verknüpfen, weil sonst immer gleich der Einwand erhoben wird: Dann kriegt man den billigen Atomstrom aus Frankreich. - Das ist Unsinn. Sie sind der Kunde; Sie können sich doch aussuchen, zu welchen Bedingungen Sie

ausschreiben wollen. Sie müssen es nur zentral tun und einen virtuellen Einspeisepunkt definieren. Dann werden Sie den vollen Rabatt erhalten, der über das novellierte Energiewirtschaftsrecht möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und die Verfügungsfonds der Landesregierung kürzen. Wir meinen, daß der Neubau der Landesvertretung in Berlin auch weniger luxuriös ausfallen könnte, als es gegenwärtig geplant und dem Haushaltsausschuß vorgetragen worden ist. Wir wollen auch die Sport- und die institutionelle Wirtschaftsförderung zurückführen; denn es kann doch nicht sein, daß Sie - das Finanzministerium und auch Herr Tacke - vor der Wahl verbindlich erklären, daß im Jahre 1999 die Förderung des Technologieflops Sican eingestellt werden solle, wir dann aber im Haushalt lesen müssen, daß im kommenden Jahr für diesen Zweck 18 Millionen DM und damit mehr zur Verfügung gestellt werden sollen als je zuvor. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Frau Harms [GRÜNE]: Wofür eigentlich?)

- Das fragen wir uns auch. Damit der Konkurs nach Möglichkeit noch weiter hinausgezögert werden kann.

Wir wollen ein privatisiertes Liegenschaftsmanagement und außerdem die immer noch viel zu üppige Staatshochbauverwaltung weiter schrumpfen lassen. Wir wollen die Ämter für Agrarstruktur auflösen. Ferner haben wir Einsparvorschläge für viele andere Verwaltungsbereiche vorgelegt, die sich bisher als reformresistent erwiesen haben. Wir haben auch Vorschläge für strukturelle Einsparungen bei den Personalkosten gemacht, die auf eine Veränderung der Rahmengesetzgebung des Bundes für den öffentlichen Dienst abzielen. Wir werden diese Vorschläge aber nicht - wie von Ihnen, Herr Aller, behauptet - zur Haushaltsdeckung nutzen, sondern wir wollen nur, daß Sie an dieser Stelle aktiv werden, statt immer nur in Hintergrundgesprächen gegenüber der Presse darzustellen, daß das mit dem Haushalt doch alles gar nicht so schlimm sei, wenn man auf der Steuerseite nur ordentlich zugreife. Ich glaube, daß Sie bei allem, was Sie hier immer vorlesen, den Ernst der Lage verkennen.

Meine Damen und Herren von der SPD, wir haben eine Vielzahl kluger Sparideen vorgelegt. Es kann

aber nicht angehen, daß die SPD definiert, was klug ist. Nur eines, Herr Gabriel, brauchen wir aus unserer Sicht nicht, nämlich eine weitere Kommission, die den Landeshaushalt nach Einsparmöglichkeiten durchsuchen soll, es sei denn, daß Sie das dem Finanzminister nicht zutrauen. Dann sind wir da natürlich dabei. Die Informationen, die Sie haben wollen, liegen schon vor. Die zahllosen Berichte der Arbeitsgruppe „Personalreduzierung“, der Arbeitsgruppe „Aufgabenkritik“ - jeweils zwei -, die Stellungnahmen zu den Prüfungsmitteilungen, die Jahresberichte des Landesrechnungshofs - der jüngste mit einer ausführlichen Denkschrift zur ganzen Verschuldungsfrage - liegen bereits vor. Kein anderer Landeshaushalt ist so oft untersucht und mit so vielen Empfehlungen versehen worden wie der niedersächsische.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Landesregierung, die den Mut hat, Vorschläge der grünen Opposition aufzugreifen und dafür im Gegenzug auf Kita-Kürzungen, Studiengebühren und eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme zu verzichten. Kooperation, Herr Gabriel, ist keine Einbahnstraße. Da haben Sie nach allem, was Sie öffentlich erklärt haben, eine gewisse Bringschuld.

Im übrigen werden wir Sie noch oft an Ihre gebrochenen Wahlversprechen erinnern. Wir werden Ihrer Lust am Sparen eine lustvolle Opposition entgegensetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, so daß ich die erste Beratung schließen kann. Wir kommen zur Ausschlußüberweisung.

Wenn Sie mit der federführenden Beratung den Ausschuß für Haushalt und Finanzen beauftragen und den Entwurf dieses Gesetzes außerdem allen Fachausschüssen zur Kenntnis geben wollen, bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. - Vielen Dank.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich Sie noch auf zwei Termine hinweisen:

Zum einen findet unmittelbar im Anschluß an diese Sitzung im Repräsentationssaal der Vortrag von Herrn Professor Hans-Heinrich Nolte, Ordinarius für Osteuropäische Geschichte an der Universität Hannover, zur Wehrmachtausstellung statt. Ich

möchte die Kolleginnen und Kollegen auffordern, an diesem Vortrag teilzunehmen. Aber auch die Besucherinnen und Besucher auf den Tribünen können gern an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Zum anderen tagt gleich der Ausschuß für Haushalt und Finanzen in Raum 236.

Ansonsten wünsche ich Ihnen eine erholsame Mittagspause.

Unterbrechung: 13.05 Uhr.

Wiederbeginn: 15.03 Uhr.

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Beratung wieder auf.

Zum weiteren Ablauf der heutigen Sitzung teile ich Ihnen mit, daß die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Antrag zu

Tagesordnungspunkt 26:

Die Landesregierung verschleppt die Umsetzung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/393

aus der Beratung im Plenum zurückgezogen hat. Der Antrag wird daher sogleich zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Verwaltungsreform und öffentliches Dienstrecht überwiesen.

Ich rufe nunmehr auf

Tagesordnungspunkt 20:

Erste Beratung:

Mißachtung des Landtagsbeschlusses „Erhalt selbständiger Fachhochschulen in Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven“ - „Wort- und Vertragsbruch“ gegenüber den beteiligten Hochschulen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/360

und

Tagesordnungspunkt 21:

Erste Beratung:

Kooperation der Fachhochschulen Oldenburg, Wilhelmshaven und Emden - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/391

Der Antrag der Fraktion der CDU wird vom Kollegen Stratmann eingebracht, dem ich das Wort erteile.

Stratmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich ist es bedauerlich, daß die SPD offensichtlich nicht einmal die Übergabe von immerhin 25.000 Unterschriften so ernst nimmt, daß sie den Übergabetermin pünktlich einhält.

(Biel [SPD]: Wir waren doch da!)

Dann wäre hier im Plenum wahrscheinlich etwas mehr Ruhe, als es zur Zeit der Fall ist. Aber wir nehmen das zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wer nicht kämpft, kann auch nicht gewinnen,

(Bontjer [SPD]: Der hat schon verloren!)

der hat auch schon verloren. Dies wollen wir wohl beherzigen. Wir haben der "Nordwest-Zeitung" vor einigen Tagen entnommen, daß der Unterbezirksvorsitzende der SPD der Stadt Oldenburg, der Bundestagskollege Dietmar Schütz, dies seinen SPD-Kollegen ins Stammbuch geschrieben und daran erinnert hat, daß die Beschlußlage der Partei, was die Fusion anbelangt, eine völlig andere sei, und seine Kolleginnen und Kollegen vor Ort nun auffordert, diese Beschlußlage zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, wir sind bereit, gegen die Fusion zu kämpfen. Wir nehmen die Aufforderung des SPD-Kollegen Dietmar Schütz deshalb sehr ernst.

(Beckmann [SPD]: Das erste Mal, und dann auch noch eine Lüge!)

Nur eineinhalb Jahre nach der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung am 15. Mai 1997, ein Jahr nach dem haushaltsrechtlichen Inkrafttreten dieser Kooperationsvereinbarung am 1. Januar 1998 und - das muß auch gesagt werden - nur wenige Wochen nach der Bundestagswahl am

27. September gibt das MWK der Öffentlichkeit bei uns, im Nordwesten Niedersachsens, bekannt, daß es eine Fusion der drei Fachhochschulen geben soll. Das MWK tut dies sehr apodiktisch, ohne Widerspruch zu dulden.

Das MWK hat die Beteiligten vor Ort damit wirklich vor den Kopf gestoßen, weil vorher nicht in einem einzigen Gespräch deutlich gemacht worden ist, was der neue Minister Oppermann in diesem Zusammenhang plant. Ich meine, das wäre fair gewesen. Das haben die Beteiligten vor Ort verdient.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Der Minister hat aber nicht nur die Beteiligten vor Ort desavouiert, sondern letztlich auch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das Parlament; denn jeder von uns weiß, daß es auch gerade ein- einhalb Jahre her ist, daß, nämlich am 9. Juli 1997, dieses Parlament einstimmig einen Beschluß gefaßt hat,

(Frau Pruin [CDU]: Hört, hört!)

der sich für die Kooperationsvereinbarung und gegen die Fusion ausspricht. Weil dieser Beschluß durchaus nicht unbedeutend ist, erlaube ich mir, noch einmal aus diesem Beschluß zu zitieren:

"Der Landtag begrüßt einstimmig, daß die Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven als selbständige Fachhochschulen erhalten bleiben, diese drei Fachhochschulen eine Kooperationsvereinbarung entwickelt haben, die beispielhaft für eine Zusammenarbeit von Hochschulen ist ..."

Wenn man sich dann noch einmal die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten durchliest, was bei dem Niveau, das diese Regierungserklärung hatte, schwer genug fällt,

(Beifall bei der CDU - Frau Körtner [CDU]: In der Tat!)

stößt man darauf, daß der Ministerpräsident gesagt hat: Wir wollen solche Kooperationen, wo immer sie stattfinden, fördern.

(Eveslage [CDU]: Wo ist er denn?)

- Der ist nicht da, weil es ihn offensichtlich nicht interessiert.

(Biel [SPD]: Der führt Gespräche mit Abgeordneten! Das ist doch heute morgen verkündet worden!)

Hier findet nicht nur ein Wortbruch statt, sondern wir erleben etwas, was wir bisher noch nicht erleben mußten, nämlich daß vorhandene Verträge gebrochen werden. Sie haben damit in der Region unglaublich viel Vertrauen verspielt.

Herr Minister Oppermann, wenn Sie den Leuten erzählen "Ich sichere eure Standorte ab, es gibt einen Bestandsschutz; ich tue dies für euch, ich tue das für euch," dann dürfen Sie sich doch jetzt nicht wundern, wenn Ihnen aufgrund der Erfahrungen, die man hat machen müssen, niemand mehr glaubt.

(Beifall bei der CDU)

Der Nordwesten ist ausgesprochen empfindlich, wenn es um Entscheidungen wie die von Ihnen getroffene geht. Der Nordwesten ist strukturschwach. Das kann niemand bestreiten. Insofern können Sie auch keine Vergleiche mit dem Südosten unseres Landes anstellen. Die Wissenschaftslandschaft im Nordwesten ist noch nicht arrondiert, wie Sie es vielleicht als Göttinger Vertreter glauben mögen. Vielleicht fehlen Ihnen auch ein wenig die Erfahrung mit diesen Dingen und der Einblick in die Unterschiedlichkeiten unseres Landes. Deshalb dürfen Sie, Herr Minister Oppermann, sich auch nicht wundern, wenn es in unserer Region eine wirklich geschlossene Phalanx gegen Ihre Fusionspläne gibt.

(Eveslage [CDU]: Die SPD-Abgeordneten wollen nicht mehr mitmachen!)

Selbst die SPD-Abgeordneten wissen gar nicht, wo sie eigentlich stehen. Das ist ja ein Hin- und Hergeiere, daß man sich nur wundern kann. Da gibt es z. B. eine gemeinsame Erklärung, nachzulesen in der Ausgabe der "Nordwest-Zeitung" vom 23. November, in der es heißt:

"Zwar hielten er und seine Kollegen"

- hier geht es wohl um Wolfgang Wulf -

"die Fusion nach wie vor für die vorteilhafteste Lösung für die drei Hochschulen, doch sei denkbar, daß man die erhofften Einsparungen etwa auch

dadurch erreiche, daß der bestehende Kooperationsvertrag überarbeitet bzw. nachgebessert werde."

So etwas liest man, und am nächsten Tag gibt es dann wieder das Dementi. Es ist ein einziges Hin und Her, was wirklich nicht zur Versachlichung der Diskussion beiträgt.

Bevor ich zum zentralen Argument des Ministers komme, will ich nur einmal sagen, daß ich die Vakanz, die beim Präsidentenamt in Wilhelmshaven entstanden ist, wirklich nicht als ernstzunehmendes Argument auffassen kann. Das halte ich nun wirklich für unseriös. Dann hätten wir ja, nachdem Herr Schreiber in den Ruhestand gegangen ist, auch darüber nachdenken müssen, Göttingen mit Hannover zu fusionieren.

(Wulf (Oldenburg) [SPD]): Gute Idee!

Das ist nun wirklich ein Argument, das ich nicht ernst nehmen kann.

Ich will das Argument aufgreifen, das ich ernst nehme, und das ist die sogenannte formelgebundene Mittelzuweisung, nach der den drei Fachhochschulen künftig 4,1 Millionen DM fehlen sollen. Diese 4,1 Millionen DM sollen nun durch die Fusion kompensiert werden. Angeblich erbringt die Fusion Einsparpotentiale von 2,5 Millionen DM. Diese Potentiale sind aber niemals wirklich konkret beziffert worden, auch im Ausschuß nicht. Statt dessen wird gesagt, die bereits fusionierte Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel habe 5 Millionen DM weniger Verwaltungskosten, das teile man einfach durch zwei, komme auf 2,5 Millionen DM, und das müßten die Fachhochschulen im Nordwesten auch einsparen können. Wer eine solche Rechnung anstellt, der sollte aber auch zur Kenntnis nehmen, daß es keine Vergleichbarkeit zwischen diesen Fachhochschulen gibt. Die drei Fachhochschulen im Nordwesten haben 50 % mehr Studenten aufzuweisen als die Hochschule, die ich gerade angeführt habe. Wenn ich in der Berechnung die Studentenzahl zugrunde lege, dann hat der Nordwesten einen Verwaltungskostenanteil von 10,5 Millionen DM gegenüber 9,65 Millionen DM im Osten, d. h. tatsächlich - das wollen wir wohl zugestehen - 850.000 DM mehr.

Um das Ganze zu versüßen, wird gesagt, im Nordwesten werde es keine Institutsschließung geben, universitäre Institute würden also nicht geschlossen, und dafür sollten wir dankbar sein.

Wer denkt denn im Ernst daran, ein so erfolgreiches Institut wie Terramare, das wir erst vor wenigen Jahren gegründet haben, oder ICBM zu schließen? - Wir wären doch wirklich von allen guten Geistern verlassen! Offenbart wird hier auch wieder Ihre völlige Unkenntnis der Situation in der Region bei uns oben im Nordwesten.

Weiter wird gesagt: Die Universität Oldenburg soll dann als Gegenleistung endlich ihre zwei Eckprofessuren bekommen, die seit vielen, vielen Jahren eingefordert werden und von Frau Schuchardt auch immer wieder versprochen wurden. Die sollen also jetzt nach Oldenburg kommen. Dazu kann ich nur sagen: Diese beiden Eckprofessuren sind längst zugesagt, und sie sind auch genehmigt. Sie haben mit der FH-Diskussion überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Nur als Randbemerkung: Dabei war immer die Rede von 1,4 Millionen DM für die beiden Eckprofessuren. Herausgekommen sind jetzt 646.000 DM. Das ist erheblich weniger; es ist zu wenig, um dort erfolgreich arbeiten zu können.

(Zuruf von der SPD: Ihr müßt auch mal zufrieden sein!)

Zur formelgebundenen Mittelzuweisung, dem Hauptargument des Ministers, das wir gleich auch hören werden: Es wird so getan, als sei sie gottgegeben, als sei sie unveränderbar. Wer sagt denn eigentlich, daß wir sie nicht verändern können?

Sicherlich wird auch darauf hingewiesen werden, daß die Fachhochschulen diese Mittelzuweisung akzeptiert haben. Aber es wird mit Sicherheit verschwiegen werden, daß diese Akzeptanz quasi der Kompromiß nach einer sehr kontrovers geführten Diskussion war, in der sich letztlich die großen Fachhochschulen in Niedersachsen gegen die kleinen durchgesetzt haben. Wahrscheinlich wird auch verschwiegen werden, daß die Gewinner dieser neuen Umverteilungsformel eben nicht die drei Fachhochschulen im Nordwesten sind. Die Gewinner sind die Hochschulen im Südosten unseres Landes,

(Eveslage [CDU]: Da kommt der Minister ja auch her!)

insbesondere die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, die 3 Millionen DM zusätzlich bekommt.

(Eveslage [CDU]: Darauf ist der Minister auch noch stolz!)

Verlierer wird Wilhelmshaven sein; 1,6 Millionen DM weniger. Oldenburg: 600.000 DM weniger, Emden: 1,9 Millionen DM weniger. Auch Osnabrück wird erheblich bezahlen müssen.

(Eveslage [CDU]: Was soll der Minister auch machen? Der kommt doch daher!)

Bei der formelgebundenen Mittelzuweisung verwenden Sie, Herr Minister, Zahlen, die - auch das muß dazugesagt werden - mindestens zwei bis drei Jahre als sind. Sie wissen im Grunde gar nicht, wie das Ergebnis wäre, wenn man die aktuellen Zahlen zugrunde legt.

(Wulf (Oldenburg) [SPD]: Noch schlechter!)

Ihre Formel greift im Jahr 2000 nur zu 5 %, erst im Jahr 2004 zu 100 %. Die Kooperation, über die geredet wird, läuft aber bereits 2003 aus. Dieses Argument scheint mit also sehr schwach zu sein. Warum geben wir den Leuten vor Ort denn nicht die Chance, die Kooperation mit Leben zu erfüllen?

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die drei selbständigen Fachhochschulen haben ja auch schon bewiesen, daß sie bereit sind, in jeder Beziehung entgegenzukommen und die erforderlichen Einsparpotentiale zu erwirtschaften. Die Studienangebote werden aufeinander abgestimmt. Neu eingerichtete Studienangebote wie die Medientechnik mit einer Auslastung von mehr als 100 % sind außerordentlich erfolgreich. Doppelte Studienangebote wird es künftig nicht mehr geben. Es existieren ein gemeinsamer Stellenpool und ein gemeinsamer Server für die Nutzung der HIS-Software. Meine Damen und Herren, mehr kann von den drei Fachhochschulen doch auch nach einer Fusion nicht geleistet werden. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen - das hat auch noch nie jemand wirklich begründen können -, daß die Fusion mehr möglich macht als das, was wir zur Zeit mit der Kooperationsvereinbarung erleben.

(Beckmann [SPD]: Machen könnte!)

Herr Minister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, geben Sie den Fachhochschulen vor Ort die Chance, die Kooperationsvereinba-

rung wirklich mit Leben zu erfüllen! Der beschrittene Weg der Kooperation schadet den Fachhochschulen nicht. Was den Fachhochschulen zur Zeit schadet, ist eine nicht enden wollende Diskussion über die anstehende Fusion, und das, so meine ich, müssen wir zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade die Fachhochschulen brauchen eine starke Bindung an die Region. Der Gesichtspunkt der Identität ist von überragender Bedeutung. Darum, meine Damen und Herren, steht die Kooperationsvereinbarung beispielhaft für die Zusammenarbeit von Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Wir begrüßen deshalb die vorliegende Kooperationsvereinbarung und wünschen uns, daß sich auch an anderen Hochschulorten und in anderen Hochschulregionen derartige Vereinbarungen entwickeln. - Das hat Wolfgang Wulf in der Debatte vor zwei Jahren im Landtag für die SPD-Fraktion zu uns gesagt. Dem ist nichts hinzuzufügen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird nun vom Kollegen Golibrzuch eingebracht.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion begrüßt die vor gut eineinhalb Jahren getroffene Kooperationsvereinbarung zwischen den drei Fachhochschulen ausdrücklich, und sie begrüßt den erreichten Kooperationsstand ebenfalls ausdrücklich.

Der erreichte Kooperationsstand gerade im Bereich der Verwaltung ist sehr viel weiter und sehr viel aussagekräftiger, als Ihr Wissenschaftsminister uns das einreden will. Ich darf einfach einmal vortragen, was die Fachhochschulen bisher an Kooperation zuwege gebracht haben: Das ist im Bereich der gemeinsamen Reisekostenabrechnung der Fall. Das ist im Bereich der gemeinsamen Abrechnung der Vergütung für Lehrbeauftragte und studentische Aushilfskräfte der Fall. Das ist insgesamt im Personalkostenabrechnungsbereich für alle drei Fachhochschulen der Fall. Wo es bisher hakt: Die Außenstelle des Niedersächsischen Landesamts für Bezüge und Versorgung in Aurich hat bisher keine geeignete Software anliefern können, mit der diese

Kooperationsschritte tatsächlich in die Haushaltspraxis der Hochschulen umgesetzt werden können. Das ist allerdings kein Versagen, das man den Fachhochschulen anlasten könnte, sondern ein Versagen des Wissenschafts- bzw. des Finanzministeriums.

(Zustimmung von Stokar von Neuforn
[GRÜNE] und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im Bereich der Studienangebote sind die drei Fachhochschulen, finde ich, auf einem guten Weg der Kooperation. Ich gestehe zu: Das ist noch nicht das, was wir uns bei der Kooperationsvereinbarung erhofft haben. Aber es ist doch nur naturgemäß, daß man nach eineinhalb Jahren der Planung die ersten Einsparungen im Bereich der Verwaltungskooperation erzielt und daß dann, wenn man auf fünf Jahre kalkuliert - das werde ich Ihnen gleich auch noch nachweisen -, weitere logische Einsparungen aus einer besseren Abstimmung des Studienangebots folgen werden und folgen können, aber nur dann, wenn Sie den Fachhochschulen auch die Zeit dazu geben.

Ich finde es empörend, daß Sie die erreichten Kooperationschritte kleinreden und daß man - wie das gestern der Minister auch getan hat - den Zusammenbruch der Haushaltsführungssysteme an den Fachhochschulen, verursacht durch eine mangelhafte Software, die Sie ihnen zur Verfügung gestellt haben, sozusagen auch noch den Fachhochschulen in die Schuhe schiebt. Diese werden alles das, was hier gestern gesagt worden ist, auch aufmerksam nachlesen. So hat Herr Oppermann ja gesagt, das habe letztlich daran gelegen, daß sie nicht damit umgehen könnten, weil sie nicht fusioniert seien; das wäre nicht passiert, wenn sie eine vernünftige Verwaltung hätten. So etwas ist, finde ich, wirklich unter Ihrem Niveau, Herr Oppermann.

Dazu paßt, daß Sie in Ihrer Argumentationswahl völlig beliebig sind. Haben Sie dem Wissenschaftsausschuß eingangs sehr, sehr ausführlich vorgetragen, es sei überhaupt gar kein Fortschritt bei der Kooperation erzielt worden, insbesondere im Verwaltungsbereich sei nichts passiert, so haben Sie, nachdem wir Ihnen das Gegenteil nachweisen konnten, erklärt: Na ja, das ist doch dann gerade ein Argument für eine Fusion dieser drei Fachhochschulen. - Völlig beliebig, so wie es Ihnen gerade in den Kram paßt, drehen und wenden Sie die Dinge, wie Sie wollen.

Dazu paßt auch sehr gut das politische Gegengeschäft, das Sie mit Teilen der SPD-Fraktion einzufädeln versucht haben. Sie, Herr Oppermann, haben deutlich zu verstehen gegeben, daß Sie eine solche Kooperation nicht nur im Verwaltungsbereich wollen, sondern daß Sie das auch bei der gemeinsamen Abstimmung von Studienangeboten wollen, wie wir übrigens auch. Aber dann versprechen Sie der Fachhochschule Wilhelmshaven etwas zu einem Zeitpunkt, zu dem überhaupt noch nicht klar ist, wie denn diese Abstimmung bei den Studienangeboten aussehen soll. Sie haben doch im Ausschuß vorgetragen: Das wird natürlich auch darauf hinauslaufen, einzelne Studienangebote zu schließen, die Elektrotechnik in Emden oder in Wilhelmshaven zu konzentrieren und mit dem Maschinenbau das gleiche zu machen.

Obwohl also der Bedarf noch gar nicht feststeht, versprechen Sie als politisches Gegengeschäft der Fachhochschule Wilhelmshaven einen Anbau, von dem heute niemand seriös sagen kann, ob man den wirklich braucht, der Hochschule in Emden in Ostfriesland den Verwaltungshauptsitz, und Sie versprechen der Uni Oldenburg - die hat ja mit den Fachhochschulen gar nichts zu tun; aber es ist halt ein Gegengeschäft - zwei Professuren, die immer Eckprofessuren gewesen sind, für einen Studiengang der Ingenieurwissenschaft, von dem heute jeder weiß, daß die Landesregierung den nie mehr bewilligen wird.

Das ist einfach eine Geschichte, die wir so nicht akzeptieren können. Hier verfangen Sie sich in Ihrer eigenen Argumentationswahl.

Deshalb machen wir Ihnen, um aus diesem Desaster, das Sie sich selber angerührt haben, herauszukommen, einen wirklich sehr weit entgegenkommenden Vorschlag. Wir kommen Ihnen mit unserem Antrag genauso entgegen wie die Fachhochschulen mit ihrer jetzt angekündigten verschärften Kooperation. Ich finde, es ist kein Beitrag zur Selbstverstümmelung, wenn jetzt die Fachhochschulen für einen Wegfall des Sockelbetrages plädieren. Auch hier stimmen Ihre Zahlen nicht, weil ja bis zum Ablauf der Kooperationsvereinbarung, die auf fünf Jahre angelegt ist, also noch dreieinhalb Jahre läuft, nur 35 % der zulaufenden Mittel globalisiert werden. Die Hochschulen haben im Wege der sukzessiven Budgetierung die Möglichkeit, hier gegenzusteuern, das also an anderer Stelle aufzufangen, wenn Sie ihnen die Möglichkeiten dafür geben, die ihnen vertraglich garantiert worden sind.

Ich finde das Entgegenkommen der Fachhochschulen sehr erfreulich, daß man sich auf einen gemeinsamen Stellenpool geeinigt hat. Sie wissen wahrscheinlich nicht - deshalb sage ich es Ihnen -, daß an der Fachhochschule in Wilhelmshaven in den nächsten Jahren eine ganze Reihe von Pensionierungen beim Lehrpersonal ansteht und daß sich bereits die Fachhochschule Wilhelmshaven sehr gründlich darauf vorbereitet hat, das zu nutzen, um hier zu einer entsprechenden Umverteilung der Lehrkapazitäten zu kommen und um attraktivere Studiengänge anbieten zu können. Ich finde, auch hier trifft das Argument zu - ich wiederhole es -: Wenn man den Fachhochschulen die Zeit einräumt, dann sind sie auch in der Lage, das Vertrauen, das der Landtag ihnen mit dem einstimmigen Beschluß damals gegeben hat, zu bestätigen. Ich hoffe, daß dieser einstimmige Beschluß, Herr Oppermann, der ja auch mit Ihrer Stimme seinerzeit zustande gekommen ist, ernst gemeint war und daß es nicht so ist, wie Ihr Kollege Meinhold einmal über die Ratsherren in Hannover gesagt hat, daß sie in manchen Fällen gar nicht wüßten, worüber sie abstimmen. Das möchte ich Ihnen nicht unterstellen.

Deswegen appelliere ich an Sie, Herr Oppermann: Gehen Sie auf die Fachhochschulen zu. Ich finde, das wäre ein starker Auftritt. Es wäre eine große Geste, wenn Sie sagten: Okay, das war nicht so gemeint. Ihr Ziel war es, zu einer verschärften Kooperation beizutragen. - Dazu sage ich: Das haben Sie erreicht. Aber wenn Sie jetzt diese verschärfte Kooperation kleinreden und an einer Zwangsfusion festhalten wollen, dann können Sie nicht nur an den Fachhochschulen, dann können Sie auch bei uns mit erbittertem Widerstand rechnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun der Kollege Wulf (Oldenburg).

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich hat die von der Landesregierung vorgeschlagene Fusion der Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven für heftige Diskussionen, für Aufregung und Emotionen in der Region gesorgt. Das ist überhaupt nicht zu bestreiten. Bemerkenswert war jedoch, daß in den Medien zum allergrößten Teil immer nur die Ar-

gumente gegen die Fusion gebracht worden sind und das, was uns, meine Kolleginnen und Kollegen und mich, veranlaßt hat, dem Vorschlag des Ministers zu folgen, also die Argumente dafür, so gut wie kaum dargelegt worden ist.

(Heiterkeit bei der CDU - Eveslage [CDU]: Das ist beschämend für Sie! - Schämen Sie sich!)

Daher will ich die Gelegenheit hier nutzen, um Ihnen deutlich zu machen, was konkret Gegenstand unserer Auffassung gewesen ist. Die Vorschläge des Ministers haben das Ziel, die Fachhochschulstandorte im Nordwesten zu stärken und zu sichern.

(Eveslage [SPD]: Als Abgeordneter sollte er mehr wissen als das, was in der Zeitung steht!)

Wir - das habe ich seinerzeit, vor zwei Jahren, im Landtag gesagt - gingen damals davon aus, daß sich die Rationalisierungsgewinne und die Effektivierung von Entscheidungsabläufen auch in einer Kooperation realisieren ließen. Aber - das muß ich heute feststellen; das war auch Gegenstand unserer Auffassung gewesen - das ist nach unserer Ansicht nicht hinreichend eingetreten. Nach Einschätzung des Ministeriums gab es in den Fachhochschulen große Beharrungskräfte, die einer schnellen und effektiven Umsetzung der Kooperation entgegenstanden. Es hätte gerade in den Fachbereichen, die es am nötigsten gehabt hätten und in denen es den größten Handlungsbedarf gäbe, erhebliche Widerstände gegen Veränderungen gegeben. Diese Faktoren haben den Wissenschaftsminister veranlaßt, uns diesen Vorschlag zu machen.

Ich will durchaus zugestehen - dagegen will ich gar nicht sprechen -, daß die Art und Weise des Zustandekommens des Vorschlages und die Form der Veröffentlichung in der Region Empörung hervorgerufen haben, und ich finde, durchaus berechtigt; das gestehe ich zu. Aber durch die Situation mit den beiden Präsidentenstellen in Wilhelmshaven und in Ostfriesland hatte sich die politische Notwendigkeit ergeben, kurzfristig einen Vorschlag zu machen. Wir SPD-Abgeordnete aus dem Nordwesten haben uns in intensiven Gesprächen mit Wissenschaftsminister Oppermann für eine neue Konstruktion dieser Fachhochschulen ausgesprochen. Wir werden deswegen natürlich - wie Sie es heute auch getan haben - häufig mit dem Vorwurf des

Wortbruches konfrontiert. Dazu möchte ich Stellung nehmen.

Es ist sicherlich richtig, daß im Mai 1997 diese Kooperationsvereinbarung unterzeichnet und eine fünfjährige Laufzeit beschlossen worden sind. Natürlich habe ich völliges Verständnis dafür, wenn sich nunmehr die beteiligten Hochschulen und die Vertreterinnen und Vertreter in den jeweiligen Gremien darüber beklagen, daß ihnen nicht die Zeit gegeben wird, diese fünf Jahre zu verwirklichen,

(Eveslage [CDU]: Aber trotzdem soll die Regierung ihr Wort brechen! - Frau Pruin [CDU]: Berechtigt!)

um dann die Diskussion um die Fusion erneut zu führen. Das hat natürlich zur Verärgerung und Enttäuschung geführt. Das wissen wir. Aber denken Sie doch einmal mit. Die Vakanz dieser zwei Präsidentenstellen hat natürlich eine Chance gegeben, diese Diskussion erneut zu führen, weil nämlich einige Gründe dafür gesprochen haben, jetzt diesen Schnitt zu machen.

Der erste Grund ist z. B., daß die von uns vor zwei Jahren formulierten Ziele insbesondere im Hinblick darauf, Vernetzungen und Übergänge bei den Studiengängen zu entwickeln, unnötige Doppelangebote zu vermeiden, die Region flächendeckend mit einem differenzierten Studienangebot zu versorgen und insbesondere auch in der Verwaltung Einsparungen zu realisieren, die dann Forschung und Lehre vor Ort zukommen sollten, in der jetzigen Kooperationsform nicht hinreichend realisiert werden konnten. Die sind aber zwingend erforderlich. Natürlich hat es schon einige Erfolge in der Kooperation gegeben. Doch nach unserer Einschätzung ist das nicht hinreichend.

Ich komme zum zweiten wesentlichen Punkt, der natürlich auch schon angeführt worden ist, und zwar die Finanzierung der Fachhochschulen in Zukunft. Das sind die sogenannten Globalhaushalte. Es ist tatsächlich so - Herr Stratmann hat diese Daten gegeben -, daß diese Fachhochschulen im Nordwesten bei der formelgebundenen Mittelzuweisung ins Negative rutschen würden.

(Stratmann [CDU]: Das dürfen wir uns doch nicht gefallen lassen!)

Weil das so ist, haben wir gesagt: Die Fachhochschulen können nur dann, wenn sie gemeinsam dagehen angehen, die notwendigen Strukturverän-

derungen realisieren, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Die Details wird Ihnen der Minister natürlich noch erläutern.

Meine Damen und Herren, die Einschätzung, daß sich die Fachhochschulen angesichts dieser Lage wesentlich schneller umstrukturieren müßten als in der Kooperationsvereinbarung vorgesehen, war der entscheidende Grund für uns, den gegenwärtigen Stand in Frage zu stellen. Unsere Befürchtung war, daß das Verstreichenlassen der fünf Jahre in der Kooperationsform, die beschlossen wurde, insofern wahrscheinlich eher eine Stagnation bedeutet hätte. Deswegen haben wir uns unter schwersten Bedenken - das können Sie uns abnehmen - bereit erklärt,

(Eveslage [CDU]: Sie werden bei solchen Reden nicht einmal mehr rot!)

die vereinbarte Frist nicht beizubehalten. - Soviel zu dem Vorwurf des Wortbruches.

Es ist keinesfalls beabsichtigt, wie es zum Teil in der Presse dargestellt worden ist, daß die Standorte Oldenburg und Wilhelmshaven nur noch Außenstellen der Fachhochschule werden würden. Es gibt natürlich den Vorschlag, den Sitz der Fachhochschule in Emden anzusiedeln. Aber bei diesem Modell blieben alle Standorte der bisherigen drei Fachhochschulen mit ihren Außenstellen gleichberechtigt erhalten.

(Stratmann [CDU]: Das glaubt doch niemand mehr! - Eveslage [CDU]: Wer soll Ihnen in Zukunft überhaupt noch glauben? - Unruhe)

Vizepräsident Jahn:

Einen Augenblick bitte, Herr Kollege Wulf. - Meine Damen und Herren, das Wort hat ausschließlich Herr Kollege Wulf.

(Beifall bei der SPD)

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Herr Präsident, dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

Die Entscheidungen für die weitere Entwicklung dieser Fachhochschule würden natürlich in den neuen Gremien getroffen werden, in denen diese Fachhochschulen gleichberechtigt vertreten sind. An beiden Standorten würde es natürlich Fachbereichsdekane und Vizepräsidenten geben. Das

heißt, die direkten Kontakte der Studentinnen und Studenten zu ihrer Fachhochschule sind vor Ort gegeben. Das ist eindeutig. Die drei Fachhochschulen als neue Fachhochschule im Nordwesten würden im übrigen mit dann ca. 8.000 Studentinnen und Studenten mit einem Schlag von den drei kleinsten Hochschulen zu der größten Fachhochschule Niedersachsens.

(Unruhe bei der CDU)

Ihr Stellenwert wäre dann natürlich wesentlich größer, als dies jetzt der Fall ist.

Wir haben uns im November dem Vorschlag von Wissenschaftsminister Thomas Oppermann angeschlossen, weil seine Argumentation, für uns jedenfalls, einsichtig gewesen ist.

(Zurufe von der CDU)

Auch jetzt noch sind wir zum größten Teil der Überzeugung, daß die drei Fachhochschulen in einer Fusion die Chance hätten, dem verstärkten Druck des Wettbewerbs im Hochschulsektor in den nächsten Jahren erfolgreich zu begegnen.

(Zurufe von der CDU)

- Nein, das hat mit Druck des Ministers überhaupt nichts zu tun,

(Widerspruch bei der CDU)

sondern das sind rationale Argumente. Wir sind der Auffassung, daß eine Fusion den Fachhochschulen nachhaltig die Möglichkeit geben könnte, ihre Studiengänge aufeinander abzustimmen, zu modernisieren und mit den Reformgewinnen neue attraktive Studiengänge zu finanzieren.

Wir sind hier keinesfalls, wie es in einer Zeitung gestanden hat, wie Strohhalme umgeknickt. Wir haben im Gegenteil den Mut gehabt, eine zunächst unpopuläre Entscheidung mitzutragen, um eine Entwicklungschance für die Fachhochschulstandorte im Nordwesten aufrechtzuerhalten.

(Zuruf von der CDU: Weicheier! -

Weitere Zurufe von der CDU)

Ganz überraschend kann dieser Vorschlag im übrigen für manche auch nicht gewesen sein, zumindest nicht für diejenigen, die die Entwicklung mit offenen Ohren und Augen begleitet haben.

Ich habe schon vor zwei Jahren erklärt, daß man sich für die damals vereinbarte Kooperation natür-

lich durchaus schon Weitergehendes vorstellen könnte, und ich habe auch damals schon gesagt, daß ich das nur als einen ersten Schritt in die richtige Richtung ansehe.

Natürlich ist uns in den letzten Wochen auch bewußt geworden - das können Sie uns schon glauben -, daß wir die Argumente für eine Fusion vielleicht noch nicht hinreichend vermittelt haben. Alle meine Kolleginnen und Kollegen und ich haben uns deshalb auch den Demonstrationen, den Podiumsdiskussionen und den Gesprächen gestellt, und wir nehmen die Einwände, die gekommen sind, ernst. Selbstverständlich werden wir auch alle Zahlen kritisch prüfen.

Wir haben die hochschulpolitischen und die betriebswirtschaftlichen Aspekte einer solchen Fusion möglicherweise zu einseitig betrachtet und das Moment der lokalen Identität vielleicht etwas vernachlässigt. Deshalb sind wir selbstverständlich auch bereit, über alle Vorschläge, die gemacht worden sind, z. B. über den Vorschlag der sogenannten verschärften Kooperation, zu diskutieren. Abgesehen von dem Verzicht auf den Sockelbetrag, den ich für falsch halte, halte ich die Vorschläge für interessant. Zum Beispiel die Schaffung eines Stellenpools für alle freiwerdenden Stellen halte ich für einen guten Vorschlag.

(Stratmann [CDU]: Wo soll es denn nun hingehen?)

Es ist erstaunlich, daß die Drohung mit der Fusion offensichtlich bewirkt hat, daß an den Standorten und in der Wirtschaft jetzt noch mehr für die Zusammenarbeit der Fachhochschulen drin ist, als vorher vereinbart worden ist. Das immerhin halte ich für einen positiven Aspekt dieser Aktion.

Meine Damen und Herren, wir hätten diese Diskussion mit Sicherheit jetzt nicht gehabt, wenn bereits vor zwei Jahren oder im letzten Jahr eine solche Kooperationsbereitschaft bei den Beteiligten vorhanden gewesen wäre.

(Zustimmung von Beckmann [SPD])

Wir haben jetzt öffentlich dafür plädiert, die Argumente für und gegen die Fusion sowie Alternativen dazu in den nächsten Wochen zu diskutieren. Wir werden die jetzt vorliegenden Vorschläge der Fachhochschulen prüfen. Auch werden wir die vorgeschlagenen Alternativen zur Fusion prüfen. Wir streben eine Lösung an, die auf die berechtigten Ängste der Fachhochschulen und in der Region

Rücksicht nimmt und die für alle beteiligten Standorte akzeptabel ist. Das wird eine Lösung sein, die die Zukunft nicht verbaut und die die Hochschulen unserer Region für den Wettbewerb fit macht.

Sicherlich gibt es auch bei uns SPD-Abgeordneten unterschiedliche Einschätzungen zur Wirksamkeit der Fusion. Natürlich wissen wir um die Zahl der Protestresolutionen. Wir haben bei den Demonstrationen unseren Kopf hingehalten. Wir kennen die Ratsbeschlüsse und auch die Beschlüsse unserer eigenen Parteiorganisationen. Sie können mir glauben, daß wir unserer regionalen Verantwortung gerecht werden. Sie können aber genauso sicher sein, daß wir hier nicht mit dem Bauch entscheiden werden. Bei unserer Entscheidung werden wir rational vorgehen. Nach Abschluß der Dialogphase Ende Januar werden wir zu einer Entscheidung kommen. Wir werden eine Form der Zusammenarbeit der Fachhochschulen finden, die in der Region akzeptiert werden kann, die aber auch vernünftig ist. Unser Ziel ist: Wir wollen und wir werden unsere Fachhochschulstandorte sichern und stärken. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Dr. Biester.

Dr. Biester (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Oppermann, die Tinte unter der auf fünf Jahre angelegten Kooperationsvereinbarung war noch nicht ganz trocken,

(Beckmann [SPD]: Dann müssen Sie bessere Tinte kaufen!)

da haben Sie im Rahmen der Fusionsdiskussion schon eine neue Diskussion aufgelegt, und zwar mit den gleichen Argumenten wie vor zwei Jahren. Das gilt auch für Ihr Argument, Herr Minister, daß Präsidentenstellen gerade frei seien; denn auch das war vor zwei Jahren schon so. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß seinerzeit, im Juli 1997, der Landtag deshalb auch beschlossen hat, ausdrücklich zu begrüßen, daß die vakanten Präsidentinnen- und Präsidentenstellen umgehend wiederbesetzt werden.

In der Diskussion über die Fusion gibt es also kein neues Argument. Alles ist schon dagewesen. Allein

mit der Neuauflage dieser Diskussion schaden Sie aber den drei Fachhochschulen, schaden Sie der Glaubwürdigkeit der Landesregierung

(Beckmann [SPD]: Im Gegenteil!)

- das könnte mir ja noch egal sein - und auch der Glaubwürdigkeit des Parlaments.

(Beifall bei der CDU)

Da Sie, Herr Minister, nach Aufkommen dieser Diskussion noch nicht in Wilhelmshaven waren, will ich Ihnen im Vorgriff auf Ihren Besuch im Januar nächsten Jahres gern noch etwas über die Befindlichkeiten unserer Region sagen.

Es gibt in Wilhelmshaven nicht eine einzige gesellschaftlich relevante Gruppe, die Ihre Diskussion auch nur billigen, geschweige denn unterstützen würde. Das gilt für Christdemokraten, das gilt für Bündnis 90/Die Grünen, das gilt für die heimischen Sozialdemokraten - was der Abgeordnete Wulf denkt, weiß ich nicht ganz genau; in dem ersten Teil seiner Rede habe ich gedacht, daß er für die Fusion spricht, und im zweiten Teil seiner Rede habe ich gedacht, er rede gegen die Fusion und für eine Kooperation; er befindet sich also noch in einem Entscheidungsprozeß und wird sich hoffentlich richtig entscheiden -, und das gilt für Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und den Wirtschaftsverband. Alle gesellschaftlich relevanten Gruppen wollen die Fusion nicht. Nur einer will sie, nämlich Minister Oppermann.

Ich befürchte, daß diese Diskussion allmählich ihrer Sachargumente beraubt wird, daß das auf einen Machtkonflikt hinausläuft und sich auf die Frage zuspitzt, wer sich nun durchsetzt. Ich hoffe, daß sich unsere drei Fachhochschulen mit ihrer Selbständigkeit durchsetzen und daß sie in ihrem Bemühen um eine Kooperation - sie zeigen ja, daß sie das wollen;

(Beckmann [SPD]: Ja, seit drei Wochen!)

sie wollen die Kooperation ja mit Leben erfüllen - unterstützt werden. Wer so etwas tut, der fällt nicht um, sondern der setzt damit ein Zeichen von politischer Stärke.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, mir liegen noch drei Wortmeldungen vor, die ich zur Zeit aber nicht aufrufen kann, weil die Redezeit der Fraktionen verbraucht ist. Die Wortmeldungen stammen von dem Kollegen Ontijd von der CDU sowie von den Kollegen Haase und Adam von der SPD. Nun kann es ja sein, daß die Geschäftslage es erlaubt, daß ich diese Wortmeldungen zu einem späteren Zeitpunkt noch aufrufe, und zwar dann, wenn sich der Herr Minister zu Wort meldet, was er jetzt gerade macht.

(Heiterkeit)

Herr Minister Oppermann, ich erteile Ihnen das Wort.

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe in den vergangenen Wochen eine ganz schön ausgeuferte Debatte über die Fachhochschulen im Nordwesten erlebt, bei der rationale und emotionale Argumente ganz hart aufeinandergeprallt sind. Ich muß selbstkritisch einräumen, daß ich mit der Intensität des Bedürfnisses der Identifikation mit regionalen Hochschuleinrichtungen nicht gerechnet habe.

(Klare [CDU]: Was lernen wir daraus? - Gegenruf von Beckmann [SPD]: Klare nichts! - Weitere Zuru- fe)

- Herr Klare, darauf komme ich gleich. Das war ja erst der Einstieg.

Das Identifikationsbedürfnis ist also ungeheuer groß. Das ist etwas Positives, wie ich hinzufügen muß, weil es gut ist, daß die Menschen den Stellenwert von Hochschuleinrichtungen kennen und daß sie etwas dafür tun wollen. Davon können die Hochschuleinrichtungen nur profitieren.

Es gibt aber nicht nur das Identifikationsbedürfnis, sondern es gibt auch das Funktionsbedürfnis. Es gibt das Bedürfnis der Wirtschaft und der Gesellschaft, daß Fachhochschulen gut funktionieren und daß die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, dort so effizient wie möglich eingesetzt werden. Dieses Bedürfnis muß zumindest gleichwertig sein. Meine Aufgabe als Wissenschaftsminister ist es,

dafür zu sorgen, daß die Funktionsfähigkeit der Fachhochschulen optimiert wird.

Ich habe vor einigen Tagen eine Diskussion mit den Hochschulleitungen gehabt und habe dabei noch einmal darauf hingewiesen, daß die drei kleinen Fachhochschulen einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil gegenüber den viel größeren Fachhochschulen im Süden und im Osten des Landes sowie in Osnabrück haben. Wenn diese drei kleinen Fachhochschulen nun ihre Budgets zusammenlegen - das sind dann rund 75 Millionen DM -, dann entsteht ein enormes Steuerungs- und Gestaltungspotential, mit dem man vor allem die bei diesen Fachhochschulen notwendigen Umstrukturierungen sehr viel schneller als woanders durchführen kann.

Für diejenigen, die sich nicht täglich damit beschäftigen, möchte ich das an einem Beispiel aufzeigen. Wenn z. B. bei der Fachhochschule Oldenburg aufgrund nachlassender Nachfrage bei den Bauingenieuren - das wird irgendwann kommen, davon bin ich ganz fest überzeugt; die wirtschaftliche Entwicklung bringt das zwangsläufig mit sich - das Angebot umgeschichtet und ergänzend ein Studiengang Immobilienmanagement eingerichtet werden soll, dann können natürlich die Bauingenieurprofessoren keine Immobilienmanager ausbilden. Das können sie jedenfalls nur zum Teil. Man braucht dafür ökonomischen Sachverstand. Also braucht man neue Professuren. Diese neuen Professuren bekommt man aber nur dann, wenn Stellen frei sind. Je kleiner eine Hochschule ist, um so weniger Bewegungs- und Steuerungsmöglichkeiten hat man dann. Ich habe gesagt, 75 Millionen DM sind eine riesige Chance zum Steuern und Gestalten. Darauf antwortete einer der Kanzler und brachte das auf einen ganz schlichten Punkt: Mein Geld gebe ich lieber alleine aus. - Da mußte ich ihn allerdings belehren. Ich habe gesagt: Guter Mann, Sie irren doppelt. Erstens ist das nicht Ihr Geld, es ist das Geld der Steuerzahler.

(Zuruf von der CDU: Auch nicht des Ministers!)

- Auch nicht das Geld des Ministers. Das ist völlig richtig. Ich sagte ja: Das Geld der Steuerzahler. - Zweitens ist das kein Geld, das wir Ihnen zur Verfügung stellen, damit es ausgegeben wird, sondern es ist Geld, das eingesetzt wird, damit die Fachhochschule ihre beiden zentralen Aufgaben in der Region erfüllen kann. Dabei handelt es sich um folgende Aufgaben: Erstens müssen Fachhoch-

schulen junge Menschen optimal und bedarfsge-
recht für die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft
qualifizieren. Zweitens müssen Fachhochschulen
durch praxisnahe Forschung einen Beitrag zur
Innovationsfähigkeit insbesondere von kleinen und
mittleren Unternehmen leisten. Das sind die Auf-
gaben der Fachhochschulen.

Jetzt stellt sich die Frage: Wie können sie diesen
Auftrag am besten erfüllen? – Das ist der rationale
Kern unserer Debatte.

(Frau Pruin [CDU]: Wie wir es vor
einem Jahr beschlossen haben!)

Ich freue mich, daß wir jetzt schon in eine sachli-
che Diskussion eintreten. Wir können das nicht nur
aus dem Bauch heraus, nicht nur emotional disku-
tieren.

Nun möchte ich ganz gerne sagen, warum es hier
Probleme gibt, die ich als Minister erkannt habe.
Ich habe gesehen, daß diese drei kleinen Fach-
hochschulen in eine ganz schwierige Situation
hineinsteuern. Wenn man sie gewähren läßt - das
ist das Ergebnis meiner Analyse -, dann müssen sie
scheitern, dann laufen sie in eine Sackgasse. In
einer solchen Situation gibt es keinen Parlaments-
beschluß auf der Welt, der einen Minister ver-
pflichten könnte zu schweigen. Ganz im Gegenteil.
Wenn ich geschwiegen hätte, dann wäre ich viel-
leicht in Ihrem Sinne ein vertrauenswürdiger Mini-
ster, aber die Fachhochschulen wären den Bach
heruntergegangen. Das kann nicht im Sinne von
Parlamentsbeschlüssen sein. Ich habe den Be-
schluß nicht mißachtet. Er gilt nach wie vor.

(Frau Körtner [CDU]: Was hat sich
daran geändert?)

- Frau Körtner, der Beschluß, den wir gefaßt ha-
ben, gilt so lange, wie wir keinen anderen fassen.
Ich plädiere aber dafür, daß wir den Beschluß än-
dern. Ich will, daß wir darüber rational diskutieren.

Ich möchte jetzt gerne erklären, warum bei diesen
Fachhochschulen Probleme auftreten. Wir kom-
men in Niedersachsen – wir sind da bundesweit
führend – zu einer wettbewerbsorientierten Hoch-
schulfinanzierung, zu einer formelgebundenen
Mittelzuweisung. Das heißt, wir weisen den Hoch-
schulen nicht mehr kameralistisch jene Beträge zu,
die sie auch im Vorjahr schon bekommen haben
und die sie alle Zeiten bekommen, sondern aufga-
ben- und leistungsorientiert. Drei Kriterien spielen
dabei eine Rolle: Die insgesamt 281 Millio-

nen DM, die in Niedersachsen für Fachhochschu-
len bereitgestellt werden, werden zu 60 % nach
Maßgabe der Kapazität vergeben, also die Vorhal-
tekosten für die Studienplätze. Jeweils 20 % wer-
den für die Zahl der Absolventen im Durchschnitt
der letzten drei Jahre und für die Zahl der Studie-
renden innerhalb der Regelstudienzeit vergeben.
Studierende außerhalb der Regelzeit verursachen
durchaus Kosten; für die gibt es aber kein Geld.
Die Fachhochschulen bekommen also einen An-
reiz, die Ausbildung in der Zeit durchzuführen.

Diese formelgebundene Mittelzuweisung führt
dazu, daß es Gewinner und Verlierer gibt. Es ist
völlig richtig, Herr Kollege Stratmann: Die Ge-
winner sind die großen regionalen Fachhochschu-
len im Süden und im Südosten des Landes, und die
Verlierer sind die drei kleinen Fachhochschulen im
Nordwesten. Genau diesen Umstand habe ich er-
kannt. Es war nicht schwer, das zu erkennen. Ich
habe mich entschlossen, das zu ändern.

(Zuruf von Stratmann [CDU])

Wenn man nämlich nichts macht, dann passiert
genau das. Also müssen wir etwas tun.

(Frau Pruin [CDU]: Das hätten Sie
doch vor eineinhalb Jahren auch wis-
sen können!)

Nun sagen Sie völlig zu Recht: Diese Kriterien
sind nicht gottgegeben - in der Tat -, es ist auch
kein Konkordat. Es war eine lange, fast zweijähri-
ge sorgfältige und gründliche Diskussion, an der
die Fachhochschulen ganz intensiv beteiligt gewe-
sen sind. Am Ende waren nicht alle glücklich.
Aber im Prinzip bestand Einverständnis über die
Kriterien. Wir können ja auch schlecht, wenn wir
eine leistungsbezogene Mittelausstattung machen,
denjenigen, die weniger Studierende haben, dafür
mehr Geld geben und denjenigen, die mehr Studie-
rende haben, weniger Geld geben. Insofern können
wir die Kriterien ja nicht in ihr Gegenteil verkeh-
ren.

Wie sieht nun die Kriterienerfüllung aus? – Im
Bereich Elektrotechnik und Maschinenbau – das
sind zwei Fachbereiche, die sowohl in Emden als
auch in Wilhelmshaven vorgehalten werden und
die um die gleichen potentiellen Studierenden in
der Region Nordwest konkurrieren – haben wir
absolut schlechte Auslastungen. Nun werden Sie
sagen: Ingenieurstudiengänge sind überall schlecht
ausgelastet. – Die will ich gerne einmal verglei-
chen. Mein lieber Herr Kollege Stratmann, das

sind relativ frische Zahlen. Die zeigen, daß es seit den drei Jahre alten Zahlen nicht besser geworden ist. Diese Zahlen sind jetzt vom vergangenen Studienjahr, nämlich vom Studienjahr 1997/98. Da haben wir bei Elektrotechnik in Wilhelmshaven eine Auslastung von 30,6 %.

(Stratmann [CDU]: Sind das die Studienanfängerzahlen?)

- Das sind die Studienanfängerzahlen. Die Gesamtauslastung im Fachbereich ist besser, weil da noch die besseren Jahrgänge der Vorjahre enthalten sind. Aber wir gehen jetzt mal vom neuesten Trend aus.

(Dinkla [CDU]: Aber die haben Sie doch genehmigt!)

- Den gibt es schon so lange, wie es die Fachhochschule gibt. Den hat vermutlich schon Joist Grolle oder Peter von Oertzen genehmigt. So lange gibt es die dort schon.

Bei Elektrotechnik in Wilhelmshaven sind es also 30,6 %. Dazu zum Vergleich: Osnabrück hat 86 %, und Braunschweig hat 94 %. Oder nehmen Sie den Maschinenbau: Da hat Wilhelmshaven 50 %, und Braunschweig hat 81 %. Selbst in Hannover, wo eine schlechte Auslastung ist, sind es immerhin 60 %. Osnabrück hat 83 %. Bei Ostfriesland sind die Zahlen etwas besser, aber sie liegen auch deutlich unter dem Durchschnitt im Landesvergleich. Das sind die Gründe dafür, daß dort jetzt weniger Geld hinkommt.

Der Verlust ist folgendermaßen zu beziffern: Von den 76 Millionen DM, die die drei Fachhochschulen zusammen haben, werden sie aufgrund dieser Zahlen 4,1 Millionen DM verlieren. Ostfriesland verliert 1,9 Millionen DM, Wilhelmshaven 1,6 Millionen DM und Oldenburg 0,6 Millionen DM.

Oldenburg als kleinste Fachhochschule wäre gar nicht lebensfähig, wenn nicht bei der formelgebundenen Mittelzuweisung vorher noch ein Sockelbetrag ausgehandelt worden wäre, nämlich ein Sockelbetrag in Höhe von 1,7 Millionen DM. Den bekommt jede Fachhochschule unabhängig davon, wie groß sie ist, wie viele Studierende sie hat usw. Diese 1,7 Millionen DM wurden nach der Grundstruktur bemessen, die man an einer Fachhochschule für eine Verwaltung benötigt, und zwar unabhängig von den Studierendenzahlen. Daran können Sie schnell erkennen: Drei Sockelbeträge

bei drei Fachhochschulen ergeben 5,1 Millionen DM, während die anderen Fachhochschulen nur 1,7 Millionen DM haben. Das ist das Einsparpotential, wenn man aus drei Verwaltungen eine macht. Das ist damit schon ganz gut beziffert. Wir kommen gleich noch zu den unterschiedlichen Verwaltungskosten.

Der Herr Golibrzuch hat nun den Vorschlag aus den Fachhochschulen aufgegriffen und gesagt: Weiter kann man Ihnen doch nicht entgegenkommen, Herr Minister, als nun auf die Sockelbeträge zu verzichten.

(Dr. Domröse [SPD]: Das war verantwortungslos bis zum Gehtnichtmehr!)

Ich muß ganz ehrlich sagen: Dümmer kann man nicht sein. Denn wenn die Fachhochschulen die Sockelbeträge in den großen Topf hineintun - das ist so ähnlich wie beim kommunalen Finanzausgleich -, dann bekommen sie zwar aus dem größeren Topf auch wieder etwas zurück, aber unter dem Strich 1,5 Millionen DM weniger, als sie mit den Sockelbeträgen bekommen hätten. Sie verlieren dann nicht nur 4,1 Millionen DM, sondern 5,6 Millionen DM. Dazu kann ich nur sagen: Das ist kein vernünftiges Angebot für jemanden, der die Funktionsfähigkeit, die Leistungsfähigkeit dieser Fachhochschulen im Auge hat. Das ist ein Angebot nach dem Motto: Nimm unser Geld, aber laß uns unsere Selbständigkeit. - Wenn sich die Professoren solche Sachen ausdenken, dann muß ich sie daran erinnern, daß die Hochschulen nicht für die Professoren, sondern für die Studierenden da sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Hochschulen sind für die Wirtschaft da. Deshalb kann man solch ein Angebot auch nicht annehmen.

Herr Golibrzuch, lassen Sie mich noch etwas zu dem Stellenpool sagen. Es soll aus drei selbständigen Hochschulen, aus drei Hochschulleitungen, ein Gremium gebildet werden: sechs Vizepräsidenten, drei Präsidenten, drei Kanzler plus jeweils drei Senatoren; also noch einmal zusätzlich neun Personen. Dieses Gremium muß sich jetzt jede Woche treffen, um jede Halbtagsstelle, die nach BAT VI ausgewiesen ist, zu vergeben. Ja, wohin denn? - Im Rahmen des Proporz wird die doch dann vergeben. Das ist doch der skurrilste Beitrag zur Verwaltungsreform, den ich bisher gehört habe. Dieses Mammutgremium soll die Stellen verteilen.

Das ist doch gar nicht das entscheidende Problem. Die Umstrukturierungen bei den Studienangeboten dagegen werden schmerzhaft sein. Es muß nämlich die Entscheidung darüber getroffen werden, ob Emden *und* Ostfriesland *und* Wilhelmshaven neben dem Fachbereich Wirtschaft, der zwar auch parallel läuft, aber ordentlich ausgelastet ist, parallel Maschinenbau und Elektrotechnik vorhalten oder ob sie Überkreuzangebote unterbreiten und in dieser Region nicht mehr um die gleichen Studierenden konkurrieren wollen.

Das Angebot, auf die Sockel zu verzichten, offenbart auch ein Mißverständnis. Es geht hierbei nicht um das Sparen: Keine einzige dieser Millionen kassiert der Finanzminister. Es geht darum, daß man diesen Fachhochschulen die Ressourcen, die sie jetzt haben, sichert, daß sie diese Ressourcen nutzen und daß sie - darauf komme ich gleich zurück - Verwaltungskosten in produktive Ausgaben für Studium und Lehre, für Forschung und Wissenschaft, für Innovation und Technologietransfer umwandeln.

Die entscheidende Frage ist, wie man den Ressourcenabfluß stoppen kann. Ich habe mir in dem Zusammenhang die Verwaltungskosten der Hochschulen angesehen und festgestellt, daß z. B. die Hochschulstandorte Braunschweig, Wolfenbüttel, Salzgitter und Wolfsburg Verwaltungskosten in Höhe von 5,5 Millionen DM haben, während die Nordwest-Hochschulen in der Summe 10,5 Millionen DM benötigen. Nun haben letztere Hochschulen in der Tat mehr Studenten. Das will ich gar nicht bestreiten. Aber die Zahl der Präsidenten, der Kanzler, der Personaldezernenten, der Haushaltsdezernenten, das Immatrikulationsamt ist unabhängig von der Zahl der Studenten. Im Immatrikulationsamt muß etwas länger gearbeitet werden, wenn man mehr Studierende hat. Es gibt nur ein Präsidentenzimmer - unabhängig davon, ob es 5.000 oder 7.500 Studierende gibt.

Es ist eingewendet worden, daß in der Region Braunschweig/Wolfenbüttel die Verwaltungskosten deshalb so niedrig seien, weil in dem Bereich die Entfernungen so kurz seien. Daraufhin habe ich mir die Fachhochschulstandorte Hildesheim, Holzminden und Göttingen angeschaut. Zwischen Hildesheim und Göttingen liegen das Leinebergland und eine erhebliche Entfernung. Zwischen Hildesheim und Holzminden liegt sogar der Solling. Diese Standorte liegen so weit auseinander, daß sie gar nicht mehr unter dem Namen Südniedersachsen firmieren können, wie wir jetzt lernen mußten. Die

Verwaltungskosten dieser Hochschulen betragen 5,3 Millionen DM. Das heißt, sie sind noch geringer, obwohl dort ein erheblicher Verwaltungsaufwand besteht.

(Glocke des Präsidenten)

Das heißt, es gibt eine Reformdividende, die bei maximal 5 Millionen DM liegt. Wir sagen ja nicht, daß man die 5 Millionen DM insgesamt sparen kann. Wir sind vielmehr sehr konservativ an die Berechnung herangegangen und haben uns das Ziel gesetzt, mindestens die Hälfte dieses Betrages zu sparen. Wir sagen: Durch die Nichtbesetzung von zwei Präsidentenstellen ab sofort spart man schon im ersten Jahr einschließlich der damit zusammenhängenden Kosten 1 Million DM. Das ist ein Potential, das man den drei Fachhochschulen belassen kann. Das Angebot lautet, daß diese Mittel über vier Jahre bei den Fachhochschulen verbleiben sollen, damit man die „unproduktiven“ Verwaltungskosten – ein Mindestmaß an Verwaltung muß es an einer Hochschule geben - in produktive Investitionen für neue Studiengänge, für technologieorientierte Angebote für die regionale Wirtschaft umwidmen kann.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist doch keine Zerschlagung von regionalen Fachhochschulen, meine Damen und Herren. Das ist eine vernünftige Konzeption.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Klare [CDU])

- Herr Klare, diese Konzeption funktioniert überall, im gesamten Land.

Vizepräsident Jahn:

Herr Minister Oppermann!

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ich komme zu meinem Schlußsatz.

Vizepräsident Jahn:

Ich hatte gerade die Chance, bei Ihnen eingreifen zu dürfen, was ich sonst nicht darf, weil der Kollege Stratmann Ihnen eine Frage stellen wollte.

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ja, bitte!

Vizepräsident Jahn:

Moment. - Ich wollte nur darauf hinweisen, daß mir die Fraktionsführungen nicht mitgeteilt haben, daß wir die Beratungszeit erheblich ausweiten. Ihre interessanten topographischen und rechnerischen Beispiele tragen sicherlich zur Klarstellung bei.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD
und bei der CDU)

Ich mache aber darauf aufmerksam, daß Sie Ihre vorgesehene Redezeit um 12,5 Minuten überzogen haben und ich den Kollegen, die sich noch gemeldet haben, zusätzliche Redezeit einräumen muß. Von mir aus können wir diese Diskussion gerne weiterführen.

Jetzt ist noch das Problem zu klären: Möchten Sie die Frage des Kollegen Stratmann beantworten?

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Die Frage des Kollegen möchte ich gerne noch beantworten. - Im übrigen möchte ich nicht alles das sagen, was ich über das Thema weiß. Ich finde es aber schon wichtig, meine Damen und Herren, daß bei der Emotionalität, die in dieser Debatte steckt, ein paar rationale Elemente zum Tragen kommen. Das müssen wir hier im Parlament austragen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Stratmann, Sie haben das Wort zu Ihrer Frage.

Stratmann (CDU):

Herr Minister Oppermann, da Sie wieder einmal die Verwaltungskosten der Braunschweig-Wolfenbütteler mit den Verwaltungskosten der drei Fachhochschulen im Nordwesten verglichen haben, möchte ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß man dann, wenn man die höheren Studentenzahlen der drei Fachhochschulen im Nordwesten auf die Verhältnisse in der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel hochrechnen würde, zu ei-

nem Vergleich käme von Verwaltungskosten in Höhe von 10,5 Millionen DM zu Verwaltungskosten in Höhe von 9,65 Millionen DM in Braunschweig/Wolfenbüttel, so daß in diesem Zusammenhang tatsächlich nur über eine Summe von 400.000 DM und nicht von 5 Millionen DM geredet werden muß.

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Stratmann, der größere Teil der Verwaltungsausgaben ist unabhängig von der Zahl der Studierenden. Ein Kanzler kostet ein Drittel dessen, was drei Kanzler kosten. Ein Präsident kostet ein Drittel dessen, was drei Präsidenten kosten. Unabhängig von der Zahl der Studierenden brauchen Sie an einer Hochschule nur einen Verwaltungsdezenten, nur einen Personaldezenten und nicht drei. Ich könnte Ihnen noch viele andere Beispiele nennen. Die verschwenden natürlich kein Geld für eine üppig ausgestattete Verwaltung. Die Rationalisierungsreserve liegt in der Fusion, also darin, daß aus drei Verwaltungen eine Verwaltung gemacht wird.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Industrie- und Handelskammern vor Ort sagen. Die wollen, daß wir im öffentlichen Bereich Strukturen vorhalten, die sie für ihr Unternehmen niemals akzeptieren würden, weil sie dann pleite gehen würden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kann ich diese Forderungen auch nicht akzeptieren. Ich bin aber im Gespräch mit der regionalen Wirtschaft.

Mein Schlußsatz, meine Damen und Herren: Am Ende wird niemand merken, daß die drei Fachhochschulen und die fünf Fachhochschulstandorte, die wir dringend erhalten wollen, nur eine Verwaltung haben. Es geht nicht darum, das regionale dezentrale Angebot zurückzufahren, sondern es ist gerade der Sinn der Fachhochschulen, in der Region, in der Fläche vorhanden zu sein; anders als Universitäten, die man nicht in jedem Mittelzentrum braucht. Fachhochschulen machen insoweit Sinn. Aber wir werden merken, daß mehr Ressourcen für Forschung und Wissenschaft, für Studium und Lehre, für Innovation und Technologietransfer zur Verfügung stehen. Ich plädiere für *eine* Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelms-
haven. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Wegner [SPD]:
Überzeugend!)

Vizepräsident Jahn:

Die Fraktion der Grünen hat noch eine Restredezeit von drei Minuten und 45 Sekunden. Das Wort hat der Kollege Golibrzuch.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Oppermann, für eine rationale Debatte sind wir immer zu haben. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß wir an den drei Fachhochschulstandorten eine erhebliche Unterauslastung wesentlicher Studiengänge haben. Wir haben diese Unterauslastungen auch deshalb, weil es landesweit erhebliche Überkapazitäten gibt. Wir Grüne verschließen uns nicht einer sinnvollen Neuordnung der Hochschullandschaft. Wir haben im Lande Niedersachsen sechs Fachbereiche Chemie, die alle nicht ausgelastet sind. Von denen hat man insofern zuviel. Wir könnten auch sagen, daß wir den Fachbereich Maschinenbau aus einer Stadt, deren Namen ich jetzt nicht sage, nach Hannover verlagern

(Heiterkeit bei der SPD)

und daß man vielleicht die Technische Universität aus dem Wahlkreis des Fraktionsvorsitzenden der SPD in die Stadt verlagert, die in dem Wahlkreis des Ministerpräsidenten liegt.

(Zuruf von der SPD: Vorsicht!)

Man kann sagen: Es gibt also Überkapazitäten. Wir müssen von daher das Studienangebot neu sortieren. - Aber, Herr Oppermann, ich finde, daß das ein entscheidender Fehler Ihrer Argumentation ist, die allein die Verteilungskriterien Ihrer Globalhaushalte im Blick hat. Die Auslastung der Studienangebote in Nordwestniedersachsen kann und wird nie so hoch sein wie die in Braunschweig/Wolfenbüttel oder Hannover.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Sie haben in Nordwestniedersachsen nicht das wirtschaftliche Umfeld, das es Ihnen ermöglicht, für solche Studienangebote die gleichen Auslastungszahlen zu erreichen wie in den von Ihnen genannten Paradebeispielen.

Sie sollten noch einmal darüber nachdenken. Die strukturpolitische Verantwortung, die Sie als Landesminister haben, reduziert sich nicht auf das Finanzausgleichsgesetz, sondern umfaßt auch die Hochschulangebote.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind sehr dafür, daß das Studienangebot so sortiert wird, daß überproportionale Verluste, die durch das Wettbewerbsmodell der Mittelverteilung bei einzelnen Hochschulen zwangsläufig anfallen – natürlich wird es Gewinner geben, logischerweise muß es dann aber auch Verlierer geben –, vermieden werden. Wir sind also sehr dafür, die Studienangebote so zu sortieren, daß überproportionale Verluste im Nordwesten vermieden werden. Mir ist allerdings nicht bekannt, daß Sie mit den Fachhochschulen darüber einen Dialog geführt hätten. Mir ist lediglich bekannt, daß Sie SPD-Abgeordnete aus den betreffenden Wahlkreisen zu sich eingeladen haben. Wenn Sie eine rationale Diskussion führen wollen – rationell sollte die Einsparung sein –, dann sollten Sie zumindest das Zugeständnis machen, daß Sie sich an der Stelle, in der Form des Umgangs mit den Hochschulen und mit dem Landtag, vergaloppiert haben.

Gestatten Sie mir noch eine andere Anmerkung. Diese Anmerkung ist vielleicht ein Ausdruck der Heftigkeit der Proteste vor Ort. Wenn wir die Hochschullandschaft in Niedersachsen neu ordnen, dann sollten und können wir nicht nur im Nordwesten damit beginnen, schon gar nicht, wenn es dort eine Kooperationsvereinbarung gibt - in anderen Teilen Niedersachsens gibt es das nicht -, die dies eigentlich in die Verantwortung der Hochschulen gelegt hat. Wenn wir die Hochschullandschaft neu sortieren, dann müssen wir das auch in Südniedersachsen tun.

(Zuruf von der SPD)

Wenn ich von Unbehagen spreche, will ich zwei konkrete Beispiele anführen.

Erstens. Die Neuordnung der Lehramtsausbildung in Niedersachsen. Sie können niemandem in den betroffenen Regionen klar machen, warum nur für den Grund-, Haupt- und Realschullehrerbereich die Ausbildungskapazitäten neu geordnet worden sind und landesweit 13 Fächerangebote an unterschiedlichen Standorten zum neuen Semester einfach eingestellt worden sind – sehr sinnvoll, wenn auch an den betreffenden Standorten umstritten. Aber geplant war etwas anderes. Geplant war nämlich

auch eine Umschichtung zu Lasten des Gymnasiallehrerbereichs. Warum erzähle ich das? Davon hat man Abstand genommen, und die Universität Göttingen wurde aus der Abgabepflicht entlassen.

(Zuruf von der SPD)

- Nein, das stimmt. Das ist doch alles nachzulesen. Deshalb gibt es doch die Eingaben aus Hildesheim. Wir werden ja der Beschlußempfehlung, die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, zustimmen, aber es ist nicht korrekt, daß man dort aufhört, wo Göttingen negativ getroffen wird.

Zweitens. Ich habe mir von der Geschäftsstelle des Wissenschaftlichen Beirats die Modellberechnung für den Globalhaushalt Niedersachsens auch für die Universitäten schicken lassen. Ich will nur den einen entscheidenden Satz zitieren – dort sind all diese Kriterien für die Mittelverteilung zugrunde gelegt worden, die Herr Oppermann hier genannt hat -: Die absolut gesehen größten Einbußen sind bei Göttingen und Braunschweig zu verzeichnen.

Ich bin sehr gespannt, wie dieses Verteilungsmodell aussieht, wenn es das Wissenschaftsministerium verläßt. Herr Minister, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn dieses Unbehagen, das ich hier formuliere – sicherlich auch stellvertretend für die Region –, nicht dadurch verstärkt würde, daß Ihr Wahlkreis von solchen Einsparungen verschont bleibt und im Nordwesten sehr drastisch damit begonnen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Die Fraktionen der CDU und der SPD haben zusätzliche Redezeit erbeten. Ich erteile beiden Fraktionen jeweils bis zu fünf Minuten Redezeit, die aber nicht ausgeschöpft werden müssen. – Das Wort hat zunächst der Kollege Ontijd.

(Zuruf von der SPD: Danke für den Hinweis, Herr Präsident!)

Ontijd (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man den langen Ausführungen des Ministers Oppermann gefolgt ist, dann hat man feststellen müssen, daß er seine ganze Argumenta-

tionskette insoweit eingeschränkt hat, als er nur noch die Verwaltungskosten reklamiert

(Beckmann [SPD]: Nichts verstanden!)

und alles andere, was mit dem Inhalt und den Aufgaben der Fachhochschulen zu tun hat, völlig außer acht läßt. Es ist schlimm, wenn ein Minister, der seit kurzem im Amt ist, schon nach einigen Monaten zu solchen Feststellungen kommt, obwohl er zuvor bei seiner Einführung und in seinen ersten Reden ganz anders argumentiert hat.

Es ist richtig, Herr Oppermann, daß die Wirtschaft von den Fachhochschulen und Universitäten viel verlangt. Das kann und muß sie auch. Gerade im Nordwesten – in einer strukturschwachen Region wie Ostfriesland, Wilhelmshaven und Oldenburg – haben wir doch die Aufgabe, zusammen mit der Wirtschaft ein möglichst hohes Niveau – auch was den Hochschulbereich angeht – zu erreichen. Das stellen Sie mit Ihren Ausführungen und Ihren Fusionsbestrebungen in Frage.

Meine Damen und Herren, ich will Herrn Oppermann zitieren. Es heißt: Niedersachsens Wissenschaftsminister hat zu einer verstärkten Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander aufgerufen. Man könne nicht mehr alles an allen Standorten anbieten. Es gehe vielmehr darum, die Studiengänge aufeinander abzustimmen, gerade auch im Kooperationsverbund von Fachhochschulen wie in Ostfriesland, Oldenburg und Wilhelmshaven. – Weiter: Wir bräuchten unverwechselbare Angebotsprofile. Dabei komme auch dem Kuratorium – das aber nie gefragt worden ist – eine wichtige Aufgabe zu. Anders als Universitäten hätten Fachhochschulen in erster Linie eine praxisgerechte Qualifikation für die Bedürfnisse der Wirtschaft zu leisten. – Das hat Herr Oppermann in einer Rede anlässlich des Festakts zum 25jährigen Jubiläum der Fachhochschule in Emden vor zwei Monaten gesagt.

Wir alle haben uns sehr gefreut, Herr Oppermann, daß Sie zu solchen Aussagen gekommen sind. Wir waren des Lobes voll. Alles, was dort an Wissenschaft, Wirtschaft, Studenten, Professoren und Gästen aus dem In- und Ausland vertreten war, hat festgestellt: Das ist eine Aussage, auf die wir uns einlassen und verlassen wollen. – Pustekuchen. Wir können uns darauf nicht verlassen.

(Zuruf von der SPD)

Wenn ich noch ein Zitat Ihres eigenen Mitarbeiters anführen darf, Herr Oppermann: Die Einführung von Globalhaushalten schafft die Voraussetzung für eine flexible Verwendung von Mitteln zur Finanzierung bestimmter strategischer Entscheidungen, so daß die jeweilige Hochschule selbständig Strategien entwickeln, Ziele formulieren und Prioritäten setzen kann. - Wenn Ihr eigener Berater zu diesen Erkenntnissen kommt, dann müssen Sie sich doch auch darüber Gedanken machen, was wohl dahintersteckt. Dahinter steckt nichts anderes, als daß man infolge einer Kooperation zu diesen Entscheidungen und Zielen kommen kann.

Meine Damen und Herren, ich meine, es ist schon ein Skandal, wenn im Nordwesten unseres Landes so mit den Kapazitäten, die mühsam erarbeitet worden sind, umgegangen wird.

(Beckmann [SPD]: Du hast keine Ahnung!)

Ich kann nicht verstehen, daß Herr Wulf aus Oldenburg zu solchen Aussagen kommt, wie wir in einem langen Brief von ihm zu lesen bekommen haben. - Ich meine, Herr Wulf, es ist scheinheilig hoch drei, wie Sie damit umgegangen sind.

(Beifall bei der CDU - Beckmann [SPD]: Versuch‘ doch mal, uns mit einem einzigen Sachargument zu helfen!)

Ich meine auch, daß in der restlichen Diskussionszeit jetzt noch einige Punkte berücksichtigt werden müssen, die Sie, Herr Oppermann, zu einer anderen Erkenntnis bringen sollten.

Ihre Nacht- und Nebelaktion ohne Beteiligung und ohne Anhörung der betroffenen Fachhochschulen und unter Mißachtung des Kooperationsvertrages – das wurde bereits angesprochen – muß schlichtweg als vordemokratisch gesehen werden. Sie reklamieren für sich, ein guter Demokrat zu sein.

(Zurufe von der SPD)

Die Fusion wird von den drei Fachhochschulen, von Schulleitungen, von Studenten und von anderen Mitgliedern, von den öffentlichen Gebietskörperschaften, von Landkreisen, von der Ostfriesischen Landschaft, von Stadträten, von der regionalen Industrie, von der Industrie- und Handelskammer und von einer breiten Bevölkerungsschicht abgelehnt.

Das Argument der Kosteneinsparung – Sie haben lange darüber gesprochen – durch eine fusionierte Fachhochschule Nordwest wurde bislang in keiner Weise nachgewiesen – auch nicht eben, als Sie im Parlament Ihre Argumente dargelegt haben.

(Zuruf von Beckmann [SPD])

Im Gegenteil: Es liegen Zahlen darüber vor, daß gerade die größeren Fachhochschulen höhere Kosten pro Student aufweisen.

(Beckmann [SPD]: Nichts begriffen!)

Das wurde auch gerade schon aus den Beiträgen von Herrn Stratmann und Herrn Golibrzuch deutlich.

Meine Damen und Herren, unsere Fachhochschulen wurden unter schwierigsten Bedingungen gegründet und stehen heute auf einem hohen Niveau. Daran wollen wir nicht rütteln lassen.

Deshalb fordern wir Sie auf, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion:

(Beckmann [SPD]: Das ist die schlechteste Rede, die du hältst!)

Gehen Sie mit Ihrem Minister noch einmal in Klausur, und kommen Sie zu einem Ergebnis. In der Kooperation liegen die Chance und die Zukunft unserer Fachhochschulen!

(Beifall bei der CDU – Beckmann [SPD]: Das war nur etwas für die Presse!)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun der Kollege Adam.

(Beckmann [SPD]: Vom Niveau her lagen Welten zwischen ihm und dem ersten Redner!)

Adam (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was den Fachhochschulen in unseren Regionen Oldenburg/Wilhelmshaven/Ostfriesland auf keinen Fall weiterhilft, ist Polemik.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß schon sagen, Kollege Ontijd, daß sich die Debatte, die wir geführt haben, angefangen beim Kollegen Stratmann bis zum vorletzten Redner,

sehr sachlich dargestellt hat und – egal, wo man politisch steht - von der Sorge um die Fachhochschulen gekennzeichnet war. Was Sie gemacht haben, war nach meiner Überzeugung kein guter Dienst an unserer gemeinsamen Sache für die Fachhochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will dem Kollegen Dr. Biester zustimmen.

(Zuruf von Rolfes [CDU])

- Kollege Rolfes, seien Sie ganz ruhig, lehnen Sie sich zurück, und lassen Sie sich vom Kollegen Stratmann erzählen, worum es geht!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD - Klare (CDU): Das war jetzt sehr sachlich!)

Ich will auch dem Kollegen Dr. Biester zustimmen, daß die Region Wilhelmshaven/Friesland aufbegehrt. Wir alle haben gestern die „Wilhelmshavener Zeitung“ vom letzten Samstag bekommen. Als Wilhelmshavener Abgeordneter will ich aber auch sagen, meine Damen und Herren, daß ich hoffe, daß es neben dem Aufbegehren für die Fachhochschulen in der Region auch ein gemeinsames Aufstehen gibt, wenn es z. B. um den Kampf um Arbeitsplätze geht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eine Fachhochschule hat in einer strukturschwachen Region wie Wilhelmshaven nicht nur einen hohen schulischen Stand, sondern auch der gesellschaftspolitische Stellenwert ist für unsere Region wichtig und für Handel, Handwerk und Gewerbe nützlich. Aus diesem Grunde halte ich – ich beziehe aber auch meine Kollegin Karin Evers-Meyer mit ein – es für wichtig und richtig, daß alle Möglichkeiten zur Stärkung der Fachhochschulen genutzt werden. Mit 278 Arbeitsplätzen ist die Fachhochschule Wilhelmshaven auch ein bedeutender Arbeitgeber in der Region.

Aus allen genannten und bekannten Gründen ist es ebenfalls richtig und wichtig, über starke Fachhochschulen nachzudenken. Ich habe die Bitte - der Minister ist darauf eingegangen -, daß auch die Anregungen aus den Fachhochschulen diskutiert werden. Ich halte sie für überlegenswert und in vielen Bereichen für überprüfungswürdig.

Wir in der Region, Herr Minister, begrüßen auch sehr, daß Sie persönlich vor Ort kommen, um sich den Kritikern im Fachhochschulbereich, aber auch in der Kommunalpolitik und in den Verbänden zu stellen. Das ist der Beweis dafür, wie ernst die Auseinandersetzung genommen wird.

Vizepräsident Jahn:

Herr Adam, möchten Sie eine Frage des Kollegen Stratmann beantworten?

Adam (SPD):

Ich habe nur eineinhalb Stunden - - -

(Heiterkeit)

Ich habe nur eineinhalb Minuten, ich hätte gern eineinhalb Stunden. Er kann mich gleich etwas fragen. Ich bitte um Entschuldigung. Ich muß auch an den Kollegen Haase denken.

(Zurufe von der CDU)

Ich sage aber auch den Kritikern in den Regionen Wilhelmshaven, Oldenburg und Emden:

(Eveslage [CDU]: Wie ist Ihre Meinung?)

Nur zu fordern „Wir wollen den Präsidenten und den Kanzler, und dann sind wir zufrieden“ ist zu wenig. Darüber sollten wir alle uns einig sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe auf eine langfristige Stärkung und Stabilisierung von Forschung und Lehre und damit auf einen attraktiven und von den Studenten angenommenen Fachhochschulstandort mit Entscheidungskompetenzen, der der Region weiterhin ein attraktives Gesicht gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Der Herr Kollege Haase hat noch eineinhalb Minuten für die SPD-Fraktion. Bitte sehr!

Haase (SPD):

Manchmal ist die Zeit etwas kurz. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Soviel Zeit muß sein. Als Abgeordneter aus Emden muß auch ich mich zu diesem Thema zu Wort melden.

(Zuruf von der CDU: Muß?)

Wichtig ist mir, zu betonen, daß es mir um eine sachliche Auseinandersetzung geht und daß wir natürlich die Interessen der Region Ostfriesland mitzubeachten haben. Angesichts der Herausforderungen der globalisierten Haushalte reicht es mir nicht, zu sagen: Augen zu, weiter so, alles bleibt so, wie es einmal war, heimelig und schön. Nein, meine Damen und Herren, die notwendige inhaltliche Auseinandersetzung muß geführt werden, und zwar im zuständigen Ausschuß. Die Rede von Herrn Minister Oppermann war ein guter Ansatz.

Als Ostfriesen haben wir gerade im Interesse einer sehr strukturschwachen Region genau zu prüfen und abzuwägen, wo und in welcher Organisationsform Chancen für die Region liegen. Dabei ist Eigenständigkeit ein Wert, aber nicht der einzige.

(Zustimmung von Dr. Domröse
[SPD])

Niemand sollte dem Minister unterstellen, daß es ihm um eine Umverteilung zu Lasten unserer Region gehe. Darum geht es nicht!

(Zuruf von der CDU)

Es geht darum, unsere Region zu stärken. Deswegen werden wir uns der sachlichen Diskussion stellen und sie führen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Diskussion wird uns noch eine Zeitlang begleiten. Wir sollten sie, auch wenn ich an das Publikum denke, so verstehen, daß wir sie als Chance nutzen, zu überlegen, wie wir unsere Region – in welcher Organisationsform am Schluß auch immer – fachhochschulmäßig ausbauen, stärken und erweitern können.

(Glocke des Präsidenten)

Ich weiß, das ist alles arg kurz geworden. Ich hätte auch gern den Minister noch vorgelassen. Ich bitte darum, anständig, sauber und sachlich zu diskutieren. Die Interessen der Region, die Interessen Ostfrieslands stehen für mich dabei im Vordergrund. Diese Diskussion werden wir im Januar irgendwann auf vernünftiger, sachlicher, rationaler Basis abschließen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Minister Oppermann hat sich noch einmal gemeldet. Bitte sehr!

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur auf Herrn Golibrzuch antworten. Ich fand, daß die Argumentation, die Sie gebracht haben, ein Schlag unter die Gürtellinie war.

Erstens. Sie haben gesagt, wir sollten mit der Strukturreform nicht im Nordwesten beginnen, sondern in anderen Teilen des Landes. Ich muß Ihnen dazu folgendes sagen: Wir machen im Nordwesten jetzt bei den Fachhochschulen das, was es überall sonst im Lande schon gibt. Wir schließen das jetzt dort ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens haben Sie gesagt, wir würden die Grundschullehrer- und Hauptschullehrerausbildung neu ordnen. Die einzige Universität in Niedersachsen, die keine Grund- und Hauptschullehrer ausbildet, ist die Universität Göttingen. Aber sie hat Stellen gegeben. Die Stellen, mit denen die Kapazitäten in Hildesheim und Lüneburg erweitert wurden, sind aus Göttingen gekommen.

(Zustimmung von Dr. Domröse
[SPD])

Dagegen gab es Proteste, Herr Golibrzuch. Ich habe den Leuten gesagt: Das muß so sein!

Drittens. Sie sagten, ich würde hier nur Politik für die eigene Region machen. Als wir vor einigen Jahren den erziehungswissenschaftlichen Fachbereich in Göttingen geschlossen haben, habe ich diese Entscheidung mitgetragen.

(Zustimmung von Dr. Domröse
[SPD])

Aber Sie haben die Protestierenden angeführt. Deshalb muß ich mir von Ihnen nicht sagen lassen, daß ich keine Steherqualitäten hätte. Ich wünsche mir, im Landtag zu erleben, daß Sie in einem politischen Konflikt eine Position einnehmen, bei der Sie wirklich Steherqualitäten zeigen müssen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Ich muß zumindest zu Protokoll geben, daß Frau Kollegin Mundlos noch eine Frage hatte stellen wollen. Der Minister hat auf eine Beantwortung verzichtet.

(Zuruf von der CDU)

Zusätzliche Redezeit für die CDU-Fraktion erhält der Kollege Stratmann. Bis zu zwei Minuten. Bitte sehr!

Stratmann (CDU):

Solange werde ich nicht brauchen, Herr Präsident. Ich möchte nur die SPD-Fraktion darauf hinweisen, daß ich den Kollegen Heinz Rolfes unterrichtet habe. Er weiß jetzt Bescheid.

(Beifall bei der SPD)

Insoweit werden wir jetzt auf einer sachlichen Ebene, so meine ich, weiterdiskutieren können.

Es ist sehr putzig, wie die Diskussion hier zum Teil abläuft, nämlich nach der Devise: Wasch‘ mir den Pelz, aber mach‘ mich nicht naß. Uns hätte interessiert, wie Herr Adam und Herr Haase zu dieser Frage stehen. Sind Sie gegen oder für die Fusion?

(Haase [SPD]: Wir diskutieren! –
Wulf (Oldenburg) [SPD]: So einfach geht das nicht!)

Das wollen die Bürger vor Ort wissen. Wenn hier gesagt wird „Laßt uns das diskutieren“, so will ich darauf hinweisen, daß mancher Redner die Auffassung vertreten hat, daß eigentlich keine neuen Argumente gegen die Fusion genannt werden könnten. Das hat der Minister immer wieder gesagt. Die Argumente sind ausgetauscht worden. Jetzt müssen Sie sich entscheiden, wofür Sie sind und wo Sie stehen, damit die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wissen, wo sie das nächste Mal ihr Kreuzchen zu machen haben.

(Beifall bei der CDU – Haase [SPD]:
Heute werden wir nicht entscheiden!)

Darauf haben die Leute einen Anspruch.

(Haase [SPD]: Das ist zu einfach! –
Beckmann [SPD]: Jetzt hat er sich verraten! Wir sind für die Kreuzchen!
– Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Herr Adam, diese Fachhochschuldiskussion hat u. a. dazu beigetragen, daß ich in den letzten Wochen auch einmal Zeitungen gelesen habe, in die ich sonst nicht so hineingucke. Dazu gehört z. B. die „Wilhelmshavener Zeitung“.

(Adam [SPD]: Der Chefredakteur wird sich freuen!)

- Ist er da? - Herzlich willkommen. Er wird die Debatte mit großem Interesse verfolgen; denn der, Herr Adam, weiß ja auch, wie Sie etwa vor den Demonstranten in Wilhelmshaven geredet haben. Das, meine Damen und Herren, lassen wir hier aber nicht durchgehen. Zu Hause wird den Leuten nach dem Munde geredet, hier im Landtag werden aber andere Entscheidungen getroffen. Das geht so nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Das lassen wir nicht durchgehen. Im Nordwesten haben Sie Kollegen, die öffentlich sagen, wo sie stehen, ob sie für oder gegen die Fusion sind. Solche Kollegen haben Sie vor Ort. Da kann ich nur sagen, daß diese Kollegen meinen ganzen Respekt haben. Daran sollten sich andere ein Beispiel nehmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Stratmann, Sie haben die zwei Minuten spielend geschafft. - Eine zusätzliche Redezeit von ebenfalls bis zu zwei Minuten erhält jetzt die Kollegin Bockmann.

Frau Bockmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde diese zwei Minuten Redezeit nicht ausnutzen.

(Oestmann [CDU]: Das haben wir heute schon mal gehört!)

Ich habe in der Öffentlichkeit klar gemacht, daß ich keine Fusionsfreundin bin. Eines werde ich aber nicht tun. Ich werde mich der sachlichen Diskussion, die jetzt folgen wird, nicht entziehen. Wir wollen erst diskutieren und dann entscheiden. Meine Meinung steht diesbezüglich ohne Frage fest. Deshalb werde ich mich den Argumenten nicht verschließen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Auch Herr Golibrzuch erhält jetzt noch eine zusätzliche Redezeit von bis zu eineinhalb Minuten. Bitte sehr!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Beitrag der Kollegin Bockmann war in einer Hinsicht doch ein Lichtblick. Wenn die SPD jetzt zunächst diskutieren und erst dann entscheiden will, geht sie den umgekehrten Weg wie Herr Oppermann. Insofern ist das in der Debatte schon ein Fortschritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte in Richtung der Kollegen von der SPD mit Blick auf die weitere und insbesondere fraktionsinterne Debatte sagen: Es ist doch klar, daß Sie sich über diese Fragen fraktionsintern und nicht mit uns im Ausschuß streiten werden. Ich möchte Ihnen deshalb noch einen Rat mit auf den Weg geben. Wenn man das so macht wie Ihr Minister - damit greife ich meinen Gedanken von vorhin auf - und diese Mittel allein nach Wettbewerbskriterien und ohne Rücksicht auf die strukturpolitischen Belange einer Region verteilt, werden alle Landes-einrichtungen im Nordwesten des Landes ausbluten. Sie werden und können dort nie und nimmer eine solche Auslastung erreichen.

(Zuruf von Wegner [SPD])

- Wissen Sie, meine Oma hat immer gesagt: Wer schreit, hat Unrecht.

(Beifall bei der CDU - Eveslage [CDU]: Richtig! - Zuruf von der SPD: Schönen Gruß an Ihre Oma!)

Die muß Sie gekannt haben. - Ich möchte das nur als Appell an die SPD-Fraktion stehenlassen. Bedenken Sie das bitte. Man kann sich, wenn man nun diese Wettbewerbsgedanken vor sich herträgt, vertun und dem Gedanken der Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Niedersachsen nicht mehr gerecht werden. Das Ergebnis wird sein, daß dem Nordwesten mit den vom MWK entwickelten Leistungskriterien ein Studiengang nach dem anderen - da reden wir nicht mehr über Verwaltungsbereiche - genommen und dem Süden Niedersachsens zugeordnet wird. Das

ist dann alles rational. Das kann man auch mit Zahlen belegen. Es wird aber dazu führen, daß im Nordwesten fast nichts mehr, in Südniedersachsen aber alles sein wird. Das ist eine zwangsläufige Entwicklung, die Sie bei Ihren internen Diskussionen mit im Auge haben sollten.

(Eveslage [CDU]: Sehr richtig! Das wäre die Aufgabe der politisch Verantwortlichen!)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, zur Geschäftslage: Wir sind inzwischen eine dreiviertel Stunde im Verzug. Ich mache Sie darauf nur aufmerksam. Das liegt nicht an dem guten Willen des Präsidiums, das jetzt dem Herrn Minister noch einmal das Wort erteilt.

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Äußerung darf nicht so im Raum stehenbleiben, denn mit dieser Argumentation, Herr Golibrzuch, reden Sie die Hochschulen im Nordwesten des Landes kaputt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nämlich nicht so, daß die nicht wettbewerbsfähig sind. Sie haben im Augenblick nur ein Strukturproblem. Dieses Problem ist aber lösbar. In Ansätzen ist sehr wohl erkennbar, daß dort erfolgreiche Studiengänge eingerichtet werden können. So findet z. B. der Studiengang Touristikwirtschaft Zuspruch aus ganz Deutschland. Da wird nicht mit den potentiellen Maschinenbaustudierenden konkurriert, die vielleicht nach Emden gehen können, sondern dieser Studiengang ist für einen überregionalen Kreis von Studierinteressierten attraktiv. Es geht sehr wohl. Wenn Sie hier aber sagen, wir sollten nicht wettbewerbsorientiert finanzieren, so begehen Sie damit einen Grundfehler. Im übrigen - darauf möchte ich jetzt noch einmal hinweisen - werden 60 % der Mittel kapazitätsorientiert zur Verfügung gestellt. Bei diesem System geht also keine Hochschule ganz kaputt.

(Zuruf von der CDU)

- Wenn Sie eine kränkelnde Fachhochschule haben wollen, müssen Sie sich für Ihren Weg entscheiden. - Aber zwei mal 20 % werden wettbewerbs-

orientiert vergeben, was die Qualität aller Hochschulen in Niedersachsen nachhaltig steigert.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, damit schließe ich die Beratung zu diesen beiden Tagesordnungspunkten. Wir kommen zur Ausschußüberweisung.

Mit diesen beiden Anträgen sollen sich federführend der Ausschuß für Wissenschaft und Kultur und mitberatend der Ausschuß für Haushalt und Finanzen befassen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist dann so beschlossen.

Damit haben wir jetzt die Möglichkeit, uns dem Tagesordnungspunkt 22 zuzuwenden:

Tagesordnungspunkt 22:

Erste Beratung:

Gefährdung der Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch die Rahmenplanung des Kultusministeriums - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/367

Dieser Antrag wird eingebracht von dem Kollegen Klare, dem ich jetzt das Wort erteile.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, wer sich jetzt erholen möchte oder muß, der möge den Plenarsaal bitte verlassen. - Das gilt z. B. auch für Herrn Adam. - Bitte sehr!

Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Adam, Sie können auch im Plenarsaal bleiben; denn es geht jetzt um ein wichtiges Thema, nämlich die integrative Beschulung von behinderten Kindern im Grundschulbereich. Meine Damen und Herren, wir als Politiker haben die Pflicht, für unsere Kinder die besten schulischen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie sich entsprechend ihren ganz persönlichen Fähigkeiten so gut wie irgend möglich entwickeln können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Jahn:

Einen Augenblick bitte. - Meine Damen und Herren, ich weiß, daß wir eben eine anstrengende und engagierte Debatte geführt haben. Wir wollen unsere Beratungen in einem vernünftigen Rahmen fortsetzen. Darum bitte ich Sie, Ihre Gespräche auf ein Minimum zu reduzieren, damit sich Herr Klare verständlich äußern kann. - Bitte sehr!

(Fasold [SPD]: Das kann er trotzdem nicht!)

Klare (CDU):

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. - Wir stehen in der Pflicht, uns um die persönlichen Zukunftschancen auch unserer behinderten wie der nichtbehinderten Kinder zu kümmern. In diesem Sinne haben wir als CDU-Landtagsfraktion uns bis heute immer als Partner und Sachwalter von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern, ihrer Eltern sowie der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Schulen und den Einrichtungen, in denen diese Kinder beschult werden, gesehen. Wir haben hier eine ganze Reihe von Anträgen gestellt, über die wir hier mit großem Ernst diskutiert haben, zum Teil auch mit guten Ergebnissen und übereinstimmenden Analysen. Jetzt kommt im Rahmen einer - lassen Sie es mich einmal so sagen - sich immer schneller vollziehenden Ankündigungs- und Verkündigungs politik der Kultusministerin ein Integrationskonzept auf den Tisch mit dem wunderschönen Titel: „Schule unter einem Dach“.

Meine Damen und Herren, für mich ist die Integration von Behinderten wohl das sensibelste Thema im gesamten Schulbereich. Mit dem neuen Erlaß werden jetzt aber wiederum hohe Erwartungen geweckt. Wir haben gerade im Wahlkampf erlebt, daß bei den Eltern behinderter Kinder hohe Erwartungen geweckt worden sind. Wenn man nun aber auch dieses Modell unter dem Gesichtspunkt einer optimalen Förderung jedes einzelnen Kindes einmal auf seine praktische Umsetzungsmöglichkeit hin überprüft, wird man ganz schnell merken, daß diese Erwartungen zwangsläufig enttäuscht werden müssen. Wer mit Eltern von behinderten Kindern redet, der weiß, welche menschlichen Enttäuschungen dahinterstehen.

Genau hier setzt unser Antrag an. Für uns ist es - ich sage das so - fast eine Notwehrmaßnahme, hier heute nachmittag zu reden, weil wir darüber aufklären müssen, was hinter diesem Konzept steht. Das ist eine schöne Fassade mit dem schönen

Titel „Schule unter einem Dach“, aber was dahintersteht, weiß draußen bis jetzt kaum jemand. Gleichwohl wird dieses Konzept in einer relativ überschaubaren Zeit, wahrscheinlich schon mit Beginn des kommenden Schuljahrs, umgesetzt werden. Wir haben diesen Antrag gestellt aus einer besonderen Verantwortung für die nicht behinderten und behinderten Kinder, aber auch aus einer besonderen Verantwortung gegenüber den Eltern, die von der Behindertenpolitik der Landesregierung in den letzten Jahren ein ums andere Mal enttäuscht wurden.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die Ausgangslage in den Grundschulen, in die diese Kinder - die lernbehinderten, die sprachbehinderten und die verhaltensgestörten Kinder; das sind die Begrifflichkeiten - hineingesetzt werden sollen. Wir haben dort große Klassen. Wir haben dort einen erheblichen Unterrichtsausfall. Wir haben dort kaum noch Förderunterricht. Wir haben immer mehr nicht deutsch sprechende Kinder. Wir haben immer mehr verhaltensauffällige Kinder. Wir haben ein großes Auseinanderklaffen in der Lernausgangssituation, wie wir es übrigens bisher noch nie gehabt haben: Die einen können schon sehr viel, aber die anderen können es eben noch nicht. Die Lehrkräfte, die in diesen Klassen unterrichten, sind heute schon bis an die Grenze gefordert; das kann man sich ja vorstellen. Wer weiß, was es bedeutet, auch nur ein nicht deutsch sprechendes Kind oder auch nur ein verhaltensauffälliges Kind mit zu unterrichten und alle anderen dabei auch vernünftig zu fördern, der wird nachvollziehen können, was da abverlangt wird.

Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt in diese Lerngruppen, in diese Klassen, in denen ohnehin schon bis an die Grenze des in der Pädagogik Machbaren gegangen wird, auch noch die sprachbehinderten, die lernbehinderten und die verhaltensgestörten Kinder hineinsetzen und dort unterrichten lassen, aber nur zwei Sonderschullehrerförderstunden hineingeben, dann ist das unverantwortbar; denn dann ist ein vernünftiger Unterricht nicht mehr zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist faktisch das Ende der geordneten Grundschularbeit. Ich sage das so, weil mir ein Behindertenfachmann, der in diesem Bereich schon sein ganzes Leben gearbeitet hat, gesagt hat: Das erfüllt den Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung für behinderte Kinder.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich frage mich bei dieser ganzen Diskussion, die jetzt seit 14 Tagen andauert: Warum machen Sie das, Frau Ministerin - Sie werden es uns ja nachher erzählen -, in dieser Form? Sie wissen doch, daß das unter diesen Voraussetzungen nicht funktionieren kann. Sie kennen die Situation an den Grundschulen doch mindestens genauso gut wie ich, und Sie werden möglicherweise bestätigen, daß die Situation so ist, wie ich sie beschrieben habe. Ich habe bis heute wirklich keine Antwort gefunden, warum Sie das machen. - Aber eine Begründung ist mir dann doch eingefallen. Sie haben ja relativ wenig Mittel zur Verfügung. Vielleicht muß man als Ministerin pädagogische Reformwerke oder so etwas vorweisen. Wenn das der Grund ist, dann kann ich nur sagen: Wenn Sie ein solches Modell sozusagen auf dem Rücken der behinderten Kinder austragen, dann ist das unwürdig und zynisch.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen, dieses Modell geht schief, weil es nicht funktionieren kann. Es wird sehr weitreichende negative Folgen für die Kinder haben. Ich will das gern beweisen. Bislang haben wir Integrationsklassen eingerichtet, in denen für das behinderte Kind acht Förderstunden durch einen Sonderschullehrer erteilt worden sind. Die Stundenzahl pro Kind pro Integrationsklasse ist je nach Behinderung auf fünf reduziert, aber auch bis auf 14 erhöht worden; diese Marge galt bislang. Aber selbst bei diesem Modell haben manche Grundschulen erklärt, sie könnten das heute auch mit den acht, mit den 13 oder 14 Stunden nicht mehr machen, weil unter den übrigen Rahmenbedingungen, die ich vorhin beschrieben habe, aus ihrer Sicht eine Förderung dieser Kinder nicht mehr möglich sei. Sie können es nicht verantworten, und deswegen lehnen sie auch die relativ optimalen Bedingungen heute schon ab.

(Frau Seeler [SPD]: Herr Klare, Sie haben das Konzept nicht gelesen! Sonst könnten Sie nicht einen solchen Unsinn reden!)

Wenn Sie jetzt mit den zwei Sonderschullehrerförderstunden kommen, dann ist das nichts anderes als ein Billigmodell, eine Billigintegration, und das kann nicht laufen.

(Fasold [SPD]: Herr Klare, Sie reden im Augenblick wirklich Unsinn! Das steht doch gar nicht drin!)

- Lieber Herr Fasold, wann haben Sie das das letztmal intensiv und kritisch gelesen? Obwohl der Druck draußen so groß ist, erzählen Sie immer nur, daß alles, was die Ministerin macht, optimal sei. Sie verkaufen den Leuten diese Politik so, als wenn sie das Nonplusultra wäre. Sie beziehen draußen für Ihre ganze Argumentation verbal so viel Prügel, Herr Fasold, daß Sie das doch einmal zur Kenntnis nehmen sollten.

(Frau Seeler [SPD]: Weil Sie denen diesen Unsinn erzählen, den Sie uns hier erzählen!)

Sie können doch nicht immer so weitermachen und sagen, das ist alles gut. Sie haben doch einen parlamentarischen Auftrag, oder nicht?

(Beifall bei der CDU - Fasold [SPD]: Das ist doch Unsinn, was Sie sagen!)

- Herr Fasold, lesen Sie es doch, sprechen Sie doch einmal mit Ihren Fachleuten im Kultusministerium. Die erklären Ihnen das auch.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie uns bitte in aller Sachlichkeit weiter diskutieren. Ich habe Ihnen gesagt, daß das nicht funktionieren kann und daß dieses Integrationsmodell zu Lasten der Behinderten geht. Aber es geht eben auch auf Kosten der Nichtbehinderten, und es geht auch auf Kosten der Lehrkräfte, die trotz des großen Einsatzes, den sie bis jetzt in diesen Integrationsmaßnahmen erbringen, völlig überfordert werden. Ich sage Ihnen, das geht hin bis zur Resignation. Das ist meine Erfahrung. Ich habe mir sehr viele Integrationsmaßnahmen im Lande angeschaut. Das geht hin bis zur Resignation.

Meine Damen und Herren, jetzt sagen Sie, Sie wollen erst einmal regionale Konzepte einführen. Das ist ja auch in Ordnung. Diese regionalen Konzepte, diese Versuchskonzepte, werden erst einmal ordentlich ausgestattet, damit sie eine Art Lockangebot sind. Aber hinterher bleibt es - das ist durchrechenbar - bei zwei Stunden Förderunterricht pro Klasse. Das steht doch ausdrücklich in dem Papier drin. Aber darüber brauchen wir uns, meine ich, gar nicht zu streiten. Wir lesen das einfach einmal gemeinsam, Herr Fasold, damit Sie das dann auch sehen.

(Biel [SPD]: Gut, daß ihr Lehrer hier im Landtag seid! Dann könnt ihr die Kinder nicht versauen!)

Ich will jetzt noch eine für mich grundsätzliche Frage erörtern. Vielleicht können wir in der Diskussion noch darauf eingehen. Hier geht es ja um eine pauschale Zuweisung zu der Grundschule. Alle Kinder, die in diesem Integrationsbereich sind - lernbehinderte, sprachbehinderte und verhaltensgestörte Kinder -, werden pauschal in die Grundschule eingewiesen. Wenn Integration gelingen soll, dann muß diese Entscheidung nach meinem Verständnis aber immer am Einzelfall ausgerichtet sein. Es kann im Bereich der Integration keine pauschale Zuweisung geben, auch keine pauschale Erklärung. Wenn das so ist, dann bedingt das automatisch, daß erst ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt werden muß. Aber das ist hier nicht der Fall, sondern die Kinder werden eingewiesen.

(Fasold [SPD]: Was meinen Sie mit „eingewiesen“?)

- Werden beschult.

(Fasold [SPD]: Eingeschult, meinen Sie?)

- Ja. Wenn Sie am Einzelfall diskutieren, Herr Fasold, dann brauchen wir doch dieses sonderpädagogische Gutachten. In diesem Gutachten - das galt bislang, und das ist auch der Rechtsstandpunkt unseres GBD - muß doch erst einmal festgestellt werden, wieviel Förderung im Einzelfall erforderlich ist, durch wenn das Kind am besten gefördert werden kann und an welcher Schule es am besten gefördert werden kann. Erst wenn das festgestellt worden ist, kann die Zuweisung kommen, entweder zu einer Sonderschule, weil das Gutachten das aussagt, oder zu einer Grundschule. Aber ich kann doch nicht einen pauschalen Ansatz machen. Das widerspricht dem Prinzip von Integration.

Und dann machen Sie noch etwas: Die drei Begriffe, die ich genannt habe, gibt es plötzlich gar nicht mehr, sondern jetzt heißt das „Förderschwerpunkt Lernen, Verhalten und Sprache“. Die behinderten Kinder gibt es dann praktisch nicht mehr. Aber sie sind noch da, und sie müssen doch optimal gefördert werden. Ich bestreite, daß mit zwei Sonderschullehrerstunden in der Grundschule eine optimale Förderung möglich ist, und jeder Sonderschulfachmann sagt mir, daß ich hier recht habe.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, noch ein zweiter Punkt. Wenn Integration wirklich gelingen soll, dann gehört dazu, daß man sich auch zu der Behinderung bekennt, daß man sie akzeptiert. Darauf kann dann eine optimale Förderung aufbauen. Aber wenn man einfach etwas umbenennt, dann ist das mit Sicherheit der falsche Weg, und dieser Weg muß gestoppt werden.

(Beifall bei der CDU)

Das, was Sie, Frau Ministerin, vorhaben, ist nicht nur eine Billigintegration, sondern es ist auch eine Zwangsintegration - so bezeichne ich es jetzt -, und das geht an den Bedürfnissen vorbei. Die Kinder habe keine Wahl: Sie müssen in die Grundschule, auch wenn sie in einer Sonderschule besser aufgehoben wären. Das ist ein falscher Weg, und das wissen Ihre Fachleute auch, Frau Ministerin.

Ich möchte auf noch einen wichtigen Punkt hinweisen: Dieses Modell führt dazu, daß die Grundstufen in den Sonderschulen auslaufen. Das heißt, die ersten bis vierten Klassen bekommen keine Schüler mehr, die Grundstufen erste bis vierte Klasse in den Sonderschulformen für Lernbehinderte, Sprachbehinderte und Verhaltensgestörte laufen aus. Das heißt mit anderen Worten: Das ist der Anfang vom Ende des differenzierten Sonderschulsystems, weil ja niemand glaubt, daß die nach dem vierten oder fünften Schuljahr wieder in die Klassen der Sekundarstufe I der Sonderschulen eingeführt werden können. Das wird wohl niemand glauben, denn dann wäre das ganze Modell von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das ist das Ende des differenzierten Sonderschulwesens.

Wenn man weiß, was in diesem Bereich in den letzten Jahrzehnten aufgebaut worden ist, um jungen Menschen mit Behinderung einen gleichberechtigten und vollwertigen Platz in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen, dann weiß man, was das für die Struktur in unserem Lande bedeutet. Sie, Frau Ministerin, schreiben: Neues soll entstehen, ohne Bewährtes aufzugeben. Das klingt in den Ohren der Sonderschullehrkräfte, der Fachleute, die sich seit Jahren um behinderte Kinder bemühen, wie Hohn. Das werden die Ihnen bei den vielen Veranstaltungen, die in nächster Zeit sicherlich stattfinden werden, auch bestätigen.

Ich kann Sie nur bitten, dieses Modell nicht umzusetzen. Lassen Sie sich bitte nicht von ideologischen oder von rein finanziellen Überlegungen

leiten. Beides sind, wenn es um Kinder geht, ganz schlechte Ratgeber.

(Groth [SPD]: Sie sind ein schlechter Ratgeber!)

Ich würde Ihnen empfehlen, noch einmal das Gutachten zu lesen, das die Hamburger Universität jetzt gemacht hat, als sie das Integrationsmodell in Hamburg untersucht hat. Das ist in der „FAZ“ dargestellt worden. Sie werden diesen wissenschaftlichen Bericht ja sicherlich auch anfordern können. Ich habe gehört, eine Mitarbeiterin Ihres Hauses habe gegenüber Sonderschullehrern in Loccum gesagt, man könne nicht an den Bericht herankommen. Natürlich kann man da herankommen. Wenn Sie ihn nicht direkt bekommen, können Sie ihn auch von uns bekommen.

Man sollte dort hineinschauen, weil darin sehr genau das Modell, das jetzt in Niedersachsen umgesetzt worden werden soll, beschrieben steht. Darin steht auch ausdrücklich, daß das Risiko des Scheiterns dieses Modells sehr hoch ist. Darin steht auch, daß eine Förderung unter diesen Umständen, wie sie jetzt geplant ist, in der Sonderschule besser ist. Dieses Modell und das Modell der verlässlichen Grundschule werden zu einer so dramatischen Veränderung in der Grundschulpädagogik führen, daß Sie, Frau Ministerin, sich mit diesem Modell wohl übernehmen werden. Alle bislang von allen Parteien vertretenen bildungspolitischen Ideen oder Ideale hinsichtlich der Grundschule, die anerkannt waren, werden hier über den Haufen geworfen. Das kann nicht mehr funktionieren. Im übrigen sind die Modelle zum Teil auch gar nicht gegenseitig vereinbar. Auf der einen Seite wollen Sie fördern, Fördermaßnahmen in die Grundschule hineinbringen, auf der anderen Seite betreiben Sie den sogenannten aussondernden Förderunterricht, der am Nachmittag stattfinden soll. Das kann nicht funktionieren. Die Mitarbeiter, zumindest die, die den Erlaß „Schule unter einem Dach“ und den Erlaß „Verlässliche Grundschule“ geschrieben haben, sollten wissen, daß man das zusammenbringen muß.

Ich sage Ihnen - deshalb werden wir massiv kämpfen -: Dieses Modell verschlechtert die Situation unsäglich. Die Situation wird untragbar, und hinter der schönen Fassade, von der ich gesprochen habe, stehen die behinderten Kinder, die diese Rechnung zahlen müssen. Wenn Sie nicht von diesem Modell ablassen, dann zerstören Sie soviel von dem, was gerade auf diesem sensiblen Gebiet über Jahre

aufgebaut worden ist. Das, meine Damen und Herren, können wir nicht akzeptieren. Wir werden das nicht zulassen, und wir werden - das sage ich so, wie ich es empfinde - gemeinsam mit den Elternverbänden, die jetzt, wo sie das Modell kennenlernen, alle Sturm laufen, dafür kämpfen, daß dieses Modell so nicht umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CDU - Groth [SPD]:
Klare, du sollst nicht falsches Zeugnis reden!)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun Frau Ministerin Jürgens-Pieper.

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Klare, ich habe Ihnen noch eine Broschüre mitgebracht. Es ist die Kurzform. Ich meine nicht, daß Herr Fasold es nötig hat, sie zu lesen, aber ich glaube schon, daß es wichtig ist, daß Sie sie noch einmal lesen.

(Beifall bei der SPD - Frau Zachow
[CDU]: Diese Frechheit!)

Ich habe den Verdacht deshalb, weil Sie immer von "Schule unter einem Dach" reden. Aber Sie kennen den richtigen Titel, oder?

(Fasold [SPD]: Es heißt „Lernen unter einem Dach“!)

Sie kennen hoffentlich den richtigen Titel. Ich werde Ihnen noch ein paar Stellen nennen, an denen Sie richtig Falsches erzählen und wirklich falsche Darstellungen machen.

(Klare [CDU]: Da bin ich sehr gespannt!)

Es ist nicht ganz leicht zu ertragen, daß man etwas hört, das hier ausdrücklich anders aufgeschrieben steht. Bitte ziehen Sie meine Mitarbeiter nicht mit hinein. Die sitzen dort hinten, und die vertreten das sehr wohl.

(Klare [CDU]: Die werden auch bezahlt!)

Auch ich habe Veranstaltungen gemacht; im Gegensatz zu Ihnen informiere ich aber richtig.

(Beifall bei der SPD - Klare [CDU]:
Wann?)

Sie können das gerne noch einmal haben. Vielleicht hilft die Kurzform ja doch, daß die Broschüre gelesen wird.

Sie wissen auch, warum wir das machen und warum wir hier diese Rahmenplanung vortragen. Der Auftrag kommt aus dem Landtag. Ich wundere mich, daß Sie mich hier fragen, warum ich das tue.

(Klare [CDU]: Warum Sie es so tun!)

Sie müßten doch wissen, daß der Landtag 1996 einen Entschließungsantrag verabschiedet hat. Da fragen Sie mich, warum ich den Auftrag des Landtages erfülle?

(Klare [CDU]: Warum Sie ihn so erfüllen, habe ich gefragt!)

Ich lege hier eine Rahmenplanung zur Fortführung der Integration vor, und Sie wissen ganz genau, daß diese Rahmenplanung jetzt in die Dialogphase geht und daß wir ausdrücklich mit allen Beteiligten diskutieren wollen. Wenn Sie hier schon Elternverbände ansprechen, dann reden Sie hoffentlich auch mit den Elternverbänden, die mehr gemeinsame Erziehung wollen.

Bitte tun Sie doch nicht so, als ob es Ihnen wirklich um die Frage der Zuweisung von Stunden ginge. Sagen Sie doch einfach, daß Sie für die Sonderschule sind,

(Klare [CDU]: Aber natürlich bin ich das! - Frau Körtner [CDU]: Aber Sie nicht!)

für den Erhalt der Sonderschule. Wir sagen: Wir wollen mehr Vielfalt. - Auch ich bin sehr wohl für den Erhalt der Sonderschule, Frau Körtner, das will ich Ihnen sagen. Ich werde das gleich auch noch darlegen. Das Gegenteil können Sie mir nicht unterstellen. Ich hoffe, Sie haben gelesen, daß dies auch exakt dort steht.

Die CDU-Landtagsfraktion macht hier etwas ganz Eigenartiges. Mitten in diesem Dialog, den ich jetzt mit einer Veranstaltung in Hannover eröffnet habe und der gerade im Lande läuft, an dem Sie sich beteiligen sollten - ich fände es sogar hervorragend, wenn wir hören würden, welche Vorstellungen Sie zur gemeinsamen Erziehung haben -, beteiligen Sie sich an diesem Dialog mit einem Entschließungsantrag, der die Diskussion abstoppen soll. Das sind Stilfragen. Dazu kann man sich natürlich auch unterschiedlich verhalten.

(Frau Zachow [CDU]: Das kann man!)

Lassen Sie mich ganz kurz Kernpunkte der Rahmenplanung "Lernen unter einem Dach" nennen:

Erstens. Hier soll erstmals ein Rahmen geschaffen werden, innerhalb dessen die Beteiligten ein auf die Bedingungen vor Ort abgestimmtes Integrationskonzept erarbeiten. Die Beteiligten sind hier natürlich insbesondere der Schulträger, die Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitung und Schulbehörden. Wenn Sie einmal zu einer solchen Veranstaltung gegangen sind, wissen Sie, wie schwer es im Augenblick für Eltern mit behinderten Kindern ist, diese Wege vor Ort zu finden und zu einer gemeinsamen Erziehung zu kommen. Sprechen Sie bitte einmal mit diesen Eltern darüber, wie schwer es Ihnen fällt, wenn Sie eine gemeinsame Erziehung haben wollen. Es gibt noch keine vorgespurten Wege. Dies wollen wir durch ein einvernehmliches Konzept erleichtern, das dann selbstverständlich von den Schulträgern oder von einem Schulträger - je nachdem, wie viele in Frage kommen - durch einen Antrag legitimiert werden muß. Dieser Antrag ist dann an die Schulbehörde zu stellen, dort zu prüfen und wird natürlich entschieden. Das heißt, wir machen ein ganz konsensuales Verfahren. Niemandem wird irgend etwas vorgeschrieben oder aufgedrückt.

(Frau Körtner [CDU]: Ich lache mich krank! - Gegenruf von Fasold [SPD]: Das ist schon geschehen!)

Zweitens. Ein regionales Integrationskonzept sagt aus, wo und in welcher Form für Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf Förderung in den verschiedenen Behinderungsarten angeboten wird, natürlich auch immer unter Berücksichtigung der Forderung nach gemeinsamem Unterricht. Sie, Herr Klare, haben offensichtlich überhaupt nicht wahrgenommen, daß es einen Artikel 3 des Grundgesetzes gibt, der uns hier genug Anlaß geben muß, gemeinsam darüber zu reden. Es gibt ein Benachteiligungsverbot im Grundgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt auch einen § 4 im Niedersächsischen Schulgesetz, der noch einmal ausdrücklich von uns fordert, etwas zur gemeinsamen Erziehung zu sagen.

(Frau Goede [SPD]: Der ist einstimmig gelaufen!)

- Der ist auch einstimmig gelaufen.

Drittens. Die Möglichkeiten sonderpädagogischer Förderung sind vielfältig. Auf der Basis, daß sie in Niedersachsen mehr als zehn Jahre gewachsen ist, lassen sich fünf Bereiche darstellen. Diese Bereiche kennen Sie zum Teil, und diese Bereiche werden auch so bleiben. In Teilen sind sie sogar politisch mitverantwortlich für die Einrichtung. Es sind erstens die mobilen Dienste, zweitens die Integrationsklassen, drittens Kooperationsklassen, viertens die enge pädagogische Zusammenarbeit von Schulen - auch im Schulgesetz festgelegt - und fünftens - das ist das, über das Sie ausschließlich geredet haben - die sonderpädagogische Grundversorgung.

Letztere ist nur in der Grundschule und nur für die sonderpädagogische Förderung bei Schwierigkeiten im Lernen, im Verhalten, in der Sprache und beim Sprechen sinnvoll. Das haben Sie hier auch nicht erwähnt. Sie behaupten, daß da alle Behinderungsarten über einen Kamm geschoren werden. Das ist völlig falsch. Alle Organisationsformen können im regionalen Integrationskonzept miteinander verbunden werden, und Akzentuierungen können vorgenommen werden.

So wäre es z. B. denkbar, daß in einer Region Kinder und Jugendliche mit einer Körperbehinderung durch mobile Dienste gefördert werden, solche mit einer geistigen Behinderung durch eine Kooperationsklasse und Kinder mit Schwierigkeiten im Lernen, im Verhalten, in der Sprache oder beim Sprechen mit der sonderpädagogischen Grundversorgung. In einer Region kann das aber auch ganz anders aussehen. Ein ganz anderes Bild wäre z. B. das: Für Kinder und Jugendliche mit einer Körperbehinderung wird eine Kooperationsklasse eingerichtet, für die mit einer geistigen Behinderung eine Integrationsklasse, und da bleibt es dann selbstverständlich auch bei den Stunden, die diese Kinder nötig haben.

(Groth [SPD]: Genau!)

Das haben Sie eben auch anders dargestellt. Diese Kinder würden also so unterrichtet, während diejenigen, die Schwierigkeiten im Lernen oder im Verhalten haben oder eine Sprachbehinderung haben, z. B. in einem Sonderschulzweig an Grundschulen gemeinsam mit anderen erzogen werden

könnten. Es sind also ganz unterschiedliche Bilder, die regional entstehen können.

In Teilbereichen haben wir in Niedersachsen auch bereits Erfahrungen gesammelt. Es ist nicht so, daß das alles völlig neu ist. Im einzelnen gibt es das schon. Wir wollen nur einen Rahmen für die Region schaffen, damit für die Eltern auch klar ist, welchen Weg sie gehen können.

Sie sehen also: Es soll nicht eingeschränkt werden, und es soll auch kein Zwang ausgeübt werden, sondern, im Gegenteil, das Angebot soll erweitert werden, und es sollen auch Kombinationsmöglichkeiten dasein.

Was bedeutet das für den Ressourceneinsatz? - Lehrerstunden für die verschiedenen Formen der sonderpädagogischen Förderung sollen, wie schon seit Jahren, weiterhin nach dem Prinzip der Gleichbehandlung eingesetzt werden. Dazu wird es einen Orientierungswert geben, der - jetzt hören Sie bitte genau zu! - auf der Grundlage der Sonderschullehrerstunden errechnet wurde, die in den jeweils entsprechenden Sonderschulen pro Schülerin und Schüler eingesetzt werden. Das heißt: Wir rechnen schlichtweg das, was in der Sonderschule sonst auch eingesetzt werden muß, der Grundschule zu. Wo ist da die Untat? - Das gibt es in Schleswig-Holstein übrigens auch schon so. Sie tun immer so, als wenn das alles völlig neu wäre!

(Zuruf von Klare [CDU])

Eine Ausnahme hiervon muß lediglich bei der sonderpädagogischen Grundversorgung gemacht werden. Jetzt hören Sie bitte zu, Herr Klare, weil Sie das auch falsch dargestellt haben! Die sonderpädagogische Grundversorgung verbindet den präventiven Gedanken, also die präventive, vorbeugende, Arbeit, mit sonderpädagogischer Förderung und erarbeitet dann ein schuleigenes Förderkonzept. Den Regionen wird für diese Prävention ein Kontingent an Sonderschullehrerstunden dann zugewiesen, wenn dieses Gesamtkonzept vorliegt. Es ist also ein Steuerungsinstrument, das wir entwickelt haben, um diese Zuweisung der Präventionsstunden vorzunehmen. Alle anderen Stunden sind gesondert zu sehen. Das haben Sie hier völlig falsch dargestellt.

Der Umfang für dieses Kontingent an Präventionsstunden hat in der Tat den Wert, den Sie genannt haben. Es sind zwei Stunden pro Grundschulklasse, die zunächst einmal in einem Förderpool zusammengefaßt sind. Dieser Stundenpool wird von

einem Gremium der Grundschulen der Region und der Sonderschule als Förderzentrum im Rahmen des Förderkonzepts eingesetzt. Erst im Verlauf der sonderpädagogischen Förderung wird über die Notwendigkeit der Feststellung sonderpädagogischen Bedarfs entschieden. Herr Klare, Sie können doch nicht davon ausgehen, daß man eine Lernbehinderung am ersten Schultag feststellen kann. Manchmal frage ich mich wirklich, mit welchen Fachleuten Sie reden. Wenn ich mit Fachleuten rede, dann sagen die mir, daß es *die* erste Klasse an einer Sonderschule gar nicht gibt, daß da im Laufe der Zeit Kinder kommen, die Störungen haben.

(Klare [CDU]: Das ist ganz unterschiedlich!)

- Jetzt geben Sie es zu! Ganz genau, es ist ganz unterschiedlich.

(Klare [CDU]: Ich habe doch nichts anderes gesagt!)

Es kommen ganz wenige Kinder, so daß sogar in einer Sonderschule altersübergreifende Gruppen gebildet werden müssen.

(Klare [CDU]: Fragen Sie Ihre Fachleute, wie die gefaltet werden, wenn die die Gespräche führen!)

- Ja, ich frage meine Fachleute. Sie sollten auch öfter mit ihnen reden. Ich biete gern an, daß sie mit Ihnen Gespräche führen können, damit das auf einer fachlichen Ebene geschehen kann.

Der Pool ist nur für die sonderpädagogische Grundversorgung vorgesehen. Kommen Kinder über mobile Dienste oder über eine Integrationsklasse in eine solche Grundschule, dann wird selbstverständlich ein Zusatz an Stunden dafür zugewiesen. Es sind also nicht die zwei Stunden pro Klasse, von denen Sie gesprochen haben.

Ich will nicht auf die Gestaltung von Förderkonzepten vor Ort eingehen. Zur Abrundung aber doch noch ein Hinweis: Die Grundschulen, die von positiven Erfahrungen mit dem Einsatz von Sonderschullehrern im Rahmen des Erlasses von 1987 berichten - von 1987! -, weisen immer darauf hin, daß gerade erfolgreiche sonderpädagogische Arbeit auf der Grundlage einer wirklichen Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Planung von Unterricht, bei der gemeinsamen Erarbeitung von Fördermöglichkeiten und bei der gemeinsamen Beratung erwächst. Das ist auch bei den Grundschulen so, die

auf der Basis sonderpädagogischer Grundversorgung arbeiten. Der Landesregierung ist bewußt, daß dafür ein Mehr an Sonderschullehrerstunden eingesetzt werden muß. Wir sind auch bereit, das zu tun.

Nun sagen Sie in dem Antrag, den Sie vorgelegt haben, daß es sich dabei um ein Billigmodell handelt. Das Gegenteil ist der Fall. Wir geben zusätzliche Stunden in eine solche Region hinein.

(Brauns [SPD]: Der weiß das nicht so genau!)

Insofern ist es ein teures Modell. Wir müssen die Sonderschullehrerstunden tatsächlich zusätzlich einsetzen.

Ich sage noch einmal: Niemand muß sonderpädagogische Grundversorgung in Anspruch nehmen, wie Sie das eben behauptet haben. Auch die Entscheidung für eine enge pädagogische Zusammenarbeit zwischen Sonderschulklasse und Grundschulklasse kann durchaus den Anforderungen des § 4 des Niedersächsischen Schulgesetzes entsprechen.

Wenn die CDU-Landtagsfraktion der Landesregierung vorwirft, sie verstoße mit der Rahmenplanung gegen das Schulgesetz, dann müssen wir das natürlich miteinander debattieren; denn das ist eine spannende juristische Frage, die Sie hier angesprochen haben. In der Entschließung wird ja auch vom Verzicht auf das Verfahren zur Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs gesprochen, von der sogenannten Zwangsintegration. Woher nehmen Sie eigentlich Ihr Wissen, daß wir dieses Verfahren abschaffen wollen? - Die Verordnung besteht. Es wird auch weiterhin die Feststellung des Förderbedarfs geben.

Dieser Vorwurf, den Sie hier erheben, ist also haltlos. Die Verordnung über die Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs und die dazu erlassenen ergänzenden Bestimmungen werden weder in der Kurzfassung noch in der Langfassung der Rahmenplanung erwähnt. Vielleicht haben Sie daraus geschlossen - das kann ja sein; das nehme ich jetzt einmal zu Ihren Gunsten an -, daß darauf verzichtet werden soll. Das ist eine Fehlannahme, die übrigens auch dem Gutachten des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zugrunde liegt. Das bedeutet: Die Diagnostik als Grundlage der Förderung bleibt notwendig. Nicht ein Weniger an Diagnostik, sondern ein Mehr an Diagnostik muß in der Schule sein. Wenn Fördermaßnahmen präven-

tiv eingesetzt werden sollen, dann wird dies nur auf der Basis einer kindbezogenen Diagnostik entwickelt werden können.

Was Ihren zweiten Vorwurf, die sogenannte Zwangsintegration, angeht, so formulieren Sie ein Recht von Eltern auf Förderung ihres Kindes in einer Sonderschule, wenn ein entsprechender sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt ist. Sie formulieren also ein Elternrecht. Das ist tatsächlich auch die juristische Frage, die in dem GBD-Gutachten angesprochen wird. Ein Elternrecht auf den Ort der sonderpädagogischen Förderung ist im Hinblick auf die gemeinsame Erziehung in der allgemeinbildenden Schule durch Beschluß des BVG abgelehnt worden. Sie wissen das. Das GBD-Gutachten kehrt jetzt diese Fragestellung um. Ich werde mir erlauben, mehr als eine juristische Interpretation dazu einzuholen.

Ganz unabhängig davon kann ich Ihnen sagen, daß innerhalb eines regionalen Konzeptes auch in der Klassenstufe 1 bis 4 für förderungsbedürftige Schülerinnen und Schüler eine Gruppe gebildet werden kann, so wie das im Augenblick auch geschieht. Die Rahmenplanung läßt das zu. Das Konzept ist flexibel genug, das zuzulassen, wenn Eltern das wollen. Ob Eltern ein Recht darauf haben, werden wir juristisch noch miteinander zu debattieren haben. Das ist eine spannende Frage, weil hier sozusagen die Frage, die das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, umgekehrt wird.

Meine Damen und Herren, immer dann, wenn eine langjährig diskutierte und auch mit Erprobung durchgearbeitete Sache in eine schriftliche Form gebracht wird, ist es sinnvoll, finde ich, Herr Klare, eine Dialogphase zu machen. Das ist deshalb sinnvoll, weil wir die Beteiligten wirklich zu den Dingen hören wollen, die da anstehen. Sie haben völlig recht: Es gibt auch Ängste dabei, heftige Ängste, vor allem bei den Eltern natürlich, die Sorge haben, daß es mit der gemeinsamen Erziehung nicht weitergeht. Es gibt aber auch Ängste bei Lehrkräften. Grundschullehrkräfte z. B. sind froh, wenn Sonderschullehrer mit dabei sind. Der präventive Ansatz ist meines Erachtens deshalb der richtige, weil man dann gleich die richtige Begleitung hat.

Mein Amtsvorgänger hatte völlig recht, als er davor gewarnt hat - das möchte ich heute Ihnen gegenüber auch tun -, eine sich ausschließende Debatte zu forcieren, die nur „hier Integration“ und „dort Sonderschule“ sieht.

Weil es keine mehrheitliche Akzeptanz für das eine oder für das andere gibt, sollten wir zu einer sachlichen Debatte miteinander kommen, damit beides in einem regionalen Konzept möglich wird. Darum bitte ich ganz herzlich. Ich überreiche Ihnen gerne die Broschüre.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Frau Kollegin Litfin.

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ministerin hat hier ja schon klargestellt, was der Kollege Klare alles durcheinandergeworfen hat. Er müßte das ja nicht tun. Er ist ja nicht erst seit vorgestern in der Schulpolitik, sondern er kennt sich in diesem Bereich sehr gut aus.

(Groth [SPD]: Nach diesem Vortrag glaube ich das nicht mehr!)

Aber ich glaube, es diene einem Zweck. Er hat es ja sehr geschickt gemacht: erst eine ganze Menge durcheinanderwürfeln, und dann dafür sorgen, daß alles ganz negativ aussieht.

(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz)

Meine Fraktion begrüßt das Konzept „Sonderpädagogische Grundversorgung“ als Schritt in die richtige Richtung. Wir sehen es deshalb als Schritt in die richtige Richtung an, weil wir mittlerweile die Nase von der Etikettierung der Kinder voll haben. Deshalb bin ich jetzt ein wenig traurig darüber, daß die Ministerin hier verkündet hat, daß sie dem Druck der CDU nachgibt und daß man somit nach wie vor feststellen lassen muß, ob ein Kind einen sonderpädagogischen Förderbedarf hat und zu den Kindern L - lernbehindert -, zu den Kindern S - sprachbehindert - oder zu den Kindern V - verhaltensgestört - gehört. Ich frage mich nur: Wenn wir das so weitermachen, wo landen wir denn dann? Wir haben mittlerweile auch Schwierigkeiten mit Kindern, die unter Legasthenie - abgekürzt LG - zu leiden haben. Ferner gibt es Kinder, die unter Dyskalkulie leiden. Die Palette ist sehr groß. Es kommen noch partiellbegabte Kinder und die sogenannten hochbegabten Kinder dazu, die es auch sehr schwer in unseren Schulen haben.

Wenn ich jetzt all diese Kinder etikettieren und in kleine Grüppchen aufteilen will, dann habe ich irgendwann eine kleine Gruppe übrig. Das sind dann die N-Kinder, die Normalen, und für die gibt es dann wahrscheinlich eine Sonderschule N. Ich finde, damit muß Schluß sein. Ich strebe eine Schule an, die reif für alle Kinder ist. Dieser Schritt, sonderpädagogische Grundversorgung, ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn auch einiges kritisiert werden muß. Kritisiert werden muß, daß leider nach wie vor die Diagnostik notwendig sein soll. Ich sehe das anders. Kritisiert werden muß, daß aus unserer Sicht nicht genügend Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt werden. Auch ich finde, daß diese zwei Stunden für die Lehrerinnen und Lehrer wahrscheinlich nicht ausreichend sind. Aber das ist etwas, um das wir uns im Rahmen der Haushaltsberatung kümmern müssen. Denn wenn es uns gelingt, im Haushalt zusätzliche Ressourcen zu erwirtschaften, um zusätzliche Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen einzustellen, dann werden wir auch an dieser Stelle kein Problem haben.

Ich begrüße es auch, daß sich die Sonderschulen zu Förderzentren entwickeln sollen. Das ist, finde ich, eine gute Sache. Denn ich finde es richtig, daß in der Regel Lehrerinnen und Lehrer von dort ausschwärmen und dort hingehen, wo sie gebraucht werden. Das heißt, daß sich Schulen stärker an den Bedürfnissen ihrer Nutzer und Nutzerinnen orientieren.

Wie gesagt, wir werden den Antrag der CDU nicht mittragen, zumal er an einem Punkt, Herr Klare, hoch unseriös ist. Sie fordern hier seit Jahren im Zusammenhang mit den integrierten Gesamtschulen nur ein System und beklagen sich darüber, wie teuer es ist, wenn man zwei Systeme nebeneinander laufen läßt. An dieser Stelle sagen Sie aber, wir müssen bis in alle Ewigkeit zwei Systeme nebeneinander laufen lassen. Rechnen Sie das einmal aus. Wenn es so kommt, wie Sie es wollen, dann brauchen Sie mindestens 1.500 bis 2.000 zusätzliche Lehrer und Lehrerinnen. Weisen Sie mir einmal in diesem Haushalt nach, wie Sie das finanzieren wollen. An dieser Stelle, Herr Kollege Klare, sind Sie unseriös. Ich finde, wir könnten besser diskutieren, wenn wir uns alle um Seriosität bemühen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Seeler, Sie haben das Wort.

Frau Seeler (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Klare, wer dem Entschließungsantrag der CDU mit dem Entwurf der vorliegenden Rahmenplanung des Kultusministeriums für die Fortführung der Integration vergleicht, der kann nur zu einem Urteil kommen: Es ist einfach beschämend,

(Klare [CDU]: Das sagen Sie immer!)

wie oberflächlich und demagogisch die größte Oppositionsfraktion nach Jahren wirklich intensiver fachlicher Diskussion und parlamentarischer Initiativen diese zentrale pädagogische und gesellschaftspolitische Frage aufgreift.

(Beifall bei der SPD - Klare [CDU]: Sie wiederholen sich!)

- Das liegt an Ihren Reden, Herr Klare. - Nicht einmal ansatzweise ist der Konzeptentwurf von der CDU analysiert worden. Die Frau Ministerin hat schon darauf hingewiesen: Nicht einmal der Titel ist richtig. Dem Rahmenkonzept Begriffe wie „Zwangintegration“ oder „Zerschlagung des Sonderschulwesens“ zu unterstellen, ist billige Münze und blanker Unsinn.

Schon 1996, als der Landtag die Eckpunkte zur Fortführung der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf verabschiedete und damit der Landesregierung den Auftrag gab, die jetzt vorgelegte Rahmenplanung zu erarbeiten, haben wir in den Diskussionen festgestellt, daß es keine fertigen Rezepte für die Integration von Schülerinnen und Schülern geben kann. Es kann keine per Gesetz festgelegte Lösung geben, weil nämlich die Bedingungen in den verschiedenen Regionen zu unterschiedlich sind. Zu unterschiedlich sind die einzelnen Kinder und die jeweils spezifischen Förderbedürfnisse. Zu unterschiedlich sind auch die Bedingungen und die Erfahrungen mit Integration vor Ort. Dieser differenzierte Auffassung von Integration und damit auch dem parlamentarischen Auftrag, wie übrigens auch dem hohen Integrationsanspruch des § 4 des Schulgesetzes, wird die Rahmenplanung des Kultusministeriums uneingeschränkt gerecht.

(Frau Vockert [CDU]: Nur auf dem Papier, aufgrund der Erfahrungen in Dänemark, die wir gemacht haben!)

- Man kann zu einer jetzt vorgelegten Rahmenplanung, die wir in den Dialog geben, nicht sagen, daß sie nicht funktioniert. Wir haben sie noch gar nicht umgesetzt. Sie wird erst erarbeitet.

(Frau Vockert [CDU]: Wir haben in Dänemark doch die Ergebnisse gesehen!)

- Sie müssen zuhören, und Sie hätten die Erfahrungen in Dänemark vielleicht etwas besser analysieren müssen.

Das übrigens innerhalb der Rahmenplanung zur Verfügung gestellte pädagogische Instrumentarium ist so differenziert, daß es das individuelle Recht auf individuelle Förderung für alle gewährleisten kann. Einen Gegensatz zwischen regionaler Rahmenplanung und individueller Förderung herstellen zu wollen, wie es die CDU tut, ist in der Sache nicht nachvollziehbar. Das Rahmenkonzept faßt die individuellen Ansprüche aller betroffenen Kinder zusammen und sichert sie ab. Statt bisher zufälliger Integrationsmaßnahmen wird nunmehr Bildungsgleichheit für alle in der Region gewährleistet. Wir finden es sehr verantwortlich, daß solche regionalen Konzepte freiwillig und im Konsens, differenziert und auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmt, erarbeitet werden sollen. Von Zwangintegration ist keine Rede. Der einzige Maßstab, der gilt, ist vielmehr das individuelle Wohl des Kindes.

Ein besonders strittiger Punkt in der öffentlichen Diskussion ist die im Konzept vorgesehene Personalausstattung. Schon 1996 stellte Herr Klare die auch heute noch falsche Behauptung auf, daß mit der im Entwurf vorgesehenen sonderpädagogischen Grundausstattung von durchschnittlich zwei zusätzlichen Lehrerstunden alle Kinder mit sämtlichen Behinderungsarten gefördert werden sollten. Dies ist falsch - heute wie damals. Vielmehr sollen die Lehrerstunden für die sonderpädagogische Grundversorgung diejenigen Kinder fördern, die Schwierigkeiten bei der Sprache, beim Verhalten und beim Lernen haben.

Hier möchte ich noch einmal auf das eingehen, was Herr Klare gesagt hat. Ich widerspreche ihm ganz vehement dabei. Diese Kinder sind keine Behinderten, sondern sie haben Schwierigkeiten in einzelnen Bereichen,

(Klare [CDU]: Das ist doch ein falscher Ansatz!)

z. B. im Bereich der Sprache, des Lernens oder des Verhaltens. Sie insgesamt als Behinderte abzustempeln, wird diesen Kindern in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Die zwei Lehrerstunden fließen übrigens zusätzlich in die Grundschulen. Durch die Anwesenheit zusätzlicher Sonderschullehrer an den Grundschulen können die genannten Beeinträchtigungen früher erkannt und können die Kinder spezifisch gefördert werden. Damit soll erreicht werden, daß die Anzahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht, wie heute üblich, während der Grundschulzeit steigt, sondern daß sie sinkt. Dies ist unserer Auffassung nach eine politische und pädagogische Verpflichtung.

Zwei Gerüchten, die Sie, Herr Klare, verbreiten, möchte ich entschieden entgegentreten.

Erstens bleibt es selbstverständlich dabei, daß bei im Rahmen sonderpädagogischer Grundversorgung nicht ausreichenden Kindern nach wie vor irgendwann die Verordnung über sonderpädagogische Förderung angewandt wird, dies allerdings erst dann, wenn sich herausstellt, daß die Kinder mit der sonderpädagogischen Grundversorgung nicht ausreichend gefördert werden können. Das tun wir ganz bewußt, weil wir nämlich nicht wollen, daß Kinder, schon bevor sie in die Schule kommen, stigmatisiert werden und ihnen ein Stempel aufgedrückt wird wie „L“ oder „S“ oder „V“.

(Beifall von Fasold [SPD])

In dem Gutachten des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes, das Sie veranlaßt haben, heißt es sogar, daß es der verfassungsrechtliche Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nahelege, erst einmal alles zu tun, um Schwierigkeiten eines Kindes durch gezieltes Fördern zu beheben, bevor das offizielle Verfahren eingeleitet wird.

(Frau Vockert [CDU]: Da müssen Sie aber auch genug Stunden zur Verfügung stellen und die Rahmenbedingungen schaffen, Frau Seeler!)

Zweitens stand nie zur Diskussion, mit den Mitteln einer sonderpädagogischen Grundversorgung - auch darauf hat die Ministerin hingewiesen - auch

die geistig schwerstmehrfachbehinderten, hör- oder sehgeschädigten Kinder zu fördern. Wer dies, wie es in Ihrem Antrag geschehen ist, behauptet, der handelt einfach unseriös und unverantwortlich.

(Beifall von Fasold [SPD])

Nur noch Kopfschütteln kann es hervorrufen, wenn die CDU den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst fragt, ob es zulässig sei, bei extrem belasteten Schulen in sozialen Brennpunkten zusätzliche Sonderschullehrerstunden einzusetzen.

(Klare [CDU]: Wie wollen Sie das Problem denn lösen?)

Entsprechend eindeutig hat der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst auch reagiert und hat das nicht nur für zulässig, sondern sogar für geboten erklärt.

Die CDU behauptet des weiteren, die Rahmenplanung solle genutzt werden, um die Sonderschulen aufzulösen. Auch dies ist einfach blanker Unsinn. Die Sonderschulen werden Förderzentren. Darauf ist nun wirklich in jeder Diskussion hingewiesen worden. Außerdem ist gesagt worden, daß für die Kinder, die nicht integriert unterrichtet werden können, andere Fördermöglichkeiten bereitgestellt werden. Das können Kleinstgruppen an Grundschulen, aber auch an Förderzentren sein. Es ist gerade Sinn von regionalen Konzepten, für diese Kinder vor Ort die bestmöglichen Lösungen zu finden.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich wiederhole: Alles das, was Sie sich auf diesem Feld in der Vergangenheit geleistet haben und was Sie sich mit diesem Antrag ein weiteres Mal leisten, ist einfach nur armselig und kläglich. Mit Ihrem abstrusen Vorwurf, die Landesregierung opfere das Kindeswohl einer Einheitschulideologie, oder mit der besonders albernen Feststellung, mit der Entwicklung einer sonderpädagogischen Grundversorgung werde der Plan zur Zerschlagung der Sonderschulen in Niedersachsen verwirklicht, entfernen Sie sich weit von einer seriösen schulpolitischen Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Besonders hinterhältig finde ich, daß Sie auf Veranstaltungen von Interessenverbänden die Integration wortreich unterstützen, daß Sie bei jedem Antrag zur Umsetzung einer entsprechenden Politik

jedoch polemisieren und gegen den entsprechenden Verfassungsauftrag handeln.

Ich finde, auch in der Opposition sollte man zumindest einen Rest von politischer Verantwortung wahrnehmen.

(Zurufe von der CDU)

Die Art und Weise, wie Sie im Lande Niedersachsen mit dem Thema Integration umgehen, läßt nur einen Schluß zu.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- Wie sagte der Kollege vorhin? Wer schreit, hat Unrecht. - Der Schluß lautet: Was für uns Ziel ist, das ist für Sie Schreckgespenst, nämlich gemeinsam leben und gemeinsam lernen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön.

Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, daß sich die Fraktionen darauf verständigt haben, über den Punkt 23 hier keine Aussprache zu führen, sondern den Antrag direkt an den Ausschuß zu überweisen. Dieser Hinweis soll auch dazu dienen, daß sich die Sprecher zu dem daran anschließend zu behandelnden Tagesordnungspunkt 28 darauf einstellen können.

Meine Damen und Herren, für die jetzige Debatte hat Frau Körtner um zusätzliche Redezeit gebeten. Ich erteile ihr drei Minuten.

Frau Körtner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun ist uns in schönen Worten wieder verkauft worden, wie die Versprechen, die Sie den Bürgern im Hinblick auf die Integrationsklassen früher gemacht haben, eingelöst werden sollen. Für diese Versprechen haben Sie sich ja feiern lassen. Aber nun müssen Sie zu etwas anderem übergehen, weil Sie das nicht mehr bezahlen können. In diesem Zusammenhang wurde hier von der Broschüre „Lernen unter einem Dach“ gesprochen, und meinem Kollegen Klare wurde vorgeworfen, daß wir das nicht einmal gelesen hätten.

Ich möchte Ihnen einmal etwas sagen zu dem Unterschied zwischen dem, was Sie in der Theorie

sagen - vor allem zu dem, was Ministerin Jürgens-Pieper sagt, wobei Herr Fasold alles das, was die Ministerin ihm vorkaut, sozusagen mit gläubigen Kinderaugen nachvollzieht; das finde ich schon schlimm genug -, und dem, wie sich das in der Praxis darstellt. Das möchte ich Ihnen anhand des Beispiels der genannten Broschüre jetzt einmal konkret darstellen, damit Sie sehen, was von einer solchen Broschüre in der Realität überhaupt noch übrigbleibt.

Zur sonderpädagogischen Grundversorgung gibt es zwei Modellversuche, den einen in einem Ballungsgebiet in Hannover und den anderen in einem ländlichen Bereich, bei dem es sich um meinen Wahlkreis in Bad Münder handelt. Die Ministerin schreibt in der Broschüre so schön: Diese regionalen Konzepte müssen initiiert werden von unten nach oben, angefangen bei den Eltern und weitergehend über die Lehrer, über die Schulträger.

(Glocke der Präsidentin)

Wie ist es aber in der Realität? - Zum vergangenen Schuljahr ist eine Konzeption eingeführt worden, obwohl die größte betroffene Grundschule in diesem Bereich nicht zugestimmt hatte. Noch nicht einmal der Schulträger hatte zugestimmt. Das Konzept ist auch nicht gemeinsam mit allen Beteiligten vor Ort - Eltern, Lehrkräften, Schulträger - schrittweise initiiert und entwickelt worden, sondern es ist zwischen der Bezirksregierung, dem Schulaufsichtsamt und dem Leiter der Sonderschule durchgezogen worden. Nicht, verehrte Frau Ministerin, im Konsens ist das eingeführt worden und auch nicht so, daß die Eltern wußten, was auf sie zukommt, sondern es ist eingeführt worden zu einem Zeitpunkt, zu dem die Beteiligten noch nicht einmal zugestimmt hatten.

(Glocke der Präsidentin)

Ich sehe gerade den Kollegen Watermann. Das ist mein Gegenkandidat in dem Bereich.

(Unruhe bei der SPD - Zuruf von der SPD: Der hat den Wahlkreis gewonnen! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Jetzt komme ich einmal zu dem nächsten Skandal. Das betrifft Sie von Rot-Grün.

(Glocke der Präsidentin)

Der Fachausschuß des Schulträgers, des Landkreises Hameln-Pyrmont, in dem Eltern-, Schüler- und Lehrervertreter sitzen, hat diesem Modellversuch

mit Mehrheit nicht zugestimmt. Hinter verschlossenen Türen durchgedrückt wurde es mit der Mehrheit von Rot-Grün im Kreistag,

(Unruhe bei der SPD)

wie gesagt, gegen das Votum eines mit Lehrern und Eltern besetzten Fachausschusses.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas sagen.

Vizepräsidentin Goede:

Frau Körtner, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie müssen das akzeptieren, Frau Körtner; ich habe schon mehrere Male geklingelt. Ich bitte Sie also, zum Schluß zu kommen.

Frau Körtner (CDU):

Noch einen Satz, Frau Präsidentin!

Sie reden immer nur vom „Lernen unter einem Dach“. Es kommt aber darauf an, welche Hilfe das Kind braucht. Was Sie uns hier verkaufen, ist beschämend. Geben Sie doch zu, daß Sie die Integrationsklassen nicht mehr bezahlen können und daß Sie nun eine Billiglösung suchen, wobei die Menschen in Niedersachsen nicht wissen, was wirklich dabei herauskommen wird. Was konkret dabei herauskommt, das habe ich Ihnen eben hier gesagt.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD - Fasold [SPD] meldet sich zu Wort)

Vizepräsidentin Goede:

Wollen Sie zusätzliche Redezeit?

(Fasold [SPD] begibt sich zum Redepult - Zurufe von der CDU)

- Bitte schön!

Fasold (SPD):

Ich fühle mich persönlich angesprochen und möchte nur kurz sagen: Erstens. Herr Klare, ich verstehe jetzt, warum Sie vor dem Hintergrund Ihrer schulpolitischen Schattensprecherin - - -

(Eveslage [CDU]: Was ist das jetzt? - Frau Körtner [CDU]: Dann müssen Sie ihm aber auch das Mikrophon abschalten, Frau Präsidentin!)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Fasold, ich bitte um Nachsicht und etwas Geduld. Ich muß zunächst fragen: Hat die SPD noch Redezeit? - Eine halbe Minute.

Fasold (SPD):

Ich wollte in meiner persönlichen Erklärung nur sagen, daß ich erkannt habe, daß das Schwachsinn - - -

Vizepräsidentin Goede:

Herr Fasold, Ihre persönliche Erklärung können Sie nach der Beratung abgeben. Ich rufe Sie dann wieder auf.

(Eveslage [CDU]: Man muß überlegen, was das bringt!)

Frau Ministerin Jürgens-Pieper, bitte schön!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Frau Körtner, ich weiß ja, daß Sie, wenn Sie irgendwo eine Abstimmungsniederlage im Kreistag erlitten haben, das hier gerne aufgearbeitet haben möchten.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Klare hat selber darauf hingewiesen, daß das ein sensibles Thema ist, über das wir hier heute reden.

(Frau Körtner [CDU]: Das ist ein sehr sensibles Thema! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Herr Klare, ich finde, es ist völlig unangemessen, wenn wir in dieser Art und Weise über dieses Thema reden.

(Frau Körtner [CDU]: Das ist die Realität, Frau Ministerin!)

Sie wissen doch ganz genau, daß es sich dabei noch nicht um ein regionales Integrationskonzept handelt, sondern daß es um einen kleinen Ausschnitt davon für einige Schulen ging. Das ist sehr wohl mit den Eltern und den Schulen besprochen worden. Wenn eine Schule das nicht will, muß sie das nicht tun. Dann kriegt sie demnächst natürlich auch nicht mehr die Stunden dafür.

(Frau Körtner [CDU]: Das ist doch genau das Gegenteil! Sie haben sie

eingeführt gegen den Willen der Schule! Das ist ja der Hohn, Frau Ministerin!

Die Anträge liegen alle vor. Der Schulträger hat den Antrag vorgelegt. Es ist also alles in Ordnung gelaufen.

Beim Rahmenkonzept wird es anders aussehen.

(Frau Körtner [CDU]: Sie haben es aufgedrückt!)

Das habe ich Ihnen auch dargelegt. Beim Rahmenkonzept wird erst ein Gesamtkonzept vom Schulträger vorgelegt werden müssen, und dann kommt die Genehmigung. Dies war eine Zuweisung von Stunden für bestimmte Grundschulen. – Danke.

(Frau Körtner [CDU]: Das war eine Zwangsintegration!)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe daher die Beratung.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Kultusausschuß mit der Federführung und den Ausschuß für Haushalt und Finanzen mit der Mitberatung zu beauftragen. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben möchten, dann bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. – Stimmt jemand dagegen? – Möchte sich jemand der Stimme enthalten? – Dann haben Sie so beschlossen.

Jetzt frage ich Herrn Kollegen Fasold, ob er noch eine persönliche Erklärung abgeben möchte.

(Fasold [SPD]: Ich verzichte darauf, Frau Präsidentin! – Zustimmung von Eveslage [CDU])

- Sie verzichten.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 23:

Schul-Sponsoring - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/386

Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, auf die erste Beratung im Plenum zu verzichten und den Antrag sofort an den Kultusausschuß zu überwei-

sen. Ich bitte um Ihr Handzeichen, wenn Sie so verfahren wollen. – Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann haben Sie so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum

Tagesordnungspunkt 28:

Erste Beratung:

Agrarvorschläge in der Agenda 2000 - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/395

Eingebracht wird der Antrag von Herrn Kollegen Ehlen, dem ich das Wort erteile.

Ehlen (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Landwirtschaftsminister Bartels! Die CDU-Fraktion bringt diesen Antrag ein, um die Interessen niedersächsischer Landwirte und der Ernährungsindustrie bei den bevorstehenden Agrarverhandlungen zu wahren. Unserem ehemaligen niedersächsischen Landwirtschaftsminister und jetzigem Bundeslandwirtschaftsminister Funke möchten wir gerne einen Leitfaden an die Hand geben, um ihm im Sinne der ganzen deutschen Landwirtschaft den Rücken zu stärken. Er ist ja Ressortleiter im Rahmen der Ratspräsidentschaft für die Landwirtschaft. Er sitzt dabei dann am Schaltpult für die Verhandlungen. Wir sind der Meinung, daß er dann auch die Interessen unserer Landwirte, unserer Region nicht vergessen sollte.

In der Agenda 2000 werden vier Segmente behandelt: erstens die Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik auf der gesetzlichen und monetären Ebene, zweitens die Finanzierung der Europäischen Union bis 2006, drittens die künftige Strukturpolitik und viertens die geplante Osterweiterung. Die Vorschläge, die die EU-Kommission auf den Tisch gelegt hat, haben als grobe Richtung, daß die Erzeugerpreise in Richtung Weltmarktniveau gesenkt werden sollen und ein Ausgleich durch Einkommensübertragungen geschaffen werden soll.

Die jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen sind im Hinblick auf die zu erwartenden Auswirkungen für unsere Bauern so nicht tragbar. Das ist die Meinung des ehemaligen Landwirtschaftsministers Borchert und des jetzigen Landwirtschaftsministers

Funke. In Zeitungsartikeln habe ich gelesen, daß Minister Bartels das genauso sieht.

Bis weit in das nächste Jahrhundert hinein ist es sicherlich nicht möglich, in der Bundesrepublik oder in der EU zu Weltmarktbedingungen zu produzieren. Deshalb lautet unsere Kernforderung, daß ein Mindestaußenschutz auf alle Fälle erhalten werden muß.

(Zustimmung bei der CDU)

Die vorliegenden Vorschläge werden tiefe Einschnitte in unsere Betriebe bringen. Wenn wir uns einmal die Marktfruchtschiene anschauen, so sind es Einkommensrückgänge um etwa 10 %. Die Veredelungsbetriebe werden 15 % Einkommensrückgänge haben, die Futterbaubetriebe in Richtung Rindfleischherzeugung bis zu 20 %. Minister Bartels hat in der letzten Woche in einer Zeitungsmeldung mitgeteilt, daß die niedersächsische Landwirtschaft rund 400 Millionen DM Schaden pro Jahr durch Einkommensrückgänge hinzunehmen hat. Im Getreidebereich wird eine Preissenkung von 20 % angekündigt mit einer zehnpromtigen Erhöhung der Ausgleichszahlungen. Der Stärkemarkt ist an die jeweilige Getreidepreishöhe angebunden.

Die Flächenstilllegung halten wir für sehr wichtig, damit wir auch in Zukunft ein Regelinstrument für Mengen am Markt haben. Sie hat sich in der Vergangenheit bewährt und hat zur gleichen Zeit auch die nachwachsenden Rohstoffe zu einer einigermaßen rentablen Anbauwürdigkeit gebracht.

Das größte Problem scheint uns beim Rindfleisch zu bestehen. Die EU-Kommission schlägt in diesem Bereich eine 30prozentige Preissenkung vor, und zwar in drei 10-%-Schritten bei einem teilweisen Ausgleich. Wir wissen, daß wir beim Rindfleisch nicht nur durch BSE-Probleme in Großbritannien, sondern auch schon vorher große Probleme damit hatten, daß Menge und Markt nicht stimmig waren. Deswegen ist es wichtig, auch hier künftig Instrumente anzusetzen, um die Produktion den Marktbedingungen anzupassen.

Wir halten es auch für wichtig, darüber nachzudenken, die Schlachtgewichte für Interventionstiere zu senken. Wir halten es für richtig und wichtig, über ein neues Frühvermarktungssystem nachzudenken. Wir halten es aber auch für richtig und wichtig, die private Lagerhaltung einzuführen, damit wir die Möglichkeit haben, am Weltmarkt

und beim Export in Drittländer recht flexibel zu reagieren.

(Brauns [SPD]: Das kostet doch unnötig Geld!)

- Das ist nicht unnötiges Geld. Lieber Herr Kollege Brauns, das, was hier jetzt gemacht wird, kostet wesentlich mehr. Die Intervention wird nach den Plänen auch weiter bestehenbleiben.

(Bontjer [SPD]: Nicht in der Form!)

- Das ist richtig, in der Form nicht. Deshalb sage ich: Wir wollen sie in die private Lagerhaltung überführen. Herr Kollege Bontjer, wir sind uns in viel mehr Sachen einig, als daß wir uns hier streiten müssen. Vielleicht sollten Sie lieber erst einmal zuhören.

(Zustimmung bei der CDU – Bontjer [SPD]: Warten wir es ab!)

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, wir sollten hier gemeinsam offensiv werden, um den Rindfleischmarkt in den Griff zu bekommen. Daher sind die Segmente, die ich eben genannt habe, richtig und wichtig. Es kann letztendlich auch nicht sein, daß man über die jetzt vorgeschlagene Modulation versucht, einzelne Tiergruppen in verschiedenen Nationen unterschiedlich über den nationalen Anteil zu fördern, der künftig bei der Förderung möglich sein soll. Obwohl wir dafür sind, daß man nach dem Subsidiaritätsprinzip wieder Verantwortung auf die einzelnen Nationalstaaten zurückverlagern soll, halten wir es hier aber für unangebracht, da dies zu Marktverzerrungen führen kann. Außerdem kann es nicht sein, daß bundesdeutsche oder europäische Betriebe in die 90-Tiere-Grenze eingezwängt werden, die für die Förderung auch künftig gelten soll. Wir sind der Meinung, daß ein Betrieb, der 90 und mehr Tiere hat, mit den darüber hinausgehenden Tieren mit den Preissenkungen nicht allein gelassen werden kann.

(Bontjer [SPD]: Das habe ich verstanden!)

- Das hast du verstanden. Gut.

Bei der Milch ist vorgesehen, eine 15- bis 17prozentige Preissenkung durchzuführen und dann den Betrieben eine Milchkuhprämie auf einer Leistungsbasis von 5.800 l zu gewähren. Wir sind insoweit der Meinung, daß man nicht auch hier die Viel-Komponenten-Kuh einführen sollte, wie sie

Minister Funke einmal bezeichnet hat, sondern daß man den Fleischanteil mit einer einmaligen Schlachtprämie und nicht mit einer Anwesenheitsprämie der Tiere in den Betrieben bewerten sollte, die zum einen sehr viel Verwaltungskosten erfordert und zum anderen auch mit einer sehr hohen Fehlerquote behaftet ist.

(Beifall bei der CDU)

Im Bereich der Milch wird es des weiteren wichtig sein, daß unsere Verarbeitungsbetriebe künftig auch den Zugang zum Weltmarkt haben. Insoweit muß man auch im Hinblick auf die bevorstehenden WTO-Verhandlungen schon heute darauf achten, daß es möglich sein muß, in alle Welt zu exportieren, und daß man nicht irgendwelche Beschränkungen für unsere Betriebe in Kauf zu nehmen hat. Wenn wir uns schon in Richtung des Weltmarktpreises bewegen, dann muß der Weltmarkt auch für alle offen sein.

Was die Milchquotenregelung betrifft, so halten wir es für unabdingbar, daß wir eine klare Aussage zu ihrem Fortbestand bekommen. Wir sind dafür, daß sie bis zum Jahre 2006 weitergeführt wird. Wir sind auch dafür und fordern es, daß diese Milchquote ab 2006 ersatzlos gestrichen wird und daß sich jeder Betrieb darauf einstellen kann, indem er sich entweder vorher mit Quote eindeckt oder indem er, weil er keine liquiden Mittel hat, um Produktionsquoten zu kaufen, abwartet, um sich dann ab dem Jahre 2006 am freien Markt zu entwickeln.

(Zuruf von Stolze [SPD])

- Michael, du hast doch gar keine Kühe. - Das habe ich schon mit dem Niedersächsischen Landvolkverband abgesprochen. Dies ist die Urversion der niedersächsischen Gedanken. Ich meine, daß wir als Agrarland Niedersachsen ruhig soviel Freiheit haben sollten, eine eigene Meinung zu haben. Diese Meinung wird auch im Lande vertreten.

(Beifall bei der CDU - Brauns [SPD]:
Die kommt nur zu spät!)

- Die kommt nicht zu spät.

Meine Damen und Herren, die SPD hat den Vorschlag zur Grünlandprämie unterbreitet. Ich halte diesen Vorschlag für gar nicht so schlecht; er hat ja einen gewissen Charme. Wir hätten dadurch die Möglichkeit, auf viele Prämienanträge zu verzichten und die Problematik über die Grünlandprämie zu regeln.

(Brauns [SPD]: So ist es!)

Wir sollten meines Erachtens aber einmal darüber nachdenken, wovon wir eigentlich ausgehen. Wenn wir alle Prämien, die wir jetzt bekommen sollen, zusammenrechneten, dann gelangten wir zu dem Ergebnis, daß in der Bundesrepublik auf einen Hektar Grünland 638 DM entfielen. In Spanien bekäme man, wenn man alles umlegte, 192 DM. Ich bin nicht so vermessen, soviel Zutrauen in die Verhandlungen zu haben, daß die sich auf die Beträge 638 DM oder 192 DM einigen. Deshalb sind wir der Meinung, daß wir uns an die Segmente der im März unterbreiteten Vorschläge schon halten sollten. Vielleicht hat die Grünlandprämie nach 2006 eine Chance. Wir werden jedenfalls mithelfen, wenn es darum geht, sie einzuführen. Im Moment sehe ich aber keine große Möglichkeit, insoweit weiterzukommen.

Meine Damen und Herren, ich meine, daß wir vermeiden sollten, der landwirtschaftlichen Produktion in der Europäischen Union, in Deutschland, in Niedersachsen mit künstlichen Umweltauflagen das Leben schwerzumachen.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte sehr viel von Umweltschutz. Ich meine auch, daß wir alles tun sollten, wenn Leute freiwillig bereit sind, sich insoweit einzubringen. Wir sollten versuchen, Programme für Betriebe anzubieten, die nicht unbedingt dazu verdonnert sind, künftig intensiv zu wirtschaften. Wir sollten Programme anbieten, um den Betrieben die Möglichkeit zu geben, über ökologischen Landbau ihr Geld zu verdienen. Wir halten es aber für den falschen Weg, par ordre du mufti Auflagen für Umweltleistungen zu fordern. Ich meine, daß alle die Forderungen, die über den Begriff der guten fachlichen Praxis hinausgehen, entgolten werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einige Worte zur bevorstehenden Osterweiterung anfügen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Möglichkeit, einige mittel- und osteuropäische Länder in die Europäische Union aufzunehmen. Sehr viel mehr mittel- und osteuropäische Länder haben den Antrag gestellt, aber zunächst hat man sechs in die engere Wahl gezogen. Wir sind der Meinung, daß wir die Tür aufmachen sollten. Es ist schon wichtig, diese Länder auch wirtschaftlich an die Europäische Union zu binden, um sie zum einen in unseren Wirtschaftskreis zu integrieren und zum

anderen davon abzuhalten, daß sie unter sich etwas Neues bilden. Ich finde es gut, daß der ehemalige Ostblock seinen Niedergang gefunden hat und daß wir diese Länder, die aufgrund ihrer Kultur und Struktur viel besser zur Europäischen Union passen als zu anderen Regionen, einbinden. Es kann aber nicht sein, daß dieses Integrieren der neuen Länder ausschließlich mit Mitteln aus dem Agrarsektor finanziert werden soll. Es kann nicht sein, daß die Suppe für die bestehenden agrarorientierten EU-Mitgliedsländer dünner wird, weil die Mittel auf die hinzukommenden neuen Länder verteilt werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Raabe [SPD])

Es ist schon wichtig, daß wir auch die Leute zur Kasse bitten, die den größten Vorteil haben. Wir erhalten einen neuen Markt von rund 80 Millionen neuen EU-Bürgern. Vor diesem Hintergrund ist es schon wichtig und richtig, daß auch die Konsumgüterindustrie und Leute, die Dienstleistungen in diese Richtung verkaufen und anbieten wollen, mit eingebunden werden, wenn es darum geht, diese Länder an unseren Standard heranzuführen. Ich halte es für besonders wichtig, daß wir insoweit bald Signale setzen. Ich halte es auch für besonders wichtig, daß man den neuen Ländern konkrete Vorgaben gibt, wie sich die Einbindung vollziehen wird. Aber es ist auch wichtig, daß wir selbst in der Lage sind, diese Erweiterung zu verkraften. Diese Erweiterung ist auf der Schiene der Landwirtschaft nicht zu verkraften, wenn es darum geht, daß wir mit Billigimporten überhäuft werden, wie es zu Zeiten der Grenzöffnung zu den neuen Bundesländern leider der Fall war. Wir haben die Möglichkeit, diese Länder durch Anpassungszeiträume, durch Programme und durch Aufbauhilfen an uns heranzuführen und an uns zu binden. Ich hoffe, daß uns diese Übergangsszenarien gelingen werden, um zu verhindern, daß wir in der ländlichen Region letztlich vor einem Scherbenhaufen stehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß wir für Minister Bartels in Niedersachsen und für Bundeslandwirtschaftsminister Funke in Brüssel mit unserem Antrag noch einmal ein klares Zeichen gesetzt haben, daß wir noch einmal die Linie vorgegeben haben, auf die alle niedersächsischen Landwirte warten, daß wir zum Vorteil unserer Landwirtschaft, zum Vorteil der ländlichen Bevölkerung und des gesamten ländlichen Raumes in

bezug auf die Agenda 2000 etwas voranbringen, was uns allen dabei hilft, unseren ländlichen Raum in Schuß zu halten. Wir haben das heute morgen in der Debatte um die Ökosteuer gehört. Rund 20 % der Arbeitsplätze im ländlichen Raum liegen in der Ernährungswirtschaft. Ich meine, daß diese uns ein Stück Anstrengung wert sein sollten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Jetzt spricht zu diesem Antrag Herr Kollege Bontjer.

Bontjer (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine für Niedersachsen unverantwortliche Agrarpolitik durch eine CDU-geführte Bundesregierung ist endlich beendet.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Oh!)

Wir erinnern uns, meine Damen und Herren: Die frühere Agrarpolitik in Bonn ist wie ein Kartenhaus zusammengebrochen, Herr Wulff.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Ich meine damit die angebliche Härte des früheren Bundeslandwirtschaftsministers Borchert gegen die Agenda 2000. Seit mehr als einem Jahr hat der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister jegliche konstruktive Mitarbeit an der Gestaltung der Agenda 2000 abgelehnt.

(Zuruf)

- Das wußten Sie. - Statt dessen setzte er alles daran, den bäuerlichen Berufsstand gegen Brüssel aufzuwiegeln. Davon können auch Sie sich nicht ganz freisprechen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion.

(Zurufe von Eveslage [CDU] und Rolfes [CDU])

Borcherts agrarpolitische Verweigerungshaltung hat Deutschland und damit auch die niedersächsischen Bauern innerhalb der Mitgliedsstaaten isoliert. Dafür gibt es einen ganz klaren Beweis: Während der Zeit der Verweigerungstaktik aus Bonn ist es in Brüssel zu vielen Beschlüssen gekommen,

von denen deutsche Bauern durch nichts profitiert haben, andere aber sehr wohl.

Eine im September 1998 veröffentlichte Statistik belegt, daß Deutschland den Spitzenplatz in Sachen Verweigern und Neinsagen belegt. Damit ist jetzt Schluß.

(Zuruf von Eveslage [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Strategie des Landes Niedersachsen war und bleibt, die Vorschläge der Agenda 2000 nicht pauschal zu verdammen, sondern über die unnötig hohen Preissenkungen im Bereich von Fleisch und Milch, über Außenschutz und vollen Preisausgleich in Form von Flächenprämien zu verhandeln.

(Eveslage [CDU]: In einem Satz so ein Widerspruch!)

Diese Politik wird auch von großen Teilen des Bauernverbandes gestützt. Diese Politik, meine Damen und Herren, war auch immer Ansicht des wissenschaftlichen Beirats des ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministers - festgeschrieben in einem Gutachten, das der ehemalige Bundesminister bis zur Bundestagswahl unter Verschuß gehalten hat.

(Oestmann [CDU]: Was ja nicht stimmt!)

Die deutschen Bauern sollten bis dahin nichts von der Kehrtwende erfahren.

(Oestmann [CDU]: Woher wußten sie es dann?)

Das waren purer Wählerbetrug, Irreführung und Mißbrauch des gesamten bäuerlichen Berufsstandes, vor allem Mißbrauch der ehrenamtlichen Funktionäre.

(Zurufe von der CDU)

Gerade die, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, hat Borchert gegen Brüssel auf die Barrikaden gehetzt. Die deutschen Wählerinnen und Wähler sind darauf aber nicht hereingefallen.

(Senff [SPD]: Genau!)

In Bonn hat nun ein Minister das Sagen, der etwas von seinem Handwerk versteht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Bontjer, darf ich Sie kurz unterbrechen?

Bontjer (SPD):

Nein, ich habe wenig Zeit und möchte deswegen weitersprechen.

Vizepräsidentin Goede:

Sie gestatten keine Zwischenfrage.

Bontjer (SPD):

Die Landwirte - vor allem in Niedersachsen - wissen, daß sie in Bonn jetzt einen Mann haben, der sehr wohl weiß, was die Bauern von ihm erwarten, und der auch willens ist, diese Erwartungen umzusetzen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

In Niedersachsen, Herr Wulff, hat der jetzige Bundeslandwirtschaftsminister große Fußspuren hinterlassen. Ich meine, das bestätigen Sie sogar.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Die größten Ausbrüche im Landeshaushalt!)

Aber wir haben das große Glück, in der Person von Uwe Bartels einen Nachfolger gefunden zu haben, der Garant für eine Fortsetzung der guten Landwirtschaftspolitik ist.

(Beifall bei der SPD)

Bereits nach einigen Wochen hat er wichtige Akzente gesetzt, die von der SPD-Fraktion voll mitgetragen werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Zum Beispiel? – Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist ja Satire!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat heute einen Antrag vorgelegt mit dem Ziel, die Landesregierung aufzufordern, über eine Bundesratsinitiative die Bundesregierung zu veranlassen, gewisse Forderungen umzusetzen.

(Senff [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Ich frage mich: Was soll das zum jetzigen Zeitpunkt? Wo waren Sie denn in der zurückliegenden

Zeit? Offensichtlich trauen Sie sich erst jetzt aus der Deckung, nachdem es in Bonn einen politischen Wechsel gegeben hat.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das kann ja nicht wahr sein!)

Ich hoffe nicht, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, daß Sie den Eindruck erwecken wollen, als ob der Zug Agenda 2000 noch zu stoppen wäre.

(Senff [SPD]: Sie haben ja geschlafen und sind erst jetzt aufgewacht!)

Wenn Sie etwa fordern sollten – so wie das der bayerische Bauernverband getan hat –, die Agenda 2000 grundlegend zu überarbeiten, dann kann ich Ihnen nur sagen: Es ist an der Zeit, daß Sie sich den europäischen Realitäten stellen. Allein mit Neinsagen erreicht man nichts.

(Ehlen [CDU]: Wir haben genug Vorschläge gemacht!)

Tatsache ist, Herr Ehlen, daß bis zu dem ersten Auftritt von Herrn Funke im Agrarministerrat am 23. und 24. November 1998 Deutschland in wichtigen Fragen der Agenda 2000 isoliert war.

(Oestmann [CDU]: Was ja so nicht stimmt!)

Diese Isolierung, meine Damen und Herren, gilt es zu beenden. Die ersten Schritte sind in der Sitzung des Europäischen Rates in Wien in der vergangenen Woche unternommen worden. Dabei ist herausgekommen, daß in vielen verschiedenen Bereichen noch recht unterschiedliche Ansichten vertreten werden. Es ist also von sehr schwierigen Verhandlungen während der deutschen Präsidentschaft auszugehen.

(Zurufe von der CDU)

Von ausschlaggebender Bedeutung ist dabei die Finanzierung der zukünftigen Agrarpolitik. Das europäische Landwirtschaftsmodell kann nur dann verwirklicht werden, wenn ausreichende Mittel bereitgestellt werden.

Ein Punkt, Herr Ehlen, der in Ihrem Antrag nicht vorkommt – aber aus Gründen der Fairneß sage ich, daß Sie ihn kurz erwähnt haben –, ist der Außenschutz. Wir halten diesen Punkt für sehr wichtig. Wir wissen, daß die europäische Landwirtschaft mit weit höheren ökologischen, sozialen und

hygienischen Auflagen zu wirtschaften hat als ihre Konkurrenz in Übersee.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wenn Sie noch weiterreden, ist gar keiner mehr im Saal!)

Meine Überzeugung ist die, daß sich unsere bäuerliche Landwirtschaft und die in Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft ohne einen Mindestausbauschutz in Verbindung mit verlässlichen Ausgleichszahlungen nicht erhalten lassen. Die Landesregierung hat sich bislang sehr intensiv in die Diskussion auf nationaler Ebene eingebracht. Dabei sind einige Forderungen, die das CDU-Papier enthält, unstrittig. Einige Forderungen können wir allerdings nicht mittragen, etwa was Getreide anbelangt und vor allem was Ihre Forderung nach einer Stallstilllegungsprämie betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Der bereits jetzt vorhandene Prämienwirrwarr würde noch komplizierter, noch undurchschaubarer und damit zu einer verwaltungstechnischen Katastrophe führen.

Meine Damen und Herren, ich meine, die Zielvorstellungen, die von der SPD-Landespolitik und der jetzigen Bundespolitik entwickelt worden sind, sichern unseren Landwirten eine Zukunft. Das heißt in bezug auf die Milch, daß die Milchquotenregelung vorerst bestehenbleiben muß, um die Milcherzeuger vor unverantwortlichen Preiseinbrüchen zu schützen. Die EU-Mitgliedstaaten sind sich weitgehend darin einig, daß die Quotenregelung bis 2006 bestehenbleibt.

Dann geht es darum, die aktiven Milcherzeuger von den Quotenkosten durch Kauf, Pacht oder Leasing zu entlasten

(Ehlen [CDU]: Und das nach 2006!)

und ein Lieferrechtsmodell einzuführen, mit dem den Milcherzeugern die Quoten dauerhaft und flächenungebunden zugeteilt werden. Das ist eine Position, die die aktiven Milcherzeuger stärkt. Ein Quotenhandel, wie die CDU ihn will, ist nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht der richtige Weg.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wie wollen Sie es denn?)

Beim Rindfleisch verhält es sich so, daß die Intervention so, wie sie jetzt betrieben wird, auf Dauer keine Lösung ist. Das jetzige Interventionssystem

ist bereits zu einer Dauerintervention geworden mit einem Lagerbestand von sage und schreibe 550.000 t Rindfleisch. Das ist bestes Rindfleisch und auch sicheres Rindfleisch, und man muß mehr dafür tun, daß dies den Verbrauchern auch bewußt wird. In der Vermarktung muß eine bessere Schlagkraft entwickelt werden, wie das bei Marken-Qualitätsfleisch jetzt schon der Fall ist.

Was die EU-Politik für den Bereich Rindfleisch anbelangt, vertritt die SPD-Landtagsfraktion folgende grundlegende Position: Die Maßnahmen der Europäischen Union müssen eindeutig zu einer Reduzierung der Rindfleischproduktion führen. Einkommensverluste müssen weitgehend ausgeglichen werden. Der Aufwand sowohl auf Seiten der Landwirtschaft als auch bei der Verwaltung muß bei der Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen reduziert werden.

Der Vorschlag der CDU-Fraktion ist wenig geeignet, dieser Zielsetzung gerecht zu werden, weil sie weiterhin von einer nennenswerten und permanenten Intervention ausgeht.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Kommen Sie zu Ihren Vorschlägen!)

Lassen Sie mich noch kurz die Sicht der SPD-Fraktion zum Umwelt- und Naturschutz in der Agrarpolitik darlegen. Wenn Sie in Ihrem Antrag davon ausgehen, daß Umweltleistungen immer mit zusätzlichen Verwaltungs- und Bewirtschaftungskosten verbunden sind, dann stimmt das nur, wenn die agrarpolitischen Rahmenbedingungen keinen Anreiz für umweltgerechtes Wirtschaften bieten. Unser Anliegen in der Agrarpolitik ist, die Rahmenbedingungen für die Landwirte so zu gestalten, daß es sich lohnt, umweltverträglich zu wirtschaften. Vor diesem Hintergrund halten wir den freiwilligen Vertragsnaturschutz für ein geeignetes und langfristig auch bezahlbares Instrument.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Aber in Niedersachsen haben Sie es eingestellt!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß, indem ich feststelle: Wir freuen uns auf die Diskussion des Antrags im Agrarausschuß. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, daß in den Ausschüssen des Bundesrates derzeit auf Antrag Bayerns eine Entschließung zu den agrarpolitischen Vorschlägen der EU-Kommission in der Agenda 2000 beraten wird. Diese Vorlage beruht auf einem Beschluß der Agrarministerkonferenz und

beinhaltet neben einigen anderen Punkten als zentrale Elemente die Ablehnung von höheren Preissenkungen, als die Märkte es erfordern, und die Forderung nach mengensteuernden Maßnahmen. Insoweit ist die Forderung in dem heutigen CDU-Antrag nach einer Bundesratsinitiative, wie Sie sie wollen, als erledigt zu betrachten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Klein, jetzt wollen Sie zu dem Antrag sprechen. Bitte schön!

Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin beeindruckt, daß angesichts der Fachspezifik der Saal noch so voll ist. Aber wir haben ja auch eine interessante Feststellung zu machen: Die CDU-Fraktion hat den Fundamentalismus entdeckt, zumindest im Bereich Agrar und Agenda.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fundamentalismus ist an sich eine edle Gesinnung. Aber wir wissen auch, daß er gelegentlich dazu neigt, meine Damen und Herren, standhaft die Realität zu ignorieren. Wenn ich mir jedenfalls den Wunschzettel ansehe, den Sie in Ihrem Antrag in Richtung Bundesregierung formuliert haben, bieten sich mir zwei Erklärungen an.

(Zuruf von Behr [CDU])

Entweder, Herr Behr, ist Ihr Vertrauen in die Fähigkeiten und Möglichkeiten unseres Bundeslandwirtschaftsministers schier grenzenlos,

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist der Fehler!)

oder, meine Damen und Herren, Sie verwechseln Herrn Funke angesichts des bevorstehenden Festes mit dem Weihnachtsmann.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Mit dem Funkenmariechen!)

Das, was Sie hier aufgeschrieben haben, kann er nicht erfüllen.

(Behr [CDU]: Er sieht auch so aus!)

Sicherlich ist es sinnvoll, meine Damen und Herren, daß sich der Landtag des Agrarlandes Niedersachsen, wenn auch etwas spät, zur Agenda 2000

positioniert. Es gibt auch durchaus einige überlegenswerte Vorschläge. Die sehr detaillierten Forderungen des Antrages lassen aber keine plausible, durchdachte Konzeption erkennen. Sie stecken, Herr Ehlen, voller Widersprüche. Ich muß leider sagen, das hat sich in Ihrem Beitrag fortgesetzt.

(Ehlen [CDU]: Das gilt für die Grünen noch viel mehr!)

Da werden z. B., Herr Ehlen, die Beibehaltung der Silomaisprämie und gleichzeitig die Rücknahme der zweiprozentigen Milchquotenaufstockung gefordert. Dabei haben Sie völlig übersehen, daß diese zweiprozentige Erhöhung der europäischen Milchmenge plus – damals – einer weiteren Senkung der Milchpreise um zehn Prozentpunkte – Sie wissen: von 5 % auf 15 % - der Preis dafür war, mit dem sich Borchert im letzten Jahr bei den europäischen Partnern die Beibehaltung der zur Kürzung vorgesehenen Silomaisprämie erkaufte hat,

(Zustimmung von Senff [SPD])

ein Bärendienst, Herr Ehlen, für die niedersächsischen Grünlandbetriebe, den Sie mit Ihrer jetzigen Forderung nicht wiedergutmachen können.

(Oestmann [CDU]: Nein!)

Herr Ehlen, ich mache mit Ihren Widersprüchen weiter. Auf der einen Seite wird das deutsche Nettozahlerdilemma beklagt, während auf der anderen Seite mehrfach Erhöhungen der Ausgleichszahlungen gefordert werden, die dieses Dilemma zwangsläufig noch vergrößern würden.

(Zurufe von der CDU)

Der nächste Punkt: Auf der einen Seite wehrt man sich gegen mengenbegrenzende Prämienkürzungen im Bereich der Ölpflanzen, als ob es kein Blairhouse-Abkommen gebe, und auf der anderen Seite fordert man gleichzeitig neue dirigistische Mengensteuerungen durch Stallstillegungen. Ein völliger Widerspruch! Auf der einen Seite sollen die EU-Grenzen für die Kälbereinfuhr dichtgemacht, aber auf der anderen Seite für die Getreideausfuhr weit geöffnet werden. Wieder ein Widerspruch!

(Oestmann [CDU]: Wieso ist das ein Widerspruch? – Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie müssen sich doch einmal eine Konzeption, die schlüssig ist, zurechtlegen. So geht es doch nicht.

Mensch höre und staune: Während in den Bereichen Getreide und Rindfleisch die Marktordnungen nach Ihren Vorstellungen zementiert und weiter ausgebaut werden sollen – dort, wo sie weitgehend versagt haben, Herr Ehlen –, soll im Milchbereich, wo die Marktordnung noch einigermaßen funktioniert, plötzlich der freie Weltmarkt greifen.

(Eveslage [CDU]: Wo steht das?)

- Das steht in Ihrem Antrag. Lesen Sie ihn einmal durch. Sie fordern den Weltmarktzugang für niedersächsische Milch.

(Ehlen [CDU]: Das ist richtig!)

Das ist angesichts eines Weltmarktpreises von 30 Pfennig pro Liter schlicht absurd und unbezahlbar. Das müßten auch Sie sich ausrechnen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Oestmann [CDU]: Es geht um Käse und nicht um Milch!)

Das Leitbild des Landwirtes, das Sie in den ersten drei Abschnitten Ihres Antrags beschreiben - soll ich Ihnen sagen, was das ist? -, das ist der beamtete Unternehmer mit Pensionsberechtigung und übergeordneter Produktionsplanbehörde, nichts anderes!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch mit der Ablehnung der Verknüpfung von Ausgleichszahlungen mit ökologischen Leistungen sitzen Sie auf dem fundamentalistischen Ast, den Sie selbst absägen. Ich könnte auch sagen: Sie sitzen in dem blauen Korb der Blue Box, der demnächst den Bach heruntergeht. Sie ignorieren einfach den WTO-Prozeß - - -

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Muß man sich eigentlich den ganzen Tag lang beschimpfen lassen?)

- Ich versuche, Ihnen zu erklären, was Sie aufgeschrieben haben.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sagen Sie einmal, was Sie wollen!)

Sie ignorieren einfach den WTO-Prozeß, der solche produktionsabhängigen Prämienzahlungen künftig nicht mehr zulassen wird. Sie geben das Geld verloren, Herr Ehlen, wenn Sie auf Ihrem Standpunkt beharren. Ich kenne keinen Betrieb, der wegen zu hoher Umweltauflagen aufgeben mußte,

(Glocke der Präsidentin)

aber viele Betriebe, die aufgrund einer falschen Agrarpolitik gescheitert sind, die Sie in den vergangenen 16 Jahren mit zu vertreten hatten.

Deshalb ist es erforderlich, den sichereren grünen Korb zu besteigen, d. h. Ausgleichszahlungen an ökologische, an soziale, an gesundheitliche, an landschaftspflegerische, an ressourcenschonende und an tierschutzsichernde Leistungen zu knüpfen. Meine Damen und Herren, solche Green-Box-Zahlungen sind und bleiben WTO-verträglich. Sie sichern damit auslaufende Garantieleistungen für eine Qualitätsproduktion, die nicht nur das Endprodukt, sondern auch die Art und Weise der Erzeugung einschließt. Sie sichern sie für Agrarumweltprogramme, z. B. für ein Umweltprogramm Küste, und für Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes, die nicht zuletzt auch der Landwirtschaft zugute kommen.

(Glocke der Präsidentin)

Sie verbessern damit auch das Instrumentarium, das eine schonende Durchführung der Osterweiterung flankieren kann.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Klein, Sie müssen zum Schluß kommen!

Klein (GRÜNE):

Ich komme zum Schluß. - Gerade in diesem Punkt sind wir Landwirtschaftspolitiker gefordert, über den Tellerrand zu schauen, Herr Ehlen. Die Öffnung der EU nach Osten ist für den Ausbau und die langfristige Sicherung des Friedens in Europa ohne Alternative. Sie darf durch landwirtschaftliche Detailprobleme nicht unnötig verzögert werden.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Klein, ich bitte Sie, jetzt zum Schluß zu kommen!

Klein (GRÜNE):

Ich komme zum Schluß. - Leitbild unserer Agenda-Stellungnahme muß die bäuerlich geprägte multifunktionelle Landwirtschaft sein, die sich auf die Versorgung des europäischen Binnenmarktes konzentriert.

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Herr Kollege Klein, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie müßten sich eventuell noch einmal zu Wort melden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ihre Redezeit ist um, und Sie haben nichts Konstruktives vorgetragen!)

Herr Minister Bartels, bitte schön!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mir vorgenommen, bei meiner ersten Rede hier in diesem Hause in meiner Eigenschaft als Minister einen freundlichen Umgang mit der Opposition zu pflegen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie machen es mir mit Ihrem Antrag aber verdammt schwer, meine Damen und Herren, der, wenn man sich ihn durchliest, wenn man sich nicht nur den Forderungsteil, sondern insbesondere auch den Begründungsteil ansieht, wirklich ein agrarpolitischer Offenbarungseid der großen Partei CDU ist.

(Oestmann [CDU]: Hören Sie doch mit solchem Stuß auf!)

- Lieber Herr Oestmann,

(Oestmann [CDU]: Bontjer lobt die Bayern!)

wenn Sie sich so erregen, habe ich den Eindruck, daß Sie gemerkt haben, welcher Sache Sie aufgesessen sind. Lassen Sie mich das einmal argumentativ untermauern. Der Kollege Klein hat Ihnen zu Beginn seiner Rede eine ganze Reihe von Ungeheimheiten und Widersprüchlichkeiten in Ihrem Antrag nachgewiesen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das hat ihm das Ministerium aufgeschrieben!)

Ich werde dazu gleich noch einiges ergänzend sagen, meine Damen und Herren.

Der Antrag ist, wie gesagt, bei allem Wohlwollen außerordentlich schwach und problematisch. Seit eineinhalb Jahren haben wir gemeinsam die Diskussion um die Agenda 2000 geführt. Im Juli 1997

ist sie vorgelegt worden. Im März 1998 hat es eine zweite Fassung gegeben. Jetzt, eine Woche vor Beginn der Ratspräsidentschaft Deutschlands, fällt Ihnen auf einmal ein, daß Sie im Interesse der Ernährungswirtschaft einen Antrag einreichen müssen, der im Bundesrat behandelt werden soll. Wann denn, meine Damen und Herren? Die Verhandlungen laufen seit eineinhalb Jahren. Die Ratspräsidentschaft Deutschlands beginnt am 1. Januar, und Sie kommen heute auf die Idee und wollen der Regierung noch Handreichungen mitgeben, damit wir etwas tun können.

Meine Damen und Herren, es ist schon peinlich, wenn man nach eineinhalb Jahren der Diskussion versucht, jetzt noch Anregungen zu geben. Wir haben dieses Thema auf Agrarministerkonferenzen erörtert. Wir haben Sonderkonferenzen gehabt. Wir haben Bundesratsbeschlüsse in Hülle und Fülle zu diesem Thema gehabt. Wir haben auch hier im Lande darüber geredet, aber nicht auf Ihren Antrag hin. Das ist doch das Problem.

(Zuruf von der CDU)

- Das stört mich überhaupt nicht. Ich würde mich gerne mit Ihnen inhaltlich auseinandersetzen. Aber das fällt doch angesichts dieses Antrages schwer.

(Ehlen [CDU]: Wir können uns doch bei 95 % einigen!)

Meine Damen und Herren, die Ratspräsidentschaft beginnt jetzt. Was wäre nun wirklich zu unternehmen? Was wäre nun in einer Situation zu tun, die dadurch entstanden ist, daß sich Deutschland durch seine eineinhalb Jahre dauernde Blockadehaltung in Brüssel in eine Außenseiterposition gebracht hat? Was ist nun zu tun? Wir sind uns diesbezüglich mit dem Niedersächsischen Landvolkverband und auch dem Deutschen Bauernverband einig. Wir können heute nur noch eines tun: Aufgrund der Versäumnisse der Vergangenheit sollten wir uns auf einige wesentliche Punkte konzentrieren, die wir im Interesse Deutschlands und der deutschen Landwirtschaft in Brüssel vehement vortragen müssen - einige wenige Punkte, meine Damen und Herren, die jetzt noch in Brüssel vorgetragen werden können.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Minister, ich möchte Sie ganz kurz unterbrechen. - Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um

soviel Höflichkeit, daß der Minister seine Ausführungen machen kann.

(Eveslage [CDU]: Frau Lau hat auch dazwischengerufen!)

- Das gilt für das ganze Haus. - Herr Minister, Sie haben wieder das Wort.

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Schönen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren, ich kann ja verstehen, daß sich die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion so erregen. Das würde wahrscheinlich auch ich tun, wenn ich solch eine Sache zu diesem Zeitpunkt vertreten müßte. Fakt - daran kommen Sie nicht vorbei - ist: Eineinhalb Jahre sind in dieser Frage verstrichen. Deutschland hat sich in der Agrarpolitik in Brüssel isoliert.

(Oestmann [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Daran gibt es gar kein Vertun. Nun geht es darum, die Positionen

(Zuruf von Oestmann [CDU])

- Herr Oestmann, seien Sie doch mal einen Moment ruhig -, um die es heute geht und die für uns von Bedeutung sind, in Brüssel vorzutragen, und zwar nicht mit einem Chor von unterschiedlichen Stimmen, sondern wir müssen uns auf wenige Punkte konzentrieren, die wir dort dann aber auch gemeinsam vortragen müssen. Wenn es der Deutsche Bauernverband und der Niedersächsische Landvolkverband fertigbringen, sich auf eine solche Sprachregelung einzulassen, dann frage ich mich, warum Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, dann nicht das gleiche tun. Warum lassen Sie uns nicht über die Frage reden, um die es wirklich geht? Ich sage Ihnen noch einmal: Wir müssen uns darauf konzentrieren, daß die Preissenkungen nicht in der Größenordnung, die in der Agenda vorgesehen ist, stattfinden können.

(Eveslage [CDU]: Haben wir formuliert!)

Darüber hinaus brauchen wir in der Milchpolitik die Aufhebung der Flächenbindung.

(Eveslage [CDU]: Haben wir formuliert!)

Darum müssen wir uns gezielt kümmern. Wir müssen uns auch um eine stimmige nationale Regelung kümmern, mit der wir in Deutschland den aktiven Milcherzeuger stärken können.

(Eveslage [CDU]: Steht doch alles drin!)

- Steht bei Ihnen nicht drin.

(Biestmann [CDU]: Steht doch alles drin! Dann haben Sie unseren Antrag nicht gelesen!)

Nächster Punkt, meine Damen und Herren: Wir müssen uns auf die Schaffung einer Agenda konzentrieren, die nicht mehr, sondern weniger Prämien beinhaltet, die nicht mehr, sondern weniger Verwaltungsaufwand bedeutet. Dazu haben wir einen Vorschlag unterbreitet. Jetzt werden Sie aber wieder sagen, daß auch das bei Ihnen im Antrag stehe. Das ist richtig. Das steht bei Ihnen aber nur in der Begründung, nicht jedoch im Forderungskatalog.

(Ehlen [SPD]: Die Flächenbindung der Quote ist abzuschaffen! Nr. 3 Satz 1! - Beifall bei der CDU)

- Herr Ehlen, ich habe nicht darüber geredet. Ich habe vielmehr über die nationale Ausgestaltung geredet. Dazu steht in Ihrem Antrag nichts. Ich habe gesagt: Wir brauchen eine Vereinfachung. Wir wollen sozusagen die gesamte Prämienvielfalt auf eine Flächenprämie, auf eine Grünlandprämie zurückführen. In der Begründung sagen Sie: Da ist ein guter Gedanke enthalten. Wir wollen ihn aber nicht weiterverfolgen. – Das halte ich nicht für klug genug und auch nicht für weiterführend.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß wir in Verbindung mit der Agenda einen Mindestaußenschutz bekommen. Hier sind wir uns wieder einig.

(Oestmann [CDU]: Steht auch im Antrag!)

Außerdem müssen wir dauerhaft Ausgleichszahlungen erhalten. Auch das ist ein entscheidender Punkt, den wir in den Verhandlungen in Brüssel gemeinsam vortragen sollten. Wir jedenfalls haben uns darauf verständigt, diese Position in allen Gesprächen, die wir mit unseren Verhandlungspartner in Brüssel geführt haben oder noch führen werden,

immer wieder in Klarheit und Wahrheit vorzutragen.

Aber nun zu Ihrem Antrag - und dort liegt das Problem -: Sie haben hier vorgetragen, welcher umfangreiche Forderungskatalog Sie in die Verhandlungen in Brüssel eingebracht und erfüllt sehen wollen. Eine Fülle von Forderungen zum jetzigen Zeitpunkt! In der Begründung zu Ihrem Antrag - ich darf jetzt einmal zitieren - haben Sie dann aber geschrieben - das ist genau die Position, die Herr Borchert eineinhalb Jahre lang eingenommen hat und die uns isoliert hat -:

„Insgesamt sollte an dem Beschluß des Agrarrats vom November 1997 in Brüssel festgehalten werden, wonach keine grundlegende Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik erforderlich ist, sondern an den Prinzipien der Reform von 1992 festgehalten werden sollte.“

Sie sagen in Ihrer Begründung also: Wir brauchen gar keine Agenda. Wir halten an der bisherigen Agrarpolitik fest. - So steht es in Ihrer Begründung, Herr Kollege Oestmann.

Nun noch eine Widersprüchlichkeit: Sie sagen in Ihrem Antrag, daß Sie als Ausgleich höhere Prämien für die Milch haben wollen. In der Begründung aber sagen Sie, daß Sie mit einer Senkung des Stützpreises nicht einverstanden sind. Sie müssen sich einmal entscheiden, was Sie wollen. Das ist doch Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen im Grunde genommen bei niemandem anecken. Deshalb versprechen Sie allen alles. Das aber ist total verkehrt. Das ist keine klare Linie.

Nun, meine Damen und Herren, zum wahren und ehrlichen Umgang der Politik mit unserer Klientel, den Landwirten. - Zur Wahrheit: Wer sich heute hier hinstellt - deshalb habe ich diese Passage aus Ihrem Antrag zitiert - und sagt, die Reform sei überflüssig, der meint es mit der Integration mittel- und osteuropäischer Länder in der Tat nicht ernst.

(Oestmann [CDU]: Was?)

- Der meint es nicht ernst mit der Integration mittel- und osteuropäischer Länder; denn es war 1995 in Luxemburg doch Handlungsauftrag aller Staatsoberhäupter, die Kommission aufzufordern, vor dem Hintergrund der anstehenden Integration der MOE-

Länder die Agenda, sozusagen die Fortschreibung der europäischen Agrarpolitik, zu vollziehen. Das hat man gemacht. Sie aber schreiben in Ihrem Antrag: Lassen wir alles beim alten, dann wird es billiger. - Die Wahrheit aber ist: Lassen wir alles beim alten, und übertragen wir die alte Agrarpolitik auf die neuen Länder, wird die Europäische Union schlagartig mit Mehrkosten in Höhe von 22 Milliarden DM belastet. Das ist die Wahrheit. Die aber verschweigen Sie in Ihrem Antrag. Der gehen Sie aus dem Weg. Deshalb halte ich den Antrag in der Tat für nicht ehrlich.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt: Sie wissen ganz genau, daß die meisten der von Ihnen angesprochenen Punkte mit den WTO-Verhandlungen, die 1999 beginnen werden, nicht in Einklang zu bringen und WTO-untauglich sind. Herr Klein hat das hier eben deutlich gemacht. Dann setzen Sie oben noch eins drauf: Sie gehen her und wollen eine weitere dirigistische Maßnahme einführen. Auf der einen Seite wollen Sie Wettbewerbsmaßnahmen einziehen, auf der anderen Seite wollen Sie dirigistische Maßnahmen wie Flächenstilllegungen und sogar Stallstilllegungen vornehmen. Der, der das in der heutigen Zeit machen will, setzt doch der Absurdität die Krone auf. Insofern kann man Sie als agrarpolitischen Gesprächspartner nicht mehr ernst nehmen, wenn es um Fragen der Agenda geht.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß der Bundeslandwirtschaftsminister bei seinen Verhandlungen in Brüssel viel Erfolg haben wird. Ich hoffe auch, daß er in den letzten Wochen noch Verbündete für unsere deutschen Interessen finden wird, weil ich mir dies im Interesse unserer niedersächsischen, unserer deutschen Landwirte wünsche. Sie haben in der Vergangenheit die Zeit verstreichen lassen. Ihr Antrag bringt uns nicht weiter. Wir sollten uns auf die Punkte konzentrieren, die ich vorgetragen habe. Dann werden wir eine minimale Chance haben, daß unsere Interessen in Brüssel gewahrt werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, der Kollege Klein hat nach § 71 Abs. 2 um zusätzliche Redezeit gebeten. Ich erteile ihm das Wort für zwei Minuten.

Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann in zwei Minuten nicht das grüne Landwirtschaftskonzept entwickeln. Diesbezüglich muß ich auf die Ausschußberatungen oder auf unsere Internetseiten verweisen. Dort werden Sie ein ausführliches Papier dazu finden. Im Grundsatz geht es uns aber darum, eine Landwirtschaft zu fördern, die sich auf den europäischen Binnenmarkt konzentriert und unter dem schönen Stichwort „multifunktionale europäische Landwirtschaft“ steht. Der Begriff „multifunktionale“ umfaßt eine ganze Reihe von Dingen. Da geht es um die Produktion gesunder Lebensmittel, da geht es auch um die Produktion nachwachsender Rohstoffe sowie um die Sicherstellung einer tierverträglichen Mast, da geht es um den Erhalt unserer Landschaft, da geht es auch um den Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. All das – das sage ich ganz deutlich – wird diese Gesellschaft auch weiterhin in Form von Ausgleichszahlungen oder Ähnlichem honorieren müssen. Wir brauchen dazu aber auch einen Landwirt – das ist ein wesentlicher Unterschied zu den Vorstellungen, die Sie entwickelt haben -, der nicht nur darauf schießt, seine Prämien zu optimieren, und der von einem Schweinezyklus in den anderen stolpert, sondern wir brauchen einen Landwirt, der so etwas wie Marktbewußtsein entwickelt, der den Markt beobachten kann und der danach strebt, soviel von seinem Einkommen wie möglich über den Preis zu erzielen. Da treffen wir uns natürlich irgendwo auch, daß wir sagen, das muß erst einmal im Schutz eines europäischen Marktes erfolgen.

Auf dieser Basis können wir möglicherweise aufbauen. Wenn wir das Ganze dann noch in eine gemeinsame Richtung bekommen, die auch die anderen Dinge berücksichtigt, dann schaffen wir es vielleicht doch noch im Ausschuß, Herr Ehlen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Auch Herr Kollege Ehlen hat zusätzliche Redezeit erbeten. Ich gewähre Ihnen vier Minuten, Herr Kollege Ehlen.

Ehlen (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muß noch einige Sachen richtig- oder

klarstellen. Wir haben in unserem Antrag geschrieben – das hat der Minister zitiert -, daß wir keine grundlegenden Änderungen wollen. Wenn Sie unser Papier lesen, stellen Sie fest, daß alle Vorschläge auf dem basieren, was 1992 beschlossen worden ist. Wir sind der Meinung, daß die 1992er Agrarreform mit den Flächenstillegungen und mit den anderen Elementen, um den Markt zu bearbeiten und zu steuern, so schlecht nicht war. Wenn Sie uns vorwerfen, daß wir neue Fässer auf tun wollen, Herr Minister, dann sage ich: Das wollen wir gar nicht. Wir wollen weniger Preissenkung und dafür auch weniger Ausgleich. Das wird dann insgesamt billiger.

Sie haben in der „Nordwest-Zeitung“ von 400 Millionen DM minus für niedersächsische Landwirte gesprochen. Aber hier sagen Sie, das wollen Sie so nicht. Ich weiß nicht, wie Sie das voreinander bekommen wollen.

(Bontjer [SPD]: Sie bringen alles durcheinander!)

Sie haben hier vorgetragen – auch Kollege Bontjer -, daß sich Minister Borchert in den Verhandlungen isoliert hat. Zeigen Sie uns eine Stelle auf, wo das zum Nachteil der Bundesrepublik geschehen ist! Das ist nirgends passiert.

Ich will Ihnen auch noch folgendes sagen. Obwohl wir verschiedener politischer Couleur sind, habe ich zu Minister Funke einen einigermaßen guten Draht. Ich habe ihn aufgefordert, niedersächsische Interessen auch weiterhin voranzutreiben. Aber wenn der so weitermacht und im Vorfeld der Verhandlungen schon die Getreideschiene abnickt, dann fahren Sie mal nach Südhannover: Die Getreidebauern werden Ihnen da aber die Jacke austauben; das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wer heute hü und morgen hott sagt, der muß noch sehr viel lernen, bis er in der Lage ist, auf dem europäischen Parkett eine ordentliche Verhandlungsführung zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung zu diesem Antrag.

Wir kommen zur Ausschlußüberweisung. Wenn Sie den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Federführung und die Ausschüsse für Umweltfragen sowie für Bundes- und Europaangelegenheiten mit der Mitberatung beauftragen wollen, dann bitte ich um Ihre Handzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann haben Sie so beschlossen, meine Damen und Herren.

Jetzt rufe ich den letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Sitzungstages auf:

Tagesordnungspunkt 25:

Einzig (abschließende) Beratung:

Sicherung der Zukunft der niedersächsischen Staatsbäder - Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/392

Zur Einbringung hat sich der Kollege Peters gemeldet.

Peters (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der heftigen Diskussion zum Schluß doch noch etwas Gemeinsames: Der Entschließungsantrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Sicherung der Zukunft der Staatsbäder wird heute gemeinsam eingebracht. Darüber freue ich mich.

Ein Sprichwort sagt „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ Die drei Staatsbäder, meine Damen und Herren, sind ein historisches Erbe, das inzwischen für das Land zu einer sehr teuren Erblast geworden ist. Obwohl sich das Land auch weiterhin zur historischen und regionalwirtschaftlichen Verantwortung für die drei Staatsbäder bekennt, muß deutlich gemacht werden, daß die Vorhaltung von Infrastruktur zur gesundheitlichen Versorgung keine originäre Aufgabe des Landes ist.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist, daß die niedersächsischen Staatsbäder bis 1997 jährlich Verluste zwischen 3,5 und 7,3 Millionen DM erwirtschaftet haben. Alle Versuche, aus den roten Zahlen herauszukommen, die Einrichtungen zu übereignen oder sogar zu privatisieren, haben nicht zum Erfolg geführt. Immer wieder wurden Ver-

handlungen mit den Sitzgemeinden geführt, um ein gemeinsames Tragen von Verantwortung und Lasten zu erreichen. Inzwischen haben die Staatsbäd-kommunen offenbar den Ernst der Lage erkannt und auch erklärt, daß sie mit zur Lösung der Probleme beitragen wollen.

(Frau Körtner [CDU]: Das haben sie schon immer erklärt!)

Meine Damen und Herren, in den letzten zwei Jahren hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Staatsbäder aber dramatisch zugespitzt. Aufgrund von Kürzungen im Bereich der Rehabilitation um 3,6 Milliarden DM sind den Kurorten und Heilbädern Verluste in dreistelliger Millionenhöhe entstanden. Der Heilbäderverband teilt mit, daß in Niedersachsen inzwischen schon 18 Kureinrichtungen geschlossen und 4.500 Arbeitsplätze vernichtet worden sind. Die Belegungsquote in vielen Kurkliniken und der Umsatz in den Kurmittelhäusern betragen zum Teil nur noch zwischen 30 und 70 %. Damit, meine Damen und Herren, sind auch weitere Schließungen absehbar.

Das Defizit in den Staatsbädern stieg in 1997 auf 26,1 Millionen DM. Über 300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mußte die NBG entlassen. Trotz drastischer Sparmaßnahmen und drastischer personalpolitischer Entscheidungen wird das Defizit am Ende des Jahres 22 Millionen DM betragen. In der Privatwirtschaft, meine Damen und Herren, würde dieses Betriebsergebnis die Schließung der Betriebe bedeuten.

Diese Entwicklung kann nicht tatenlos hingenommen werden. Schon wegen der angespannten Haushaltslage des Landes muß dieses Defizit wieder deutlich abgesenkt werden.

Ich möchte der Niedersächsischen Bädergesellschaft an dieser Stelle aber ausdrücklich dafür danken, daß sie sehr professionell auf diese Entwicklung reagiert hat. Das wird vom Gutachter, Professor Graf von der Schulenburg, auch bestätigt. Er schreibt:

„Die Geschäftsführung der NBG hat mit beachtenswerten Anstrengungen und Einsatz Krisenmanagement betrieben. Das Personal wurde erheblich reduziert, wodurch weitere und noch höhere Verluste nachhaltig vermieden wurden.“

Meine Damen und Herren, was wir jetzt wollen, sind neue Organisationsformen vor Ort, die mehr Transparenz schaffen und die Ertragskraft stärken sollen. Durch die Ausgliederung der Kosten für die Unterhaltung der Grundstücke und der Gebäude wird das operative Betriebsergebnis damit künftig nicht mehr unmittelbar belastet. Die organisatorische Verantwortung vor Ort erlaubt auch, örtliche Besonderheiten in den einzelnen Staatsbädern angemessen zu berücksichtigen. Damit wird auch die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die bisherigen Kooperation ausgedehnt werden können.

Die Konzentration der Aktivitäten auf das Kerngeschäft, der Beitritt der kommunalen Gebietskörperschaften, gewerblicher Betriebe und Unternehmen vor Ort ist eine reale Chance. Durch die stärkere Anbindung soll letztlich auch eine Finanzierungs-kooperation für die Infrastruktur erreicht werden. Die Vorhaltung der Infrastruktur kann nur dadurch dauerhaft sichergestellt werden, daß alle, die letztlich am Kurbetrieb verdienen, die entsprechenden Beiträge zur Mitfinanzierung leisten. Die Kurtaxe und der Fremdenverkehrsbeitrag bleiben dabei wichtige Finanzierungsinstrumente.

Das operative Geschäft vor Ort wird unter den strengen Maßstäben der Wirtschaftlichkeit in örtlichen Gesellschaften geführt. Alle Betriebszweige sind Profit-Center. Auch die Beteiligung privaten Kapitals ist dabei durchaus erwünscht.

Durch die Neuorganisation wird sich für die Beschäftigten in den Staatsbädern praktisch nichts ändern. Die Arbeitsverträge gehen auf die drei selbständigen Gesellschaften über.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wegen der Dramatik der Entwicklung in den Staatsbädern, Heilbädern und Kurorten ist jeder Versuch richtig, der eine Reduzierung des Defizits und Sicherung der Zukunft der Staatsbäder verspricht. Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion die Initiative der Landesregierung vom 10. Juni 1998, den Staatsbädern eine veränderte Organisationsform zu geben. Die überzeugende Grundlage für unsere Zustimmung war das Gutachten der Forschungsstelle für Gesundheitsökonomie und Gesundheitssystemforschung vom Mai 1998.

Wir sind allerdings nicht so optimistisch, daß das Defizitproblem mit der Auflösung der NBG-Zentrale und einer Dezentralisierung der Aufgaben kurzfristig gelöst werden kann. Entscheidend für

den Erfolg wird sein, ob die Sitzgemeinden der Staatsbäder bereit sind, die gebotene Hand zur Lösung der Probleme zu ergreifen.

Abschließend möchte ich eindringlich an alle appellieren, die Zwänge und den Handlungsdruck des Landes zu erkennen. Wer allerdings der Auffassung ist, daß die Verluste in den Staatsbädern ausschließlich ein Problem des Landes seien, gefährdet mit dieser Verweigerungshaltung die Zukunftschancen der Staatsbäder. Deshalb werden wir die Staatsbädergemeinden, die Landkreise, das Hotel- und Gaststättengewerbe und die regionale Wirtschaft eindringlich auffordern, sich dieser Mitverantwortung zu stellen. Auch die Bayerische Staatsregierung hat die Staatsbädergemeinden aufgefordert, sich mit einem Prozentsatz zwischen 13 und 14 % am örtlichen Geschäftsrisiko zu beteiligen.

Wir sind dafür, daß neue Wege gegangen werden. Neue Wege schließen Privatisierung oder Beteiligung privater Investoren nicht aus. Wir erwarten von der Neuorganisation weitere Einsparungen und Synergieeffekte. Gleichzeitig werden wir die Regierung in Bonn an die Rücknahme der Kürzungen für Rehabilitationen erinnern.

Für den gemeinsamen Entschließungsantrag gibt es genügend Gründe. Der wichtigste ist, daß die Erfolgsquote dann am größten ist, wenn alle ernsthaft wollen, daß die Zukunft der Staatsbäder gesichert wird und diese gemeinsame Verantwortung und auch die Verhandlungen nicht durch parteipolitische Auseinandersetzungen im Landtag vorbelastet werden.

Die Fraktionen beantragen nach den Wortbeiträgen die sofortige Abstimmung.

Meine Damen und Herren, damit ist das Thema nicht vom Tisch. Wir werden uns im Ausschuß regelmäßig von der Landesregierung berichten lassen, wie der Verfahrensstand ist. - Ich danke für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Ortgies ist die nächste Rednerin.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Frau Ortgies (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir am 11. Juli dieses Jahres in verschiedenen niedersächsischen Zeitungen lesen konnten, erstaunte uns nicht nur, sondern erfreute uns sehr. Der Niedersächsische Finanzminister hatte nämlich verkündet, daß er die Auflösung der NBG zum 1. Januar 1999 beabsichtige, um die jährlich ansteigenden Defizite für das Land zu senken.

Herr Minister Aller, wir freuen uns, daß auch Sie nun endlich zur Einsicht kommen.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich hatten wir ja „erst“ vor zwei Jahren, nämlich im November 1996, hier im Landtag den Antrag auf Auflösung der NBG gestellt. Damals waren Sie, meine Damen und Herren von der SPD, aber noch ganz anderer Auffassung. Welch ein Hickhack ist dem heutigen gemeinsamen Entschließungsantrag vorausgegangen. Die jährlich wachsenden Defizite der NBG - 1997 26,1 Millionen DM und 1998 voraussichtlich 22 Millionen DM - lassen uns aber keine andere Wahl. Der tourismuspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Kollege Peters, der schon eben gesprochen hat, hat uns in der Landtagssitzung am 29. Mai, also vor eineinhalb Jahren, berichtet, daß es der NBG gelungen sei, das Defizit kontinuierlich abzubauen - bei einem Defizit von 26,1 Millionen DM allein im Jahre 1997.

(Zuruf von der SPD: Halten Sie sich zurück!)

- Nein, ich halte mich nicht zurück. Ich zitiere Herrn Peters:

„Die NBG war und ist auf einem sehr erfolgreichen Konsolidierungskurs. Wenn einige aus den Reihen der CDU-Fraktion immer noch glauben, mit der Auflösung der NBG-Zentrale und mit der Dezentralisierung sei das Problem gelöst, dann leiden sie in der Tat unter einem Realitätsverlust. Darum ist die Forderung der CDU-Fraktion, die NBG aufzulösen und die Zentrale abzuschaffen, eine totale Umkehr der unternehmerischen Logik.“

(Frau Vockert [CDU]: Wer kehrt jetzt was um? - Unruhe bei der SPD)

- Das stammt nicht von mir. Zum Schluß seiner Ausführungen sagte uns Herr Peters:

"Eine CDU-Politik der verbrannten Erde werden wir nicht mitmachen, sondern mit allen Mitteln bekämpfen. Wir lehnen diesen Antrag ab."

Herr Peters, es ist komisch, daß man sich im Leben - Gott sei Dank - immer zweimal trifft.

(Beifall bei der CDU - Möhrmann [SPD]: Sie sollten ihn lieber loben, daß er jetzt dazugelernt hat.)

Meine Damen und Herren, so ändern sich die Zeiten eben. Ich will hier heute keine Vergangenheitsbewältigung betreiben,

(Watermann [SPD]: Das finde ich schön!)

aber es gibt Aussagen, die sehr beleidigend sind und auch unter die Gürtellinie gehen. Die müssen auch einmal rückwirkend erwähnt werden. Hier beweist es sich aber, daß die SPD oft länger braucht, um die Tatsachen zu erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Das wäre vielleicht nicht so schlimm; aber wenn es zum Schaden unseres Landes ist, dann kann das nicht angehen.

(Beifall bei der CDU - Senff [SPD]: Was ist daran eigentlich schlimm?)

Die Landesregierung hat dann zum Glück ein Gutachten in Auftrag gegeben, und es kam zu der eindeutigen Aussage:

„Unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet ist eine Weiterführung der Staatsbäder auf mittlere Sicht nicht zu empfehlen.“

Damit, meine Damen und Herren, war wohl die Vorentscheidung für die Landesregierung gefallen. Im Ausschuß für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen wurden dann parteiübergreifend sehr konstruktive Gespräche geführt, für die ich mich nachdrücklich und sehr herzlich bedanke.

Das gemeinsame Anliegen, die Bäder Bad Pyrmont, Bad Nenndorf und Norderney behutsam in

eine gewisse Eigenständigkeit zu entlassen, bedeutet auch eine Verantwortung zum Erhalt der Infrastruktur, sich den kommunalen Gebietskörperschaften zu öffnen sowie die Gründung von regionalen Betriebsgesellschaften zu betreiben, die in eigener Verantwortung das operative Geschäft wahrnehmen. Dabei sollte das Land jedoch Gesellschafter dieser Betriebsgesellschaften sein. Landeseigentum wie historische Gebäude, Kliniken und Hotels müssen in 100prozentiger Landesgesellschaft geführt und betrieben werden, es sei denn, sie werden verkauft. Alle anderen Infrastrukturbereiche sollten von den Kommunen, eventuell Landkreisen und privaten Betreibern aufgefangen und als Gesellschaft betrieben werden, um auch damit die Eigenverantwortung zu untermauern.

(Beifall bei der CDU)

Die Unsicherheit in den einzelnen Bädern über die Folgen der NBG-Auflösung ist sicherlich verständlich,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

aber durch mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten und vor allem durch mehr Verantwortung für die einzelnen Bereiche müßte diese Sorge schnell in Motivation umspringen. Der Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze ist bei den vielen noch zu treffenden Entscheidungen sicherlich eine vorrangige Aufgabe. Umdenkungsprozesse und vor allem Einbindung Dritter sind dabei eine wichtige Zukunftsentscheidung.

Nach unserer Meinung liegt uns hier heute ein Entschließungsantrag vor, der die Zukunft der niedersächsischen Staatsbäder sichert. Ich bitte Sie alle, diesen gemeinsamen Antrag heute endgültig zu beschließen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Janßen-Kucz hat jetzt um das Wort gebeten.

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wenn es schon spät ist und der Ton gerade etwas anderes vermuten ließ, handelt es sich doch um einen gemeinsamen Antrag, auch wenn es technisch nicht ganz geklappt hat.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir wollen heute abend einen längst überfälligen Schritt tun.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Diskussion ist schon etwas älter. Die SPD hat sich ja einige Zeit geziert - „geziert“ ist etwas milde ausgedrückt - oder gewehrt. Sie hat immer vollmundige Sparankündigungen unter dem Begriff „Verwaltungsreform“ gemacht, aber dem folgten keine Taten. Jetzt sind wir an dem Punkt, daß wir gemeinsam Taten auf den Weg bringen.

Ziel des Antrags ist eine veränderte Organisationsform für alle niedersächsischen Staatsbäder. Hintergrund für die dringend notwendige Veränderung - Herr Peters hat es schon gesagt - sind die sich dramatisch und drastisch verändernden Strukturen in den Heilbädern und Kurorten, die - wir sollten in dem ganzen Kontext nicht vergessen, was die Ursache ist - auf die Gesundheitsreform des ehemaligen Gesundheitsministers Seehofer zurückzuführen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Es war Handeln angesagt - es war Handeln seit Jahr und Tag angesagt. 1996 sprach die SPD noch davon, daß eine Auflösung der NBG eine Schwächung der Staatsbäder bedeutete. Wir sehen das nicht so; denn die Vorteile der Auflösung liegen auf der Hand: mehr Eigenverantwortlichkeit, stärkere Synergieeffekte durch die Einbindung von Dritten, Land und Kommunen als gleichwertige Partner. Eine regionale Betriebsgesellschaft konzentriert die notwendigen Aktivitäten auf das Kerngeschäft. Entgegen anderen Aussagen zersplittert sie nicht die Zuständigkeiten und führt auch nicht zu Doppelarbeit. Mehr Mitverantwortung stärkt auch das Engagement.

(Unruhe)

Der Prozeß, den wir heute auf den Weg bringen wollen, läuft vor Ort schon seit längerer Zeit. Die Praktiker sitzen nämlich an einem Tisch, um marktfähige Angebote zur Weiterentwicklung der privaten Nachfrage zu erarbeiten.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ein Austausch von Erfahrungen untereinander findet statt. Für alle Beteiligten ist die Erarbeitung

von zukunftsfähigen Konzepten zum Erhalt unserer Staatsbäder eine Herausforderung. Dieser Prozeß wird jetzt von unserer Seite unterstützt.

Ich finde es bedauerlich, daß der Antrag eigentlich zwei Jahre zu spät kommt und daß der Landeshaushalt noch mit knapp 50 Millionen DM belastet worden ist.

Ich möchte noch ein Dankeschön an Herrn Aller dafür sagen, daß er im Juli diesen Vorschlag gemacht hat und wir heute abend diesen Antrag beschließen können.

(Senff [SPD]: Genau!)

Ein schnelleres Vorgehen hätte den Landeshaushalt sichtbar entlastet. Es wären Millionen gespart worden.

(Unruhe)

Darüber brauchen wir jetzt aber nicht mehr zu reden;

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

das Kind ist in den Brunnen gefallen. Laßt uns jetzt gemeinsam abstimmen,

(Senff [SPD]: Genau!)

um die Umstrukturierung auf den Weg zu bringen. - Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte allen, auch wenn mir das nicht ansteht, noch einen schönen Abend wünschen.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Goede:

Aber erst spricht noch einmal unser Finanzminister, meine Damen und Herren.

(Unruhe)

Aller, Finanzminister:

Ich möchte diesem Wunsch, daß es schnell einen schönen Abend geben möge, nicht wesentlich im Wege stehen.

Ich bedanke mich erstens dafür, daß die Initiative, die ich zu Beginn meiner Amtszeit als Finanzminister ergriffen habe, diese breite Resonanz gefunden

hat. Man hat nicht nur gesagt „Wir unterstützen den Finanzminister“; der gemeinsame Antrag belegt, daß die Zielkonzeption, die dahintergestanden hat, breite Zustimmung gefunden hat.

Das zweite: Wenn sich der gesamte Landtag so engagiert mit dem Thema auseinandersetzt,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

dann beweist das auch, daß die drei Standortgemeinden, die weiter Staatsbäder bleiben werden, in diesen Prozeß aktiv einbezogen werden. Für mein Haus kann ich sagen: Was auf der Basis des Gutachtens schon an Vorarbeit hat geleistet werden können, ist auf einem guten Weg.

Wenn ich eine Bitte äußern darf, um den schönen Abend zum wirklich schönen Abend werden zu lassen, dann die: Vergessen wir das, was vorher Trennendes gewesen ist, und konzentrieren wir uns auf die Gestaltung der Zukunft im Interesse der drei Standortgemeinden! - Auch ich wünsche Ihnen einen schönen guten Abend.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, nach diesen guten Wünschen und schönen Reden brauchen wir jetzt nur noch über den Antrag abzustimmen. Sie haben sofortige Abstimmung beantragt. Darum bitte ich nun diejenigen, die diesem Antrag so zustimmen wollen, um ihr Handzeichen. - Möchte jemand dagegen stimmen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Dann haben Sie einstimmig so beschlossen.

Auch ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder.

Schluß der Sitzung: 18.35 Uhr.